

---

# **Systemtransformation als Systemübertragung?**

**Umbrüche in Mittel- und Osteuropa**

**Herausgegeben von  
Bernd Okun und Horst Poldrack**



**Leipziger Universitätsverlag 1992**

Der Zerfall des Realsozialismus und der Transformationsprozeß löste Siegersynndrome im Westen, aber auch Hoffnungen auf neue Impulse für einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel aus. Beides erweist sich drei Jahre danach als trügerisch.

Siegestimmungen sind verfehlt, da nur eine, Reichtum und Konsumeffizienter produzierende Risikogesellschaft über die andere „gesiegt“ hatte. Wenn das IFA-Kombinat in der DDR mit 200.000 Beschäftigten 50.000 Fahrzeuge auf einem ökologisch problematischen Level produzierte, Toyota mit der gleichen Anzahl von Mitarbeitern, ökologisch ausgereifter, fast vier Millionen Autos herstellt, dann heben sich diese Art von ökologischen Entwicklungsdifferenzen völlig auf bzw. kehren sich um. Auch der Westen ist alles andere als nach dem Prinzip der Gattungserhaltung optimiert, und von den zusammengebrochenen Gesellschaften des Ostens mit ihrem Bestreben, am Wohlstand des Westens zu partizipieren, sind keine neuen Impulse für eine radikale Umorientierung zu erwarten, wie die Herausgeber in dem einleitenden Beitrag entwickeln. Eine Gesellschaft des Kalten Krieges, so Horst Poldrack, ist übriggeblieben, und sie kann nur überleben, wenn sie sich grundlegend reformiert. Dafür böte die Situation zerfallender alter und der Aufbau neuer Strukturen in den neuen Bundesländern ebenso gute Möglichkeiten wie das als produktiv denkbare und gestaltbare Zusammentreffen zweier unterschiedlicher Kulturen und Mentalitäten. Dem stehen leider die nachträgliche Dämonisierung der DDR-Vergangenheit mit ihrer massenhaften Entwertung ostdeutscher Biographien entgegen, genauso wie die „high speed Transplantation“ des kompletten instintionellen Westmodells ohne Rücksicht auf immer deutlichere Unverträglichkeitssymptome gegenüber den über vier Jahrzehnte gewachsenen eigenständigen sozio-kulturellen Befindlichkeiten der Ostdeutschen.

Warum neue Impulse für eine reflexive Modernisierung ausbleiben nach den hoffnungsvollen Ansätzen von 1989, ist Grundproblem aller Autoren zum Thema dieses Heftes. Ihre Antworten fallen unterschiedlich aus. Für Horst Poldrack liegen die Gründe dafür darin, daß schon die „Wende“ eine Wohlstandsrevolte gegenüber einer privilegierten und unfähigen Oberschicht war. Für Detlef Pollack trug die „Wende in der Wende“ darüber hinaus auch Züge harter Rationalität, von hohem Rechtsempfinden. Bedürfnis nach ökonomischer Rationalität und Unwillen an der Ideologisierung der Gesellschaft geleitet, an die politisch nicht angeknüpft wurde, wie der Autor belegt.

Interessant ist, welcher Stellenwert mentalen Faktoren im Transformationsprozeß zugemessen werden. Für Bernd Okun sind die Ursprünge der heute längst vergessenen Vereinigungseuphorie des Jahres 1990 mit ihren gegenwärtigen defizitären Konsequenzen im konzeptionellen politischen Denken und Handeln der politischen Klasse im Stagnationsszenarium der DDR schon lange angelegt. Auch Michael Hofmann verweist in seiner mentalitätsgeschichtlichen Studie auf das geistige Exil von Jugendlichen in der DDR über medial vermittelte Partizipation an der westdeutschen Freizeit und Musikkultur als Wegbereiter der schnellen Aufgabe eines eigenständigen Entwicklungsweges der DDR nach 1989. Meinhard Miegel, dessen Vortrag zur Eröffnung der Leipziger Niederlassung des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG) Bonn wir hier abdrucken, zählt zu den wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen der ostdeutschen Transformation, daß die Ostdeutschen die mentale Revolution der Westdeutschen nachvollziehen, überall in ihrem wirtschaftlichen Handeln die Nummer 1 sein zu wollen. Freilich hat er daran selbst erhebliche Zweifel, weil zum einen die Westdeutschen infolge des allgemeinen Wertewandels daran nicht bedingungslos festhalten werden und zum anderen der spezifische Mentalitätshintergrund der Ostdeutschen das nicht ohne weiteres zuläßt. Insofern ist für Miegel dieser Prozeß offen. Knapper werdende Ressourcen und reflexive Modernisierung sind für ihn, im Unterschied zu Poldrack, Okun und Pollack leider kein Thema.

Am Schluß kommt Olaf Kirchner zu Wort mit einem originellen Beitrag zur Spezifik des russischen Transformationsprozesses, die sich gängigen westlichen Rationalitätsmustern regelmäßig entzieht. Es handelt sich dabei um das Kapitel eines Buches über soziale Bewegungen und politische Parteien in der ehemaligen Sowjetunion, auf dessen Erscheinen, demnächst im Universitätsverlag Leipzig, man gespannt sein darf.

Im Nachhinein bedauern die Herausgeber, daß ihr ursprünglicher Plan, im Vorfeld dieses Heftes zu einem Meinungsstreit der Autoren zusammenzufinden, nicht realisiert werden konnte. Umso interessanter wäre ein Nachgang dazu, von dem hoffentlich in einem der nächsten Hefte von COMPARATIV berichtet werden kann.

Leipzig, im Juli 1992

Bernd Okun/Horst Poldrack

## Der ostdeutsche Transformationsprozeß, seine weltpolitischen Dimensionen und internen Widersprüche

Der Transformationsprozeß in den ost- bzw. südosteuropäischen Ländern hat gute Chancen, die Diskussion unter Sozialwissenschaftlern auf Jahrzehnte zu bestimmen. Stoff für hochkarätige theoretische und empirische Forschungsprojekte enthält er in Fülle. Wir wollen im folgenden einige Grundgedanken entwickeln, die für die weitere Forschung und Diskussion strukturbestimmend sein können. Wir beschränken uns auf thesenhafte Ausführungen zugunsten eines Problemaufrisses. Damit möchten wir detaillierten Nachforschungen nicht vorgreifen, sondern die Diskussion zur Gesamtproblematik anregen.

Im Ost-West-Transformationsprozeß verflechten sich eine Reihe von Problemen, die schon jedes für sich genommen wenig erforscht sind: *Implosion sozialer Großsysteme*, die zuvor, bei allen sich verdichtenden Krisenerscheinungen, noch als grundsätzlich stabil galten; *nachholende Modernisierung und Rekapitalisierung* zentralsozialistischer Mangelgesellschaften; *krisenverstärkende Rückwirkungen* auf die entwickelten Industrieländer als auch neue Chancen wie Herausforderungen zur *Modernisierung der Modernisierung* und schließlich der *Zerfall der Ost-West-Bipolarität* als Grundlage der Nachkriegsordnung.

Die Weltgeschichte kennt viele Beispiele des Zusammenbruchs politischer Imperien. Ohne Zweifel trngen jedoch der Untergang und die Transformation des realsozialistischen Makrosystems völlig neuartige Züge. Wir haben es hier in der Tat mit einer „gigantischen“ Systemtransformation zu tun, für die „es in der Geschichte keine Beispiele gibt, auf die man ratsuchend hätte zurückgreifen können.“<sup>1</sup>

### Nachholende Modernisierung als bloßer Systemtransfer oder Ost-West-Konvergenzen?

Der Realsozialismus hat wirtschaftlich und politisch versagt. Die Länder im Osten benötigen einen schnellen Anschluß an den vom Westen dominierten Weltmarkt, um dem völligen sozialen und politischen Zerfall zu begegnen. Daher kann der Transformationsprozeß ohne die Übertragung bzw. Übernahme eines marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaftsmodells als nachholende Modernisierung kaum gelingen. Das heißt, das westliche Gesellschaftsmodell wird aus seinem natürlich

gewachsenen Bedingungsgefüge heraus auf historisch anders geartete Gesellschaftsgebilde übertragen bzw. von diesen übernommen.

Zwei Systeme, vorher durch Mauern und Blöcke getrennt, verzahnen sich nun miteinander. Ihre frühere Wechselwirkung hatte zwar immer schon interne Systemauswirkungen, aber nur indirekt. Die jeweiligen Systemqualitäten wurden in der Konfrontation ihrem Wesen nach nicht verändert, sondern modifiziert. Nun, nach dem Fall der Mauern und Blöcke, stoßen Strukturen und soziokulturelle Dispositionen grundsätzlich verschiedener Systemqualitäten direkt und in detail aufeinander. Zwar ist das politische und wirtschaftliche System des Realsozialismus zerfallen, aber seine sozialen, kulturellen und mentalen Folgen werden vermutlich noch lange nachwirken.

Insofern reduziert sich der Transformationsprozeß nicht auf einen einfachen Systemtausch, sondern trägt in einer längeren Phase Züge einer **Konvergenz**, wenn auch (auf Grund der nachholenden Modernisierung) einer **asymmetrischen Konvergenz**, in der zunächst der westliche Einfluß dominieren wird. Das übernommene bzw. übertragene Gesellschaftssystem West muß sich mit einem eigenständigen sozialen, kulturellen und mentalen Hintergrund Ost verbinden.

Damit finden nicht nur frühere makrosoziale Konflikte der Systemauseinandersetzung in mikrosozialen Bereichen (Arbeit, Alltag, Wohnen usw.) eine gewisse Fortsetzung, sondern – Ironie der Geschichte – die seinerzeit viel beschworene und wohl auch erhoffte Systemkonvergenz zwischen Ost und West tritt ein, *nachdem* die Systemauseinandersetzung endete. Statt zu einer *Voraussetzung* ist sie zur *Folge* der Auflösung der Systemkonfrontation geworden. Die Ost-West-Konvergenz wird erst nach dem Ausgang des Systemkonfliktes ihr zivilisatorisches Potential freisetzen können. Dieses Szenario besagt auch, daß nicht nur der Osten viel vom Westen lernen und entsprechend nachholen muß – ohne zu kopieren. Auch der Westen wird sich auf die Herausforderungen der Transformation im Osten einstellen müssen. Das wird ihn nachhaltig verändern.

Wegen der andersartigen historischen Voraussetzungen und kulturellen Bedingungen, die die Modernisierung im Osten vorfindet, kann der Transformationsprozeß keinem schlichten copy-Befehl folgen, den das Quellsystem West „unbeschadet“ läßt und nur das Zielsystem Ost neu formatiert.

Unsere These lautet vielmehr: Die nachträgliche Modernisierung ist kein bloßer Systemtransfer oder Modellwechsel. Sie wird im Gegenteil zu einer Nagelprobe sozialer Marktwirtschaft mit vielen innovativen Herausforderungen sowohl für die marktwirtschaftliche Umstrukturierung der Länder Ost- und Südosteuropas, als auch für die westlichen Staaten selbst. Der Transformationsprozeß entwickelt sich immer mehr zu einer grundsätzlichen Herausforderung der modernen Gesellschaft.

## **I. Die weltpolitische Dimension, die allgemeine Risikosituation und die extreme Geschwindigkeit des Transformationsprozesses. Die globalen Aspekte der nachholenden Modernisierung**

Als eine grundsätzliche Herausforderung der Moderne bleibt die Transformation der ehemals realsozialistischen Länder keine allein regionale Angelegenheit, sondern trägt Ausmaße eines *epochalen Umbruchs*. Die regionale Ausdehnung des marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaftsmodells kann nur gelingen, wenn sie mit seiner *Entwicklung* und *Umstrukturierung* einhergeht.

Der Transformationsprozeß enthält mindestens ebenso viele Risiken wie Chancen für eine solche Modernisierung der Modernisierung. Er ist ein offener Prozeß mit ambivalentem Entfaltungspotential. Risiken und Chancen überlagern sich und drohen beständig ineinander umzuschlagen, rasch und unerwartet. Welche der Möglichkeiten sich durchsetzen wird und mit welcher Beständigkeit, hängt davon ab, wie man dieser Herausforderung konzeptionell zu begegnen vermag.

Nach bisherigen Erfahrungen und dem spontanen Verlauf des Transformationsprozesses kann man kaum davon ausgehen, daß sich das westliche Gesellschaftssystem mit dem realsozialistischen Erbe *sogleich positiv* ergänzt. Dazu kamen der Zusammenbruch des Realsozialismus und die anschließenden Entwicklungen zu überraschend. Geschichtliche Beispiele, auf die man sich berufen könnte, gibt es nicht und pragmatische Lösungen werden der geschichtlichen Dimension des Prozesses nicht gerecht. Bei der gegenwärtigen politischen Konzeptionslosigkeit ist eher der „worst case“ anzunehmen: Der Zusammenbruch der alten Strukturen geht schneller vonstatten als der Aufbau neuer, und das auf längere Sicht.

Dieses „time lag“ ist voller destruktiver Eigendynamik und kann ein schon lange angelegtes Dilemma der Modernisierung noch verschärfen – das ihrer *asymmetrischen Hyperdynamik*.

Mit der Entstehung des Kapitalismus in Mitteleuropa nahm die Geschwindigkeit des sozialen Evolutionsprozesses beständig zu. Ihre Quelle und ihren entscheidenden Ausgangspunkt hatte diese Hyperdynamik bislang darin, daß die Entdeckungen und Erfindungen von Wissenschaft und Technik Markt Vorteile versprochen. Der Markt wurde zum Katalysator für wissenschaftlich-technische Innovationen.

Der soziale Wandel war und ist, so scheint es, im wesentlichen technologisch induziert. Veränderungen in der sozialen und kulturellen Sphäre (den Werten, Einstellungen, den Institutionen wie Staat, Verwaltung, Recht, usw.) erfolgen danach reaktiv, als verzögerte Anpassungsreaktionen auf die vorausseilenden technisch-innovatorischen Prozesse und deren industrielle Manifestation.

*Mittlerweile hat sich zwischen „harten“ technischen und sozialen Erfindungen eine Schere aufgetan*, wie R. Jungk und N. R. Müller beklagen: „Die neuen, seit den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts immer häufiger und in vielen Spielarten entwickelten Methoden zur Aktivierung der spezifisch menschlichen Fähigkeit, Probleme zu lösen oder sich Neues auszudenken, wurden bisher hauptsächlich von Managern der Wirtschaft erprobt und fast ausschließlich in den Dienst der Entwicklung neuer Produkte gestellt. Dagegen ist die Zahl der Neuerungen im Bereich des menschlichen Zusammenlebens und der gesellschaftlichen Institutionen denkbar gering. Es fehlen 'soziale Erfindungen'. Es gibt zu wenige 'soziale Neuerungen'.“<sup>42</sup>

Diese *Asymmetrie zwischen der techno-industriellen Dynamik und dem kulturellen Wandel* ist vor allem deshalb so bedrohlich, weil erstere mittlerweile Selbsterstörungspotentiale erzeugt, für deren Entschärfung oder präventive Entsorgung keine wirksamen kulturellen Institutionen und Mechanismen vorhanden sind. Die *asymmetrische Hyperdynamik* der Moderne hat zu einer fundamentalen systemübergreifenden „kulturellen Phasenverschiebung“ („cultural lag“ – W. F. Ogburn) zwischen Wissenschaft/Technik/Industrie auf der einen und dem gesamten Bereich der nichttechnischen Kultur auf der anderen Seite geführt.

Dieser „lag“ *akkumuliert und verschärft sich weiter*. Entdeckungen, Erfindungen und die gesamte Technik überhaupt nehmen an Umfang und Entwicklungsgeschwindigkeit viel rascher zu als das Tempo und die Dimension der kulturellen Modernisierung (die Erneuerung der politischen Systeme und der sozialen Institutionen, der Werte- und Einstellungswandel, die Veränderung des Bewußtseins und der Weltanschauung, usw.).

Spätestens mit dem Eintritt in das Zeitalter selbstgeschaffener Selbsterstörungspotentiale (Atombombe, Gentechnologie) ist die Menschheit herausgefordert, ihr Dasein bewußt nach dem obersten Grundsatz der Gattungsbewahrung zu gestalten. Die rasante Entwicklung ihres epistemischen Vermögens und die Perfektionierung ihrer technischen Macht haben sowohl die biologischen als auch die sozio-kulturellen Voraussetzungen ihrer Überlebensfähigkeit radikal entwertet. Das jedermann einleuchtende „Dachziegelprinzip“ (defekte Dachziegel mit geringem Aufwand sofort auszutauschen, um nicht beim nächsten Sturm einen unbezahlbaren Schaden zu riskieren) ist als das schlichte Idealmodell der Schadensvorkehrung außer Kraft gesetzt. Erst wenn die möglichen Risiken der Atomrüstung oder ökologischer Verantwortungslosigkeit mit hundertprozentiger Wahrscheinlichkeit den Verursacher selbst unterschiedslos zu anderen treffen, nicht auf die „anderen“ (Beck) abgewälzt werden können, wird eingelenkt – um den Preis einer immer krisenhafteren Zuspitzung der Probleme. Die Zeit für präventives Handeln vor dem point of no return wird, wenn diese Entwicklung anhält, zur knappsten aller Überlebensressourcen.

Da es nicht darum gehen kann, diese Defizite gentechnisch beheben zu wollen (etwa im Sinne einer Öko-Eugenik), bleibt keine andere Wahl, als sie kulturell zu kompensieren, d.h. kulturelle Innovationen durchzusetzen, die erstmalig Technik und Marktlogik in ihrer Entwicklungsgeschwindigkeit voranreiben. Die große Herausforderung ausgangs des 20. Jh. lautet daher: *Wie gelingt es der Menschheit, ihr sozio-kulturelles Entwicklungspotential nach dem Grundprinzip der Gattungserhaltung zu optimieren?*

Zurück zum Transformationsprozeß. Aus dieser gattungserhaltenden Perspektive wäre es mehr als verantwortungslos, ihn allein auf die bloße Kopie des Westmodells auszurichten. Auch aus der Sicht der Transformationslogik selbst ginge das nicht gut. Auf diese Weise ließe sich z.B. das wachsende time lag zwischen rasanter Zerstörung realsozialistischer und dem Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen nicht stoppen. Beide Aspekte zwingen dazu, den Systemübertrag von West nach Ost von vornherein mit tiefgreifenden Reformen zu koppeln.

In gesellschaftlichen Umbrüchen von der Dimension des gegenwärtigen Transformationsprozesses bestehen andererseits dafür auch gute Chancen. Die mit dem genannten time lag verbundene Situation des „nicht mehr“ und „noch nicht“ ist ja nicht nur voller Gefahren. Sie birgt auch die Möglichkeit für Veränderungen, die im etablierten Westen immer wieder an verfestigten Strukturen, perfektionierter Bürokratie und an pattähnlichen Situationen zwischen konkurrierenden politischen Kräften scheitern bzw. scheitern würden.

So gesehen bestünde mit dem Transformationsprozeß die einmalige Chance, die asymmetrische Hyperdynamik der Moderne zu durchbrechen, zumal bisherige Umbrüche nichts Grundlegendes zu einer überlebensfähigen Modernisierung der Zivilisation beigetragen haben. Sie verfestigten allenfalls den selbstzerstörerischen Evolutionstyp weiter. Auf Kurzfristigkeit-codierte relativ selbständige Teilbereiche (Markt, System der parlamentarischen Demokratie) wurden ausgebaut. Auch der Ansatz der realsozialistischen Gegengesellschaft orientierte sich von vornherein an Zentralproblemen der Reichtumsproduktion und nicht an den neuen Gattungsrisiken.

Der Ost-West-Gegensatz währte offenbar zu lang. Er hat nicht nur lange Zeit die entscheidenden Überlebensfragen der Menschheit verdeckt, sondern auch die Illusion gefördert, als sei der Schlüssel zur Lösung der dramatischen Menschheitsprobleme mit dem Sieg der einen Ordnung über die andere schon vorgegeben.

Was sich zwischen Ost und West in den letzten Jahrzehnten abspielte, läßt sich vielleicht mit folgendem Bild beschreiben: Die „Titanic“ treibt auf einen gefährlichen Eisberg zu, während zwischen der Besatzung des Oberdecks und des Unterdecks ein heftiger Wettkampf darum ausgebrochen ist, welches Team die

Kessel besser beheizen und dem Schiff mehr Geschwindigkeit verleihen kann. Dieser Wettkampf wird lange Zeit mit höchster Verbissenheit geführt, die darin gipfelt, daß sich die Besatzungen gegenseitig mit Bomben bedrohen, die das gesamte Schiff mehrmals in die Luft sprengen könnten. Oberdeck und Unterdeck haben sich voneinander abgeschottet. Das Essen und der Komfort auf dem Oberdeck ist ungleich besser als auf dem Unterdeck, außerdem beheizen sie die Kessel auch effizienter und erzielen bei geringerem Aufwand mehr Geschwindigkeit. Auf dem Unterdeck, dem dies – bei aller Abschottung – auf Dauer nicht verborgen bleibt, bricht schließlich Unzufriedenheit aus. Ein kleiner Teil der Mannschaft des Unterdecks beginnt zu rebellieren, das Unterdeck gibt den Kampf auf und bricht in sich zusammen – mit neidischem und hungrigem Blick auf die reich gedeckte Tafel des Oberdecks. Man beginnt die Bomben über Bord zu werfen. Das Oberdeck feiert euphorisch seinen Sieg auf der Titanic, die Kapelle spielt den Triumphmarsch, immer mehr Leute aus dem Unterdeck wollen auf das Oberdeck, während die Titanic bei Nacht unter vollem Dampf auf die Untiefen und Risiken der Eisberggewässer zusteuert.

Die Ost-West-Konfrontation war in ihrem zentralen Punkt nicht auf die strategischen Überlebensfragen orientiert, *d.h. nicht darauf, welches System den modernen industriellen Fortschritt verträglicher gestaltet, sondern darauf, welches System effektiver Reichtum und Konsum produziert*. Die ökologische Frage war dabei lange Zeit ein Randproblem. Der Westen mag zwar über den Osten gesiegt haben, aber – gemessen an den eigentlichen Herausforderungen zur Erhaltung der Lebensgrundlagen der menschlichen Gattung – auf einem nebeneordneten Schlachtfeld! Der „Gewinner“ leistete unbestreitbar auch ökologisch mehr als sein Rivale, doch auch das ist immer noch weit von einer grundsätzlichen ökologischen Selbstkorrektur entfernt. Es bleibt ein „Sieg“ der westlichen Risikogesellschaft über die östliche Risikogesellschaft, mehr nicht.

Es zeichnet sich ab, daß bisher nach dem Ende des Kalten Krieges eine historische Chance vertan wurde, der „Sieg“ des Westens und der Zusammenbruch im Osten bislang keinen entscheidenden Impuls zur Bewältigung der ökologischen Überlebenskrise der Menschheit auslöste. Warum eigentlich nicht?

Das resultiert *zum einen* aus der Selbstgefälligkeit der „Sieger“ und ihrer **heroischen Illusion**, mit der Ausdehnung ihres Gesellschaftssystems alle Probleme künftiger Entwicklung lösen zu können. Gerade geschenkte und unerwartete „Siege“ scheinen satt, selbstgefällig und kurzsichtig zu machen. Man muß sich nämlich in der Tat fragen, „mit welchem Recht... der Zusammenbruch Osteuropas als ein Erfolg der westlichen Wirtschaftsordnung gefeiert (wird). Trotz des höheren technischen Niveaus und der effizienteren Wirtschaft sind die westlichen

Industrieländer noch immer die Hauptverursacher der weltweiten Naturzerstörung. Unter ökologischen Gesichtspunkten sind gerade die ökonomisch reichen Länder bankrott, global gesehen haben sie ihre Verschmutzungsrechte aufgebraucht.“<sup>43</sup>

Zum anderen folgt das aus der eigentümlichen Zerfallsdynamik des bisherigen weltpolitischen Machtgefüges. Die bisherigen Blockbildungen, Mauern, geschlossenen Grenzen und Abschottungen garantierten eine überschaubare und eingespielte Bipolarität der Grundkonflikte. Darauf waren alle politischen Konzeptionen eingeschworen, selbst das seherzeit als großer Einschnitt empfundene „Neue Denken“ im atomaren Zeitalter. Für die neue Situation gibt es weder konzeptionell noch institutionell hinreichende Vorkehrungen. In besonderem Maße betrifft das den ebenso risikoreichen wie rasanten Selbstzersetzungsprozeß im Osten und seine Bewertung.

Von ihm gehen mittlerweile die meisten Gefahren aus. Wenn man eine grundsätzliche Umkehr will, wenn man den Transformationsprozeß seinen historischen Chancen nach gestalten will, muß man eine Art kopernikanische Wende vollziehen: Im Mittelpunkt dürfte dann nicht die Bewahrung und der Ausbau des vermeintlichen „Sieges“ des Westens stehen (wie derzeit), sondern (wenigstens für eine Zeit des Übergangs) die Bewahrung der „Besiegten“ vor einem Implosionskollaps, der die ganze Welt in seinen verhängnisvollen Sog ziehen kann.

Die *makrosozialen Implosionen* im Osten sind in ihrem Tempo, Umfang und Gefahrenpotential einzigartig. Niemals zuvor in der Weltgeschichte verfiel ein derartiges Riesenreich, das bis zuletzt als festgefügt und militärisch übermächtig galt, so schnell – wie ein Kartenhaus. Man kann geradezu von einer *Hyperdynamik des Zusammenbruchs* sprechen.

Da die innere Verkrustung des Realsozialismus tiefgreifende Reformansätze zunichte machte, wurde Stagnation zur Grundvoraussetzung realsozialistischer Existenz. Dadurch aufgestaute Risikopotentiale (durch *neue* Konzeptionslosigkeit noch verstärkt) können sich jederzeit erneut unkontrolliert entladen.

Zerfallsprozesse von sozialen Großsystemen sind ohnehin problematisch bzw. gefährlich. Was aber geschieht mit den aufgestauten atomaren, gentechnischen, chemischen, biologischen und sonstigen *technischen Selbstzerstörungspotentialen* im Prozeß der Auflösung bipolarer System-, Ordnungs- und Sicherheitsstrukturen? Über Nacht befinden sich die in der Welt des Kalten Krieges produzierten und angehäuften Zerstörungsinstrumente in einer diffusen, instabilen und sich zersetzenden Sozialordnung. Damit ist ein signifikanter Verlust an Kontrolle, Berechenbarkeit und Sicherheit verbunden.

Zu den *technischen* Selbstzerstörungspotentialen kommen die, die aus dem Zerfall der *sozialen Strukturen des Verlierersystems selbst* entstehen: nationale Konflikte und begrenzte Kriege auf einem Pulverfaß.

Insgesamt wird schneller und mehr zerstört als aus der Konkursmasse konstruktiv transformiert werden kann. Dabei entstehen mentale, soziale und strukturelle Mangelsyndrome, die einen *riesigen Kompensationsbedarf* erzeugen, der konstruktiv befriedigt werden muß – letztlich so, daß es der Bewältigung der zivilisatorischen Überlebenskrise dient. *Aber lassen sich überhaupt die gewaltigen Verluste der Verlierer an Identität, sinngebender Lebenshaltung, sozialer Sicherheit, Bildung usw. konstruktiv kompensieren?*

### **Dynamisierung statischer Konfliktpotentiale nach dem Fall des Eisernen Vorhangs**

Mit der allgemeinen Öffnung der Gesellschaften werden wie nach dem Öffnen eines Wehrs Unzufriedenheit, Mobilitätspotentiale und soziale Energien, die sich in den abgeschotteten Gesellschaften aufgestaut hatten, freigesetzt. *Das in der Welt kumulierte soziale, kulturelle und ökonomische Gefälle, bislang weitgehend nur ein statisches Potential, schlägt in reale Bewegungsdynamik um:* Neue Migrationsströme von den Armuts- und Mangelgesellschaften der untergegangenen zweiten und dritten Welt bewegen sich in Richtung der Wohlstandshochburgen des industrialisierten Nordens. Auch *innerhalb* dieser Länder führen die nachholenden Modernisierungs- und Anpassungsbestrebungen zu analogen internen Migrationsbewegungen.

Wenn sich diese Bewegungen fortsetzen, würde sich die ökologische Selbstvernichtung forcieren.

Denn, wie auch immer: Reichtum und Wohlstand der ersten Welt sind exklusiv. Ihr Wohlstands- und Fortschrittsmodell ist – um den Preis des Überlebens der Gattung Mensch – weltweit nicht exportfähig. Eine der Paradoxien der neuen Weltlage besteht ja gerade darin, daß die weniger entwickelten Regionen und Länder in den Anpassungs- und NachholsoG der hochentwickelten Wohlstandsinselfn geraten und damit eine exklusive Industrialisierungs- und Lebensform nachahmen oder übernehmen. (Was wäre, wenn die Menschen in Afrika, Indien oder China einen ähnlichen Konsum wie die in Nordamerika, Japan oder Westeuropa praktizierten?)

Die nach dem Ende des Kalten Krieges entstandene neue Weltsituation, wie wir sie oben kurz skizziert haben, fordert den hochentwickelten Norden mehr denn je zu einer Korrektur (Umkehr) seines Gesellschaftssystems heraus. Gerade weil er zum zentralen Bezugspunkt von Migrationsströmen und nachholender Modernisierung wurde, ist er herausgefordert, auch im wohlverstandenen Eigeninteresse, ein alternatives Wohlstandsmodell hervorzubringen.<sup>4</sup>

In diesem Zusammenhang wäre die Modernisierungsthese von Wolfgang Zapf zu prüfen, daß Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft und Wohlstandsgesellschaft mit Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum als „evolutionäre Universalien“ (Parsons) zwar keine ewige Bestandsgarantie haben, aber zur Zeit keine leistungsfähigeren Alternativen absehbar sind, nachdem der Sozialismus zunächst einmal ausgeschieden ist.<sup>5</sup> Haben wir wirklich keinen Grund, an der Innovationfähigkeit der oben genannten Basisinstitutionen moderner Gesellschaften zu zweifeln? Oder sollten zumindest für die Länder der dritten und teilweise auch zweiten Welt alternative Modernisierungswege in Betracht gezogen werden?

## II. Interne Phänomene der Systemtransformation, ihre möglichen Folgen sowie transnationalen feedbacks. Der Fall Ostdeutschland

*Soziale Impllosionen, Umbrüche und Transformationen der realsozialistischen Länder sind* aufgrund der erheblichen Tempounterschiede, mit der sich verschiedene Bereiche der Gesellschaft verändern, sowie aufgrund der ausgeprägten Beharrungstendenz sozialisierter Verhaltensweisen und Werte *mit systeminternen kulturellen Phasenverschiebungen verbunden*. Nirgendwo zeigt sich das so deutlich wie in (Ost-)Deutschland. Kein anderes Land in Europa ist innerhalb seiner eigenen Grenzen mit einer solch gravierenden kulturellen Phasenverschiebung konfrontiert. In kaum einem anderen Land aus dem ehemaligen realsozialistischen System gestaltet sich dieses Dilemma der nachholenden Modernisierung so widersprüchlich und zugespitzt wie in der ehemaligen DDR. Denn hier verläuft der Systemwechsel mit der Übernahme des politischen und rechtlichen Gebäudes der Bundesrepublik besonders schnell und radikal: gewissermaßen *in Form einer „high-speed-Transplantation“ des kompletten Westmodells*.

Damit ist folgender Effekt verbunden: Je schneller der formell-strukturelle und institutionelle Umbau abläuft, desto größer wird die Gefahr, daß der kulturelle Wandel (der gelebten Werte, Verhaltensweisen etc.) zurückbleibt. In dem Maße entstehen und akkumulieren sich Spannungen zwischen Systemrahmen und Lebenswelt.

Es ist daher keine Überraschung, wenn in Bereichen des mentalen und sozio-kulturellen Lebens Unterschiede zwischen Ost und West im und nach Vollzug der staatlichen Einheit zunächst noch stärker hervortreten. Immerhin wurde das von Sozialwissenschaftlern relativ früh vorausgesagt: „Die realen Kontraste fallen härter aus als die imaginierten, werden sichtbar und erfahrbare. Zwischen den einstigen Separatstaaten verläuft nicht nur der zur ökologischen Naherholungsnische auserkorene ‘Todesstreifen’; die Dichotomien von System und Lebenswelt, von Mikro- und Makroebene, von Gesellschaft und Gemeinschaft bleiben auf

beiden Seiten dieses Streifens nach vier Jahrzehnten separater und bewußt polarisierter Entwicklung noch eine Weile sehr unterschiedlich geprägt.“<sup>6</sup>

Besondere Brisanz haben die Spannungen zwischen dem neuen bürokratischen und politischen System auf der einen und dem Alltagshandeln, der alltäglichen Lebenswelt auf der anderen Seite. Während der institutionelle Anpassungsprozeß rasch und radikal erfolgt, stellt sich das Alltagshandeln nur langsam und allmählich um. Angesichts zusammenbrechender bzw. grundlegend veränderter Institutionen ist dies mit Verlusten an Sicherheit und situationsübergreifendem Vertrauen verbunden.

Gerade auch in dieser Beziehung unterscheidet sich der Zusammenbruch des Realsozialismus nach dem Ende des Kalten Krieges vom Untergang des Nationalsozialismus. Das realsozialistische System hat ungleich länger – über mehrere Jahrzehnte – das Leben verschiedener Generationen von Menschen umfassend geprägt und dabei massenhaft „systemtypische Biographien“ erzeugt. Einstellungen, Werte und Verhaltensweisen, die sich hierbei ausgebildet haben, sind je nach Generation tief in den Mentalitäten, Lebensstilen und Deutungsmustern der Ostdeutschen verankert. Diese werden – auch wenn das System als politisches Gebilde rasant zerfiel – nicht von heute auf morgen verschwinden, sondern als sozio-kulturelle Erblast verdrängt, verdeckt, manifest oder mit neu erworbenen Verhaltensmustern verquickt und wirken in den Transformationsprozeß hinein.

*Die ungleiche Veränderungsdynamik zwischen dem strukturellen Systemumbau und der gelebten Lebenswelt könnte somit ein gefährliches Transformationshindernis erzeugen.* Ein Modernisierungshindernis, das im bundesdeutschen Wirtschaftswunder der Nachkriegsjahre im Grunde keine Rolle spielte.

Ganz anders heute. Die Radikalität und Hyperdynamik, mit der sich der strukturelle und institutionelle Umbruch in den neuen Bundesländern vollzieht, scheint die Wandlungsfähigkeit der Menschen zu überfordern und zunächst mehr Irritationen, Identitätsprobleme („Fremder im eigenen Haus“), Entfremdungen, Sinnkrisen und Paralyseeffekte denn eine begeisterte Aufbruchsstimmung auszulösen.

Diese Gefahr liegt allerdings auch im Charakter der nachholenden Modernisierung begründet, d.h. dem Versuch des Ostens, die Entwicklungsverspätungen durch rasche Anpassung an das erfolgreichere West-Modell zu kompensieren. Die Orientierung der Verlierer des Systemwettstreits am westlichen Siegermodell verleitet so zu einer radikalen und plötzlichen (Einführung der Marktwirtschaft als „Schocktherapie“) Übernahme von Strukturen, die in einer gänzlich anderen Lebenswelt und Tradition allmählich hervorgebracht und perfektioniert wurden.

Dies berührt eine zentrale These unseres Beitrages:

Strukturelle Modernisierung kann die Defizite realgesellschaftlicher Transformation und Verhaltensänderung nicht ersetzen. Im Gegenteil, wenn sich

Systemstruktur und Lebenswelt zu weit voneinander entfernen, verliert die Gesellschaft ihren Zusammenhalt. Die neuen Institutionen, so erfolgreich und effizient sie sich im Westen erwiesen haben mögen, funktionieren nicht. Die intendierte Modernisierung läuft auf Grund.

So scheint denn ein Grundprinzip der nachholenden Modernisierung des Ostens darin zu bestehen, das man sich zwar an Basisinstitutionen der westlichen Moderne orientieren sollte, *diese aber nur dann eine reale Entwicklungschance haben, wenn sie von den Menschen im Osten selbst mitgestaltet und akzeptiert werden.*

Die externe Orientierung institutioneller Modernisierung macht nur Sinn, wenn sie mit einer inneren Modernisierungsbewegung untersetzt wird. Dann, wenn sie sich auf selbstbestimmte Erneuerungsbereitschaft der Ostdeutschen gründen, können sich die neuen Institutionen zu tragfähigen kulturellen Lebensmustern entwickeln. Gerade nachholende Modernisierungen müssen daher ihre Triebkräfte auch aus dem historisch gewachsenen Kulturpotential der Nachholer speisen. Dieses Erfordernis wird jedoch durch die enorme Entwertung und nachträgliche Dämonisierung des Verlierersystems blockiert bzw. destruiert.

Es wäre kurzsichtig und verfehlt, wollte man in den Dissonanzen zwischen System und Lebenswelt lediglich eine vorübergehende Störung sehen, deren Lasten die „halbmodernen“ Ostdeutschen wohl oder übel zu tragen hätten. Wie C. Offe einleuchtend argumentiert, kann dieser cultural lag leicht die Funktionsfähigkeit jener Strukturen und Organisationsformen beeinträchtigen, die „in einem atemberaubenden Prozeß der institutionellen Neuformierung ihren westdeutschen Komplementen nachgebildet und angeschlossen“ werden.<sup>7</sup>

Letzteres bedeutet nämlich nicht zwangsläufig, „daß die in der ehemaligen Bundesrepublik gewohnten und eingelebten assoziativen Strukturen nun auch im sozio-kulturellen Boden der ehemaligen DDR Wurzeln schlagen und in vergleichbarer Weise tatsächlich funktionieren, wie wir es in der Bundesrepublik mit ihrem ausgebauten System verbandlich vermittelter gesellschaftlicher Selbstregulierung gewohnt sind. Wenn solche Institutionen sich mit Leben füllen statt dahinwelken und schließlich verdorren sollen, dann ist Voraussetzung dafür, daß sie von ihrer jeweils spezifischen gesellschaftlichen Basis her als sinnvolle und zweckmäßige Einrichtungen anerkannt werden. Sie müssen aufsitzen auf Traditionen, Routinen, Erwartungen, Erfahrungen und Qualifikationen, die mit der Einrichtung der Institutionen selbst nicht automatisch miterzeugt werden.“<sup>8</sup>

Denn: „Jeder formalen Organisation kollektiven Handelns korrespondiert ein Unterbau informeller sozialer und kultureller Strukturen, die nicht mit derselben Leichtigkeit ins Leben gerufen werden können ... es besteht im Falle der Ex-DDR Grund zu der Vermutung, daß dieser korrespondierende informelle Unterbau der

Institutionen kollektiven Handelns nicht nur nicht vorhanden ist, sondern durch die aktuellen wie die langfristig sedimentierten Erfahrungen und Einstellungen der Bevölkerung in seinem Entstehen behindert wird. Schiffe fahren nur in Gewässern ausreichender Tiefe; die Befürchtung drängt sich auf, daß die in DDR-Gewässer vorgestoßenen institutionellen Schiffe der BRD dort trockenfallen oder sich festfahren werden.“<sup>9</sup>

Nach dem Offe-Szenario würde sich die „*einigermaßen alarmierende Prognose ergeben, daß das transplantierte Gewebe der westdeutschen Institutionen in der ehemaligen DDR auf soziokulturelle Unverträglichkeitserscheinungen, ja Abstoßungsreaktionen stoßen könnte.*“<sup>10</sup>

Der bisherige Verlauf der Systemtransplantation scheint ihm Recht zu geben.

Es ist die Frage, „wie und mit welchen Folgen sich eine über Jahrzehnte gewachsene Gesellschaft und ihre Sozialcharaktere unter den Bedingungen eines vollständigen Austausches der Institutionen verwandeln.“<sup>11</sup> Möglicherweise war bereits der radikale Austausch der Institutionen und das damit eingeschlagene hohe Tempo des strukturellen Umbaus ein Grundfehler für die mit Zeitversetztheit mehr und mehr auftretenden Transformationsschwierigkeiten. Der informelle Unterbau mußte dadurch mehr und mehr zurückbleiben. Nun muß im Nachhinein, wie so oft, repariert werden. Nun müßten mehr Energien in die Formierung der kulturellen Potenzen und Befindlichkeiten der Ostdeutschen gesteckt werden. Doch es bleibt zu befürchten, daß der Motor der institutionellen Transformationsmaschine noch mehr auf Touren gebracht wird, statt sich Gedanken darüber zu machen, wie die Kluft zwischen importiertem System und tradiertem Lebenskultur verringert werden kann.

1 C. Burrichter, Auf dem Wege zu einer Theorie der Systemtransformation, in: IGW-report, 5.Jg., H. 2, Mai 1991, S.7.

2 R.Jungk/ N.R.Müller, Zukunftswerkstätten, Hamburg 1989, S.29.

3 Selbstverpflichtung, Ökologische Selbstverpflichtung: Aufruf zum Handeln, in: Jahrbuch Ökologie 1992, München 1991, S. 365.

4 Vgl. E. U. von Weizsäcker, Erdpolitik, Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, Darmstadt 1990.

5 W. Zapf, Der Untergang der DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung, in: B.Gießen/ C. Leggewie (Hrsg.), Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin 1991, S. 47.

6 B. Gießen/ C. Leggewie, Sozialwissenschaften vis-a-vis, in: diess. (Hrsg.), Experiment Vereinigung, S. 9.

7 C. Offe, Die deutsche Vereinigung als „natürliches Experiment“, in: ebenda, S. 78.

8 C. Offe, ebenda S. 79.

9 Ebenda.

10 Ebenda, S. 80.

11 K. U. Mayer, Soziale Ungleichheit und Lebensläufe. Notizen zur Inkorporation der DDR in der Bundesrepublik und ihre Folgen, in: B. Gießen/ C. Leggewie (Hrsg.), Experiment Vereinigung, S. 87.

## **Systemtransformation als Rationalisierung am Beispiel Ostdeutschlands\***

### **I**

Der Zusammenbruch der etatistischen Organisationsgesellschaft der DDR fällt, so stellte Konrad Schacht kürzlich fest, „in eine Zeit, in der in den östlichen Ländern Europas die Hoffnungen in einen konservativen marktwirtschaftlichen Modernisierungskurs gesetzt werden, während in den westlichen Demokratien sich eher eine Entwicklung zugunsten eines sozialstaatlich und ökologisch disziplinierten Kapitalismus abzeichnet, nachdem auch hier jahrelang mit radikalen marktwirtschaftlichen Modellen experimentiert wurde (vor allem in den USA und England).“<sup>1</sup> In den westeuropäischen Staaten gewinnen das Interesse an Problemen der Ökologie, der gesellschaftlichen Partizipation, der personalen Identität, des gesellschaftlichen Friedens und der individuellen Selbstbestimmung gegenüber Fragen des wirtschaftlichen Wachstums, der Einkommensverteilung, der sozialen Sicherung und der rechtlich-politischen Ordnung immer mehr an Bedeutung.<sup>2</sup> Diesem unter dem Stichwort Postmaterialismus beschriebenen Wertewandel<sup>3</sup> entspreche ein in der Bundesrepublik seit etwa Mitte der siebziger Jahre zu beobachtender Rückgang der Konzentration auf die großen Volksparteien. Alternative Milieus, neue Bildungsklassen, die Ökologiebewegung und andere postmaterialistisch orientierte Gruppierungen hätten ihren Einfluß auf die Gesamtgesellschaft erhöhen können. An die Stelle der einfachen Modernisierung trete mehr und mehr eine Form der reflexiven Modernisierung, in deren Folge sich die Konturen der dem 19. Jh. verpflichteten Industriegesellschaft zunehmend auflösten. Das ist die These von Ulrich Beck.<sup>4</sup>

Die Befürchtung, die angesichts der deutsch-deutschen Vereinigung bei den westdeutschen Reflexionseliten aufkommt, besteht darin, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Ostens zu einem gesamtgesellschaftlichen Abbau partizipatorischer Demokratieformen, föderalistischer Strukturen und zentrifugaler Tendenzen führen werden und im Westen bereits erreichte Erfolge reflexiver Modernisierung wieder zunichte gemacht werden.<sup>5</sup> Sollte diese Befürchtung berechtigt sein, hieße das, daß sich in Deutschland die Partizipationsforderungen und Autonomiebestrebungen der eher linksalternativ eingestellten Reflexionseliten Westdeutschlands und die Modernisierungs- und Aufschwungsinteressen der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung gegenüberstehen und zwischen den Vertretern einer reflexiven Modernisierung und denen einer konservativen Modernisierung ein tiefer Gegensatz besteht.

Dieser Konflikt ist nicht neu. Er begleitet die bundesdeutsche Geschichte, seitdem die problematischen Folgen einer ungebremsen Modernisierung offenbar geworden sind, also spätestens seit den siebziger Jahren. Seit dieser Zeit kam es zu einer Polarisierung zwischen Liberalkonservativen und programmorientierten Erneuerern. Die Positionen beider lassen sich als zwei unterschiedliche Reaktionsweisen auf die gemeinsame Erfahrung der Störanfälligkeit immer komplexer werdender gesellschaftlicher Interdependenzzusammenhänge und den dadurch bedingten Verlust eines ungebrochenen Fortschrittsoptimismus interpretieren. Während jedoch die Liberalkonservativen die freiheitsgefährdenden Folgen der Freiheit, die Probleme der Naturzerstörung, des Rüstungswettlaufs, der Wirtschaftsungerechtigkeit nur durch eine Weiterführung der Modernisierung für rational bearbeitbar halten,<sup>6</sup> suchen die programmorientierten Erneuerer nach Wegen in eine andere Moderne, denn nach ihrer Auffassung zerstöre die Industriegesellschaft, die einfach weiter macht, sich selbst.<sup>7</sup> Treten die einen für einen reformierten Modernisierungskurs ein und sehen sie in der weitergehenden Modernisierung der Gesellschaft die Bedingung für die Bewahrung von Demokratie, Freiheit, Konsum, Wohlfahrt und Selbstverwirklichung, so bemerken die anderen die autonomiebeeinträchtigenden Konsequenzen des wirtschaftlichen Fortschritts und fordern daher dazu auf, im Interesse der Selbstbestimmungsmöglichkeiten des Individuums das Tempo des Wachstums zu drosseln und die Modernisierungsbestrebungen zu begrenzen.

Genau dieser Konflikt zwischen weitergehender Modernisierung und reflexiver Modernisierung stellte eine der Generaldebatten des letzten Soziologentages in Frankfurt am Main dar. Der Zusammenbruch des Stalinismus in den osteuropäischen Staaten, mit dem zum Zeitpunkt der inhaltlichen Konzipierung des Soziologentages noch niemand rechnen konnte, die Hinwendung des Ostens zum westlichen Modell, der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik und die damit verbundene Hoffnung auf ein dem Westen entsprechendes Wirtschaftswachstum bedeuteten eine eindrucksvolle Bestätigung der liberalkonservativen Linie. Aber nicht nur die postmaterialistischen Reflexionseliten, sondern auch die liberalkonservativen Sozialtechnologen sehen der Zukunft des geeinten Deutschland eher besorgt entgegen. Ihre Sorge gilt nicht so sehr der Frage, wie dem sich unaufhaltsam ausbreitenden Imperialismus von Wissenschaft, Technik und Industrie wirksam zu begegnen ist, als dem Problem, wie sich der wissenschaftliche, technische und industrielle Aufschwung im Osten vorantreiben und finanzieren läßt. Der Osten werde noch auf lange Zeit vom Westen abhängig bleiben. Doch der Westen sei überfordert, wenn er für den Wohlstand in Ostdeutschland und vielleicht sogar in ganz Osteuropa bis hin zur Sowjetunion sorgen müsse. Der Osten müsse selber auf die Beine kommen und aufhören, die Lösung seiner Probleme vom Westen zu erwarten. Jetzt sei Leistung und Leistungswille gefragt. Hinter dieser Aufforderung

steht ein bestimmtes Bild vom Osten, und in der Beurteilung des Ostens treffen sich die Liberalkonservativen mit ihren Kritikern wieder: Im Osten gebe es nur ausgeprägte Konsumtionsinteressen, aber weder ein entwickeltes Reflexions- noch ein entwickeltes Rationalitätspotential. Die Masse der ostdeutschen Bevölkerung sei politisch stumpf und wirtschaftlich lahm. Eigeninitiative, sei es im politisch-kommunalen oder im beruflichen Bereich, habe der DDR-Bürger nicht gelernt.<sup>8</sup>

Doch wie berechtigt ist das Bild, das man sich im Westen vom Osten macht? Zunächst ist schon viel gewonnen, wenn man sieht, daß es sich bei den etatistischen Organisationsgesellschaften des Ostens – das gilt zumindest für die DDR, die CSSR und Ungarn – nicht einfach nur um ineffizientere Wirtschaftssysteme handelte, sondern um Systeme, in denen die immer wieder forcierte Modernisierung aus systemspezifischen Gründen blockiert war. Es reicht nicht aus, lediglich zu konstatieren, daß die Zeit im Osten langsamer lief. Es hängt sehr viel davon ab zu erkennen, warum sie langsamer lief. Der hier vorgelegte Erklärungsvorschlag arbeitet mit einem systemtheoretisch entwickelten Begriff von moderner Gesellschaft und begreift die Modernisierungsverzögerungen der östlichen Systeme als Folge systemspezifischer Entwicklungshemmungen, die gleichwohl für die Aufrechterhaltung der Systeme erforderlich waren.

## II

Einerstes solches Entwicklungshemmnis ist in der Gegenläufigkeit von funktionaler Differenzierung – als einem Merkmal moderner Gesellschaften – und politisch-ideologischer Homogenisierung zu sehen. Obwohl von unten her immer wieder veränderungswillige Kräfte auf die Durchsetzung fachlicher Effizienzgesichtspunkte drängten und damit die Herausbildung von relativ autonomen, nach eigenen Prinzipien operierenden Funktionssystemen wie Wirtschaft, Wissenschaft, Recht, Politik, Kunst beförderten, wurde die Selbständigkeit dieser Funktionssysteme von oben her durch Einsatz politisch-ideologischer Mittel immer wieder eingeschränkt. Die gesamte Gesellschaft wurde auf ein ideologisches Programm verpflichtet, das mit vergleichsweise einfachen Unterscheidungen arbeitete, vor allem mit Kontradiktionen wie progressiv/reaktionär, sozialistisch/kapitalistisch, Freund/Feind, Gleichheit/Ausbeutung usw. und dadurch die Komplexität der gesellschaftlichen Realität verpaßte. Die Verpflichtung einer entwickelten hochdifferenzierten Gesellschaft auf ein mit einfachen Entgegensetzungen operierendes Programm verhinderte die Ausbildung eigenständiger Systemlogiken, preßte die gesellschaftliche Wirklichkeit in ein Organisationsschema und ließ zugleich ein Übermaß an gesellschaftlicher Wirklichkeit unstrukturiert und führte dadurch zu Modernisierungseinbußen in allen Bereichen der Gesellschaft. Gleichzeitig war jedoch die

## Systemtransformation als Rationalisierung

Steuerung und Kontrolle der Gesellschaft durch ein einheitliches ideologisches Programm erforderlich, wollte die kommunistische Partei ihren Führungsanspruch durchsetzen. Die Einschränkung der funktionalen Autonomie der einzelnen gesellschaftlichen Teilsysteme, zum Beispiel die politisch induzierte Steuerung der Wirtschaft durch einen zentral vorgegebenen Plan, war notwendig für die Sicherung der Machtverhältnisse. Die Partei mußte das Rationalitätspotential der Gesellschaft reduzieren und nahm die daraus resultierende Chaotisierung der Verhältnisse in Kauf, wollte sie ihre Macht bewahren.

Ein zweites Entwicklungshemmnis lag in der Minimierung der für moderne Gesellschaften charakteristischen Auseinanderziehung der Konstitutionsebenen von Individualität, Interaktion, Organisation und Gesamtgesellschaft. In den osteuropäischen Gesellschaften wurden die Bürger unter einen Anpassungszwang gestellt, der es ihnen verbot, allzuweit von den gesellschaftlichen Erwartungen abzuweichen. Wer mit systemverwalteten Leistungen, sei es Aufstiegsmöglichkeiten, finanziellen Belohnungen, Entscheidungskompetenzen oder sozialen Sicherheiten versorgt werden wollte, mußte diesem Anpassungszwang gehorchen. Der einzelne stellte dem System seine Arbeitskraft zur Verfügung und konnte bei Wohlverhalten mit einem angemessenen Auskommen rechnen. Die Folge dieser Instrumentalisierung des einzelnen durch das System war jedoch, daß der einzelne sich nicht stärker für das System engagierte als es für seinen privaten Vorteil erforderlich war, so daß dem System Kritik- und Innovationskräfte verloren gingen, deren es zu seiner Weiterentwicklung dringend bedurft hätte. Aufgrund der systemspezifischen Instrumentalisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens waren gewissermaßen die Freiräume zu klein gehalten, aus denen heraus Impulse zur Flexibilisierung des Systems hätten kommen können. So verbrauchte die alles verzweckende Vernunft die Substanz, von deren Unabhängigkeit die Möglichkeit ihres Verwertungshandelns abhing. Am Ende waren trotz relativ hoher Arbeitsmoral immer weniger bereit, sich gegen die zwangsläufigen Irrationalitäten des Systems für das Laufen der Produktion übermäßig zu engagieren.

Ein weiteres Entwicklungshemmnis war mit der Geschlossenheit des östlichen Systems gegeben. Aufgrund der Abschottung der osteuropäischen Staaten gegen den Westen fielen nicht nur Möglichkeiten des Austausches, der wechselseitigen Anregung und Konkurrenz weg. Eine wichtige Folge der Abwanderungsblockade bestand auch darin, daß sich die Führung des Systems durch Massenabwanderungen nicht in Frage gestellt sehen mußte, sondern jede Entscheidung notfalls auch unabhängig von den Bedürfnissen der Bevölkerung und gegen ihre Wünsche durchzusetzen vermochte. Da niemand weggehen konnte, mußte sich jeder mit dem System arrangieren. Da aber nirgends Kritik geübt werden konnte, bestand nie die Notwendigkeit, das einmal in Geltung gesetzte ideologische Programm einer Prüfung oder gar Korrektur zu unterziehen. Im Gegenteil. Die politische Führung

konnte nicht nur unabhängig von den Interessen der Mehrheit regieren, sie konnte für ihre Entscheidungen sogar Begeisterung verlangen. So verlor sie immer mehr den Kontakt zur Realität und blieb mit ihren Entscheidungen hoffnungslos hinter den Rationalitätsanforderungen der Wirklichkeit zurück.

Ein viertes Entwicklungshemmnis ergab sich aus der Aufhebung der modernen Prinzipien der Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Jurisdiktion, dem faktischen Einparteiensystem und dem Fehlen einer nicht gesteuerten Öffentlichkeit. Die zentrale Organisation des gesamten politischen Lebens führte nicht nur zu einer umfassenden Entwertung der als künstlich empfundenen gesellschafts-offiziellen Strukturen und Entscheidungen und einer damit einhergehenden Demotivierung politischen Handelns. Entscheidender noch dürfte der dadurch bedingte Ausfall aller Selbstkorrekturmöglichkeiten des Systems gewesen sein.

Faßt man die aufgeführten Entwicklungshemmnisse zusammen, läßt sich sagen, daß das System des administrativen Sozialismus in seiner Aufnahmefähigkeit von gesellschaftlicher Komplexität, in seiner Lernfähigkeit, in seiner Fehlerverarbeitungskapazität eingeschränkt war. Versteht man unter Rationalität aber vor allem das Vermögen, mit steigenden und wechselnden Komplexitätsanforderungen fertig zu werden,<sup>9</sup> dann muß man die DDR und alle anderen osteuropäischen Staaten als durch Rationalitätsdefizite gekennzeichnete Systeme bezeichnen. An ihrem im Vergleich zum Westen niedrigerem Komplexitätsniveau sind sie schließlich gescheitert. Das aber heißt, daß sie sich in einer überkomplexen Umwelt nur so lange stabil zu halten vermochten, solange sie sich gegen den Westen abgrenzten. Als der Eisernen Vorhang fiel, brachen sie zusammen. Es war die Öffnung der geschlossenen Systeme, die sie unter Komplexitätsanforderungen stellte, denen sie nicht gewachsen waren.

### III

Nachdem das kommunistische Herrschaftsregime untergegangen ist, müßten nun die jahrelang unterdrückten Rationalitätspotentiale frei werden und sich ungehindert entfalten können. Mit dem Wegfall der Modernisierungsblockaden müßte ein Prozeß der Rationalisierung einsetzen, wenn es denn zutreffend ist, daß die Wachstumsentwicklung in den Ländern des Ostblocks nur gehemmt und nicht gar nicht intendiert war. Warum aber ist von einer gesellschaftsumgreifenden Rationalisierung in den Ländern des Ostens einschließlich Ostdeutschlands so wenig zu sehen?

Konzentrieren wir uns auf die Verhältnisse in der ehemaligen DDR. Richtig ist, daß die Mehrheit der Betriebe zusammenbricht, daß die Arbeitslosenquote auf über 10 Prozent und der Anteil der Kurzarbeiter auf mehr als 15 Prozent der Erwerbstätigen gestiegen ist, daß die Verunsicherung und Hoffnungslosigkeit vor allem bei

den Arbeitslosen groß ist, daß die Umstellung auf die neuen Lebensverhältnisse für viele eine emotionale und kognitive Überforderung darstellt. Unrichtig ist, daß der Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft und Landwirtschaft vor allem auf den Mangel an Einsatzbereitschaft, auf Arbeitsunwilligkeit und Initiativlosigkeit zurückzuführen ist. Die Arbeitsmotivation unter der ostdeutschen Bevölkerung ist hoch. Auf die Frage, ob die Arbeit ihrem Leben Sinn gebe und sie ohne Arbeit nicht leben können, antworten – und dies nahezu konstant seit Mitte der achtziger Jahre – etwa zwei Drittel der Ostdeutschen mit Ja.<sup>10</sup> Nur 1-2 Prozent geben an, daß Arbeit überflüssig sei. Werden Arbeit und Freizeit gegeneinandergestellt, entscheiden sich mehr Ostdeutsche als Westdeutsche für eine nichthedonistische Einstellung. 75 Prozent der Ostdeutschen, aber nur 55 Prozent der Westdeutschen bejahen die Aussage, daß sie etwas in ihrem Leben leisten wollen, auch wenn es oft schwer und mühsam ist.<sup>11</sup> Der Anteil derjenigen, die ihr Leben genießen und sich nicht mehr abmühen wollen als nötig, liegt im Osten bei 21 Prozent, im Westen dagegen doppelt so hoch, bei 42 Prozent. Daß der wirtschaftliche Aufschwung im Osten ausbleibt, hat also nichts oder wenig zu tun mit angeblich fehlendem Leistungswillen, Versorgungsmentalität und Anspruchsdenken seiner Bewohner, sondern ist Ausdruck der Kompliziertheit der Lage, eher noch damit, daß die westdeutschen Manager, Banker, Beamten und Politiker das Leistungsvermögen und Rationalitätspotential im Osten als schwacheinschätzen. Das indes muß verwundern, denn bislang zeichnet sich das Verhalten der ostdeutschen Bevölkerung durch ein angesichts der jahrzehntlang erlebten anomischen Zustände überraschend hohes Maß an Rationalität aus.

Schon die Ausreiser, die es im Sommer und Herbst 1989 über Ungarn in die BRD trieb, handelten rational: Was sie zur Flucht motivierte, war vorrangig nicht der Wunsch nach höherem Konsum, sondern der Wunsch, in einem Land mit Zukunft zu leben, in dem es sich lohnt zu arbeiten und in dem man sich für seine Arbeit auch etwas leisten kann, der Wunsch nach geordneten und funktionierenden Verhältnissen. Die Abwanderung hatte also zweckrationale Motive. Aber auch das Handeln der im Lande Bleibenden besaß einen rationalen Charakter, denn sie verhielten sich angesichts der offenkundigen Krise des Systems nicht länger ruhig, sondern nutzten die Situation und gingen auf die Straße. Sie drohten: Wir bleiben hier, und riefen denen, die sich jahrzehntlang als die Repräsentanten des Volkes geriert hatten, zu: Wir sind das Volk. Auf ihren Plakaten war zu lesen: Jetzt geht es nicht mehr um Bananen, sondern um die Wurst. Mit Witz und Selbstbewußtsein entlarvten sie die Lüge des Systems, auf der seine Legitimität beruhte, daß alles zum Wohle des Volkes geschehe. Und damit sie nicht als Randalierer und kriminelle Elemente behandelt werden konnten, trugen sie ihren Protest friedlich vor und sorgten selbst für die Gewaltfreiheit ihrer Demonstrationen. Die Vernunft der Straße war eine emanzipative und strategische Vernunft, der Ausgang aus einer

nicht verschuldeten Unmündigkeit und der erste Schritt auf dem Weg zur kollektiven Selbstbestimmung. Die im Laufe der immer mächtiger werdenden Demonstrationen einsetzende Bereitschaft der Regierung zum Dialog zeigte die DDR-Bürger argumentativ gerüstet. Die Welt sah: Die DDR-Bürger konnten reden und nicht nur sächsisch, sondern deutsch, das heißt unmißverständlich und unbestechlich, einfach und direkt. Der instrumentellen trat die kommunikative Rationalität zur Seite.

Dann kam die Öffnung der Mauer. Auf den Jubel folgte die Ernüchterung, denn die mit dem Fall der Mauer eingetretene Entwertung der eigenen Lebensleistung war ungeheuerlich. Der Ruf nach der Wiedervereinigung war nicht der Ausdruck eines wiedererwachten Nationalismus. Auch wenn rechtsradikale Einstellungen im Osten etwas verbreiteter sind als im Westen, erklärt sich das Streben nach Beitritt zur Bundesrepublik vor allem aus ökonomischen Gründen. Er wurde als die einzige Möglichkeit angesehen, die eigenen wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Der Nationalismus der Ostdeutschen hatte also einen taktischen Charakter<sup>12</sup> und kann insofern nicht als dumpfer Irrationalismus, sondern nur als ökonomisch rational interpretiert werden. Das Wahlverhalten der DDR-Bürger ist vorrangig nicht auf nationalistische Gefühle oder den politischen Eingriff der westdeutschen Parteien zurückzuführen und auch nicht auf Konsumnachholewünsche. Vielmehr handelt es sich bei der „Wende in der Wende“ um eine in der DDR gewachsene Option „für die Übernahme des westlichen Systems, in der sich Rechtsempfinden, ökonomische Rationalität und Unwillen an der Ideologisierung der Gesellschaft ausdrücken“.<sup>13</sup> Das Wahlverhalten läßt sich durchaus mit dem Erklärungsmodell des Downschen „rationalen Wählers“ rekonstruieren.<sup>14</sup> Der CDU wurde am ehesten wirtschaftliche Kompetenz zugetraut. Von den Bürgerbewegungen dagegen fühlte man sich zur Übernahme neuer Überzeugungen verpflichtet. Nach Jahren der politischen und moralischen Überforderung wollte man die politische Elite wählen und wieder abwählen können, doch mit Politik und gar mit einer moralisch gesteuerten Politik selbst wenig zu tun haben: Die Interessen des Volkes lagen im sozialen und wirtschaftlichen, also privaten Bereich.<sup>15</sup> Auch das zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 wiederholte Mehrheitsvotum für die CDU trug rationalen Charakter: Es war eine Entscheidung für den gesamtwirtschaftlichen Aufschwung, selbst wenn man zeitweise mit persönlichen Härten und Belastungen rechnen muß. Und sogar das jetzige Gefühl der Ohnmacht und Hoffnungslosigkeit ist noch rational, denn angesichts der ostdeutschen Kapitalknappheit ist die Lage für Ostdeutsche tatsächlich ausweglos.

Wie man im Westen angesichts des trotz hoher Belastungen über längere Zeit offenkundig rationalen Verhaltens der Ostdeutschen vom Fehlen jeglicher Rationalitätsinteressen sprechen kann, ist nur schwer nachvollziehbar. Während

## Systemtransformation als Rationalisierung

im Osten der Kampf um den Erhalt von Betrieben und Arbeitsplätzen, um die Gewinnung von Investitionen und Anschubfinanzierungen, um die Klärung von Eigentumsfragen und den Ausbau der Infrastruktur, um die Modernisierung oder den Abriss bestehender Anlagen usw. geht, hat sich die öffentliche westdeutsche Diskussion im Wesentlichen auf drei Dinge eingeepegelt: Einmal hört man immer wieder, daß nach 40 Jahren SED-Mißwirtschaft der Anschluß an das westliche Lebensniveau nicht so schnell gelingen kann; dann geht an die ostdeutsche Bevölkerung immer wieder der Appell, daß es jetzt darauf ankomme, die Ärmel hochzukrempeln und anzupacken; und schließlich werden die westdeutschen Unternehmer immer wieder dazu aufgerufen zu investieren. Als östlicher Beobachter gewinnt man den Eindruck, daß die westlichen Politiker und Führungseliten aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Recht selber nicht so genau wissen, worauf der Erfolg der Marktwirtschaft denn nun beruht, und daß sie die Bedeutung der Privatinitiative und des individuellen Engagements maßlos überschätzen. Diese Überschätzung ist angesichts einer effizienten Wirtschaftsordnung mit ausgebauter Infrastruktur, klaren Eigentums- und Rechtsverhältnissen, abrufbaren Kapitalmitteln, funktionierender Bürokratie, eingespielten Interessenausgleichsmechanismen usw. verständlich. In einer hochkomplexen Gesellschaft kann sich der einzelne auf Entlastungsleistungen seiner Umwelt verlassen und braucht in seinem eng umgrenzten Spezialgebiet nur die eingerichteten Mittel und Wege zu kennen, mit deren Hilfe er diese Leistungen abzurufen vermag. Gerade aufgrund der hochgetriebenen Komplexität der Gesellschaft und der damit zusammenhängenden Überspezialisierung des eigenen Aufgabenbereichs ist jedoch das verfügbare Wissen über Lebensgrundlagen der Gesellschaft äußerst gering. Man kann sagen, im Verhältnis zu dem, was man wissen kann, war es nie so gering wie heute. Daß der Aufschwung im Osten ausbleibt, ist ein Ausdruck der Komplexität der Möglichkeitsberingungen von Modernität, und daß die westliche Wirtschaft sich zurückhält, zeigt an, wie hoch ihre Komplexitätserfassungskapazität ist. Die wirtschaftliche Zurückhaltung ist ökonomisch rational, denn nur wenn die eigenen Entscheidungen so lange wie möglich diffus gehalten werden, kann sich ein System für Möglichkeiten, Wandlungen und unerwartete Komplexitätsanforderungen offenhalten. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Osten machen deutlich, auf welch hochvoraussetzungsvollen Grundlagen der Erfolg der modernen Gesellschaften beruht, daß funktional differenzierte Gesellschaften nicht programmatisch erneuerbar sind, daß radikale Demokratisierung nur ein Element ihres Funktionierens unter anderen ist, daß eine ausgebaute Infrastruktur, eine entwickelte Verwaltung, klare Rechtsgrundlagen, psychosoziale Bedingungen usw. hinzukommen müssen und daß es nur eine wirtschaftlich gesteuerte Modernisierung gibt oder keine, daß also die kritische Reflexion der Gesellschaft Wirtschaftswachstum zur Voraussetzung hat, aber es nicht zu ersetzen vermag. Insofern bringt der Osten den Westen

wieder zu sich selbst, was reflexiv erarbeitete Neuerungen nicht ausschließt, sondern sie, wie gesagt, gerade erst ermöglicht.

- \* Erstveröffentlichung in: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus, Marburg, H. 3 (1991).
- 1 K. Schacht, Droht eine Polarisierung der Gesellschaft?, in: die tageszeitung vom 7.1.1991, S. 14.
- 2 C. Offe, Institutioneller Wandel in der vereinigten Bundesrepublik, Vortrag am 26. Mai 1991 im religionssoziologischen Seminar an der Theologischen Fakultät Leipzig.
- 3 R. Inglehart, The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: American Political Science Review 65, 1971, S. 991-1017; H. Klages, Wertorientierungen im Wandel: Rückblick, Gegenwartsanalysen, Prognosen, Frankfurt/M./New York 1984.
- 4 U. Beck, Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986.
- 5 C. Offe, Institutioneller Wandel .... a.a.O. (Anm. 2).
- 6 W. Zapf, Modernisierung und Modernisierungstheorien, hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1990, bes. S. 20ff.
- 7 U. Beck, Die Industriegesellschaft schafft sich selber ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.10.1990, S. 35.
- 8 Als Beleg für die weite Verbreitung dieser Meinung vgl. SPIEGEL SPEZIAL 1/1991, S. 86f.
- 9 N. Luhmann, Funktionale Methode und Systemtheorie, in: ders., Soziologische Aufklärung 1: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, Opladen 1970, S. 31-53, hier S. 47.
- 10 L. Kasek, Die Entwicklung arbeitsbezogener Werte zwischen 1986 und 1990, Leipzig (Ms.) 1990, S. 3.
- 11 SPIEGEL SPEZIAL 1/1991, S. 69.
- 12 C. Offe, Vom taktischen Gebrauchswert nationaler Gefühle, in: Die Zeit vom 14.12.1990.
- 13 E. Neubert, Protestantische Kultur und DDR-Revolution, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 19/1991, S. 21-29, hier S. 27.
- 14 Vgl. D. Roth, in: Politische Vierteljahresschrift 1990.
- 15 O. Kallscheuer, Nachbemerkung und Ausblick, in: Experiment Vereinigung: ein sozialer Großversuch, hrsg. von B. Gießen und C. Leggewie, Berlin 1991, S. 133-141, hier S. 138.

## Zur mentalitätsgeschichtlichen Dimension des ostdeutschen Transformationsprozesses

Nach einer alten These von K. R. Popper läßt sich (abgesehen von bescheidenen Prognosen bei überschaubaren Voraussetzungen) die Geschichte nicht voraussagen, da sie zunehmend mehr von unserem Wissen abhängt. Wenn wir sie voraussagen wollten, müßten wir heute schon angeben, was wir morgen erst wissen können (und welchen Teil wir davon wie, auf welchen Handlungsfeldern, mit welchen Mitteln etc. umsetzen werden).

Die These selbst ist einleuchtend, nur gegen ihre Schlußfolgerung haben wir uns als Marxisten lange gewehrt. Sie schien uns paradox zu sein: Trotz, ja **wegen** ihrer wachsenden Abhängigkeit von mentalen Faktoren – von einer immer größeren Menge an Erkenntnissen, Wissen und Erfahrungen – würde sich die Geschichte dem Kalkül bewußten Handelns entziehen. Das widersprach einer unserer Schlüsselüberzeugungen von der Möglichkeit, das Reich der Notwendigkeiten mit dem Sozialismus als *bewußt* gestalteter Gesellschaftsordnung zu überschreiten.<sup>1</sup> Doch die desolante Weltlage mit ihren eskalierenden Krisenpotenzialen *trotz* mit dagewesener Wissens- und Informationsressourcen gibt Popper in gewisser Weise Recht: Diese Mentalressourcen auf der Basis moderner Informations- und Kommunikationstechnologien sind nicht nur Quellen wachsender Bewußtheit, sondern eben **als** diese Quellen auch die Auslöser immer neuer, umfassender und mittlerweile immer gefährlicherer Unwägbarkeiten der Geschichte.

Eine wachsende Menge von Erkenntnissen und Erfahrungen, schneller wechselnde Bewußtseins- und Stimmungswandel schlagen damit nicht pur und direkt auf den Geschichtsverlauf durch, schon gar nicht in jener beabsichtigten Sinne. *Sie bilden im Realitätsverbund geschichtlicher Faktoren vielmehr jene Variablen, die namentlich in Zeiten sozialer Umbrüche oft überraschende Wendungen verantworten.*

R. K. Mertons berühmte soziologische Parabel vom „Schwarzen Mittwoch“ der Last National Bank in Anlehnung an das bekannte Thomasphänomen gibt dafür ein anschauliches Beispiel.<sup>2</sup>

Das bloße Gerücht der Insolvenz der Bank führte trotz ihrer verhältnismäßig großen Liquidität zur tatsächlichen Insolvenz. Ihre stabile Finanzstruktur war von einem Netzwerk von Definitionen der Situation abhängig. Als diese Situation der Finanzstruktur von den Bankkunden anders definiert wurde, brach der darauf gegründete Realitätsverbund in sich zusammen, überraschend und unaufhaltsam.

Die zu diesem Verbund gehörigen, objektiv sachlichen, sozialen, politischen etc. Tatbestände ordneten sich nun gemäß der definitorischen Netzwerkverschiebung im öffentlichen Bewußtsein zu einem anderen Realitätsszenario.

Freilich, – entgegen der radikal-konstruktivistischen Interpretation solcher Vorgänge – auch die Umdefinition der Banksituation erfolgte nicht aus heiterem Himmel, sondern vor dem Hintergrund einer allgemeinen Krise mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit von „crashes“. Das Insolvenzgerücht hatte einen verbal realen Hintergrund. Aber das ändert nichts daran, daß bestimmte „Definitionen“ einer Situation, einmal getroffen, im öffentlichen Bewußtsein zum „integralen Bestandteil der Situation selbst“ werden (Merton), solange es sich um menschliche Beziehungen, nicht um naturgesetzliche Zusammenhänge handelt. Das geht sogar soweit, daß ursprünglich falsche Definitionen (in dem Falle irreführende Gerüchte) die Bedingungen ihrer eigenen Verwirklichung erzeugen können, also nachträglich quasi bestätigen, was vorab durchaus falsch war (self-fulfilling prophecies). Dies gehört, nach Merton, zu den „Perversitäten sozialer Logik“.

Für zeitgeschichtliche Betrachtungen ist daran interessant: In der *Rückschau* verlieren sich solche „mentalen Definitionen“ der jeweils untersuchten Zeiträume, ihre Wirkungen lassen sich schwer rekonstruieren. Sie treten hinter die objektivierbaren Tatbestände der Geschichte zurück, schnell „vergessen“, oder sie werden überbewertet, indem in Vorgänge eine Bewußtheit hineinprojiziert wird, die in der „Echtzeit“ nie gegeben war.<sup>3</sup> Aus der Retrospektive sieht jedoch meist alles so aus, als mußte es dem Stand der Tatsachen nach so kommen, unausweichlich.

Genau daran muß bei der zeitgeschichtlichen Analyse des Transformationsprozesses immer wieder erinnert werden. Die Einladung zu Fehldeutungen sind dort aufgrund der hyperdynamischen Entwicklungen besonders groß.

Seit 1989 geschah nicht nur mehr als sonst in Jahrzehnten, vieles kam völlig überraschend.<sup>4</sup> Niemand wäre vorab im Stande gewesen, das Szenario dieser Ereignisse auch nur einigermaßen genau zu beschreiben. Die jüngste Geschichte schien jeglichen bewußten Einflüssen und Zwecksetzungen entzogen zu sein. Ihren Akteuren blieb meist nur, nachträglich zu begreifen, was längst geschehen ist. Sich darauf einzustellen und mit den Auswirkungen fertig zu werden, kostete alle Mühe. Bei dieser Ereignisdichte und Schnelligkeit fällt es schwer – auch heute noch –, gedanklich Zeitgenosse zu bleiben und geistig mit der Entwicklung Schritt zu halten.

Das fördert geradezu die Neigung, den Verlauf von „Wende“ und darauffolgendem Transformationsprozeß nachträglich wie „Naturereignisse“, als pure Sachzwänge zu deuten, abgekoppelt vom bewußten Sein der Beteiligten. Logischerweise wären dann mentale Geschichtsanalysen für die Aufklärung der geschichtlichen Vorgänge selbst irrelevant, sie gäben doch nur kund, wie die Beteiligten nachträglich mit dem fertig wurden, was auf sie einstürzte.

Mit dieser Neigung geht die von konservativen Kreisen kräftig geförderte Auffassung konform, daß die Politik der Währungsunion, des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik, des Vereinigungsvertrags etc. unausweichlichen Sachzwängen ausgesetzt gewesen sei, quasi alternativlos, und politische Klugheit eben darin bestand, auf längst installierte objektive Prozesse rasch und entschlossen mit begleitenden Maßnahmen zu reagieren (genau deshalb habe die Opposition „in der Stunde der geschichtlichen Wahrheit“ mit ihrem zögerlichen Kurs versagt). Eine solche „naturgeschichtliche“ Sichtweise geht am wirklichen Gang der Dinge vorbei.

Mentale Faktoren höchst unterschiedlicher Intensität und Dauer bestimmten Verlauf, Umfang und Ausmaß des Transformationsprozesses seit der „Wende“ ganz entscheidend mit. Vor der „Wende“ lagen, wie stets bei solchen gesellschaftlichen Erschütterungen,<sup>5</sup> Jahre der Arroganz der Macht, der versäumten Reformen und der allgemeinen Stagnation. Konflikteenergien erzeugten zunehmende Spannungen, die sich in Protestaktionen entluden. Die ersten Proben der eigenen Macht, die die Demonstrationen den Beteiligten gab (vermittels der elektronischen Medien faktisch vor den Augen und im Schutz der Weltöffentlichkeit), machten die Schwäche des alten Systems offenbar, bestimmten die gesellschaftliche Grundsituation neu und setzte schließlich jene Massenenergien frei, die binnen kurzer Zeit die gewaltigen Machtvorkehrungen ins Leere laufen ließen. Das System brach in sich zusammen. In solchen „revolutionären Situationen“ wächst das rebellische Selbstbewußtsein schneller als die Fähigkeit der politischen Klasse, die angestauten Probleme zu lösen – ganz nach der klassischen Regel: die Regierenden können nicht mehr und die Regierten wollen nicht mehr so wie bisher leben.

Die mentalgeschichtlichen „Konstrukte“ im Zusammenbruchsszenario der DDR sind unübersehbar. Ähnliches gilt für den Transformationsprozeß nach dem Fall der Mauer.

Seine Koordinaten und Entwicklungsrichtung waren keinesfalls, wie im Nachhinein gern behauptet, von vornherein auf den West-Ost-Systemtransfer programmiert, zumindest nicht auf seine „High-speed-Variante“. Daß schließlich doch dazu tendierte, ist aus objektiven ökonomischen, politischen und sozialen Ursachen allein nicht zu erklären (ökonomisches Desaster und eingeschränkte Demokratie der DDR, Wohlstandsgefälle zwischen beiden deutschen Staaten...),<sup>6</sup> auch das ist wesentlich mental mitbedingt.

Ausschlaggebend dafür war die *Vereinigungseuphorie* kurz nach der „Wende“, die sich über den Zeitraum von der Jahreswende 1989/1990, dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik, der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom Dezember 1990 bis zum Frühsommer 1991 erstreckte. Sie wurde zum „Trendsetter“ des beschleunigten Systemtransfers und sorgte für dementsprechende Netzwerkverschiebung in der „Definition“ des ostdeutschen Transformationsprozesses.

Dieses Euphoriephänomen muß erklärt werden, nicht nur weil zwischen der Kurzlebigkeit dieser Stimmung und den von ihr ausgelösten langfristigen Folgen eine große Diskrepanz besteht und dies zum Grundkonflikt der gegenwärtigen innerdeutschen Entwicklung geworden ist. Nicht nur, weil sich die Dämonisierung der DDR-Vergangenheit (Heiner Müller), derer heute viele Menschen überdrüssig sind, ursprünglich aus dieser Euphorie legitimiert. Auch das Zustandekommen dieses Phänomens wie sein schließlicher Verfall selbst werfen viele Fragen auf.

Warum entschieden sich Menschen, die sich kurz zuvor noch, wenn auch mit zunehmender Distanz, den Spielregeln des Honeckersystems gefügt hatten, wenig später für „Nie wieder Sozialismus“ und den schnellen Anschluß an die Bundesrepublik? Warum war die Vereinigungseuphorie zunächst allgegenwärtig und zog selbst nüchtern denkende Menschen in ihren Bann, obschon mit dem ersten Jahrestag des vollzogenen Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik fast ebenso allgegenwärtig Ernüchterung und Skepsis überwogen?

*Ein Erklärungsansatz der euphorischen Interimszeit ergibt sich aus der besonderen Situation der Deutschen im Transformationsprozeß. Zwei kurz hintereinander geschriebene Bücher Klaus v. Dohnanys sind dafür ein Beleg.*

In seinem ersten Buch, „Briefe an die deutschen Demokraten“ (Leipzig/Weimar 1990), vor der Währungsunion geschrieben, warnt er davor, die Fehler des Westens zu wiederholen, so als ob es genüge, sie auszuweisen und den Willen zu ihrer Vermeidung zu stärken. Die deutsche Einheit schien ihm ein Nachholvorgang zu sein, bei dem aus den Erfahrungen des Westteils viel zu lernen wäre, um Entwicklungen zu verkürzen, ganz zugunsten einer wirklichen und raschen Einheit. Das war typisch für diesen Zeitraum, obwohl sich Dohnanys Sachlichkeit wohltuend von der allgemeinen Euphorie abhob. Aber der Wille zur Vereinigung schien auch ihm übermächtig, nichts schien diesen bei vernünftiger Gestaltung aufzuhalten.

Dohnanys zweites Buch, „Das deutsche Wagnis“ (München 1991), resümiert demgegenüber, die Einheit bleibt der Wunsch, die Teilung die Realität, wirtschaftlich, sozial und psychologisch. Ein Jahr danach ist der Blick nüchterner, der schlichte Grund dafür klarer erkennbar: Beide deutsche Staaten, so Dohnany, existierten ja nicht schlechthin getrennt voneinander, sondern entstanden im Ergebnis des Kalten Krieges.

In der Tat, es brauchte erst eine gewisse geschichtliche Distanz für die Erkenntnis, daß der alte Systemgegensatz zwischen Ost- und Westdeutschland eine Mentalitätsklüft hinterläßt, die sich nach dem Verschwinden der Mauer und der Blöcke nicht einfach auflöst. Gerade weil dieser innerdeutsche „cultural lag“ der eines Kultur- und Geschichtskreises ist, wurde und wird er bagatellisiert. Dadurch schienen zunächst die jahrhundertealten Gemeinsamkeiten deutscher Sprache, Geschichte und Kultur die letzten vier Jahrzehnte getrenntstaatlicher

Entwicklung zur historischen Episode zu erklären, deren Wunden die Zeit schnell heilt. Dadurch war die Sensibilität für die ersten Unverträglichkeitssymptome zwischen forciertem institutionellen Umbau nach Vorlage West und der lebensweltlich-kulturellen Beharrungstendenz Ost<sup>8</sup> im öffentlichen Bewußtsein noch gering ausgeprägt. Es dauerte einige Zeit, um zu erkennen, daß der epochale Ost-West-Gegensatz die Biographien ganzer Generationen nachhaltig geprägt hatte und nun an einem der neuralgischsten Punkte der modernen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, dem komplizierten Zusammenwachsen von erster und zweiter Welt, nicht so problemlos wie einmal gedacht, zur Geltung kommen kann.

Wie auch immer, mochte dieser cultural lag zunächst auch noch wie ein kurzes geschichtliches Zwischenspiel anmuten, sein Beharrungsvermögen und seine weltpolitische Plazierung heben ihn weit darüber hinaus.

Aus westdeutschem Blickwinkel scheint diese Erklärung plausibel, zumal das Anschlußszenario des Einigungsvertrages den Westteil Deutschlands in die Rolle desjenigen bringt, der schon angelangt ist, und für den es wünschenswert wäre, wenn der Ostteil schnell zu ihm aufschließt. Der Westteil hat den Part historischer Kontinuität inne. Aus seiner Sicht relativiert sich die Diskontinuität, die die deutsche Entwicklung nach der Zweistaatlichkeit bestimmt. Im Westen hielt sich insofern insgesamt auch die Begeisterung in Grenzen. Da dort scheinbar alles beim Alten blieb, kam eine wirkliche Aufbruchstimmung nicht auf.

Aber aus ostdeutscher Sicht bleibt bei dieser Erklärung vieles offen.

Die Mehrheit der Ostdeutschen hatte das System doch angenommen, sich eingerichtet und verhielt sich zumindest loyal dazu (auch wenn rückwirkend die kritische Distanz dazu herausgestellt wird). Das paßt ebensowenig zu der plötzlichen Vereinigungseuphorie wie die „Trotzidentität“ (Jens Reich), knapp ein Jahr danach. Die Ostdeutschen haben doch mit dem radikalen „time lag“ zwischen der Zerstörung ihrer bisherigen und dem so nicht erwarteten langsamen und ungenügenden Aufbau neuer Lebensgrundlagen den bittersten Preis für diese Euphorie zu zahlen. In der damaligen Stimmung legten sie doch selbst die Grundlagen der Politik, die sie heute beklagen. Immerhin bestimmte diese enthusiastische Zeit den Ausgang jener vier entscheidenden Wahlen vom März bis zum Dezember 1990, die diese Politik legitimierten. Was bestimmte also den Wechsel von DDR-Loyalität zum euphorischen Anschluß an die Bundesrepublik und von da schließlich zur neuen „geistigen Mauer“ zwischen Ost- und Westdeutschen?

Tatsächlich standen „Nie wieder Sozialismus“ und „Ja“ zur schnellen Vereinigung in keinem Verhältnis zur jahrzehntelang geübten mehrheitlichen Loyalität zur DDR. Diese Loyalität war keinesfalls nur das Ergebnis von Drohungen, Gedankenlosigkeit, sich abfindender Resignation oder sozialer Sicherheit, die ökonomisch schon lange nicht mehr untersetzt und daher trügerisch war. In bestimmtem Maße hatte man sich schon deshalb mit der DDR identifiziert, weil sie

fast ein halbes Jahrhundert unausweichlicher Lebensraum, soziales Medium individueller Selbstverwirklichung und kritischer Auseinandersetzungen war, der Bezugspunkt wichtiger Lebenserfahrungen, großer und kleiner Erfolge im Berufsleben, der Ort sozialer Kommunikationsbedürfnisse – „jenseits banaler Anpassungsqualität“ (Manfred Haustein)<sup>9</sup>.

Es gab aber auch Überzeugungsgründe für die DDR-Loyalität.

Die DDR war in gewissem Sinne tatsächlich eine „Kopfgeburt“<sup>10</sup> der Geschichte, ein Reflex auf äußerst bedrohliche Entwicklungen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts: Nach der längsten Friedensperiode der Vorkriegszeit dann von 1914 bis 1945 in drei Jahrzehnten gleich zwei verheerende Weltkriege; mit Atombombe und Kaltem Krieg schien kurz nach dem zweiten ein dritter, noch verheerenderer Weltkrieg in Sichtweite zu sein; immer bedrohlichere Krisen folgten in immer kürzeren Abständen – was lag näher, als die Ursache dafür in der Unfähigkeit des Kapitalismus zu suchen, mit den Problemen einer modernen Gesellschaft fertig zu werden? Vor dem Hintergrunderlebnis Faschismus und dem aufziehenden Kalten Krieg war Sozialismus für viele Menschen, nicht nur in der DDR, eine überzeugende Alternative.

Es bleibt der FAZ vorbehalten (aus welchen Motiven auch immer), angesichts der gegenwärtigen Verdrängungen mehr Ehrlichkeit in bezug auf frühere Überzeugung einzufordern und dafür ein prominentes Selbstzeugnis aus westdeutschen Kirchenkreisen zu publizieren: „Die Idee des Sozialismus selber war es, die faszinierte, der Gedanke, hier die Instrumente für die Gestaltung einer gerechteren und friedlicheren Gesellschaft zu finden. Die Grundidee schien gut, das ließ zwar über die Mängel in der Realität nicht hinwegsehen, man meinte aber, sie um des Zieles willen leichter ertragen zu können.“ Und weiter: „Für beachtliche Kreise in der Kirche war der Westen mit seinem ‘Imperialismus’, mit seinem ‘Kapitalismus’ und mit seiner ‘Ellenbogengesellschaft’, schließlich auch mit seiner Nato und seiner Abschreckungsdoktrin letzten Endes der schlimmere Feind des Menschen... letzten Endes kam man ohne wesentliche Elemente des Sozialismus bei seinen Zukunftsentwürfen nicht aus und die Frage schloß sich an, ob nicht schließlich doch dem sozialistischen Osten die Zukunft gehörte.“<sup>11</sup>

Der massive Protest gegen die SED-Führung von 1953 konnte viele Menschen in dieser Überzeugung ebenso wenig erschüttern wie die Ereignisse von 1956, waren sie doch – nicht zuletzt durch das Verhalten des Westens – als die logische Folge des verschärften Klassenkampfes im Frühstadium des Sozialismus deutbar. Auch den Bau der Mauer 1961 konnte man noch als einen zwar eigentlich systemwidrigen, aber um des Zieles Sozialismus willen notwendigen Akt deuten. Erstens wegen der immer wieder aufgerechneten hohen volkswirtschaftlichen Verluste der DDR aus der offenen Grenze, zweitens waren die Langzeitfolgen der Mauer nicht sogleich absehbar und zu bewerten (bis heute geht der Streit, ob nicht

die Mauer den Frieden in Europa gesichert hat), und drittens schien die Begründung einleuchtend, daß nunmehr sich der Sozialismus besser vor den subversiven Attacken des Westens schützen und sich somit *auf seinen eigenen gesetzmäßigen Grundlagen* entfalten kann.

Aber damit wurde 1968 zur eigentlichen Nagelprobe darauf, ob die DDR die in sie gesetzten Erwartungen hin zu einer sozialistischen Zukunftsvision erfüllen konnte. Die DDR hätte, besser als zuvor geschützt, ihr inneres Entwicklungspotential zugunsten deutlich aufgewerteter sozialer und politischer Lebensverhältnisse entfalten müssen. Nach acht Jahren mußte sich diese Rechnung wenigstens in Ansätzen bestätigen. Das war nicht der Fall, im Gegenteil.

Deutlich zurückgehendes Wirtschaftswachstum in der CSSR ging dem „Prager Frühling“ voraus. In der DDR entsprach die wirtschaftliche und soziale Entwicklung gleichfalls nicht den hohen Erwartungen, das wog angesichts der wirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik um so schwerer. Doch nicht nur die Erwartungen von 1961 blieben unerfüllt, die Führung unter Ulbricht zeigte sich trotz akzeptabler ökonomischer Ansätze<sup>12</sup> als unfähig, die *politischen* Herausforderungen der sich abzeichnenden wissenschaftlich-technischen Revolution anzunehmen. Es war letzten Endes aussichtslos, Innovation, Kreativität und kritisches Infragestellen des Erreichten für Wissenschaft und Technik bei gleichzeitiger Abkopplung des größten Teils der Intelligenz vom internationalen Wissenschafts- und Forschungsprozeß zu fordern. In Politik und Gesellschaft galten zudem die gleichen für Wissenschaft und Technik gestellten Forderungen nach kritischer Kreativität als unerwünscht, obwohl gerade die gesellschaftlichen Restriktionen leicht als wesentliche Hindernisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ausgemacht werden konnten. Dabei waren es Marxisten (im sogen. Richta-Report)<sup>13</sup>, die schlüssig von einer Scheidelinie in der Entwicklung der modernen Produktivkräfte sprachen und davon, daß sich jenseits dieser Linie früher durchaus bewährte politische Konzeptionen in ihr Gegenteil verkehrten. Die modernen Produktivkräfte bräuchten ein kreatives Umfeld, das nur mit einer demokratischen Öffnung der Gesellschaft zu haben sei.

Die militärische Intervention in Prag gab eine ganz andere Antwort. Damit vollzog sich bei vielen Menschen, die sich mit der DDR als Alternative zum anderen deutschen Staat identifizierten, eine Art Überzeugungswandel. Nun wurde allmählich verifizierbar, daß der Nomenklatura die eigene Machterhaltung mehr bedeutete als notwendige Reformen des Sozialismus. Ihre Reformverweigerung war erstmals in diesem Ausmaß aus einer prosozialistischen Perspektive als nicht zufällig erkennbar, und da dies eine strategische Wendemarke sozialistischer Entwicklung betraf, auch erkennbar als *nicht systemwidrig, sondern systemimmanent*, im politischen System und im Apparat angelegt.

Der Prager Frühling hatte Hoffnungen geweckt, die mit seiner Niederschlagung

enttäuscht wurden. Darauf mußte die SED-Führung intern mit dem Wechsel von Ulbricht auf Honecker reagieren, mit kleineren Reformen (1971 der VIII. Parteitag der SED), ohne die große Reform der Demokratisierung zu riskieren. Sie versuchte dies *erstens* mit Ansätzen einer neuen Offenheit und *zweitens* mit einer Umorientierung ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die neue Offenheit im Ansprechen der Probleme (Werner Lamberz) führte schon bald zu der faktischen Aufspaltung der Öffentlichkeit in einen *medialen* und *submedialen* Bereich. Im submedialen Bereich, *unterhalb* der Medienschwelle eröffneten sich (in der partikulären Öffentlichkeit mikrosoziologischer Bereiche) größere Freiräume für Selbstbestimmung, Kritik oder einfach Nischen. *Oberhalb* dieser Medienschwelle dagegen war Kritik nur in den verschlüsselten Ritualen der offiziellen Sprachregelungen möglich, und auch das nur begrenzt.<sup>14</sup> Kritisches Potential, systemkritisch oder konform, verlor sich so in den engen Horizonten der „Nischengesellschaft“. Wirkliche Gestaltungsräume für kritische Mitbestimmung reduzierten sich auf *insuläre* Dimensionen, der kritische Dialog mit der staatlichen und politischen Führung – immerhin eine Grundidee des sozialistischen Gesellschaftsmodells – wurde zunehmend mehr verweigert. Dennoch wurde diese Aufspaltung der Öffentlichkeit in gewisser Hinsicht angenommen.

Viele der ideologischen Rituale, deren Nichtbeachtung früher unangenehme Folgen hatte, wurden aus den Alltagsbeziehungen herausgenommen und fanden im Medienbereich ihren festen, weniger beachteten und damit ungefährlichen Platz. Die gewonnenen kleineren Freiheiten der Meinungsäußerung gingen freilich auf Kosten der notwendigen fundamentalen Gesellschaftskritik. Der interne staatstragende Konsens, der der „Kopfgeburt“ DDR von Anfang an zugrundelag, die Überzeugung, mit der DDR eine sozialistische Entwicklung gehen zu können, mußte Schaden nehmen. Die ideologisch begründete Loyalität zur DDR, die namentlich für viele Intellektuelle ausschlaggebend gewesen war, bestimmte sich so immer weniger aus der ursprünglichen Überzeugung als vielmehr aus der Hoffnung auf grundlegende Reformen nach einem sich abzeichnenden biologischen Ende der Honeckerführung.

Der Ausfall der Medien für öffentliche kritische Selbstverständigung ließ nur eine aufgesplitterte Opposition im Monadenzustand zu, ohne logistische Verbindung untereinander. Die sich mit der Opposition solidarisierenden Kirchenkreise stellten nur das Dach, unter dem sich oppositionelle Gruppen entfalten konnten, ihre fehlende Vernetzung war damit nicht zu kompensieren.

Insofern mußten oppositionelle Bewegungen in der DDR schwach bleiben. Die DDR ist auch nicht aufgrund einer starken Opposition zusammengebrochen, sondern durch die Kontraproduktivität ihrer Führung. Erst dadurch konnten relativ kleine Gruppen, auch dank der Generatorrolle der elektronischen Medien<sup>15</sup>, den entscheidenden Impuls für die Implosion des Systems auslösen. Aus der Sicht der

achtziger Jahre, als an den Zusammenbruch der DDR gar nicht, jedenfalls nicht so schnell, zu denken war, waren wirkliche Veränderungen nicht *von außen* zu erwarten, von Gruppen, die sich dem System gänzlich verweigerten, sondern von oppositionellen Gruppierungen *innerhalb* der Partei, die für den Marsch durch die Institutionen gewappnet waren. Gorbatschow schien diese Strategie, wenn sie je eine bewußt formulierte und konzentriert durchgesetzte war, zu bestätigen. Und zu dieser internen Opposition gehörte, daß man mit den verschlüsselten Ritualen der offiziellen Sprachregelungen virtuos umzugehen vermochte, gleichsam auf eine „ideologische Trägerfrequenz“ kritische und oppositionelle Botschaften so zu modulieren wußte, daß sie von der Öffentlichkeit diesen Intentionen nach auch dekodiert werden konnte.

Nach der Wende verschwand der Kontext, in dem diese Kommunikation von Codierung und Decodierung, der „zwischen den Zeilen“ versteckten Kritik einen Sinn machte. So gestaltete Texte waren ihrer subversiven Botschaft beraubt. Wer, wie Außenstehende, diese Sensibilität für verdeckte Botschaften nicht ausgebildet hatte, rezipierte quasi die benutzte ideologische Trägerfrequenz pur, die eigentlichen Botschaften selektiert er aus. Daß damit offizielle Ideologeme *auch von unten* instrumentalisiert wurden, für kritische Verständigung und Selbstverständigung, ist so nicht nachvollziehbar. Außerdem: In einer geschlossenen Gesellschaft, die sich über eine in sich geschlossene Ideologie definiert, gelten andere Maßstäbe für subversives Denken. Selbst kleine, Außenstehenden kaum nachvollziehbare „Revisionen“ hatten da u.U. größere Wirkungen als die Kreation (meist nur scheinbar) neuer Paradigmen im pluralistischen Wissenschaftsbetrieb.<sup>16</sup>

Vor diesem Hintergrund des längst aufgeweichten ideologischen Konsenses zeichnet sich der mentale Bruch von 1989/1990 als weniger drastisch ab. Die „Wende“ machte nur klar, was eigentlich längst zu ahnen war: Die Unfähigkeit der Führung hatte einen Problemstau in allen Bereichen der Gesellschaft herbeigeführt, der nicht mehr beherrscht werden konnte. Dennoch zeigte das *Schockartige* dieser Erkenntnis Wirkungen.

Man konnte sich zwar ausrechnen, daß die DDR seit langem auf Kosten ihrer Reproduktionsressourcen lebte und ihre Entwicklungsmöglichkeiten verspielte. Nur durchgreifende Reformen konnten noch etwas bewirken, aber die blieben aus. Im Warten auf Reformen ähnlich denen unter Gorbatschow in der UdSSR waren die wenigsten darauf vorbereitet, in Ost wie in West, einschließlich der gut situierten DDR-Forschung, daß die anhaltende Stagnation notwendigerweise zur *Implosion* führen mußte.

Am deutlichsten zeigte sich das am Machtapparat der SED-Führung, dessen verlässlichste Stütze die Staatssicherheit bildete, mittlerweile selbst gegen die eigene Parteibasis eingesetzt. Der Ausbau der öffentlichen Präsenz der Staatssicherheit in allen größeren Städten seit Ende der siebziger Jahre war eben zugleich

der erste Akt ihrer Selbstaufhebung. Damit mußte die Staatssicherheit auch im öffentlichen Raum agieren, jenseits ihrer eigentlichen, von der Öffentlichkeit abgeschirmten verdeckten Wirkungsfelder. Vor den Kameras der Weltöffentlichkeit mußte sie den Offenbarungseid leisten, denn *daß* sie öffentlichin Protestbekundungen eingreift, wurde zum Eingeständnis der Schwäche des Systems und leitete, im Sinne Mertons, eine grundsätzliche Verschiebung im Netzwerk der Definitionen bisheriger politischer Realität ein. Die bisherigen Spielregeln von Drohgebärde und Furcht verloren ihre Verbindlichkeit. Was äußerlich hoch gerüstet schien, zeigte gerade dadurch Schwäche. Die alten Definitionen von Macht galten nicht mehr. Im „Hochsicherheitstrakt DDR“ waren die Eisenarmierungen verrottet (Jens Reich).<sup>17</sup>

Die Implosion war total. Das Ausmaß der nicht bewältigten Probleme wurde *mit einem Schlag* offenbar. Der Realitätsschock war gründlich. In der Situation fielen alle Hoffnungen auf wirkliche Reformen des Sozialismus zusammen. Die Diskussion um einen demokratischeren, menschlicheren Sozialismus, der seit den sechziger Jahren noch Stoff für jahrzehntelange Diskussion bot und auch zur Formierung der Bürgerbewegung vor dem Oktober 1989 beitrug, war *danach* nur knapp zwei bis drei Monate für eine öffentliche Diskussion gut.

Insofern trieb viele Menschen einerseits nicht die Begeisterung für das bundesrepublikanische Gesellschaftssystem in das Stimmungshoch zur Vereinigung, sondern die schmerzliche Einsicht, bei aller Skepsis „nicht genau genug hingesehen und hingehört“,<sup>18</sup> die Reform*notwendigkeit* des Realsozialismus stillschweigend mit dessen Reform*fähigkeit* gleichgesetzt zu haben.

Andererseits hatte sich in der „Wendezeit“ eine bemerkenswerte „strukturelle Kontinuität“ im Denken vieler Menschen bewahrt, die schon ihr Verhältnis zur DDR zwischen Kritik und Loyalität bestimmte.

Die „Kopfgeburt“ DDR war die Entscheidung für ein gesellschaftliches Gegenideal, eine Utopie. Loyalität wie Kritik zur DDR kreisten um die Hoffnung, daß sich die Realität doch noch mit dem Ideal aussöhnt. Für das Ideal, die Vision hatte man sich entschieden, mit der Realitätsabweichung mußte man sich bescheiden lernen. Auch die Euphorie des schnellen Anschlusses an die Bundesrepublik profitierte nach Inge Münz-Koenen, „von einer im Massenbewußtsein imaginierten Wirklichkeit, einer utopischen Wunschprojektion... Nicht die Realitäten des anderen deutschen Staates wurden am 18. März 1990 gewählt und durch die folgenden Wahlen bestätigt, sondern gewählt wurde eine Fiktion, die sich speiste aus den Mangelsyndromen des Realsozialismus und ihr utopisches Gegenbild fand in einer Wunschwelt mit dem Zaubernamen ‘soziale Marktwirtschaft’“.<sup>19</sup>

Was hier drastisch als „Wunschwelt mit dem Zaubernamen ‘soziale Marktwirtschaft’“ benannt ist, hat noch eine sozialpolitische Vorgeschichte.

1971 war der Führung unter Honecker klar, daß sie im Konsumtionsniveau bei

angespannter Wirtschaftslage nicht mit der Bundesrepublik konkurrieren kann. Sie entschloß sich daher zur „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Soziale Sicherheit (Arbeitsplatz, Wohnungsbau) und stabile Preise sollten die Identifikation mit der DDR erleichtern wie die Anziehungskraft des Westens kompensieren. Sie sollten die Grundidee des Sozialismus aus alltäglicher Erfahrung bestätigen (das gemeinsam Erwirtschaftete kommt den Produzenten unmittelbar selbst zugute) und zugleich zu höherer Leistungsbereitschaft motivieren. Diese Politik mußte zu Lasten der Akkumulationsfähigkeit der Wirtschaft gehen, jedenfalls zu Anfang, bei der „Anschubfinanzierung“ für einen Wirtschaftsmechanismus, der sich dann durch die gegenseitige Stimulierung von Konsum und Produktion selbst tragen sollte. Da der erhoffte Effekt und damit die Steigerung der Arbeitsproduktivität ausblieb (auch die veränderte Weltmarktsituation seit dem Erdölpreisschock von 1973 machte einen Strich durch diese Rechnung), wurde aus der niedrigen Akkumulationsrate ein Dauerzustand. Die mit der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik verbundenen stabilen Preise ließen sich nur noch für bestimmte Preisgruppen durchhalten und auch nur auf Kosten der allgemeinen Modernisierungsfähigkeit der Wirtschaft.

In der Folge hoben sich zwei unterschiedliche Wert-Preis-Relationen immer deutlicher voneinander ab. Bei „Waren des täglichen Bedarfs“ (z.B. dem einfachen Brötchen) war der Preis oft wesentlich niedriger als ihr tatsächlicher Wert (*1. Preis-Wert-Relation*). Umgekehrt bei gehobenen Gütern: der überhöhte Preis (z.B. modische Konfektion, Unterhaltungselektronik) drückte den geringeren Wert nicht aus (*2. Preis-Wert-Relation*).

In beiden Wert-Preis-Relationen währte sich der Staat positiv dargestellt. Stabile Preise im Alltagsbedarf sollten soziale Fürsorge, Sicherheit und Schutz vor Preiswillkür signalisieren. Mit den überhöhten Preisen für die anderen Warengruppen wurden Kindergartenplätze, niedrige Tarife und Mieten mit subventioniert (und zugleich versucht, die hohe Nachfrage, der man in den seltensten Fällen mit einem dauerhaften Angebot entsprechen konnte, zu drosseln). Aber statt der erhofften traten gegenteilige Bewußtseinseffekte ein.

Die erstrebte positive Präsenz vermittelte sich ja entweder über Güter (etwa das billige Brötchen), die ihrem Preisausdruck nach *nichts wert* zu sein schienen. Und im umgekehrten Fall der 2. Preis-Wert-Relation vermittelte sich diese Präsenz über zu hoch veranschlagte und zudem meist knappe, vielbegehrte Waren.

Die ideologischen Wirkungen dieser Preispolitik mußten kontraproduktiv sein, sie gestalteten den Systemvergleich von Ost nach West für die DDR ungünstig. In der begehrten und preislich aufgewerteten Gütergruppe bot „der Westen“ vor allem durch Werbefernsehen und „Intershop“ das Bild uneinholbarer Konkurrenz in Qualität, Vielfalt und Preis-Wert-Vergleich. Die niedrigen Preise und das stabile Angebot machten umgekehrt die relativ problemlose Verfügung über die anderen

Gütergruppen zu Selbstverständlichkeiten, kaum für ein positives DDR-Bild als bewußtes Gegenstück zum Hochglanzbild des Westens geeignet.

Hinzu kommt ein weiterer Umstand. Das dominierende Bild vom „Westen“ glich einer Touristensicht, einer Fiktion, *die nicht durch eigene Erfahrungen mit den problematischen Seiten dieser Gesellschaft relativiert werden konnte.* Arbeitslosigkeit war für die DDR-Deutschen individuell kein Problem, ebensowenig wie Mietwillkür oder westlicher Kriminalitätsstandard, aus welchen Gründen auch immer. Sie drückten andere Sorgen, die sich im Westen offenbar längst erledigt hatten: die Reproduktion alltäglichen Lebens in einer Mangelgesellschaft, die Aufrechterhaltung von Produktion und Dienstleistung unter immer komplizierteren Bedingungen und politische Bevormundung. *Bei fehlendem Erfahrungskorrektiv von der anderen Gesellschaft und sehr gegenwärtigen Problemen mit der eigenen mußte sich das Bild vom Westen Deutschlands zu einer imaginierten Wunschprojektion verfestigen, die der Vereinigungseuphorie lange vor der Wende den Boden bereitete.*

Nach dem Fall der Mauer wurde dieses projizierte Wunschbild von „sozialer Marktwirtschaft“ zunächst auch völlig bestätigt. Die erste Bekanntschaft mit dem westlichen Deutschland war überwältigend. Aus der Erfahrung der Mangelgesellschaft konnte der in den Schaufenstern ausgebreitete Warenüberfluß kaum verarbeitet werden. Nun war man mittendrin „im Westen“ und sogleich auf Distanz zu ihm. Kurioserweise offenbarte gerade das dankbar angenommene Begrüßungsgeld die lächerlich geringe Verfügbarkeit des soeben eröffneten Reichtums, und wie wenig man dazu gehörte.

Das führte zur *nachträglichen Umbewertung des früheren eigenen Verhaltens und Denkens*, wie es Thomas S. Kuhn für die Wissenschaftsgeschichte beschrieben hat: Aus einem neuen Paradigma heraus werden bekannte Fakten neu gesehen und umbewertet, da aus dem entwickelteren Erkenntnisstand der vorangegangene i. d. R. sich umfassender und kritischer bewerten läßt als aus diesen selbst heraus. Angesichts der offensichtlichen wirtschaftlichen Effizienz des Westens mutete das eigene Arbeitsleben in der DDR wie vertane Lebenszeit an, um deren Sinn man sich nachträglich betrogen fühlte. Daß man das alte System hingenommen und toleriert hatte, schien im Nachhinein unverständlich. Man begriff sich in seinem früheren Verhalten selbst nicht mehr. Der gewiß nicht geringe Lebensstandard aus DDR-Zeiten wurde retrospektiv als Armut gedeutet. – Das mußte förmlich „Nie wieder Sozialismus!“ und „Wir sind ein Volk!“ provozieren.

Auch im Selbstbild des Westens gab es mit dem Zusammenbruch der DDR Veränderungen, nur nicht so drastische. Angesichts des auch von westdeutscher Seite nicht ganz erwarteten Zerfalls und der Selbstaufgabe der DDR relativierte sich die kritische Sicht auf die eigene Gesellschaft. Das kritische Selbstbild trat zurück zugunsten einer positiven Überbewertung. Was vorher als Normalität

registriert wurde, begriff sich nun als Reichtum, kritische Distanz verwandelte sich in positive Wertbegriffe. Diese *nachträgliche Aufwertung der eigenen Realität* verdrängte über fast zwei Jahre jenen Wertewandel, auf dem der ganze öffentliche Diskurs der Bundesrepublik über den notwendigen ökologischen Umbau der Risikozivilisation aufsaß.

Die nachträgliche Überzeichnung zum negativen DDR- und positiven BRD-Bild trug so nicht nur ganz entscheidend zur Vereinigungseuphorie bei, sondern auch dazu, daß die Politik der konservativen Modernisierung öffentlichen Auftrieb bekam. Gesellschaftskritische Kräfte konnten, vor die Frage ihrer „Mitschuld“ oder unkritischen Haltung gegenüber dem Realsozialismus gestellt, entgegen ihrer Erwartung aus der Vereinigung kaum Kapital schlagen, kritische Selbstreflexivität ging zurück. Wie sonst läßt sich z.B. erklären, daß das gleiche Hochschulsystem der Bundesrepublik noch im Wintersemester 1988/89 der härtesten Kritik ausgesetzt war, ein Jahr später ganz selbstverständlich der Neuordnung des ostdeutschen Hochschulwesens als nicht zu hinterfragendes Muster dienen konnte und heute, nach vollendeten Tatsachen in Ostdeutschland, wieder der gleichen Kritik wie vor 1989 ausgesetzt ist?

Aber die *heutigen* Mentalitäten im vereinigten Deutschland sind schon wieder ganz andere. Das projizierte Wunschbild von sozialer Marktwirtschaft konnte nicht von langer Dauer sein. Mit dem Anschluß an die Bundesrepublik wurde diese Gesellschaft aus eigener Erfahrung verifizierbar. Das „time lag“ zwischen rasanter Zerstörung der alten Strukturen und dem quälendem Aufbau neuer forderte zudem zu einem *nachträglichen, korrigierenden Systemvergleich* – nach dem Zusammenbruch der DDR! – heraus, der zum früheren entgegengesetzt verläuft.

Jetzt korrigiert sich das *Bild vom „Westen“* aus eigenen Erfahrungen mit seinen problematischen Seiten. Die übersteigerte Fiktion „soziale Marktwirtschaft“ kann der erfahrbaren Wirklichkeit nicht mehr standhalten. Die Reaktionen auf die Selbsttäuschung und leichtfertigen Versprechen sind daher nicht selten aggressiv und destruktiv. Jetzt rächt sich, daß die Vereinigung in ein Bundestagswahljahr geriet und *für wahltaktische Zwecke auf Kosten ihrer strategischen Problematisierung instrumentalisiert wurde*.

Umgekehrt ist nun das *Bild von der DDR*, da nicht mehr als System existent, auch nicht mehr aus eigener Erfahrung korrigierbar. Frühere negative Erfahrungen verblassen vor dem Hintergrund der neuen und schwerwiegenden Probleme oder werden ganz verdrängt. So zeichnet sich jetzt schon eine Art „Atlantiskultur“ ab: Je mehr die DDR Geschichte wird, desto mehr Legenden können sich um sie bilden, neue Wunschprojektionen, aber nunmehr verklärend auf die Vergangenheit gerichtet. Je mehr und gründlicher alles liquidiert wird, was mit der DDR verbinden könnte, desto stärker wird dieser Trend. Die „Trotzidentität“ mit der

ehemaligen DDR, die Jens Reich konstatierte, ist ja kein spätes Bekenntnis zum politischen System der DDR, sondern ein Reflex auf die überstürzte Preisgabe alles Eigenen und der fehlenden Selbstverständnismöglichkeiten durch Medien, die mittlerweile fast vollständig, ökonomisch wie redaktionell, in westdeutsche Hände übergegangen sind.

An diesem Punkt stößt sich die notwendig gewordene differenziertere Aufarbeitung der Vergangenheit mit der politischen Realität. Im Klima der scheinbar unaufhaltsamen Euphorie kamen vor allem im Osten Deutschlands Politiker in Regierungsverantwortung, die für den schnellen Anschluß an die Bundesrepublik eintraten und einen radikalen Schlußstrich unter die DDR-Vergangenheit setzen konnten. Sie hatten sich (aus sehr verschiedenen Motiven) bewußt von ihrem geschichtlichen Hintergrund gelöst, und das ging konform mit dem Wählerwillen. Es waren Politiker gefragt, die sich schnell in die neue Wirklichkeit der Bundesrepublik hineinversetzen konnten. Die Interessen der ehemaligen DDR schienen so am effektivsten vertreten zu sein, das mußte nicht sonderlich thematisiert werden. Die Frage nach der Beschädigung der DDR-Identität und ihres Schutzes stand nicht und spiegelt sich auch nicht in Konzeption und Praxis der gegenwärtigen Politik wider.

Damit wächst die Differenz zwischen dem forcierten institutionellen Umbau und den psychosozialen Defiziten in den neuen Bundesländern weiter, die die Hoffnung auf Selbstbestimmung einschränkt, zusätzlich belastet durch eine Dämonisierung der DDR-Vergangenheit, die in der Zeit der Vereinigungseuphorie öffentlich akzeptiert war, heute aber auf Widerstand stößt. Die kollektive Lebensgeschichte der DDR läßt sich eben nicht auf ein Horrorszenario verkürzen (Manfred Haustein).

Auf diese Weise kommt der mentale Gegensatz zwischen Ost- und Westdeutschen nicht zur Ruhe, die „innere Mauer“ wächst. Auch die vorwiegend westdeutsch geführte Wirtschaft in den neuen Bundesländern, durch die Privatisierung bedingt, hat Mühe, sich auf die ostdeutschen Mentalitätsprobleme einzustellen, sie als eigenständige Potenz zu begreifen und nicht sogleich in gewohnte Funktionsmuster etablierter marktwirtschaftlicher Erwartungshaltungen zu pressen. So sind die mentalen Definitionen des Transformationsprozesses im Fluß, seine Zukunftsoptionen sind in dieser Hinsicht offen. Die ostdeutsche Transformation bleibt auch und gerade aus mentalitätsgeschichtlicher Perspektive ein Prozeß mit vielen Rätseln und möglichen überraschenden Wendungen.

## Zur mentalitätsgeschichtlichen Dimension des ostdeutschen Transformationsprozesses

- 1 Dieser Überzeugung lag wiederum die Verkürzung mentalgeschichtlicher Faktoren auf *kognitive* zugrunde, die im Idealfall rechtzeitig und zutreffend erworbener Erkenntnisse den Geschichtsverlauf im Sinne emanzipatorischer Interessen beeinflussen, anderenfalls (im Nachhinein erworbene bzw. fehlerhafte Erkenntnisse) hingegen *aktuell* die Intentionen verfehlen und erst später wieder als Erfahrungen von geschichtlichem Wert sind. Kognitive Faktoren sind i. d. R. in einen ganzen Komplex von aktueller öffentlicher Meinung, akkumulierter Erfahrungen, Wertewandel, Stimmungswechsel etc. in ihren medialen Vermittlungen eingebunden, die als Ganzes (des gesellschaftlichen Bewußtseins) Reflex wie Teil geschichtlicher Wirklichkeit bilden. Deshalb ist hier allgemeiner von „mental“en“, im weitesten Sinne „geistig“en Faktoren die Rede.
- 2 Vgl. R. K. Merton, Die Eigendynamik gesellschaftlicher Voraussagen, in: E. Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln 1966, S. 144ff.
- 3 Der Instinkt der Historiker sei darauf gerichtet, bei der Rekonstruktion der Vergangenheit den Leitlinien ihres Verstandes zu folgen. Vgl. M. Bloch, Die Feudalgesellschaft, Frankfurt/M. 1982, S. 98f.
- 4 Noch im Sommer 1987 beliefen sich laut einer repräsentativen Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie die Erwartungen darüber, wie lange die Mauer noch stehen werde, auf durchschnittlich 34 Jahre. Vgl. E. Noelle-Neumann, Demoskopische Geschichtsstunde, Zürich/Osnabrück 1992.
- 5 R. Dahrendorf, Der moderne soziale Konflikt, Stuttgart 1992, S.13ff.
- 6 Heute wird zudem immer offensichtlicher, daß die einfache Modellübernahme des Westens die Probleme der zweiten oder gar der dritten Welt nicht lösen kann (Vgl. H. Poldrack/B. Okun in diesem Heft). Selbst in konservativen Kreisen mehren sich die Zweifel daran, vgl. den Kommentar von K. Natorp in der FAZ vom 18.5.1992, S. 1.
- 7 Nach der Studie des Ostberliner Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung „Jugend nach der Vereinigung“ vom Sommer 1991 bejahten 55 Prozent der Befragten, daß sie sich als „Noch-DDR-Bürger“ fühlten (vgl. Junge Welt vom 13.9.91, S.19). Vgl. auch „Die Zeit“, Hamburg vom 3.10.1992; s. a. die sechsbändige Veröffentlichung des Instituts für Demoskopie: Märkte, Meinungen, Medienutzung in Deutschland – Ost und West, Adlensbach 1991.
- 8 Vgl. H. Poldrack/ B. Okun im vorliegenden Heft, S. 6-17.
- 9 M. Haustein, Das dualistische Schema von Licht und Finsternis, in: Neues Deutschland vom 23./24.5.1992, S.10.
- 10 „Die Geschichte der DDR, eines Staates, der eine philosophische These beweisen sollte und als Kopfgeburt in gewissem Sinne nur auf dem Papier gestanden hat, verlangt nach neuen Methoden. Die Erzählung wird voll von Paradoxien stecken, weil der Staat zur Verwirklichung einer Utopie gegründet wurde und seine Bürger sich jeden Abend eine Utopie des anderen auf den Bildschirm holten.“ P. Bahmers, Nichts für den Nahkampf, in: FAZ vom 9.8.1991.
- 11 Vgl. „Die Wahrheit macht frei“, in: FAZ vom 6.5.1992, S.4.
- 12 Vgl. F. Dieckmann, Konspiration mit der Vormacht, in: Die Zeit, Hamburg vom 3.10.1992, S. 49ff.
- 13 R. Richta, Zivilisation am Scheideweg (Richta-Report), Frankfurt/M. 1971.
- 14 Vgl. B. Okun, Medien und „Wende“ in der DDR, in: COMPARATIV, H. 3 (1991), S. 12ff.
- 15 Ebenda, S. 11f.
- 16 Das ist bis heute das Problem vieler westdeutscher Evaluatoren bei der Bewertung der Ex-DDR-Geistes- und Sozialwissenschaft. Auf diese Weise werden all die Differenzierungen zwischen „Reformern“ und Konformisten, die vor der Wende für die interne Verständigung wichtig waren und noch während der Wende mit entsprechenden Ausdruckszeichen bedacht wurden, im Nachhinein verwischt. Eben wegen ihrer kritischen Haltung zuvor öffentlich bekannte „Reformer“ werden nunmehr nicht selten in eine Reihe mit ihren tatsächlichen Gegenspielern auf der Seite der Macht gestellt.
- 17 Vgl. B. Okun, Medien und „Wende“ in der DDR, S. 17ff.
- 18 „Die Wahrheit macht frei“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.5.1992, S. 4.
- 19 I. Münz-Koenen, Enteignete Revolution – verwaltete Utopie – das Spiel der Medien mit dem kollektiven Unbewußten, in: COMPARATIV, H. 3 (1991), S.21.

## **Was bleibt den in der DDR Aufgewachsenen? Tendenzen des Wertewandels und der Wertekontinuität in der jungen Generation Ostdeutschlands**

Allein im Jahre 1991 veränderten 60 Prozent aller Beschäftigten in Ostdeutschland ihre berufliche Position, gingen in die Umschulung, den Vorruhestand oder wurden arbeitslos.<sup>1</sup> In Zeiten stürmischer Veränderung wächst das Bedürfnis nach stabilen Orientierungen und Identität. Woher stammen aber die Orientierungsmuster der Menschen im Osten? Erinnern sich die Ostdeutschen nicht gerade jetzt ihrer sozialen Erfahrungen und Identitäten, die in der DDR geprägt wurden? Welches neue, andere Repertoire steht ihnen überhaupt zur Reaktion auf neue Probleme zur Verfügung?

Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, was an sozialer Erfahrung, an „DDR-Geprägtheit“ bleibt. Eine Frage, die keineswegs nur die ältere Generation, die 40 Jahre in der DDR gelebt hat, bewegt. Diese Frage steht ebenso vor Jugendlichen, die ihre ersten, prägenden Gesellschaftserfahrungen in der DDR machten.

Die junge Generation, Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre in der DDR geboren, soll auch im Mittelpunkt der Überlegungen stehen. Ihre „DDR-Geprägtheit“ weist schon einen anderen Zuschnitt auf als die der Aufbaugeneration. Denn spätestens seit der internationalen Einbindung der DDR ab Mitte der siebziger Jahre gab es erweiterte Möglichkeiten kultureller Orientierung auch im kleinen grauen Deutschland. Profitieren nicht zum Beispiel die jungen Ostdeutschen jetzt davon, daß sich die meisten von ihnen immer schon in der internationalen Musikwelt zu Hause fühlten?

Offenbar läßt sich der Wertewandel nicht mit dem Prozeß des sozialen Umbruchs synchronisieren. Denn gerade in Zeiten der Unsicherheit und Veränderung fällt Wandel und Öffnung sozialer Erfahrungen schwer. Das in der DDR erworbene soziale Verhaltensrepertoire läßt sich nicht ohne weiteres „bewältigen“, sondern prägt die Strategien der Bewältigung des sozialen Umbruchs im Osten in beträchtlichem Maße.

## 1. Grundzüge der materiellen und geistigen Lebensbedingungen und Befindlichkeiten im stagnierenden Sozialismus

Die junge Generation in der DDR, in den späten sechziger und siebziger Jahren geboren, machte ihre Erfahrungen mit dem realen Sozialismus ab dem Ende der siebziger Jahre. In dieser Zeit wich die Entspannungspolitik einer Periode sich zuspitzender Ost-West-Konfrontationen. Die ökonomischen Rahmenbedingungen für die DDR-Entwicklung verschlechterten sich rapide, der stagnierende Lebensstandard machte das sozialistische Programm der SED unattraktiv. Auf das Leben der Jugendlichen wirkten sich die innenpolitischen Probleme in weiteren Einschränkungen ihrer Handlungsfelder aus. Der Rückstand der DDR gegenüber internationalen Mode-, Medien- und Musikrends vergrößerte sich, worauf politisch mit weiterer Abschottung reagiert wurde. Die FDJ nahm jegliche Freizeitfelder in ihren Dienst. Anders noch als bei ihren Eltern besaß das Kürzel „FDJ“ für die junge Generation kaum noch Anziehungskraft. Die „Kampfreserve der Partei“ wurde geduldet und genutzt als fast einziger Anbieter von Freizeitkultur für Jugendliche. Das eigene Engagement in der Jugendorganisation wurde allerdings zunehmend seltener. Die Bereitschaft, FDJ-Sekretär zu werden, bestand kaum noch. Die zweite sozialistische Generation in der DDR wurde in stagnierende wirtschaftliche und soziale Verhältnisse hineingeboren, sollte aber als Enkel der Aufbaugeneration und Tochter/Sohn der FDJ-Generation dem alten Pathos sozialistischer Ideale weiter huldigen. Dies funktionierte einfach nicht mehr.

Anders als bei ihren Eltern zählten Etappen ökonomischer Konsolidierung und sozialer Fortschritte, wie sie die Aufbau- und FDJ-Generationen in der Mitte der fünfziger Jahre, ab 1961 und nochmals von 1971 bis 1975 erlebte, nicht zum realen Erfahrungsschatz der jungen Generation. Deshalb fanden sie von vornherein weniger Zugang zu den Formeln politischer Idealisierung des realen Sozialismus „in den Farben der DDR“. Unverständnis und Passivität, das Gefühl, gelangweilt zu werden (Null-Bock), setzte sich gegenüber der offiziell herrschenden Ideologie und dem bescheidenen Wohlstand viel nachhaltiger durch. Fehlende eigene Eindrücke, Erfahrungen und Bildung gegenüber anderen sozialen Verhältnissen und Perspektiven machten allerdings auch eine Ausprägung alternativer Wertorientierungen schwierig.

Andererseits stieg auch die politische und ideologische Auseinandersetzung und Interessiertheit der Jugendlichen in den Diskussionen und Demonstrationen etwa zu NATO-Doppelbeschluss stark an.

Die von Honecker damals auch im Gegensatz zu Positionen der sowjetischen „Interregnumszeit“ (1983-85) relativ eigenständige Politik der Fortsetzung des Dialogs, der „Koalition der Vernunft“ besaß die überwiegende Zustimmung der DDR-Bevölkerung und der Jugend der DDR. Sie verband sich mit der Hoffnung

auf eine größere Öffnung der DDR-Politik gegenüber den internationalen Einflüssen. „Die zunehmenden Belastungen durch das Wettrüsten und das drohende atomare Inferno lösten Anfang der achtziger Jahre verstärkt Überlebensangst aus, was zeitweilig die politische Identifikation mit dem Sozialismus im Zusammenhang mit den Friedensinitiativen der DDR förderte“.<sup>2</sup>

Die widersprüchlichen Erfahrungen der jungen Generation werden verstärkt durch das brüchige Vorbild der Eltern- und Großelterngeneration.

## 2. Der Generationskonflikt in der DDR

Die Eltern, die häuslich sozialen Milieus der ersten sozialistischen Generation in der DDR, kennen keine anderen als realsozialistische Verhältnisse. Die junge Generation in der DDR, das sind die Kinder jener Eltern, die im Zeitraum der enormen sozialen Mobilität der fünfziger und sechziger Jahre fast die gesamte wirtschaftliche und bürokratische, untere und mittlere Leitungstätigkeit der DDR übernommen hatte. In dieser Zeit war der Aufstieg Pflicht, war die ständige Qualifizierung der bestimmende Grundzug sozialer Lebensverhältnisse. Fast ein Viertel der mitteldeutschen Stammbevölkerung war in den vierziger und fünfziger Jahren abgewandert. Entsprechende Wertorientierung wie Disziplin, Fleiß und Bescheidenheit und der Stolz auf das Geschaffene begleiteten die soziale Umschichtung. Sie glich einer sozialistischen Egalisierung der Lebensverhältnisse. Der Aufstieg der FDJ-Generation erbrachte jedoch keine politischen Strukturveränderungen. Die stalinistisch geprägten Altkommunisten in der Aufbaugeneration hielten die politischen Zügel fest in der Hand und betrachteten die erste sozialistische Generation als politische Adoptivöhne und Erben der kommunistischen Ideale. Der Kompromiß, den die erste sozialistische Generation in der DDR mit den Verhältnissen zu schließen gezwungen war, verhieß ihnen, gefiltert durch FDJ-Funktion und Kaderrichtlinien einen bescheidenen wirtschaftlichen Aufstieg. Immerhin zählt die FDJ-Generation die Verbesserung ihrer persönlichen Lebenslage und auch eine politische Liberalisierung Anfang der siebziger Jahre zu ihren Erlebnissen, was das Arrangement mit den sozialistischen Verhältnissen erleichterte. Viele Vortreter der FDJ-Generation zogen sich die von den Altkommunisten gereichte Jacke auch voller eigenem Tatendrang über. Die Identifikation mit dem Sozialismus erreicht 1975 als Folge der Liberalisierung und der Verbesserung der sozialistischen Verhältnisse ihren letzten Höhepunkt. Die jungen Arbeiter äußerten damals zu 56 Prozent die Ansicht, daß sich der Sozialismus in der ganzen Welt durchsetzen wird. 35 Prozent sind mit Einschränkung der gleichen Meinung und nur 9 Prozent bezweifeln dies.<sup>3</sup> Immerhin rechneten 91 Prozent der jungen Arbeiter damals auf den dauerhaften und erfolgreichen Fortbestand ihrer Lebensverhältnisse.

Zahlreiche Arbeiter erklimmen in den Zeiten des stürmischen sozialen Wandels für sie befriedigende und überdurchschnittliche Stufen sozialen Standards. Das Gefühl, sich dies erkämpft zu haben, der Stolz auf das Geschaffene und die Hoffnung auf weitere Verbesserungen bestimmt bei ihnen viel stärker die Motivation zu gesellschaftlichem Engagement und Arrangement als das von den Nachgeborenen erwartet werden kann. Der Lebensstandard pegelte sich seit Mitte der siebziger Jahre „am Rande der Saturiertheit“ (O. Sik) ein, ohne den Sprung zu westdeutschen Konsumstandards jemals zu schaffen.

Außerdem schuf sich diese erste Generation eine Vielzahl von Nischen, um den zahlreichen Mängeln und Defekten des realen Sozialismus in der DDR kompensatorisch zu begegnen. Die Nischengesellschaft, wie sie Günter Gaus beschrieben hat, entstand als Lebenswelt dieser ersten sozialistischen Generation. Sie war der Ort privater Entspannung und unreglementierter Kommunikation, eine Art Freiraum, um den bescheidenen Wohlstand nach eigener Fassung genießen zu können. Den Kindern „Datschikistans“ erschienen diese Nischen privater Entfaltung sehr bald als zu eng. Die Elterngeneration, die aus den unveränderbaren sozialistischen Verhältnissen das Bestmögliche für sich geschmiedet hatte, vermochte den Kindern kaum noch dauerhafte „sozialistische Grundüberzeugungen“ zu vermitteln. Für die weiblichen Jugendlichen beschreibt Niethammer diesen Generationskonflikt: „Für viele junge Frauen (durchschnittlich von Anbeginn höher qualifiziert und mit einer deutlich höheren Erwartung an ihre Partner, die Familienarbeit mit ihnen zu teilen und Ehen nicht als Dauerschicksale aufzufassen) sind ihre Mütter ein wunderliches Phänomen aus einer anderen Welt und eher eine Abschreckung als ein Vorbild.“<sup>44</sup>

Der Riß durch die Generationen erweist sich von der ersten zur zweiten DDR-Generation als tiefer als der zwischen der Vorkriegs-/Aufbaugeneration und der ersten sozialistischen Generation. Der Stafettenstab konnte von den Aktivisten der ersten Stunde an die FDJ-Generation noch in der Bewegung übergeben werden. Die Söhne und Töchter der Aktivisten haben später aber größere Schwierigkeiten, den alten Stafettenstab mit gleichem Schwung an die nachfolgende Generation weiterzureichen. Der Traditions- und Werteschwund bis in die familiären Milieus hinein trifft die zweite sozialistische Generation in ihrer entscheidenden Sozialisationsphase. Die in der Ära Honecker innenpolitisch immer stärker favorisierten Wertorientierungen der Stabilität und Sicherheit greifen für die Lebensentwürfe des Nachwuchses nicht weit genug. Das noch von den Altkommunisten geschneiderte Modell einer stolz-bescheidenen Wahrung der kleinen, aber selbst errungenen Besitzstände verliert für die zweite Generation mehr und mehr an Anziehungskraft. Der Generationenriß in dieser Frage war wohl dem Generationskonflikt der späten sechziger Jahre in der Bundesrepublik nicht unähnlich.

Einerseits blickten die Eltern mit Unverständnis und einem gewissen Neid auf die Nachgeborenen, die sozialpolitisch unter Honecker überproportionale Förderungen erfuhren (Berufsförderung, Stipendien und Lehrlingsentgelt, Kredite für junge Ehen, bezahltes Babyjahr usw.), offenbar mit Mitteln, die die ältere Generation erwirtschaftet hatte. Andererseits verweigerte die junge Generation die ständige Anerkennung dieser Leistung und die ewige Dankbarkeit für ihre Lebensbedingungen. Sie nutzten die geschaffenen Standards, ohne die besonderen Anstrengungen durchleben zu wollen und zu können, die ihre Eltern dafür aufgebracht hatten. Und dabei stieg ihr Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, nach Genuß und Wohlstand entsprechend ihren kulturellen und medialen Orientierungen weit über das vom stagnierenden Sozialismus und von den bescheidenen Eltern zu befriedigende Maße hinaus. Diese Ansprüche betrafen natürlich nicht nur die junge Generation in der DDR, aber bei ihr verlief die Bedürfnisexplosion besonders nachhaltig.<sup>5</sup> Dies hängt zusammen mit einem dritten zu beschreibenden Feld der Sozialisationsbedingungen der jungen Generation.

### 3. Mediennutzung und Medienorientierung

Die zweite Generation der DDR lebte nicht mehr in der Angst, beim Westsenderhören und -sehen erwischt zu werden. Zumindest westlicher Hörfunk und westliches Fernsehen (die Einfuhr westlicher Zeitschriften war auch unter Honecker verboten) gehörten zu den Alltagserfahrungen im familiären und im Gruppenmilieu der jungen Generation. Der Gesamtzeitaufwand für die Mediennutzung bei jungen Leuten lag in der DDR um ca. 1 Stunde höher als beim Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung, vor allem durch die überragende Bedeutung der Hörmedien bei Jugendlichen. Die tägliche Nutzung der Massenmedien formierte sich zu einem selbstverständlichen kulturellen Verhaltensstereotyp. Dadurch wurde der schon durch die Lebensferne der DDR-Medienkultur provozierte Entkoppelungsprozeß von Medienwelt und Lebensalltag verstärkt. Die Widersprüche zwischen den Lebensansprüchen, die die westliche Medienkultur vorstellte und dem täglichen Erleben konnte nicht mehr integrativ gedämpft werden. Die Relationen in der Mediennutzung verschieben sich bei den Jugendlichen in den achtziger Jahren drastisch von den DDR- hin zu den BRD-Medien.

Mediennutzung im Vergleich  
Tägliche Nutzung 1985 und 1988 (Angaben in Prozent)<sup>6</sup>

	Jahr	Lehrlinge	junge Arbeiter.
DDR-Fernsehen	1985	37	47
	1988	35	41
BRD-Fernsehen	1985	38	77
	1988	57	55
DDR-Rundfunk	1985	23	35
	1988	23	34
BRD-Rundfunk	1985	47	44
	1988	66	62

Dahinter steckte nicht nur die Ablehnung der Informationspolitik der SED. Nur eine ganz geringe Anzahl von Jugendlichen (4 Prozent) bestätigten eine volle Übereinstimmung der Informationen aus den DDR-Medien mit ihren eigenen Lebenserfahrungen. Die Informationspolitik belegte im Vergleich mit anderen Politikbereichen (Bildungs-, Jugend- oder Außenpolitik) in der DDR stets den letzten Platz.<sup>7</sup>

Die Jugendlichen konnten auch in den Unterhaltungsangeboten des DDR-Fernsehens, in der DDR-Rockmusik und den kulturellen Standards der Serien- und Jugendsendungen wenig Orientierungsgrößen erblicken. Die Abenteuer, die Mode, das Design, der moderne Lebensrhythmus, alles was Jugendliche besonders reizte, wurde von der westlichen Medienkultur viel besser vorgestellt als vom DDR-Fernsehen. Lediglich im DDR-Rundfunk gibt es ein paar Angebote, die viele Jugendliche auch in den achtziger Jahren noch akzeptieren.

Diese geistige Emigration der DDR-Bevölkerung hin zu westlichen Mustern und Stereotypen der Lebensweise (und dies nicht nur über die Massenmedien, auch über personale Beziehungen, Kontakte und Vorbilder) hatte im Sozialisationsprozeß der Jugendlichen deutliche Auswirkungen. Die zweite sozialistische Generation in der DDR erlebte die kulturellen Differenzierungs- und Individualisierungstendenzen in der westlichen Massenkultur, ihr technisch ständig perfekteres Niveau der Erlebnisstimulierung sehr intensiv mit.

Die von Friedrich (S. 44ff.) beschriebenen Bedürfnisse nach mehr Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, nach Lebensgenuß und Spannung, nach informellen Formen des Sozialkontaktes und nach mehr materiellen Werten

schöpfen ihr die DDR-Enge überforderndes Maß zu einem beträchtlichen Teil aus den Standards westlicher Verhältnisse. Diese Bedürfnisentwicklung hängt auch mit der internationalen postmodernen Öffnung kultureller Räume zusammen, von der auch die DDR-Jugendlichen hinsichtlich ihrer Wertorientierung partizipieren: Die durch den orthodoxen Dogmatismus und die Feindbilder in den sechziger Jahren gewachsenen Berührungssängste mit der westlichen Kultur versteht die junge Generation kaum noch. Das Bild, das sich Leipziger Schüler von den Westdeutschen machen, fällt 1988 ganz anders aus als 1978. 1978 vermuteten nur 38 Prozent aller Befragten, daß sich die Westdeutschen in ihrem Staat wohl fühlen, 1988 schätzten das schon 67 Prozent aller Schüler ein. Am deutlichsten unterscheiden sich die Beurteilungen bei der Frage danach, ob die Westdeutschen politisch fortschrittlich seien: 1978 wagten das nur 9 Prozent vollständig zu bejahen (insgesamt 65 Prozent volle und eingeschränkte Zustimmungen), 1988 gaben schon 28 Prozent dieser Einschätzung ihre volle Zustimmung (insgesamt 65 Prozent volle und eingeschränkte Zustimmungen).<sup>8</sup>

Für die junge Generation bedeutete der selbstverständliche alltägliche Kontakt mit westeuropäischen und amerikanischen Kulturstandards nicht nur sozial-psychologische Entlastung und Ablenkung, sondern eine für ihre Wertordnung konstitutiv andere Erfahrung. Nachdem die Anfänge einer DDR spezifischen Rockmusik bereits Ende der siebziger Jahre aus ökonomischen und politischen Gründen scheiterten und zahlreiche populäre Musiker, Schauspieler und Schriftsteller das Land verließen, besaß die DDR-Jugend in den achtziger Jahren fast nur noch westeuropäische und amerikanische Musik- und Kulturvorbilder. Auch wenn dies keine im engeren Sinne politischen Bewegungen auslöste, verankerte es sich doch langfristig in der Alltagskultur der jungen Generation. Ihr Habitus, ihr Lebensstil und ihre Wertordnung orientierte sich viel stärker als in der älteren Generation an den aktuellen westlichen Kulturstandards, obwohl das ihr „sozialistisches Bewußtsein“ noch wenig reflektierte.<sup>9</sup>

#### **4. Das einheitliche sozialistische Bildungssystem**

In der Schule und in der Berufsausbildung wurde die zweite sozialistische Generation im wesentlichen mit dem gleichen Wissens- und Bildungsfundus ausgestattet, der schon der ersten DDR-Generation ihren Aufstieg ermöglichte. Die kommunistische Erziehung gehörte zu den am straffsten zentralistisch verwalteten Ressorts in der DDR. Zentral ausgearbeitete, detaillierte Lehrpläne waren landesweit durchzusetzen. Ihr Hauptanliegen hieß, „die Herausbildung eines wissenschaftlichen Weltbildes“. Zum einheitlichen sozialistischen Bildungssystem gehörte auch, das Wirken der einheitlichen Jugendorganisation FDJ im gesamten

Bildungssystem. Das Netz sozialer Kontrolle ließ sich in der Ausbildung viel enger knüpfen, Schulen und Universitäten waren das Hauptwirkungsfeld der FDJ. Ca. 80 Prozent aller Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren waren 1988 Mitglied der FDJ. In den Schulen und Universitäten lagen die Zahlen gewöhnlich über 90 Prozent und ca. ein Drittel der FDJ-Mitglieder hatte eine Funktion inne. Das einheitliche Bildungssystem und die einheitliche Jugendorganisation für Schule und Freizeit schuf in der Ausbildungszeit ein Netz psychischer und sozialer Betreuung und Sicherung. Die Vorteile dieser Sicherheit engten allerdings unter den relativ dogmatischen ideologischen Verhältnissen die Freisetzung kreativer Potentiale der Jugend und postmaterialistischer Orientierungen stark ein, weil vor allem angepaßtes Verhalten honoriert wurde. Unter der Erfahrung der Uniformität, der Vermittlung gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten, die mit den realen Erfahrungen wenig übereinstimmten wuchs eine typische Haltung zu Schule und Ausbildung seit Mitte der achtziger Jahre stark an. Selbst in der DDR-Pädagogik blieb dies nicht unbemerkt: „Viele Schüler begreifen die Schule als etwas von außen Gesetztes... Sie verstehen sich nicht als Subjekt einer Lernfähigkeit.“<sup>10</sup> Selbst mit der besonderen Hingabe tausender von Lehrern konnten die ehernen Gesetzmäßigkeiten des Sieges des Sozialismus immer schwerer in motivierendes Bildungsgut verwandelt werden. Dies umso mehr, seit mit den Reformbewegungen in der Sowjetunion bei vielen Jugendlichen ein neues politisches Problembewußtsein erwachte. Aber auch mit diesen neuen Fragestellungen wurden die Schüler in der Schule grundsätzlich „abgewimmelt“.

Die Lehrer waren vielleicht nicht als Individuen, jedoch als verpflichtete DDR-Pädagogen mit diesen Problemen überfordert. Und der Autoritätsverlust der Schule schritt weiter voran. Er äußerte sich im wachsenden täglichen Kleinkrieg zwischen Schülern und Lehrern. Auf der Strecke blieben meist jene engagierten Lehrer, die im Spagat zwischen offiziellem Pflichtlehrplan und der Zuwendung zu den Fragestellungen des realsozialistischen Alltags zerbrachen.

Als Antwort auf politische Dogmatisierung im Bildungssystem lassen sich Tendenzen zur Entpolitisierung und Demotivierung konstatieren. Die vertane Chance, die mit dem sowjetischen Reformkurs verbundene erwachte Motivierung und Interessiertheit gerade der Heranwachsenden zu nutzen, nahm dem Sozialisationsfaktor Schulbildung einen weiteren Teil seiner integrativen Bedeutung.

## **5. Vorläufiges Fazit: Tendenzen in den Wertorientierungen der jüngeren Generation der Ostdeutschen**

Je nach Stellung und sozialer Erfahrung in der DDR gab es verschiedene Tendenzen der Orientierung. Und diese, in der DDR erworbenen Wertmuster, erfuhren im Umbruch eher Verstärkung. Der politische Wandel im Osten korrespondiert paradoxerweise mit einer erstaunlichen Kontinuität der Wertorientierungen.

### **1. Verstärkung der Tendenzen der Entpolitisierung und verstärkter materieller Orientierung**

Die Mehrheit der Jugendlichen trieb die fehlende Bedürfnisbefriedigung ihrer geistigen, materiellen und politischen Lebenspläne zum Rückzug in die private Sphäre. Die Politikverdrossenheit, der Rückzug in den privaten Bereich und der selbstverständliche Umgang mit den westlichen Kulturstandards spielte so die materiellen Fragen des Lebens in den Vordergrund. Für viele DDR-Jugendliche trifft die von Ronald Inglehart vertretene Hypothese der postmateriellen Wertverschiebung nicht zu. Zwar wuchs die zweite sozialistische Generation in der DDR unter den Bedingungen eines bescheidenen Wohlstandes auf, das Leben am Rande der Sättigung trifft wohl den Grundzug des DDR-Lebens richtig. Durch ihre größere kulturelle Offenheit und Orientierung dominiert aber gerade bei der jungen Generation das Bewußtsein materiellen Mangels viel deutlicher. So drängten konsequenterweise vor allem junge Leute zum Loch im eisernen Vorhang. Ihre Abwanderung entsprang nicht extremer Politisierung, sondern eher einer sehr pragmatischen, lebensweltlichen Orientierung am westlichen Kulturstandard.

Mit dem ab Mitte der achtziger Jahre verstärkt zu verzeichnenden Rückzug verbinden sich in der DDR Tendenzen einer bürgerlichen Umorientierung. Nicht mehr die verblaßten Ideologeme kollektiver sozialistischer Zukunft, sondern die Erwartung eines besseren persönlichen Lebens, eines höheren materiellen Standards dominieren die Wertorientierungen. Dieser Wandel setzte schon weit vor 1989 ein. Deshalb zählen die Ausreiser und Ausreißer zu den Protagonisten des Umbruchs, der sich als bürgerlicher erweist. Sie gingen nicht, weil sie die politische Unterdrückung nicht mehr aushielten. Sie gingen, weil ihnen ihr gesunder Menschenverstand sagte, daß es sich anderswo besser leben läßt. Diese Entscheidung war auch kaum noch durch verinnerlichte sozialistische Ideale gebremst und das jugendliche Alter machte auch die sozialen Trennungsprobleme weniger virulent. Ihr Abwandern konnte aus diesen Gründen auch bis heute nicht entscheidend gestoppt werden.

Mit der Öffnung der Grenzen hatte sich ihre Revolution erfüllt. Diese unter DDR-Verhältnissen gewachsenen materialistischen und hedonistischen Orientierungen auf ein besseres und selbstbestimmteres Leben werden auch weiterhin zu Verlusten in jener Generation führen, die für die wirtschaftliche und kulturelle Gesundung der ostdeutschen Länder dringend gebraucht wird. Andererseits verschafft dieser bürgerliche Wandel vielen im Lande gebliebenen jungen Leute Anpassungsvorteile bei der marktwirtschaftlichen Umstellung des Lebens. Diejenigen, die jetzt in Sachsen oder Thüringen ihre Vorstellungen von einem besseren Leben zu verwirklichen trachten, werden der raschen Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse und des Konsumniveaus Priorität einräumen. Sie waren es, die gemeinsam mit der Masse älterer Arbeiter bereits im November 1989 die deutsche Vereinigung als schnellsten Weg zur Verbesserung der Lage favorisierten. Dieses Interesse wurde vorschneß als purer Nationalismus mißverstanden.

Es läßt sich vermuten, daß der Prozeß der Hinwendung zur Bürgerlichkeit, wie er bei jungen DDR-Bürgern zu beobachten war, nicht die Widersprüche jener modernen oder postmodernen Bürgerlichkeit antizipieren kann, sondern zuerst einmal die kapitallogische, materiell ausgerichtete Bürgerlichkeit in den Blick nimmt. Das Vordringen der postmodernen Wertorientierungen, das ja inzwischen selbst unter der jungen Generation des Westens nicht mehr ungebrochen behauptet werden kann, trifft die neue Bürgerlichkeit der jungen DDR-Generation wohl noch weniger.

Dieses Streben nach bürgerlichem Wohlleben ist also kein „Wendeprodukt“, sondern eine spezifische, in der DDR geborene Orientierung.

## 2. Verstärkung der Tendenzen der Aufstiegsorientierung in der jungen Generation

Aufgrund der sozialen Stagnation und des politischen Dirigismus eröffneten sich Möglichkeiten des sozialen und politischen Aufstiegs für die junge Generation in der DDR nur in geringem Maße. Und Aufstieg bedeutete in der DDR in jedem Falle ein politisches Arrangement. Die Überalterung der Partei- und Staatsführung schlug nach dem Prinzip des Zentralismus auf die „Kaderstruktur“ der gesamten Gesellschaft durch. Für eine mittlere Parteifunktion etwa konnte man sich erst in einem Alter von über 40 Jahren empfehlen, und der Weg durch die Funktionsniederungen, Prüfungen und Bewährung verlängerte sich immer weiter. Zwar gab es einige Vorzeige-Jugendliche (Bürgermeister, Abgeordnete, Wirtschaftsleiter), jedoch waren die aufstiegsorientierten Jugendlichen gehalten, sich als absolut zuverlässig, treu zur Sache des Sozialismus darzustellen und

dennoch zu versuchen, frischen Wind in die alten Segel zu blasen. Die Orientierung am sozialen und politischen Aufstieg begann für den Nachwuchs in den politischen Organisationen. Gute fachliche und sachliche Leistungen reichten nicht aus. Erst die politische Verankerung in Partei, FDJ, Kulturbund, GST, DSF oder ähnlichem sicherte Aufstiegschancen. Oftmals reichte allein das politische Engagement (ohne fachliche und sachliche Kompetenz) aus, um den Aufstieg zu schaffen. Die so orientierten Jugendlichen standen bald als Privilegierte den anderen gegenüber, bildeten eigene Kreise, Milieus und „Seilschaften“. Es gab sie in der DDR wohl im gleichen Umfang wie anderswo. Das System der Schulungen und Anleitungen für junge Kader verschaffte ihnen Verbindungen zum wirtschaftlichen und politischen Establishment. Innerhalb der jungen Generation besaßen die Aufsteiger einen Sonderstatus. Für die Älteren waren sie die „typischen Vertreter der DDR-Jugend“, während sie in den Augen ihrer Altersgenossen eher als Vertreter des alten Systems erschienen. Ihre Jugendlichkeit reduzierte sich auf einen ungezwungenen Stil, mit dem die alten Themen zur Sprache gebracht wurden. Denn Aufstiegsorientierung hieß nichts anderes als die zwar flexiblere und geschmeidigere, aber doch bedingungslose Übernahme der Werthierarchien des dogmatischen Sozialismus. Zum Interessenvertreter ihrer Generation mit ihren eigenen Themen und Fragen konnte sich das junge Establishment nicht profilieren. Die angestrebte Zugehörigkeit zum Establishment ließ diese Vertreter der jungen Generation schnell altern, ihre Wertorientierungen paßten sich dem herrschenden proletarischen und kleinbürgerlichen Konservatismus an.

Das Anpassungstraining des aufstiegsorientierten sozialistischen Nachwuchses scheint für die jetzt erfolgende Unorientierung auf eine bürgerliche Karriere allerdings sehr gut nutzbar sein. Gerade die aufstiegsorientierten Vertreter der jungen Generation strömten nun von den Aufstiegsleitern der DDR-Gesellschaft (besonders in der Armee, dem Parteiapparat und den Universitäten und Hochschulen) zu den Freitreppen des Aufschwungs Ost (Versicherungen, selbständiges Gewerbe, Gebiets- und Verkaufsleiter u.ä.).

### **3. Verstärkung der politisierten Gruppenkulturen**

Das offizielle politisch-kulturelle Leben in der DDR besaß für viele Jugendliche nur noch wenig Reiz. Die Langeweile, „Null-Bock“, wird zum bestimmenden Verhaltensstereotyp gegenüber DDR-Kultur, DDR-Politik, Bildungs- und Freizeitangeboten. Der Abbau gesellschaftspolitischen Engagements, der Medienkonsum und die Abschottung des Freizeitbereiches charakterisierten den Verlust an gesellschaftlicher Einbindung. Langeweile und fehlende innere Verbindung schlugen in ideologische Sehnsüchte und auch in aggressive Formen des

Frustrabbau um. DDR-Eltern standen nicht selten völlig fassungslos vor dem Aggressionspotential dieser Generation. „Grundlos“ wurden Parkbänke zerstört, Telefonzellen verwüstet, Denkmäler beschädigt, Schlägereien angezettelt. Da die Suche nach interessanten, lohnenswerten, erlebnishaften Angeboten in der Tristesse des DDR-Alltags immer ergebnisloser verlief, entluden sich Frustration und Haß unkontrolliert. Der eigene Glücksanspruch wurde nicht selten in eine ideologische Vergangenheit (NS-Zeit) bzw. Zukunft (Deutsche Volksunion) hineinprojiziert.

Ein Haß auf alles, was das offizielle Markenzeichen „made in GDR“ trug, schwelte unartikuliert.

Auch diese Orientierungen verstärkten sich inzwischen. Das Selbstverständnis und der Habitus dieser Jugendlichen lebt von den enttäuschenden Sozialisationserfahrungen und richtet sich auch im neuen Deutschland gegen den Staat. Die ablehnende Reaktion auf gesellschaftliche Einbindungsversuche wird von linken und rechten Gruppen gleichermaßen gepflegt und ist keineswegs nur eine neue Reaktion auf die soziale Unsicherheit der letzten zwei Jahre. Auch hier lassen sich im wesentlichen Tendenzen der Wertekontinuität ausmachen.

### 4. Veränderungen der (oppositionellen) Politisierung

Die meisten Veränderungen und Umoorientierungen gab es bei jenen Menschen und Gruppen, den nach wie vor gesellschaftlich aktiv und engagiert sind. In der DDR war ja ein gesellschaftliches und politisches Engagement, das die sozial stagnierende Lage und den engen politischen Handlungsspielraum der Jugend in der DDR thematisierte, größere Beteiligung am sozialen und kulturellen Kapital, die Möglichkeit autonomer Lebensführung und freierer Kontakte einforderte, unweigerlich stigmatisiert.

Es gab deshalb im wesentlichen nur drei Wege oppositioneller Politisierung, die bis heute auf den weiteren Wandel in Ostdeutschland wesentlichen Einfluß haben:

*Erstens* die sich im Schutze der Kirche formierenden politischen Oppositionsgruppen, die sich den Themen Basisdemokratie, demokratischer Sozialismus und Umweltschutz widmeten. Ihre Arbeit bekam in der Wendezeit enorme Bedeutung für die DDR. Aus den kirchlichen Oppositionskreisen erwuchs eine ganze Reihe von neuen deutschen (Kommunal-)Politikern mit hoher moralischer Autorität. Viele dieser ehemaligen Oppositionellen haben ihre Vorstellungen von demokratischem Sozialismus und Basisdemokratie inzwischen weiter differenziert. Sie bringen dennoch wesentliche kreative Impulse in den Neuaufbau demokratischer Strukturen in Ostdeutschland ein.

*Zweitens* die außerkirchlich operierenden, vornehmlich lebensweltlich orientierten oppositionellen Jugendkulturen, deren bloßes Vorhandensein in der DDR zum Politikum wurde (Punker, Heavy metals, Skins, u.ä.) Sie gewannen im vereinten Deutschland schnell Anschluß an die verschiedenen subkulturellen Szenen und gewöhnten sich schnell an ihre Normalität in einer pluralen Gesellschaft. Mit Ausnahme der Extremisten (siehe 3) verloren diese kulturellen Gruppen ihre vordergründige Politisierung. Sie bereichern jetzt mit viel Kreativität und Experimentierfreude das kulturelle und alltägliche Leben im Osten und tragen zum pluralistischen Verständnis des Lebens im Osten bei.

*Drittens* die Reformer im Umkreis der SED, der Blockparteien, des Kulturbundes u.a., die sich meist als intellektuelle Opposition zu den dogmatischen Strukturen im Lande verstanden. Sie wirken noch immer als engagierte Reformer bei der Organisation einer breiten Öffentlichkeit im Osten. Diese politisch aktiven Menschen, heute oft organisiert in den Parteien, Bürgerbewegungen, der PDS oder in Bürgerinitiativen, machten sich viele Ideale der ostdeutschen Revolution (meist im Nachhinein) zu eigen und versuchen sie weiterzutransportieren. Meist umstritten, treten sie doch sehr oft als Verteidiger einer positiven DDR-Identität und der ostdeutschen Lebenserfahrung auf. Sie verstehen sich auch jetzt wieder als Reformer und Mahner.

Literatur:

*Walter Friedrich*: Mentalitätswandlung der Jugend in der DDR. in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Zeitschrift „Das Parlament“. Heft B 16. 17/1990.

*Lothar Fritze*: Ausreisemotive - Hypothesen über die Massenflucht aus der DDR, in: Leviathan 1/1990.

*Gunther Holzweißig*: Massenmedien in der DDR, Berlin 1983.

*Ronald Inglehart*: Kultureller Umbruch, Wertewandel in der westlichen Welt, Frankfurt (M.)/ New York 1989.

*Horst Kern/ Rainer Land*: Der „Wasserkopf“ oben und die „Taugenichtse“ unten. Zur Mentalität von Arbeitern und Arbeiterinnen in der ehemaligen DDR, in: Frankfurter Rundschau, 13. Februar 1991.

*Wolfgang Kühnel*: Scheinbar konfliktfrei aneinander vorbei. Eine Retrospektive auf die Generationsbeziehungen in den achtziger Jahren in der DDR, in: Prokla 80, Politische Generationen, September 1990.

*Günther Lange/ Hans-Jörg Stiehler*: Abschied von der Utopie, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 1990.

*Stigrid Meuschel*: Revolution in der DDR. Versuch einer sozialwissenschaftlichen Interpretation, Berlin 1990 (Ms.).

*Lutz Niethammer*: Das Volk der DDR und die Revolution, in: C. Schüddekopf. „Wir sind das Volk“. Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Hamburg 1990.

*Lutz Niethammer/Alexander von Plato/ Dorothee Wierling*: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industriezone der DDR, Bd. 1. „Biographische Eröffnungen“, Reinbek 1991.

*J. Walter*: Pädagogik, Berlin 1988.

## Wertewandel und Wertekontinuität in der jungen Generation Ostdeutschlands

- 1 Diese Zahlenangabe stammt aus den Daten des sozio-ökonomischen Panels 1991, die auf der Tagung der DGS „Deutsche Vereinigung und Wandel der Sozialstruktur“ am 24. Januar 1992 in Freudenberg genannt wurden.
- 2 W. Friedrich, Mentalitätswandlung der Jugend in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Zeitschrift „Das Parlament“, Heft B 16/17, 1990, S. 26.
- 3 Vgl. ebenda, S. 29.
- 4 L. Niethammer, Das Volk der DDR und die Revolution, in: C. Schüddekopf, „Wir sind das Volk“, Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Hamburg 1990, S. 257.
- 5 Vgl. W. Friedrich, Mentalitätswandlung der Jugend in der DDR, S. 35.
- 6 Vgl. G. Lange/ H.-J. Stiehler: Abschied von der Utopie, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 1990.
- 7 W. Friedrich, Mentalitätswandlung der Jugend in der DDR, S. 31f.
- 8 Ebenda, S. 32.
- 9 G. Lange/ H.-J. Stiehler: Abschied von der Utopie, S. 8.
- 10 J. Walter, Pädagogik, Berlin 1990, S. 518.

## Gefahrendynamik und materielle Verteilungskonflikte in der Risikozivilisation. Weltprobleme nach dem Ende des Kalten Krieges

„Auch wenn das Bewußtsein und die politischen Organisationsformen hierfür (noch) fehlen, kann man doch sagen, daß die Risikogesellschaft in der Gefährdungsdynamik, die in ihr freigesetzt wird, *die nationalstaatlichen Grenzen ebenso wie die Grenzen von Bündnisystemen und Wirtschaftsblöcken unterläuft.*“ (U. Beck, Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1986, S. 63)

Unsere Zivilisation befindet sich im Umbruch. Ein neuer Gesellschaftstyp ist im Entstehen begriffen. Durch den Zerfall des Realsozialismus und die damit verknüpften Transformationsprozesse hat dieser Wandel einen neuen und zugleich überraschenden Impuls erhalten. Viele Grundprobleme der „Modernisierung der Moderne“ stellen sich damit neu. Scheinbar festgefügte Zustände zerfallen in rasendem Tempo. Die Zukunft ist offener denn je. Verkrustete Strukturen brechen auf und setzen eine unberechenbare Dynamik von ungelösten, verdeckten oder verdrängten Problemen frei, die sich über Jahrzehnte angehäuft haben. Alte optimistische Gewißheiten und Sicherheiten sind weggebrochen.

Etwas mehr Gewißheit haben wir über die Defekte gesellschaftlicher Systeme gewonnen. So dürfte klar sein, daß die klassische Industriegesellschaft mit ihrem Fortschritts-, Wachstums- und Wohlstandsparadigma gerade in ihren entwickelten Hochburgen in einer tiefen Krise steckt, während sie sich andererseits in weiten Teilen der Dritten Welt noch nicht einmal durchgesetzt hat. Gewiß scheint auch, daß sich mit dem raschen Zusammenbruch des realsozialistischen Imperiums weder die Krise noch der enorme Veränderungsbedarf der westlichen Gesellschaften erledigt haben.

Vieles spricht auch dafür, daß diese Krise zwar durch den Zerfall des östlichen Antipoden zeitweise verdeckt wird (für einige scheint sie sich sogar als „Endsieg“ darzustellen), aber nur, um sich dann um so schärfer und schmerzhafter zu offenbaren. Das wäre schließlich keine Überraschung, denn: Eingedenk aller Unterschiede, beide Gesellschaftssysteme – sowohl das westliche als auch das staatssozialistische im Osten – waren bzw. sind unterschiedliche Varianten jener Industriegesellschaft, die für die Selbsterstörungsdynamik der menschlichen Gattung hauptverantwortlich zeichnet. Als solche sind sie beide beherrscht von

einer wachstums- und wohlstandsorientierten Industrialisierungslogik, die die Ausbeutung der Natur zur Grundlage hat; von Problemen der Reichtumsproduktion und Konflikten der Wohlstandsverteilung, ausgetragen bzw. artikuliert durch klassische politische Großinstitutionen wie Klasse, Partei und Staat, sowie von kurzfristig- bzw. nahbereichsorientierten Denk- und Handlungsmustern.

West und Ost haben dieses Grundmodell – ausgehend von unterschiedlichen historischen und kulturellen Voraussetzungen – unterschiedlich ausgestaltet. (Beim östlichen Modell handelte es sich um eine auf Staatseigentum gegründete Zentralverwaltungswirtschaft, die vornehmlich deshalb zusammengebrochen ist, weil sie Wirtschaft und Gesellschaft wie eine „zentral zu lenkende Maschine“ verstand und die von ihr geförderten und in der Konkurrenz mit dem Westen permanent forcierten Wohlstandsbedürfnisse nicht zu befriedigen vermochte.) Dabei ist es dem Osten weder gelungen, im Prozeß der nachholenden Industrialisierung seinen Entwicklungsrückstand zum Westen entscheidend aufzuholen, noch konnte er seinen (illusorischen) Anspruch auf eine Überwindung des Kapitalismus einlösen. Er war – das hat die Geschichte gezeigt – wohl eine Art *Florentinische Gegengesellschaft innerhalb der weltweit dominierenden kapitalistischen Gesellschaftsformation*.<sup>1</sup>

In der anlaufenden Debatte um die Bewertung der zivilisatorischen Dimension und Folgen der Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West wird auch zu prüfen sein, ob der Frühsozialismus – analog dem frühkapitalistischen Florenz – zu einer Modernisierung der herrschenden Gesellschaftsform beigetragen hat.<sup>2</sup> Für die aktuelle Politik stellt sich die brennende Frage, ob der Untergang und die Transformation dieses Systems Impulse für eine zukunftsverträgliche Erneuerung der industriellen Moderne zu geben vermag?

Die Chancen stehen nicht allzu gut. Eine Ursache hierfür besteht darin, daß die neue politische Logik und das neue politische Bewußtsein, das die Selbstgefährdungsdynamik der Risikogesellschaft erfordert und freisetzt, lange Zeit von der dominierenden Logik der Ost-West-Konfrontation verdeckt und in seiner Entfaltung geprägt wurde.

## 1. Die verdeckte Zäsur im Ost-West-Konflikt: der Eintritt in die Risikozivilisation

Sowohl der Klassenkampf zwischen Arbeit und Kapital als auch der Systemgegensatz zwischen Kapitalismus und Realsozialismus hatten ihren Ausgangspunkt in Problemlagen der klassischen Industriegesellschaft. Das hat sowohl die innere Entwicklung der Systeme als auch den Verlauf des Systemwettstreits entscheidend bestimmt.

Kämpfe um die Macht (namentlich zur Beherrschung bzw. Vernichtung des Gegners) und Reichtumsverteilungskonflikte beherrschten den Gang der Geschichte.

Ende des zweiten Weltkrieges vollzog sich jedoch – eingeleitet mit der Erfindung der Atombombe und in seiner Bedeutung zunächst kaum bemerkt – ein epochaler Wandel innerhalb der Ost-West-geteilten Industriegesellschaft: Aus den Antipoden des Kalten Krieges entstanden plötzlich Risikogesellschaften, d.h. Gesellschaften, „die zunächst verdeckt, dann immer offensichtlicher mit den Herausforderungen der selbstgeschaffenen Selbstvernichtungsmöglichkeiten allen menschlichen Lebens auf dieser Erde konfrontiert sind.“<sup>43</sup>

Damit wurden alle Grundsätze der Konfrontationslogik mit einem Schlag entwertet. Index, der Kalte Krieg ging vorerst weiter und verschärfte sich sogar zeitweise (z.B. Kuba-Krise). Die enorme Beschleunigung des Rüstungswettlaufes mündete in das absurde Bedrohungsszenario der overkill-Selbstvernichtung.

Während sich also der Ost-West-Gegensatz unter der Hand in den selbsterstörerischen und grotesken Wettstreit konkurrierender Risikogesellschaften verwandelte, gediehen und expandierten die neuartigen Gefährdungspotentiale im Kontext der alten politischen Konfrontationslogik um so besser. Destruktive Waffenarsenale wurden in einem atemberaubenden Tempo entworfen, produziert und angehäuft. Die industrielle Megamaschine der Reichtumsproduktion lief auf Hochtouren und setzte eine ungeheure Umweltzerstörungsdynamik frei. Im Osten wie im Westen. Aber dieser Prozeß rief schließlich auch Gegenkräfte auf den Plan.

Die „soziale Unsichtbarkeit“ der Risikogesellschaft war daher in der Tat ein „Motor ihrer Entstehung und damit ein Beleg für ihr Wirklichwerden.“<sup>44</sup> Während der Hochzeiten des Kalten Krieges wurden jene sozialen Gefährdungslagen und politischen Potentiale erzeugt, die schließlich zum Zerfall der Ost-West-Konfrontation führten und die „Grundlagen bisheriger Modernisierung in Frage stellen.“<sup>45</sup>

Mit anderen Worten, der macht- und reichumsfixierte Wettstreit zwischen der westlichen und der östlichen Risikogemeinschaft hob sich selbst auf, indem er eine neue politische Dynamik und neue Sozialformen freisetzte: die Wende von der

Systemkonfrontation zur Systemkooperation, die Politik der Entspannung und der Sicherheitspartnerschaft, Gorbatschows Neues Denken, die neuen sozialen Bewegungen im Westen und die „Perestroika“ im Osten. In das Zentrum der politischen Optik rückten mehr und mehr die neuartigen Gefahren der Systemauseinandersetzung und der bisherigen industriellen Modernisierungsweise.

### **2. Der geopolitische Bruch beim Übergang von der verdrängten zur manifesten (reflexiven) Risikogesellschaft**

In der Evolution der Risikogesellschaften lassen sich zwei Phasen gut unterscheiden: Eine erste, in der man zwar unter der neuartigen Bedrohung der Selbstvernichtung leht, aber noch in den Kategorien der tradierten Industriegesellschaft (und der antagonistischen Logik der Systemkonfrontation) denkt und handelt.<sup>6</sup> Es ist die Phase der *verdrängten Risikogesellschaft*, die sich etwa bis in die siebziger Jahre erstreckte.

Eine zweite, in der die Mechanik der verdrängten und in ihrer Verdrängung real werdenden Risikogesellschaft sich durchsetzt und erkennt sowie zum Zentralproblem ihrer politischen Entwicklung wird. Der Übergang in die *manifeste bzw. reflexive Risikogesellschaft*.<sup>7</sup>

Diese Metamorphose der Risikogesellschaft erfolgte allerdings nicht stetig und kontinuierlich, sondern divergierte und überlagerte sich mit der Entwicklung des Ost-West-Gegensatzes. Das findet darin seinen Ausdruck, daß das überraschende Ende des Kalten Krieges offensichtlich zu Brüchen (Diskontinuitäten) in der Evolution (Phasendynamik) der Risikogesellschaft zu führen scheint.

Ansatzpunkte für den Übergang zu einer reflexiven Risikogemeinschaft lassen sich bereits seit den siebziger und vor allem seit den achtziger Jahren feststellen. Im Westen geriet die Ökologie- und Friedensproblematik zunehmend in das Zentrum der politischen Auseinandersetzungen, die mehr und mehr die politische Struktur dieser Gesellschaften veränderten (Stichwort neue soziale Bewegungen). In der staatssozialistischen Risikogesellschaft konnte sich zwar ein vergleichbarer basisdemokratischer Bewußtseins- und Wertewandel nicht entfalten. Dennoch reagierte man auch hier auf die neue Gefährdungsdynamik. Der entscheidende Anstoß kam aus dem Machtzentrum selbst, wo man vornehmlich in der Friedens- und Außenpolitik der neuen Logik der Selbstvernichtung Rechnung zu tragen suchte. Gorbatschows Kopplung zwischen neuem Denken und Perestroika war bereits der Versuch, die außenpolitische Kurskorrektur mit einer inneren Reform des Systems zu verbinden. Dieses Experiment führte bekanntlich zum Zusammenbruch des realsozialistischen Imperiums.

Aber wie auch immer, die absurde Phase der Ost-West-Konfrontation, wo sich die Gegner wechselseitig mit der militärischen Selbstvernichtung bedrohten, war vorüber. Risikoverantwortung und politische Vernunft hatten sich schließlich durchgesetzt. Es mochte scheinen, als habe sich die Risikogesellschaft kraft ihrer neuen politischen Dynamik, die durch die wachsende Gefahrenproduktion freigesetzt wird, aus dem Korsett konfrontativer (und selbstzerstörerischer) Macht- und Reichtumskonflikte befreit.

Nun, nachdem man sich des Kalten Krieges und der obsoleten Konfrontationsideologien entledigt hatte, schien ein Goldenes Zeitalter dauerhafter Modernisierungen anzubrechen.

Nichts dergleichen. Hoffnungen haben sich desillusioniert. Alte Gefährdungen sind zwar verschwunden oder haben sich relativiert (z.B. die Gefahr eines atomaren Weltkrieges). Dafür haben sich andere verschärft oder es sind neu hinzugekommen. Die Welt, in der wir leben, ist nicht sicherer geworden, im Gegenteil.

*These: Der Zerfall des Staatssozialismus und das Ende der Systemauseinandersetzung interferieren zwar mit der politischen Modernisierungsdynamik der Risikogesellschaft,<sup>8</sup> sie lassen sich jedoch nicht einfach als deren Ergebnis oder als deren konstruktiver Verstärker begreifen.*

*Erstens setzte die Wandlung zu einer manifesten Risikoweltgemeinschaft bereits vor dem Umbruch im Osten ein. Sie war insofern – was ihren Ausgangspunkt und ihre geopolitischen Rahmenbedingungen anbelangt – in die Logik der Systemauseinandersetzung eingebettet und fand hier durchaus auch günstige Voraussetzungen: relativ stabile und berechenbare politische Verhältnisse; ein ordnungspolitisch gefestigter Gestaltungsraum für systemübergreifendes Risikomanagement; und nicht zuletzt auch im Wettstreit und der Sicherheitspartnerschaft der politischen Systeme ein wechselseitiges Modernisierungskorrektiv.*

All das ist mit der überraschenden Implosion im Osten plötzlich weggebrochen. In Gestalt des sowjetischen Imperiums zerfällt – weltgeschichtlich erstmals – eine Risikogesellschaft, die im Prozeß ihrer Auflösung eine merkwürdige Mischung aus hochmodernen und vormodernen Konfliktpotentialen freisetzt. Wer soll in der Ära der Neuen Unübersichtlichkeit und Unsicherheit, die dem Ende des Kalten Krieges offenbar (als hoffentlich nur kurzes Durchgangsstadium?) folgt, die Atomwaffen und die anderen Selbstvernichtungspotentiale kontrollieren? Wie kann bzw. wie wird sich die politische Dynamik der Risikobewältigung in den diffusen weltpolitischen Strukturen der Transformationsära entfalten?

*Zweitens war die politische und ideologische Abschottung der Systeme durchaus auch ein Faktor, der die Verteilungskonflikte und mobilen Gefahrenpotentiale, die das sich verschärfende soziale und ökonomische Gefälle in der Welt einschließt, verdeckte bzw. dämpfte.*

## Weltprobleme nach dem Ende des Kalten Krieges

Der Eiserner Vorhang war ja nicht nur eine Mauer, die die staatssozialistischen Länder umschloß und die Bewegungsfreiheit der Ostler einschränkte, er war vielmehr auch eine Art *Reichtumsschutzwand*, hinter dem der Westler nach dem zweiten Weltkrieg ungestört seine „fossilistisch-fordistische“ Lebens- und Konsumtionsweise kultivieren konnte.<sup>9</sup>

Der Fall des Eisernen Vorhanges hat daher nicht nur einen befreienden Effekt, sondern schließt vielmehr auch ein äußerst bedrohliches Moment ein. Denn die tiefen Gegensätze der interdependenten Weltgemeinschaft – die Verflechtung von industriellem und vorindustriellem Wachstum, von materieller Reichtumsverteilung und sozialer Ungleichheit, von materiellem Überfluß und sozialer Armut – prallen nun unmittelbar und offener aufeinander.

Die Wohlstandsmauer, die den Westen, Osten und Süden voneinander trennte, ist durchlässiger und sichtbarer geworden. Zugleich hat sich die Sogwirkung, welche das westliche Modell auf den „Rest der Welt“ ausübt, nach seinem „Sieg in der Systemauseinandersetzung“ ungeheuer verstärkt. Die westlichen Reichtumsmetropolen könnten von gewaltigen Migrationsströmen aus den Mangel- und Armutsgesellschaften des Ostens und Südens heimgesucht werden. Oder – was am Ende auf dasselbe hinausläuft – in den unterentwickelteren Regionen und Ländern unternimmt man den Versuch eines „nachholenden Kopierens“ der westlichen Produktions-, Lebens- und Konsumtionsart. Dieses Experiment muß scheitern, selbst wenn es gelingen sollte. Denn ein Axiom unserer Überlebens- und Lebens- und Konsumtionstheorie ist und bleibt: Das westliche Wohlstandsmodell ist – in seiner gegenwärtigen Verfassung – nicht verallgemeinerbar. Es ist weltweit weder exportwürdig noch exportfähig. Die Erde würde ökologisch kollabieren, wenn der Energieverbrauch der reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung auf die übrigen neunzig Prozent ausgedehnt wird.<sup>10</sup> Aber das Streben nach Erhaltung eines einmal erreichten Wohlstands und nach Angleichung von Wohlstandsdefiziten ist groß. Der Drang von Menschen, die in Armut- bzw. Mangelgesellschaften leben, Wohlstandsdefizite durch Migration (in die reicheren Länder) oder via nachholende „Nachahmung“ des „reichen Vorbildes“ auszugleichen, ist enorm. Er hat sich nach dem Zusammenbruch der östlichen Systemalternative und dem Wegfall der politischen Abschottungen noch vergrößert. Droht uns nun, so könnte man mit Bezug auf die Theorie vom Wärmetod fragen, in der postsozialistischen Welt der „Wohlstandstod“, ausgelöst durch eine Art „soziale Wohlstands-entropie“?

Es ist paradox: Mir dem Ende der Systemauseinandersetzung haben sich anscheinend auch Strukturen aufgelöst, die lange Zeit eine „Gewähr“ dafür boten, daß

– Probleme und Konflikte der unterschiedlichen Reichtumsverteilung in der Welt verdeckt bzw. kompensiert wurden:

- West und Ost (Süd) trotz völlig unterschiedlicher Wohlstandslagen „geregelt“ zusammenlebten;
- der Osten als industrielle Mangelgesellschaft lange Zeit – angesichts der wachsenden Anziehungskraft des westlichen Wohlstandes – seine innere Stabilität und Identität behaupten konnte.

Es dürfte außer Frage stehen: Wenn zwei (oder mehrere) Gesellschaftsmodelle mit deutlich verschiedenen Wohlstandsniveaus miteinander konkurrieren – so wie es zwischen Ost und West der Fall war –, dann hat die „materiell ärmere“ Gesellschaft nur so lange eine echte „Überlebenschance“, wie es gelingt, die Wohlstandsdefizite zu verdecken (das ist im Zeitalter der transnationalen Kommunikation immer weniger möglich, auch nicht unter Bedingungen politischer Abschottung) oder zu kompensieren.

Dies ist den Ländern des Realsozialismus einige Zeit durchaus gelungen: sei es durch Werte, Leitbilder und Einstellungen einer zukunftsbezogenen Solidargemeinschaft (staatssozialistisch überformt, aber dennoch auch in Gestalt gelebter Biographien sozialisiert) oder durch ein alternatives Angebot an materieller Grundversorgung und sozialer Sicherheit.

Allerdings, in dem Maße wie die „sozialistischen Werte und Ideale“ erodierten und die Partei auf eine konsumtiv ausgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik umschwenkte, in dem Maße setzten sich in den Ländern des Ostblocks wohlstandszeitrierte Werte- und Einstellungsmuster durch. Hoffnungen und Leitbilder indes, die die staatssozialistische Wirtschaft nicht nur immer weniger zu befriedigen vermochte, sondern für deren Erfüllung der Westen mehr und mehr zum (heimlichen) Bezugspunkt wurde.

Die Implosion des realsozialistischen Systems war daher ein Vorgang, der durch die neuartige politische Dynamik der Ost-West-geteilten Risikogemeinschaft zwar eingeleitet und ermöglicht, aber in seinem Charakter und Verlauf nicht entscheidend bestimmt wurde. In anderen Worten: Der Wettstreit der Systeme wurde nicht nach der „Logik der Risikoverteilung“, sondern nach der „Logik der Reichumsverteilung“ entschieden. Risikoprobleme spielten, als der Zusammenbruch begann, weder im Osten noch im Westen eine nennenswerte Rolle. Die „Revolution“ im Osten war wohl mehr eine „Wohlstandsrevolte“ der eigenen Bevölkerung gegenüber einer privilegierten und unfähigen Oberschicht. Der Verlauf der Wende in der ehemaligen DDR hat denn auch klar das Grundmotiv des Umbruchs im Osten offengelegt: Der Ruf „Wir sind ein Volk“ meinte ja „Wir wollen eine (deutsche) Wohlstandsnation werden und sein“!

### 3. Antinomien der postsozialistischen Ära: Verstärkung von Reichtumsverteilungskonflikten unter Bedingungen wachsender Risikoproduktion und geopolitischer Instabilität?

Mit dem Wegfall der alten Blockstrukturen und dem Ende der Systemauseinandersetzung hat sich das West-Ost(Süd)-Wohlstandsgefälle nicht nur verschärft, es ist auch sichtbarer und kulturell erfahrbarer geworden. Es scheint damit zum Zentralkonflikt nationaler wie weltpolitischer Neuordnungsprozesse zu werden.

Dabei ist zu befürchten, daß wir nach der Phase des Wetttristens (zwischen den Systemen) einer Phase verschärfter Reichtumsverteilungskämpfe zwischen einigen wenigen Wohlstandsdomänen einerseits und massenhaften Armuts- und Mangelregionen andererseits entgegengehen. Dies ist nicht nur eine Frage des Gegensatzes zwischen dem Norden/Westen auf der einen und dem Osten/Süden auf der anderen Seite, sondern längst schon ein Konfliktfeld innerhalb der Reichtumsregionen, die vom Heranwachsen einer „inneren dritten Welt“ erschüttert werden.

Der globalen Risikogemeinschaft droht in der Tat ein weltweiter „Modernisierungskollaps“: trotz einer wachsenden Selbstzerstörungsdynamik scheint die Risikofrage wieder in den Schatten der Verteilungsprobleme von Mangelzuständen zu geraten – gemäß der Beeksen Hypothese: „Die Verteilung und Verteilungskonflikte um den gesellschaftlich produzierten Reichtum stehen solange im Vordergrund, wie in Ländern und Gesellschaften ... die Offensichtlichkeit materieller Not, die ‘Diktatur der Knappheit’ das Denken und Handeln der Menschen beherrscht.“<sup>41</sup>

Das Szenario hat bereits begonnen. Der eher konsumtive denn emanzipatorische Aufbruch im Osten läuft Gefahr, sich im Zeitdilemma unerfüllbarer Wohlstandserwartungen und marktwirtschaftlicher Transformationseuphorien zu verfangen und festzulaufen. Die angestauten Wohlstandsbedürfnisse der Ostler, die nach dem Fall der Mauer das Ende der realsozialistischen Mangelgesellschaft besiegelten, werden nun mehr und mehr enttäuscht. Statt des erhofften Gewinns (als Effekte einer selbstbestimmten, friedlichen „Revolution“) bringt ihnen der Transformationsprozeß wachsende Verluste: der Fall in die ökonomische und soziale Unsicherheit (nachdem man die soziale Sicherheit bereits als scheinbar selbstverständlichen Wert sozialisiert hatte), Entwertung bzw. Relativierung von Human- und Bildungspotential, Zerstörungen der sozialen Lebenswelt, Auflösung tradierter Solidargemeinschaften, Vereinzelung, Verrohung, ja Verrottung vieler Menschen infolge einer gravierenden gesellschaftlichen Sinnkrise, usw. Die Wende zerstört ihre Kinder und Mitläufer.

Statt der erhofften „kreativen Zerstörung“ (Schumpeter) des realsozialistischen Systems werden wir mit gefährlichen Wohlstands- und Identitätsdefiziten eines gigantischen, destruktiven Umbruchs der Ostgesellschaften konfrontiert. Die Folgen können verheerend sein.

– Im Osten bilden sich rekapitalisierte Mangelgesellschaften heraus, die angesichts ihrer zerrütteten Identität und disparaten mentalen Befindlichkeit sowie ihres nachholenden Wohlstandsbeschaffungstrebens den modernen Gefahren (der schleichenden Selbstvernichtung) blind gegenüber stehen. Glaubt man warnenden Stimmen besorgter Umweltekxperten, dann hat sogar der bisherige Verlauf der Vereinigung des reichen Deutschlands das Umweltthema in der Öffentlichkeit bereits zurückgedrängt.<sup>12</sup>

– Im Westen hingegen wird der erreichte Wohlstand wieder (verstärkt) als ein durchaus exklusives und zu verteidigendes Gut begriffen – angesichts der „Armutsbedrohung“ aus dem Osten.

– Weltweit erfahren die „materiellen Werte“ eine Aufwertung, auch in den reichen Metropolen des Westens. Probleme der Verteilung bzw. Verteilungskonflikte treten wieder in den Vordergrund der politischen Auseinandersetzungen.

All das würde nicht nur die zukunftsverträgliche Modernisierung der industriellen Zivilisation behindern. Es wäre darüber hinaus der ideale Kontext für eine exzessive Produktion von Risiken und „Modernisierungskatastrophen“. Denn: Geleugnete und verdrängte Risiken gedeihen um so schneller und besser. (U. Beck)

#### **4. Die Wohlstandsfalle der Risikogesellschaft oder selbsttragende, innovative Modernisierungswege im Osten?**

Wie gelingt der Weltgemeinschaft die revolutionäre Wende zu einer zukunftsverträglichen (umweltfreundlichen) Produktions- und Lebensweise, wenn

– die hochentwickelten Gesellschaften des Westens bislang kein nachahmenswertes Wirtschafts- und Sozialmodell entwickelt bzw. anzubieten haben? „Mit welchem Recht, so fragen wir, wird der Zusammenbruch Osteuropas als ein Erfolg der westlichen Wirtschaftsordnung gefeiert? Trotz des höheren technischen Niveaus und der effizienteren Wirtschaft sind die westlichen Industrieländer noch immer die Hauptverursacher der weltweiten Naturzerstörung. *Unter ökologischen Gesichtspunkten sind gerade die ökonomisch reichen Länder bankrott, global gesehen haben sie ihre Verschmutzungsrechte aufgebraucht ...*“<sup>13</sup>

– die sogenannten „vor- oder halbmodernen“ Gesellschaften im Osten (und Süden) unter dem wachsenden Herausforderungsdruck einer nachholenden Modernisierung stehen, während sie andererseits von sich verschärfenden Armuts- und Mangel-

## Weltprobleme nach dem Ende des Kalten Krieges

konflikten in Anspruch genommen werden und sich ihre tradierten Werte und Lebensformen sukzessive zersetzen (enorm beschleunigt nach dem Zerfall des staatssozialistischen Systems)?

– die neuen Risiken der selbstorganisierten Selbsterstörungsmöglichkeit im Wettlauf mit der unmittelbaren Sichtbarkeit der Bedrohung durch materielle Armut oder soziales Elend unweigerlich zu verlieren scheinen, aber der überwiegende Teil der Menschheit weiterhin von sozialen Mangelproblemen betroffen ist und bleibt?

Unter diesen Voraussetzungen mag das Unternehmen zukunftsverträgliche Zivilisation wie der Versuch einer Quadratur des Kreises erscheinen.

Die östlichen Gesellschaften sind zwar einerseits herausgefordert, moderne Basisqualitäten der westlichen Gesellschaften nachzuholen. Aber ein bloßer Nachvollzug der westlichen Modernisierung darf dabei nicht herauskommen, da unsere Erde eine weitere Ausdehnung des „fordistische Fossilismus“ nach Osten oder Süden nicht vertragen würde.

Nicht einmal die Art und Weise, mit der in den hochentwickelten Industriestaaten des Westens die Bewältigung der Risikoproblematik (insbesondere der ökologischen Frage) in Angriff genommen wurde, ist ein generalisierbarer zivilisatorischer Ansatz. Anders gesagt, auch die Pionier- und Vorreiterrolle in der ökologischen Gefahrenbekämpfung, die der Westen für sich reklamiert, erweist sich als exklusives Sackgassenmodell. Denn der *Übergang zur „manifesten Risikogesellschaft“* (die Risikofrage rückt in das Zentrum sozialer Wahrnehmung und politischer Konflikte), wie er in den Wohlstandsdemokratien des Westens seit den siebziger Jahren zu verzeichnen ist, hat gerade die *Reichtumsverteilung der fordistischen Lebensart zur Voraussetzung*. *Nicht nur das westliche Wohlstandsmodell, sondern auch die damit verknüpften zivilisatorischen Ansätze einer reflexiven Politik der Risikodrosselung würden also auf einer exklusiv-parasitären Voraussetzung beruhen.*

Es wäre daher absurd und selbstmörderisch zugleich, wenn alle anderen Gesellschaften erst dann ein vergleichbares Risikobewußtsein und -verhalten entwickeln wollten, wenn sie das im Westen bereits erreichte Wohlstands- und Industrialisierungsniveau nachgeholt haben.

Gerade angesichts dieser neuartigen Kopplung zwischen der Logik von Reichtums- und Risikokonflikten erscheint Habermas' bekannter Ausspruch – wonach die „nachholende Revolution“ im Osten kein „neues Licht auf die alten Probleme“ der westlichen Moderne wirft – als äußerst fragwürdig. Schließlich müssen die östlichen Transformationsgesellschaften im Prozeß der nachholenden Modernisierung solche alten Probleme auf völlig neue Weise lösen! Da sie weder

das fordristische Wohlstandsmodell des Westens noch die damit verknüpfte postmoderne Form der Risikobewältigung nachvollziehen „dürfen“, sind sie herausgefordert, auf einem im Vergleich zum Westen weit geringerem Wohlstandsniveau ein ökologisch wie sozial verträgliches Gesellschaftsmodell zu entwickeln. In anderen Worten: In diesen Gesellschaften muß bereits unter Verhältnissen, die – gemessen am westlichen Standard als Mangel- und Armutslagen gelten – die Risikofrage zu einem Zentralproblem der politischen Entwicklung werden.

Es wäre daher verhängnisvoll, würden die Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa nichts weiter bringen, als den krampfhaften Versuch, den westlichen Modernisierungsweg zu kopieren. Die Frage, ob in den östlichen Umbruchgesellschaften zukunftsverträgliche Modernisierungsprozesse in Gang kommen, ist somit in erster Linie eine Frage, *ob der Durchbruch zu einer eigenständigen und selbsttragenden Transformation gelingt.*

Dem stehen indes einige Hindernisse entgegen.

Erstens, die Gefahr der Puralysierung und Ausgrenzung großer Teile jenes historisch gewachsenen Kulturpotentials, das für eine selbstbestimmte Modernisierung dieser Länder unerlässlich ist. Das *Deaktivierungsdilemma.*

Zweitens, die Gefahr, daß Verluste und Zerstörungen, die der radikale Systemumbruch allemal einschließt, destruktiv bzw. negativ kompensiert werden. Das *Dilemma der destruktiven Kompensation.*

Beide Momente sind eng gekoppelt und können – in ihrer wechselseitigen negativen Verstärkung – erhebliche Modernisierungsblockaden ausbilden. Das scheinen die Umbruchprozesse in Ostdeutschland zu belegen. Die Geschwindigkeit und Radikalität, mit der sich der Systemwechsel hier vollzieht, hat eine gefährliche Schere zwischen Zerstörungs- und Erneuerungsdynamik erzeugt. Die Menschen werden mit wachsenden Verlusten konfrontiert (massive Entwertung und Destruktion von Human- und Bildungskapital, Abbau sozialer Bindungen und Aushöhlung der gewohnten sozialen Sicherheit, usw.), ohne daß im gleichen Maße kreative Impulse für eine nachholende Modernisierung freigesetzt würden. Im Gegenteil, da der Zusammenbruch des realsozialistischen Systems mit dessen nachträglicher Pauschalverurteilung und Kriminalisierung einhergeht, werden massenhaft all jene Biographien entwertet und destruiert, die sich in Loyalität bzw. in der Anpassung mit dem System vollzogen haben. Das sind praktisch alle, die nicht aktiv im „Untergrund“ Widerstand leisteten, die nicht im Gefängnis waren oder nicht „ausgewandert“ sind.

Damit wird ein großer Teil jenes kulturellen Aktivitätspotentials, das in dieser Gesellschaft über Jahrzehnte herangereift ist, entmutigt und passiviert. Statt soziale Energien für die Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens zu mobilisieren, entstehen passivierte Lebenshaltungen und verdrängte Identitäten, die die Verluste

## Weltprobleme nach dem Ende des Kalten Krieges

des Umbruchs potenzieren und destruktive Kompensationsphänomene auslösen:

- auf der Suche nach Sündenböcken: Rechtsradikalismus und Ausländerhaß;
- auf dem Weg in die individuelle Selbstzerstörung durch Ersatzdrogen: Alkohol, Rauschgift, Selbstmord;
- durch eine retrospektiv-harmonisierende Sozialismusnostalgie (da wird – wie z.B. Demonstrationen in der GUS zeigen – sogar Stalin wieder aufgewertet);
- in Gestalt einer konsumtiven Wohlstandsbeschaffungspsychose (soziale und psychologische „Löcher“ sind – das dürfte gerade der Umbruch im Osten zeigen – durch den Besitz und die Anhäufung materieller Güter auf Dauer nicht zu „stopfen“), oder
- durch eine allgemeine Verweigerungshaltung und eine Art passiven Widerstand gegenüber den Herausforderungen der neuen Gesellschaft.

Natürlich hängen der Erfolg oder Nichterfolg des Aufschwungs Ost maßgeblich davon ab, ob genügend Geld (die „Milliardenfrage“) oder ausreichend marktwirtschaftliches Know how (das „Know how-Problem“) zur Verfügung stehen. Indes, das Hauptproblem besteht nicht darin, wieviel Geld der Westen für den Aufschwung Ost aufbringt oder wie groß der „Manpower (Eliten)-Transfer“ vom Westen in den Osten ist (letzteres könnte sich schnell als kontraproduktiv erweisen). Entscheidend ist, ob und wie schnell eine selbstbestimmte Erneuerungsbewegung der Ostler in Gang kommt, getragen von kulturell-mentalitäten, die durch den historischen Lebensraum geprägt sind. Relevant ist nicht, ob sich einige „aufrechte Kriechtiere“ profilieren können, sondern ob der Masse der Ostler der Übergang zum „aufrechten Gang“ gelingt... nach den vielversprechenden, aber mißglückten Anfängen der Wende-Aufbruchsphase im Herbst 89.

*Die Frage, ob sich aus dem sozialen und kulturellen Grund der Transformationsgesellschaften eine entsprechende „kritische Masse“ an innovativer „Manpower“ bildet, berührt ein altes Problem: das Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität in (revolutionären) Umbruchsphasen. Vielfach diskutiert und untersucht an Hand der Wissenschafts- und Theoriengeschichte: Wird im Prozeß der Destruktion und Überwindung eines überlebten (wissenschaftlichen oder sozialen) Systems das „Kind mit dem Bade ausgeschüttet, oder gelingt es, dessen „rationellen Kern aufzuheben“ und für die Gestaltung des neuen Systems fruchtbar zu machen? Wie die Erfahrungen der Wissenschafts-, aber auch der Sozialgeschichte zeigen, fällt es vor allem in der unmittelbaren Zerstörungs- und Erneuerungsphase außerordentlich schwer, einen wertvollen Gehalt in den Strukturen des alten (deformierten, gehaßten, lange Jahre attackierten) Systems zu erkennen und „herauszuholen“. Aber gerade hier entscheidet sich oft, ob am Ende eine unkreative Destruktion oder eine innovative Zerstörung herauskommt. Wenn es nicht gelingt, wesentliche Momente des „rationellen Kerns“, der in der alten Ordnung akkumuliert wurde,*

aufzuheben, schwinden die Chancen für eine produktive Neugestaltung. Eine bekannte Ironie bzw. Dialektik der Geschichte besteht dabei auch darin, daß das alte (überlebte oder degenerierte) System zwar einen „rationellen Kern“ enthält, dieser aber erst durch den Zerfall des Systemgefüges freigesetzt wird und zur vollen Geltung kommt. Wenn diese Überlegung zutrifft, dann könnten sich „positive“ (zivilisatorische) Wirkungen des Realsozialismus erst noch zeigen... nach seinem Zusammenbruch. Die Ära konstruktiver Ost-West-Konvergenzen stünde uns noch bevor, oder auch nicht, wenn die Chancen verspielt werden.

Wie schwierig es ist, große Teile jenes kulturellen Aktivitätspotentials zu erhalten, zu mobilisieren und zu erneuern, das sich während der realsozialistischen Vergangenheit „formiert“ und/oder wie in einer Art Dampfkessel aufgestaut hat, zeigt das Beispiel der nachholenden Modernisierung „Neufünflands“. Nirgendwo anders in Ost- und Mitteleuropa wird der Transformationsprozeß so stark mit Geld und mit importierter „Westelite“ unterstützt wie hier. Nirgendwo anders wird aber vermutlich auch das kritische, reformerische und innovative Potential, dessen Biographie mit dem alten System verknüpft ist, mehr beschnitten und geduckt.

Die Frage nach dem „Umgang mit der Vergangenheit“ und damit auch nach dem „rationellen Wert“ staatssozialistischer Erblast erweist sich immer mehr als ein Zentralproblem der Modernisierung überhaupt: Können sich die Ostler mit ihrer Erfahrung und ihrer Sprache in die Gestaltung der neuen Gesellschaftsform einbringen oder wird ihr eigentümliches gestalterisches Potential sukzessive ausgegrenzt? Die politische Pauschalentmündigung und -aburteilung der Ostler hat jedenfalls kontraproduktive Effekte, die schließlich auch den Westen nicht unberührt lassen.

## **5. Kreativ-nachholende Modernisierung und konstruktive Kompensation von Implosionsfolgen**

Das Experiment der deutschen Vereinigung hat bislang zumindest folgendes klar gemacht:

Die Transformation der Ostgesellschaften in demokratisch verfaßte marktwirtschaftliche Gemeinwesen ist ein langwieriger und schmerzhafter Prozeß, der zunächst mehr lebensweltliche Erschütterungen und soziale Verwerfungen als sozio-materielle Gewinne zu erzeugen scheint. In der Phase des Zerfalls, Abstiegs und Durchschreitens der „Talsohle“ besteht die Gefahr, daß das „innere Gleichgewicht“ und „sozio-kulturelle Aktivitätspotential“ dieser Gesellschaften gestört bzw. destruiert werden und damit die inneren Triebkräfte für eine selbsttragende Modernisierung versiegen.

Zwischen Ost und West werden in den nächsten Jahrzehnten nicht nur soziokulturelle Differenzen, sondern auch erhebliche Wohlstandsunterschiede weiterbestehen. Unrealistisch und gefährlich wäre daher eine Transformationsstrategie, die auf eine rasche Angleichung der Wohlstandslagen und konsumistischen Wertemuster setzt. Selbstverständlich muß es darum gehen, Massenelend oder Armut abzubauen und den materiellen Lebensstandard schrittweise zu erhöhen. Das darf jedoch nicht in eine Nachahmung des westlichen Konsumfordismus münden, die ja, selbst wenn sie gelingen sollte, um so riskanter wäre.

Wenn sich aber weder die West-Integration des Ostens noch der europäische Vereinigungsprozeß als Ganzes primär (und kurzfristig) auf die Gleichheit materieller Güter bzw. eine rasche Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse stützen sollten bzw. können, worauf dann? Wie will man verhindern, daß die östliche Implosionsgesellschaft, deren Identität und soziale Lebenswelt sich destruktiv zu zersetzen drohen, in den Sog des nachholenden „fossilistischen Fordismus“ gerät? Erzeugen die Verluste und Defizite der Verlierer des Systemwettstreits nicht gerade riesige „Kompensationslöcher“, für deren Ausgleich der Reichtum der Siegerwelt zu einem zwanghaften Bezugspunkt wird? Wird damit der Wohlstandsgraben zwischen West und Ost (ganz zu schweigen vom Süden) nicht zu einem permanenten Herd sozialer und materieller Verteilungskämpfe?

Die Lösung, die ich vorschlage, ist simpel und utopisch zugleich:

These 1:

Die nachholende Modernisierung im Osten als ein kreatives Unternehmen ist in dem Maße erfolgreich, wie sie im regionalen Traditions- und Kulturgrund Wurzeln schlägt und hieraus selbsttragende Triebkräfte freisetzt.

These 2:

*Da aber die Zerstörungs- und Deaktivierungssphänome des Systemumbruchs in eine Beschädigung und Paralisierung des tradierten Kulturpotentials umzuschlagen drohen, wird die Frage der konstruktiven (kulturellen) Kompensation von Implosionsverlusten zu einem Zentralproblem des östlichen Transformationsprozesses.*

Es ist allgemein bekannt, daß die wachsende Geschwindigkeit, mit der sich in den hochentwickelten Industrieländern Modernisierungsprozesse vollziehen, nicht nur einen Überfluß an (vermeintlichen materiell-technischen) Gewinnen erzeugt, sondern auch lebensweltliche Verluste produziert, die wiederum einen wachsenden Bedarf nach Ausgleich (Kompensation) freisetzen, beispielsweise das Bestreben, den Verlust an Lebenssinn, Tradition oder Identität zu ersetzen. Kompensationsphänomene sind insofern eine natürliche Begleiterscheinung (hyper)dynamischer Wandlungsprozesse.

Dieses Problemfeld ist bislang vor allem in Bezug auf naturwissenschaftlich-technisch induzierte Modernisierungsprozesse thematisiert worden und von konservativen Modernisierungstheoretikern besetzt (O. Marquardt, H. Lübke u.a.). Marquardt hat hieraus ein griffiges Selbstverständnis über die Rolle der Geisteswissenschaften in der Moderne formuliert. Mit der zentralen These: „Je moderner die moderne Welt, desto unvermeidlicher werden die Geisteswissenschaften.“ Denn: „Die Geisteswissenschaften helfen, jene lebensweltlichen Verluste zu kompensieren, die die durch die experimentierenden Naturwissenschaften angebrachten Modernisierungen herbeiführen.“

Diese Position ist auf scharfen Widerspruch gestoßen. Ihr wird vor allem vorgeworfen, daß sie den Geisteswissenschaften die Rolle eines harmonisierenden Entsorgungsunternehmens von Modernisierungsschäden zuweist (story-telling enterprise zur Betäubung der Moderne) und ihre kritisch-gestalterischen Möglichkeiten damit ausblendet bzw. geringschätzt.

Unabhängig davon, ob man die Thesen von Marquardt teilt oder nicht, Tatsache ist: hochdynamische Modernisierungsprozesse erzeugen Kompensationsbedürfnisse – so oder so. Die Frage ist allenfalls, wie diese „befriedigt“ werden und von wem?

Die Systemtransformation im Osten rückt diese Problematik nun in ein neues Licht: Erstens kommt es hier vorrangig nicht darauf an, lebensweltliche Defizite zu kompensieren, die durch die naturwissenschaftlich forcierte Modernisierung technischer Sachwelten herbeigeführt werden. Vielmehr haben wir es mit Verlusten zu tun, die der soziale Umbruch erzeugt. Die Erschütterungen und „sozialpsychologischen“ Löcher, die hier zu kompensieren sind, dürften daher weitaus gravierender sein. Immerhin müssen „Schäden“ kompensiert werden, die der Untergang eines gesamtgesellschaftlichen „Biotops“ hervorruft. Zweitens kann es wohl nicht darum gehen, Verluste des Umbruchs durch „Sensibilisierungsgeschichten“ (über Sinn und Tradition des verschwundenen Realsozialismus?) verträglich zu gestalten bzw. zu harmonisieren. Abzulehnen ist aus oben genannten Gründen (ökologischer Selbstmord) auch eine Strategie, die darauf setzt, lebensweltliche Einbußen durch fordistischen Konsumindividualismus auszugleichen.

Gefragt sind vielmehr konstruktive, aktivierende Kompensationsprozesse. Darunter verstehe ich Prozesse, die einerseits die historisch geprägten Lebensgefühle, Werte, kurz: die kulturelle Identität der Ostler zu vitalisieren und zu befördern suchen (eine der offenen Fragen hierbei: In welcher Weise ist diese Identität durch langjährige und intensive Sozialisation im Realsozialismus geprägt?) und dieses kulturelle Potential andererseits als identitätsbildendes und innovatives Moment für die nachholende Modernisierung aktivieren.

Es geht also nicht einfach nur darum – im Sinne der konservativen Kompensationstheorie – traditionelle Sinnressourcen (durch Vergangenheits-

bewältigung und Geschichtenerzählen) zu erhalten, um sich mit den neuen Verhältnissen und Veränderungen besser abfinden zu können. Vielmehr soll durch eine Belebung „regionaler Identitäten“ ein selbsttragender Modernisierungsprozeß initiiert werden, in dem die Ostler nicht passives Objekt, sondern aktives (und kritisches) Subjekt der Transformation sind. Die Ostler sollen nicht dafür „fit“ gemacht werden, eine Umgestaltung, die andere „für sie“ ausgedacht und gemacht haben, gut zu finden. Sie sollen sich selbst verwirklichen können.

Das würde allerdings eine radikale Neubewertung der gesamten Ost-West-Problematik erfordern, namentlich eine Kurskorrektur des deutschen Vereinigungsprozesses. Die Art und Weise, wie dieser bislang politisch und medial inszeniert wird, läuft ja im Grunde auf eine Ausmusterung und (Selbst-)Vernichtung der typischen Ostbiographie hinaus.

Sollte sich das „Vereinigungsklima“ in Deutschland entsprechend verändern, würde nicht mehr jedes sichtbare Element von „Ostmentalität“ a priori als Zeichen von Unterlegenheit und peinlicher Zurückgebliebenheit gewertet werden, dann könnte der Osten bodenständige Kraft für eigenständige Modernisierungen gewinnen.

Last but not least: Den Ostlern fiel es bedeutend leichter, mit dem West-Ost-Wohlstandsgefälle umzugehen. Sie wären weit besser in der Lage, *ihren im Vergleich zum Reichtum des Westens geringeren materiellen Lebensstandard als komplementäre Form von Lebensweise „zu genießen“*. Sie hätten die Kraft, Implosionsschäden konstruktiv zu kompensieren. *Dieser Aufschwung im Osten mit seinen – im Vergleich zum Westen – komplementären Wirtschafts- und Lebensstilen könnte auch der westlichen Modernisierungsvariante neue Impulse verleihen*. Denn was die Anhäufung von materiellem Reichtum und den individualisierten Konsumegoismus betrifft, ist gerade der Westen zu einer Selbstbegrenzung herausgefordert. Auch der Westen wird die Lektion der kulturellen Kompensation lernen müssen. Darauf hat der jüngste Bericht des Club of Rome nachdrücklich hingewiesen. „Materielle Fortschritte sollten durch die Förderung sozialer, moralischer und spiritueller Aspekte ausgeglichen werden.“<sup>14</sup>

Wir sind zwar an die Grenzen des materiellen Wachstums gestoßen, aber im kulturellen und mentalen Bereich sind unsere Wachstumsmöglichkeiten praktisch unbegrenzt. Wenn wir das materielle Wachstum drosseln, dann führt an der sozio-kulturellen Kompensation kein Weg vorbei. Der Osten könnte hier ein Vorreiter sein.

1 Vgl. z.B. G. Fülberth, Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen, Hamburg 1991, S. 122ff.

2 Vgl. z.B. H. Poldrack, Florentinische Episode, in: Die Weltbühne, Heft 39, 17. September 1991, S. 1190-1192.

---

## Horst Poldrack

- 3 U. Beck, Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit, Frankfurt/M. 1988, S. 109.
- 4 U. Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986, S. 60.
- 5 Ebenda, S. 75.
- 6 Vgl. U.Beck, Gegengifte .... S. 109ff.
- 7 Vgl. ebenda.
- 8 Darunter verstehe ich jene sozialen Konflikte und Entwicklungen, die von der Logik der Risiko-  
produktion und -verteilung beherrscht werden und auf die Schaffung eines zukunftsverträglichen  
Zivilisationstyps bezogen sind.
- 9 Vgl. z.B. E. Altvater, Eine Chance für die Umwelt? Die Transformation der Gesellschaft der  
ehemaligen DDR, in: Forum Wissenschaft 4/1991, 8. Jg., S. 8-12.
- 10 Vgl. E. U. von Weizsäcker, Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der  
Umwelt, Darmstadt 1990, S.7ff.
- 11 U. Beck, Risikogesellschaft .... S.26.
- 12 Selbstverpflichtung, in: Jahrbuch Ökologie, München 1991, S.366. („Die Bundesregierung hat auch  
in diesem Prozeß keine Rücksicht auf ökologische Notwendigkeiten genommen. In den neuen  
Bundesländern wird die abgewirtschaftete Ideologie des Planungscentralismus durch die Ideologie  
des Wirtschaftsegoismus ersetzt, die für die Bewahrung der Schöpfung ebenso fragwürdig ist. Der  
östliche Teil Deutschlands wird in erster Linie als Markt genutzt, nicht aber als ein Lebensraum  
gesehen, der konkreter ökologischer und sozialer Gestaltung bedarf. Die Chancen einer umwelt-  
verträglichen Neuordnung wurden vertan...“)
- 13 Ebenda, S. 365.
- 14 Bericht des Club of Rome 1991. Die Globale Revolution, in: Spiegel Spezial, Nr.2/1991, S. 12f.

## **Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven Deutschlands in den neunziger Jahren\***

### **Vorangegangene Prägungen beeinflussen das Handeln und damit die Perspektiven einer Gesellschaft**

Sehen Sie es mir nach, wenn ich als Wissenschaftler an den Anfang meiner Ausführungen über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven Deutschlands in den neunziger Jahren einige theoretische Erwägungen stelle, deren praktische Bedeutung jedoch im weiteren rasch deutlich werden dürfte.

Vorbehaltlich gewissermaßen meteoritenhafter Ereignisse wie unvorhergesehene Vereinigungen, epochale Erfindungen, aber auch ökologische Katastrophen oder Kriege werden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven eines Gemeinwesens ganz wesentlich vom tagtäglichen millionenfachen Handeln seiner Glieder bestimmt, wobei es sich von selbst versteht, daß dieses Handeln nicht überall gleich folgenreich ist.

Dieses Handeln ist zum einen Ausdruck von mehr oder minder stabilen Prägungen, die das Gemeinwesen im Laufe seiner Entwicklung erfahren hat. Solche Prägungen können mitunter auf ganz konkrete Einflüsse wie historische Geschehnisse oder Religionen, frühere Herrschaftsstrukturen oder aktuelle Politik, Infrastrukturen oder Urbanisierungsgrade zurückgeführt werden. Insoweit sind sie wissenschaftlicher Erkenntnis zugänglich. Allerdings ist dieser Zugang durch den Umstand erschwert, daß solche Einflüsse recht zahlreich und ihre Wirkungen oft unbekannt sind. Hinzu kommt, daß verschiedene Gemeinwesen aufgrund ihrer vorausgegangenen Prägungen spätere identische Einflüsse möglicherweise unterschiedlich aufnehmen und verarbeiten.

Zum anderen ist jenes millionenfache Handeln in einem Gemeinwesen Ausdruck von Spontaneität, Irrationalität und Emotionen, kurz Ausdruck dessen, was verkürzt als individuelle Freiheit bezeichnet wird. Dieses Handeln sowie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven, die aus ihm erwachsen, sind von der Wissenschaft nur sehr bedingt erhellbar.

Die Wissenschaft ist also darauf beschränkt, konkrete Einflüsse auf die Denk- und Anschauungsweisen der Glieder eines Gemeinwesens zu benennen und zu beschreiben und nach Möglichkeit deren Wirkung sowie deren Verarbeitung durch

das Gemeinwesen zu klären. Erst dann kann sie versuchen, Aussagen über das voraussichtliche Handeln dieses Gemeinwesens und dadurch – mittelbar – über dessen vermutliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven zu treffen.

Dies vorausgeschickt, möchte ich nunmehr auf einige dauerhafte und einige flüchtige, einige historische und einige aktuelle Einflüsse eingehen, von denen anzunehmen ist, daß sie die Denk- und Anschauungsweisen der Bevölkerung in den neunziger Jahren mitprägen, auf diese Weise deren Handeln beeinflussen und so auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven Deutschlands einwirken werden.

### **Deutschland liegt nicht in der Mitte Europas**

An erster Stelle möchte ich auf Einflüsse hinweisen, die so selbstverständlich erscheinen, daß sie vielleicht gerade deshalb oft unerwähnt bleiben. Dabei ist ihre Bedeutung kaum zu überschätzen: die Einflüsse, die von der geographischen Lage Deutschlands auf das Verhalten seiner Bewohner ausgehen.

Die Deutschen erfreuen sich angenehmer klimatischer Bedingungen und einer reizvollen Topographie. Ihr Land hat freien Zugang zu den Weltmeeren und liegt dennoch zentral. In der Vergangenheit war diese zentrale Lage gelegentlich Anlaß für Spannungen und Konflikte. Für die neunziger Jahre sind von ihr eher Vorteile zu erwarten. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß die Deutschen ihre zentrale Lage nicht mit der Mitte Europas gleichsetzen. Denn von der Mitte Europas sind sie weit entfernt. Dies immer wieder verkannt zu haben, gehört zu den verhängnisvollsten Fehlern in der deutschen Geschichte, für den sowohl die Deutschen als auch ihre Nachbarn teuer bezahlt haben.

Die Mitte Europas liegt weit östlich von Deutschland, etwa am Ostrand der baltischen Staaten, Polens und der Slowakei, etwa in der Gegend, die vom 25. Längengrad bezeichnet wird, dort, wo sich seit Jahrhunderten lateinisches und byzantinisches, westliches und östliches Fühlen, Denken und Handeln befruchten und durchmischen. Um Brücke und Bindeglied zwischen West- und Osteuropa zu sein, fehlen Deutschland also nicht nur die geographischen, sondern auch die historischen und kulturellen Voraussetzungen. Es muß deshalb bedenklich stimmen, wenn Deutschland jetzt trotzdem wieder gegenüber Osteuropa, konkret gegenüber der GUS, Hilfszusagen in Größenordnungen macht, die zwanzigmal so hoch sind wie jene Frankreichs, zehnmal so hoch wie jene der USA und mehr als doppelt so hoch wie jene aller OECD-Staaten zusammengenommen. Der Weg, der hier beschritten worden ist, kann von Deutschland schwerlich bis zu Ende

gegangen werden. Enttäuschungen auf der östlichen und Irritationen auf der westlichen Seite sind fast unvermeidlich.

### **Deutschland ist das Kernstück Westeuropas**

Deutschland ist aufgrund seiner geographischen Lage für eine andere Aufgabe prädestiniert: Es bildet das Kernstück *Westeuropas*. Hier hat es neun Nachbarn, mehr als jedes andere Land – Slawen, Romanen und Germanen. Ihnen ist es Brücke und Bindeglied, mit ihnen muß es zusammenarbeiten und sich entwickeln. In der Tat trägt Deutschland für die Entwicklung *Westeuropas* große Verantwortung unter anderem auch die, daß sich die Westeuropäer gemeinsam aufrufen, Osteuropa jene Hilfe zuzukommen zu lassen, ohne die Frieden und Stabilität auf diesem Kontinent auf Dauer nicht zu gewährleisten sind. Von der Verinnerlichung dieser Einsicht hängen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven Deutschlands entscheidend ab.

### **Die einheimische deutsche Bevölkerung vergeist und nimmt zahlenmäßig zügig ab**

Diese Relativierung der deutschen Position ist umso zwingender als Deutschland mit seinen 357.000 km<sup>2</sup> selbst nach den kleinräumigen Maßstäben Westeuropas ein nur mittelgroßes Land ist – erheblich kleiner als Frankreich oder Spanien. Zwar ist es mit rund 80 Millionen Einwohnern dennoch das weitaus bevölkerungsreichste. Doch die Bevölkerung ist alt. Sie gehört zu den ältesten in Europa und der Welt. Noch in diesem Jahrzehnt werden die Deutschen im statistischen Mittel fast 50 Jahre alt sein, wird der Anteil der über 60jährigen den Anteil der unter 20jährigen an der Wohnbevölkerung überschreiten. Eine Folge dieser Entwicklung ist der stete Anstieg an Soziallasten, der Aufwendungen für Alteneinkommen sowie Kranken- und Pflegekosten, der – jetzt beginnend – die deutsche Volkswirtschaft bis weit in das nächste Jahrhundert Jahr für Jahr stärker belasten wird. Die hier anstehenden Veränderungen werden an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

Eine weitere Folge des hohen Durchschnittsalters der einheimischen deutschen Bevölkerung ist ihr zügiger zahlenmäßiger Rückgang. Gegenwärtig nimmt sie jährlich um etwa 100.000 Menschen ab, also um die Einwohnerzahl von Städten wie Ingolstadt oder Dessau. Gegen Ende dieses Jahrzehnts wird der jährliche Rückgang schon den Einwohnerzahlen von Städten wie Mannheim oder Magdeburg

entsprechen, das heißt bei 300.000 liegen. Nach der Jahrhundertwende wird sich dieser Rückgang weiter auf jährlich bis 500.000 Menschen erhöhen.

Die Bevölkerungslücken, die hier entstehen, werden in den neunziger Jahren noch weitgehend durch deutschstämmige Zuwanderer aus Mittel- und Osteuropa, deren Gesamtzahl auf etwa 2,5 Millionen beziffert wird, geschlossen werden. Darüber hinaus werden Engpässe auf dem Arbeitsmarkt, die sonst in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auftreten müßten, durch die faktische Halbierung der Streitkräfte gemildert werden. Akute demographiebedingte Probleme dürften mithin in den neunziger Jahren allenfalls vereinzelt auftreten.

### **Demographiebedingten Störungen von Wirtschaft und Gesellschaft muß jetzt vorgebeugt werden**

Dennoch sollte sich niemand beruhigt zurücklehnen. Der zügige Alterungsprozeß der einheimischen Bevölkerung und ihr rascher zahlenmäßiger Rückgang erfordern vielmehr, *jetzt* die Strategien zu entwickeln, die im Laufe dieses Jahrzehnts wirksam werden müssen, wenn im nächsten Jahrzehnt empfindliche demographische Störungen vermieden werden sollen. Dabei ist vor allem an zwei Bereiche zu denken: Erhaltung und Förderung der Wirtschaftsproduktivität und Bevölkerungspolitik.

Die (west-)deutsche Wirtschaftsproduktivität ist im europäischen und Weltmaßstab überdurchschnittlich hoch. Ursächlich hierfür ist einmal die gute Qualifikation der Erwerbsbevölkerung und zum anderen die hohe Kapitalintensität ihrer Arbeitsplätze. Wenn nun demographische Einbrüche bei der Erwerbsbevölkerung zumindest teilweise durch die Steigerung ihrer Produktivität aufgefangen werden sollen, wird die Qualifikation der Erwerbsbevölkerung und die Kapitalintensität ihrer Arbeitsplätze weiter erhöht werden müssen. Für beides ist Anlaß und Raum.

### **Die deutsche Erwerbsbevölkerung muß noch besser qualifiziert werden**

Die Qualifikation der deutschen Erwerbsbevölkerung, die sie im internationalen Vergleich besonders produktiv sein läßt, konzentriert sich nämlich im wesentlichen auf den gewerblichen Bereich. Hier nimmt Deutschland eine Spitzenstellung ein. Weit weniger glanzvoll nehmen sich hingegen die Bereiche Schule und Hochschule aus. Sie sind im internationalen Vergleich nur noch Mittelmaß, ungeeignet, die Erwerbsbevölkerung auf jene Anforderungen hinreichend vorzu-

bereiten, die künftig zu bewältigen sein werden. Eine wirkliche Reform des deutschen Bildungswesens, der deutschen Schulen und Hochschulen ist überfällig, und zwar in ganz Deutschland.

### **Die Kapitalintensität der Arbeitsplätze muß erhöht werden**

Nicht weniger heikel ist die Erhöhung der Kapitalintensität der Arbeitsplätze in Deutschland. Dabei geht es weniger um die Kapitalausstattung neuer Arbeitsplätze, die in der Regel gut ist. Das Problem sind die vielen inzwischen veralteten Arbeitsplätze, die sich keineswegs nur im Osten, sondern auch im Westen befinden. Wie in fast allen entwickelten Industrieländern ist auch in Deutschland die Investitionsquote seit den siebziger Jahren deutlich gesunken. Bislang war das hinnehmbar. Im Blick auf die demographische Entwicklung – und nicht nur im Blick auf die Bedürfnisse der neuen Bundesländer, über die noch zu sprechen sein wird – muß dieser Trend jedoch umgekehrt werden. Überdurchschnittliche Produktivität pro Erwerbperson erfordert überdurchschnittliche Investitionen. Und überdurchschnittliche Investitionen setzen überdurchschnittliche Gewinne voraus. Dieser Gleichung können sich auch Gewerkschaften und Regierungen nicht entziehen, wobei die Gewährleistung von Verteilungsgerechtigkeit sicher nicht aus den Augen verloren werden darf.

### **Eine konsequente Bevölkerungspolitik ist unvermeidlich**

Die zweite Strategie, die nunmehr entwickelt werden muß, ist eine konsequente Bevölkerungspolitik. Bisher war schon der Begriff aufgrund seines Mißbrauchs im Dritten Reich tabuisiert. Dieses Tabu können sich die Deutschen jetzt nicht mehr leisten. Handlungsbedarf besteht vor allem in drei Bereichen:

Erstens muß die Verteilung der Kinderlasten neu geregelt werden. Es geht nicht an, einer Bevölkerungsmindertheit schwerpunktmäßig die wirtschaftlichen Lasten von Kindern aufzuerlegen und dann deren ökonomischen Nutzen zu kollektivieren. Ansätze für Verbesserungen sind erkennbar, sie können und müssen ausgebaut werden.

Zweitens werden die Deutschen, wie die Völker anderer entwickelter Industrieländer, ihre Vorstellungen von „Alter“ revidieren müssen. Es ist ein Paradox unserer Zeit, daß mit sprunghaft steigender Lebenserwartung und sich sprunghaft verbesserndem Gesundheitszustand der Bevölkerung – 70jährige weisen heute die gleichen physischen und psychischen Befunde auf wie 60jährige vor zwei Jahrzehnten – das gesellschaftlich normierte Ende der Erwerbsfähigkeit immer weiter

vorgezogen wird. Schon ist die Altersgrenze von 60 gefallen, der Marsch auf die 55 hat eingesetzt. Hier hat sich eine Schere zwischen objektiver und gesellschaftlich normierter Erwerbsfähigkeit geöffnet, die nun wieder geschlossen werden muß.

Aber auch dann wird Deutschland nicht umhin kommen, drittens, im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft eine unmißverständliche Einwanderungspolitik zu formulieren. Denn Deutschland wird mit oder ohne eine solche Politik in den nächsten Jahren endgültig zu einem Einwanderungsland werden, und es wäre falsch, diesen Sachverhalt zu verdrängen. Allerdings sollte sich niemand irgendwelchen Illusionen darüber hingeben, was es heißt, ein Einwanderungsland zu sein. Die Leichtigkeit, mit der dieses Thema bisher hierzulande erörtert wird, ist völlig unangemessen. Denn die Risiken von Einwanderungsländern sind groß und ihre Chancen ungewiß. Dies offenbaren inzwischen selbst so klassische Einwanderungsländer wie die USA oder Kanada. Aber die Risiken werden nicht geringer und die Chancen nicht gewisser, wenn Deutschland, dessen eigene Bevölkerung bei einer explodierenden Weltbevölkerung dahinschwindet, keine klaren Konzepte entwickelt.

### **Regionale Identitäten sind in Deutschland stark ausgeprägt**

Ein weiterer Faktor, der die Denk- und Anschauungsweisen der Menschen dieses Landes in den neunziger Jahren sehr wahrscheinlich prägen wird, sind die Regionalisierung dieses Landes oder genauer, die ausgeprägten regionalen Identitäten seiner Menschen. Als fast alle europäischen Nationen bereits festgefügt waren, tief im 19. Jh., führten Preußen und Sachsen, Hannoveraner und Bayern noch blutige Kriege gegeneinander, um ihre Identitäten gegeneinander abzugrenzen und zu verteidigen. Dabei waren alle, die da um ihre Identitäten rangen, janusköpfig. Das eine Gesicht hatten sie Deutschland, das andere ihren Nachbarn zugewandt. Rheinländer und Westfalen hatten Frankreich, Belgien und die Niederlande, Badener und Württemberger Frankreich und die Schweiz im Blick, die Bayern Österreich und Italien, die Sachsen Polen und Böhmen, die Brandenburger und Pommeraner Polen und Skandinavien, die Niedersachsen, Holsteiner und Friesen Skandinavien und England. Mitunter waren diese Außenorientierungen fester als die Bindung an Deutschland. Immer wieder gab es Allianzen Deutscher mit ausländischen Staaten, die bis heute ihre Spuren hinterlassen haben.

Die nationale Einheit der Deutschen kam deshalb nicht nur spät, sie war vielerorts auch weniger emphatisch als dies ein nationalstaatliches Phantos im Nachhinein glauben machen wollte. Wann immer der Zentralstaat Schwächen zeigte, regten sich regionale Eigenständigkeiten: nach dem Ersten Weltkrieg vor

## **Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven Deutschlands**

allem im Westen und Süden, nach dem Zweiten Weltkrieg in ganz Deutschland. Und nicht zu vergessen ist auch die Selbstverständlichkeit, mit der in der Endphase der DDR das Grün-Weiß Sachsens oder der rote Adler Brandenburgs fast über Nacht auf den Straßen erschien und die Menschen schon hinter sich scharte als von nationaler Einheit noch gar keine Rede war.

120 Jahre lang waren diese regionalen Identitäten überlagert von einem zweiten und einem dritten deutschen Reich sowie einer Weimarer, einer Bundes- und einer Deutschen Demokratischen Republik. Nun aber dürfte der Zeitpunkt gekommen sein, da sich durch die Vergrößerung der Bundesrepublik um 40 Prozent ihres früheren Territoriums und 25 Prozent ihrer bisherigen Bevölkerung erneut Handlungs- und Gestaltungsräume öffnen, in denen jene tiefwurzelnden regionalen Identitäten – in Generationen geläutert und abgeklärt – erneut Bedeutung gewinnen könnten. Dabei wird sich auch zeigen, welche unterschiedlichen Entwicklungen die deutschen Regionen spätestens seit dem Beginn der Industrialisierung durchlaufen haben.

### **Der Westen ist historisch der entwickeltere Teil Deutschlands**

Von Anfang an hatte der Westen Deutschlands das leichtere Los gezogen. So waren hier die Ideen der französischen Revolution, aber auch konstitutionelles und selbst freiheitlich demokratisches Gedankengut schon weit verbreitet, als davon in weiter östlich gelegenen Regionen noch nichts zu spüren war.

Ebenso ungleichzeitig verlief die industrielle Erschließung Deutschlands. Den Vorsprung, den der Westen in diesem Bereich erlangte, vermochte der Osten nie wirklich aufzuholen. Eine Ausnahme bildete einzig das Königreich Sachsen. Nur ihm gelang es schon frühzeitig, mit den entwickeltesten Gebieten im Westen Schritt zu halten und sich zeitweilig sogar an die Spitze der Bewegung zu setzen.

An dieser Ballung wirtschaftlicher Dynamik und relativer materieller Wohlhabenheit im deutschen Westen und Südwesten sowie in Sachsen änderte sich bis zum Zweiten Weltkrieg nur wenig. Gewisse Verschiebungen der Gewichte traten lediglich durch den Ausbau Berlins zur Reichshauptstadt ein, die im wesentlichen zu Lasten des Westens aber auch Sachsens gingen.

### **Die DDR umfaßte neben dem wirtschaftlich starken Sachsen die wirtschaftlich schwächsten Gebiete Deutschlands**

Infolge des Zweiten Weltkriegs wurden die wirtschaftlich schwächsten, aber auch einige mittelstarke und vor allem rohstoffreiche Gebiete im Osten Deutschlands

abgetrennt und deren Bevölkerungen in den Westen vertrieben. Zwischen Elbe und Werra, Oder und Neiße entstand ein Staat, in dem sich das traditionell besonders starke Sachsen mit den wirtschaftlich schwächsten Regionen des verbliebenen Deutschlands wiederfand. Alle gemeinsam waren einem harschen Besatzungsregime unterworfen, was unter anderem bewirkte, daß schon 1950 das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in der DDR nur noch halb so hoch war wie in der Bundesrepublik.<sup>1</sup>

### **In der Bundesrepublik waren die traditionell starken Regionen weitgehend unter sich**

Im Westen waren hingegen die traditionell starken Wirtschaftsregionen, die während langer Zeiträume die östlichen Gebiete erheblich unterstützt hatten, nunmehr weitgehend unter sich. Bayern als das relativ schwächste Glied dieser Kette holte dank günstiger Umstände und einer geschickten Wirtschaftspolitik rasch auf, so daß der Westen bereits zu Beginn der fünfziger Jahre seine Wirtschaftsleistungen aus der Vorkriegszeit einstellen und kurze Zeit später sogar überbieten konnte. 1953 erklärte Ludwig Erhard den kriegsbedingten Wiederaufbau der Bundesrepublik für abgeschlossen, was im Klartext bedeutete, daß das frühere Wirtschaftspotential wieder hergestellt war. Die weitere Entwicklung beider deutscher Staaten darf als bekannt unterstellt werden, obgleich einige Anmerkungen hilfreich sein könnten.

### **Der Osten beeindruckte in den fünfziger Jahren durch seine wirtschaftlichen Leistungen**

Die DDR sollte von der Sowjetunion siegen lernen. Dies war nicht nur ein Slogan, sondern ein Programm. Mit einigen Modifikationen wurde die sowjetische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eingeführt, deren Schöpfer davon überzeugt waren, sie sei dem kapitalistischen System nicht nur ethisch-moralisch, sondern vor allem auch ökonomisch überlegen.

Daß diese Überzeugung nicht ganz grundlos war, zeigt ein Blick in die westliche Wirtschaftsliteratur der fünfziger und sechziger Jahre, in der beispielsweise Chruschtschows Aukündigung, das sozialistische Lager werde das kapitalistische binnen zwanzig Jahren wirtschaftlich überflügeln, durchaus ernstgenommen wurde. Nicht zuletzt deshalb wurde damals unter anderem das volkswirtschaftliche Rechenwerk des Westens so umgestellt, daß Veränderungen in der relativen Position des Westens zum Osten schneller und genauer erkennbar waren.

Denn der Osten beeindruckte nicht nur rhetorisch. Zwar wuchs von 1950 bis 1960 das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik um insgesamt stattliche 95 Prozent. Aber auch in der DDR erhöhte sich – wenn auch auf sehr viel niedrigerem Niveau – das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Wohnbevölkerung um immerhin 53 Prozent. Dieser Anstieg war umso bemerkenswerter als die DDR nicht nur zu einem erheblichen Teil aus den wirtschaftsschwächsten Regionen Deutschlands bestand, sondern darüber hinaus in jener Zeit auch noch mit der massenhaften Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte zu kämpfen hatte.<sup>2</sup>

### **Erst in den sechziger Jahren hängte der Westen den Osten uneinholbar ab**

Keineswegs schon in den Wirtschaftswunderjahren des Westens, sondern erst einige Zeit später wurde der Osten vom Westen in der wirtschaftlichen Entwicklung uneinholbar abgehängt. Der Osten – nicht nur die DDR – versuchte damals geradezu verzweifelt, den sich ständig weitenden Abstand zum Westen nicht noch größer werden zu lassen und nach Möglichkeit zu verkürzen. Ohne Rücksicht auf die Folgen wurden um weniger Wachstumsprozente willen natürliche, künstliche und humane Ressourcen in riesigem Ausmaß vergeudet. Die wirtschaftlichen Erfolge dieser Politik blieben jedoch gering. Als die DDR 1990 andete, war ihr Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt auf knapp ein Drittel des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts der Bundesrepublik gefallen. Noch dürftiger waren die Ergebnisse in den anderen sozialistischen Ländern.

Diese Entwicklung, die ganz wesentlich zum Zusammenbruch des sozialistischen Lagers beitrug, wird gemeinhin auf eine inhärente ökonomische Überlegenheit der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnung gegenüber dem zentralistisch-planwirtschaftlichen System zurückgeführt. Falsch ist diese Erklärung nicht. Aber sie ist doch so verkürzt, daß sie nicht bis zum Kern des Problems vordringt: den Menschen. Denn es waren Menschen und nicht Systeme, die in den zurückliegenden Jahrzehnten miteinander konkurrierten. Um zu verstehen was den Osten und den Westen so weit auseinanderführte – und die wirtschaftliche Kluft ist hier nur ein Indikator – ist deshalb zu klären, was sich in jener Zeit in den Köpfen der Menschen ereignete. Diese Klärung ist umso bedeutsamer, als sie die künftigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven Deutschlands erhellen könnte.

## **Der Grund für die wirtschaftliche Überlegenheit des Westens ist ein tiefgreifender Bewußtseinswandel**

In der Mitte dieses Jahrhunderts ereignete sich in weiten Teilen der sogenannten freien Welt – aus Gründen, die darzustellen hier kein Raum ist – ein Bewußtseinswandel, der teilweise radikal veränderte Denk- und Anschauungsweisen, Verhaltens- und Handlungsmuster sowie Bedürfnis- und Wertpräferenzen einschloß. Ausmaß und Tiefe dieses Wandels wurden damals noch nicht einmal dort begriffen, wo er sich ereignete. Seine gewaltsamen Manifestationen in den sechziger Jahren wurden deshalb verbreitet mit Erstaunen und Unverständnis aufgenommen.

Völlig varkummt wurde er jedoch im sozialistischen Lager. Fixiert auf die Vorstellung, daß das Sein das Bewußtsein bestimme, wurde jener Bewußtseinswandel im Westen, da er sich zunächst nur schwach in Seinsänderungen niederschlug, überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. So entging es dem Osten, daß der Gegner, gegen den er zunächst mit einigem Erfolg angetreten war – der Kapitalismus des 19. Jh. – still aus der Bahn getreten und durch einen anderen ersetzt worden war, der zwar noch ähnliche Kleidung trug, sich aber im übrigen weitgehend von seinem Vorgänger unterschied. Gegen diesen Herausforderer hatte das sozialistische Lager keine Chance mehr.

### **Im Sozialismus wurden überholte Denk- und Handlungsmuster konserviert**

Oder weniger metaphorisch: Der Kapitalismus förderte einen Bewußtseinswandel, den der real existierende Sozialismus zwar nicht völlig ausschloß, aber doch hemmte. Faktisch wurde dadurch im sozialistischen Lager viele jener Denk- und Anschauungsweisen, Verhaltens- und Handlungsmuster sowie Bedürfnis- und Wertpräferenzen – ganz im Sinne Hegels, aber auch Marx' – „aufgehoben“, die während einer bestimmten historischen Phase dominiert hatten. Indem durch den real existierenden Sozialismus eine konkrete historische Erscheinungsform des Kapitalismus überwunden werden sollte, wurde sie auch konserviert. Die historische Fixierung der sozialistischen Doktrin wurde so zu einem Bumerang, der sie letztlich selbst erschlug. Dem Westen, der sich zum Kapitalismus bekannte, war es hingegen ein Leichtes, nicht nur dessen historische Erscheinungsformen, sondern auch die mit ihnen verbundenen Bewußtseinslagen hinter sich zu lassen.

## **West und Ost haben heute keine gemeinsame Grundlage mehr, auf der aufgebaut werden kann**

Diese Einsicht ist in sofern wichtig als die mentalen Unterschiede, die heute zwangsläufig zwischen West und Ost bestehen, nicht einfach dadurch überwunden werden können, daß der Osten zum gemeinsamen, bekannten Ufer zurückrudert, das er vor Jahrzehnten verlassen hat. Denn dieses Ufer ist auch vom Westen längst verlassen worden, und zwar viel weiter als vom Osten. Und da es im Westen nicht die geringste Bereitschaft gibt zurückzukehren, können sich Ost und West nur treffen, wenn entweder der Osten dem Kurs des Westens folgt oder beide gemeinsam ein neues Ziel ansteuern.

### **Über den Geist des Westens**

Folgt der Osten dem Westen, muß er vor allem jenen Bewußtseinswandel nachvollziehen, der zu Beginn der zweiten Jahrhunderthälfte den Westen revolutionierte: Er muß einen extremen Individualisierungsprozeß durchlaufen, er muß die Maximen des Wettbewerbs in allen ihren Erscheinungsformen verinnerlichen, er muß stets großräumig und zugleich kurzfristig optimieren, er muß sich einem ausgefeilten Zeit- und Kostenbudget unterwerfen, er muß sich extrovertieren und vermarkten, er muß allem und jedem gegenüber zu Veränderungen bereit sein, er muß alles in Frage stellen, aber insbesondere muß er in der Mehrung materieller Güter zu einem Gutteil den Sinn menschlicher Existenz sehen.

Daß ein Leben in diesem Geiste, im Geiste immer und überall die Nummer 1 zu sein, seinen Preis hat, ist verständlich. Und verständlich ist auch, daß dieser Preis von den Menschen im Osten solange unterschätzt wurde als sie das Leben im Westen nur aus der Ferne miterlebten. Jetzt, wo sie diesem Leben näher gekommen sind, schrecken manche vor seinem Preis zurück.

### **Die neuen Bundesländer haben gegenüber den alten ein Vermögensdefizit von 2000 Milliarden DM**

Doch dies ist der Geist, der den Westen binnen einer Generation auf ein historisch einmaliges Wohlstandsniveau katapultierte.

Oder umgekehrt: Wären die Menschen in der DDR – von ihren historischen Benachteiligungen einmal abgesehen – in den zurückliegenden 45 Jahren den gleichen Weg wie die Menschen in der Bundesrepublik gegangen, wäre ihr Volksvermögen heute annähernd sechsmal so groß wie es tatsächlich ist, betrüge

es nicht nur reichlich 400 Milliarden DM, sondern gut 2,3 Billionen DM.<sup>3</sup> Mit anderen Worten: Wollte eine gute Fee über Nacht in Ost- und Westdeutschland die gleichen materiellen Bedingungen herstellen, müßte sie für jeden Bewohner der neuen Bundesländer zusätzlich öffentliche und private Güter im Werte von etwa 130.000 DM, insgesamt also im Werte von knapp zwei Billionen DM zaubern. Freilich wären auch dann noch nicht entgangene Lebensgenüsse wie das Bewohnen schöner Häuser, erlebnisreiche Urlaubsreisen, das Leben in einer recht angenehmen Umwelt mit vergleichsweise sauberer Luft und sauberem Wasser sowie bestimmte Bildungs-, Wissens- und Kenntnisdefizite ausgeglichen.

### **Die neuen Bundesländer können aus eigener Kraft das wirtschaftliche Gefälle zum Westen nicht überwinden**

Einige dieser Lücken werden nie zu schließen sein. Sie gehen ein in persönliche Schicksale und in die Geschichte dieses Raumes. Andere, namentlich Lücken im immateriellen Bereich, können und müssen die Menschen in den neuen Bundesländern selbst schließen. Die Voraussetzungen hierfür sind gut, die Fortschritte beachtlich. Die Überwindung des *wirtschaftlichen* Gefälles ist hingegen nur mit Hilfe Dritter möglich. Aus eigener Kraft sind die neuen Bundesländer außerstande, den bestehenden Abstand zwischen West und Ost aufzuholen. Das sei gerade auch in Richtung derer gesagt, die von einem eigenständigen Weg einer freiheitlich-marktwirtschaftlichen DDR träumten. Theoretisch wäre ein solcher Weg zwar möglich gewesen. Praktisch hätte er jedoch in große materielle Bedürftigkeit geführt. Wenige Zahlen mögen dies verdeutlichen.

Zum Zeitpunkt der Wende war das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in der DDR nur geringfügig höher als vor dem Zweiten Weltkrieg, etwa ebenso hoch wie in der Bundesrepublik 1954. Unterstellt, einer freiheitlich-marktwirtschaftlichen DDR wäre es möglich gewesen, ab 1990 den gleichen Wachstumspfad zu beschreiten, den die Bundesrepublik seit 1954 verfolgt, hätte ihr Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt – bei einem fortgesetzten jährlichen Wachstum von real nur 1,5 Prozent in den alten Bundesländern – nach einem halben Jahrhundert erst bei reichlich der Hälfte des westlichen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts gelegen.<sup>4</sup>

Um auch nur dort hinzugelangen, hätten die Menschen in der DDR ihre langjährige Sparquote drastisch erhöhen und während der nächsten Jahre etwa 30 Prozent ihres Bruttosozialprodukts investieren müssen. Die Folge wäre ein deutlicher Rückgang ihrer Verbrauchsquote gewesen. Die Bevölkerung hätte nur etwa halb so viel konsumieren können wie sie gegenwärtig konsumiert. Anders gewendet: Nur dank hoher Transfers aus den Westgebieten ist heute in den neuen Bundesländern nicht nur die Investitionsquote höher als sie in den alten Bundesländern je war,

zugleich können die Menschen im öffentlichen und privaten Bereich auch noch etwa doppelt so viele Güter konsumieren wie dies ohne den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik möglich gewesen wäre.

Aber selbst wenn die Menschen dieser hypothetischen DDR bereit gewesen wären, auf viele Jahre hinaus äußerst bescheiden zu leben – noch bescheidener als vor der Wende – wäre eine weitere Voraussetzung ihres fernen und auch dann nur relativen wirtschaftlichen Erfolges die kurzfristige Verinnerlichung jenes Geistes gewesen, der mit allen Kräften nach Individualisierung, Wettbewerb, Veränderung und der Mehrung materieller Güter strebt. Ob dies möglich gewesen wäre, darf wohl nach allen inzwischen gesammelten Erfahrungen bezweifelt werden. Doch auch damit wäre die schwierigste Hürde noch nicht genommen gewesen: das gegenüber den fünfziger Jahren völlig veränderte außenwirtschaftliche Umfeld. Gerade diese Hürde wird in der gesamten Perspektivdiskussion sowohl in Bezug auf die neuen Bundesländer als auch in Bezug auf Mittel- und Osteuropa sowie die Dritte Welt häufig übersehen.

### **Für wirtschaftliche Aufsteiger ist es schwer, Anschluß an die Gruppe der wirtschaftlich Erfolgreichen zu finden**

Häufig wird so getan als könne jedes Land, sofern es dies wolle – und welches Land will das schon nicht – zu wirtschaftlicher Prosperität aufsteigen. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Zum einen hat ein solcher Aufstieg Voraussetzungen, die zum Teil nur in langen Zeiträumen zu erfüllen sind – zu denken ist hier beispielsweise an eine bestimmte Wirtschafts- und Arbeitskultur. Zum anderen wird er durch den Umstand erschwert, daß es heute einen Kreis von wirtschaftlich arrivierten Ländern gibt, deren Möglichkeiten ungleich größer sind als die Möglichkeiten des Aufsteigers. Jene wirtschaftlich Arrivierten sind so viel wissender und organisierter, effizienter und produktiver, daß es dem Aufsteiger außerordentlich schwer fällt, mit ihnen erfolgreich zu konkurrieren. Daß aber muß er, wenn er zu wirtschaftlicher Prosperität gelangen will.

Hierin unterscheidet sich die heutige Weltwirtschaftslage von früheren Phasen. In früheren Phasen – bis etwa zur Mitte dieses Jahrhunderts – traten potentielle Konkurrenten unter ähnlichen Bedingungen an. Weder der Grad der Kapitalbildung noch der Stand der Technik oder des Managements erlaubten allzu große Unterschiede, auch wenn selbst damals schon die Unterschiede erheblich waren. Heute sind sie jedoch kaum noch überbrückbar.

## **Das Feld der Wettbewerber ist weit auseinander gezogen**

Seit der Mitte dieses Jahrhunderts hat sich das Feld der Wettbewerber immer weiter auseinandergezogen. Die Spitzengruppe bilden die USA, Japan und Deutschland (West) zusammen mit ein paar kleineren Staaten, dicht gefolgt von Ländern wie Frankreich, Großbritannien und einigen anderen. Ihnen folgt in einigem Abstand eine mehr oder minder geschlossene zweite Gruppe, die vorwiegend aus west-europäischen Ländern gebildet wird. Sodann kommt – in abermals gehörigem Abstand – das langgezogene Feld der Länder Mittel- und Osteuropas – denen auch die neuen Bundesländer zuzurechnen wären, bildeten sie einen eigenen Staat – dichtauf gefolgt von einigen Schwellenländern. Die Nachhut bildet schließlich der stattliche Troß jener, die schon alle Hoffnung haben fahren lassen, jemals noch Anschluß zu finden.

An dieser Reihenfolge hat sich trotz einer Vielzahl von nationalen und internationalen Bemühungen im Laufe der Jahrzehnte bemerkenswert wenig geändert. Zwar hat sich für den einen oder anderen die relative Position geringfügig verbessert oder auch verschlechtert, doch Rückwirkungen auf das Gesamtbild hatte dies nicht. Insbesondere hat sich gezeigt, daß es offenbar äußerst schwierig ist, innerhalb eines überschaubaren Zeitraums zur Spitzengruppe aufzuschließen. Hierzu müßten wohl – zumindest vorübergehend – die Regeln dieses Wettrennens außer Kraft gesetzt werden.

## **Die Regeln des Wettrennens sind zugunsten der neuen Bundesländer vorübergehend außer Kraft gesetzt**

Im Falle der neuen Bundesländer sind sie außer Kraft gesetzt, was ein historisch mindestens so seltener Vorgang ist wie die Vereinigung Deutschlands selbst. Die Menschen in den neuen Bundesländern konnten nicht nur – was nicht in Vergessenheit geraten sollte – eine hochentwickelte, bewährte und für unseren Kulturkreis stimmige politische, wirtschaftliche und soziale Grundordnung übernehmen. Sie werden auch eingeführt in ein Wissen und Können, das sich der Westen hart erarbeitet und bislang wie einen Schatz gehütet hat; sie erhalten die neueste Technik und die neuesten Infrastruktureinrichtungen; Tausende von Menschen mit Erfahrung und Engagement stehen ihnen mit Rat und Tat zur Seite; und sie erhalten Geld – viel Geld. Dies sollte nicht schamhaft verschwiegen werden.

### **In den neuen Bundesländern wird das Bruttosozialprodukt durch Transfers aus dem Westen annähernd verdoppelt**

Von Beginn der Währungs- und Wirtschaftsunion bis zum Ende dieses Jahres wird sich der Nettotransfer von den alten in die neuen Bundesländer – im öffentlichen und privaten Bereich – auf mehr als 400 Milliarden DM belaufen, das entspricht reichlich 27.000 DM pro Kopf der ostdeutschen Bevölkerung. Dieser Transfer ist fast ebenso hoch wie das im gleichen Zeitraum in den neuen Bundesländern erwirtschaftete Bruttosozialprodukt, das heißt in den neuen Bundesländern kann heute annähernd doppelt so viel investiert und konsumiert werden wie dies ohne Transfers möglich wäre.

Von 1993 bis 1995 dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit noch einmal der gleiche Betrag transferiert werden, und auch danach wird der Mittelstrom von West nach Ost keinesfalls abrupt versiegen. Bei zurückhaltendsten Schätzungen wird der Westen den Aufbau des Ostens während der neunziger Jahre mit insgesamt mindestens 1,2 Billionen DM fördern.

### **In den neuen Bundesländern ist längerfristig ein reales Wirtschaftswachstum von 10 Prozent möglich**

Nicht zuletzt aufgrund dieser Transfers könnte in den neuen Bundesländern in den neunziger Jahren ein durchschnittliches reales Wirtschaftswachstum von etwa 10 Prozent erreicht werden. Voraussetzung hierfür wäre allerdings eine Bruttoinvestitionsquote von reichlich einem Drittel des ostdeutschen Bruttosozialprodukts. Eine solche Quote ist hoch, aber keineswegs auszuschließen.

Wüchse das ostdeutsche Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt jahresdurchschnittlich um real 10 Prozent, würde es bei einem Wachstum von beispielsweise durchschnittlich jährlich real 1,5 Prozent im Westen, im Jahre 2000 bei etwa zwei Dritteln des westlichen liegen. Dies würde bei einer östlichen Investitionsquote von weiterhin etwa einem Drittel und einer westlichen Investitionsquote von reichlich einem Fünftel bedeuten, daß dann im Osten relativ etwa ebenso viel und absolut sogar mehr für den Verbrauch erwirtschaftet werden würde als heute nur mit Hilfe von Transfers zur Verfügung steht. Gegenüber heute hätte sich das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt in den neuen Bundesländern auf das zweieinhalbfache erhöht – eine ganz außerordentliche wirtschaftliche Leistung.<sup>5</sup>

Ob diese Leistung tatsächlich erbracht werden wird, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Hier sei nur auf zwei verwiesen: der Veränderungswille der ostdeutschen Bevölkerung und die anhaltende Bereitschaft des Westens, den

Aufbau der neuen Bundesländer in hohem Maße zu fördern. Weder der eine noch der andere Faktor sollte als gegeben unterstellt werden.

### **Voraussetzung für hohe Wachstumsraten ist eine tiefgreifende Veränderung der ostdeutschen Gesellschaft**

Eine Erhöhung des Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts auf das zweieinhalbfache bedeutet nämlich, daß die Volkswirtschaft der neuen Bundesländer – auf relativ hohem Niveau – binnen eines Jahrzehnts relativ fast ebenso stark expandieren müßte wie die DDR-Wirtschaft in vierzig Jahren. Absolut müßte in diesem Jahrzehnt ein Bruttosozialprodukt geschaffen werden, das um 50 Prozent oder real eine Billion DM größer ist als das Bruttosozialprodukt, das in den achtziger Jahren in der DDR erwirtschaftet wurde.<sup>6</sup> Ein vergleichbares wirtschaftliches Wachstum hat es in den alten Bundesländern nie gegeben.

Um ein solches Wachstum zu erzielen, müssen sich Individuen und Gesellschaft kompromißlos am Leitbild ökonomischer Effizienz ausrichten. Was das heißen kann, zeigen Gesellschaften wie die sogenannten vier kleinen Tiger Südasiens. Hier mußten individuelle Denk- und Anschauungsweisen von Grund auf geändert, tradierte gesellschaftliche Strukturen zerbrochen und Sozialverbände zumindest gelockert werden. Zum Teil war dies nur mit diktatorischen Mitteln möglich.

Niemand in Deutschland hat die Absicht, zu derartigen Mitteln zu greifen. Ob die Menschen in den neuen Bundesländern jedoch *freiwillig* bereit sind, ihr Leben in erforderlichem Umfang zu verändern, bleibt abzuwarten. Bisher jedenfalls haben sie den Wandel ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung eher erlitten als aktiv gestaltet.

Zweifel an ihrem unbedingten Veränderungswillen scheinen umso begründeter, als inzwischen auch im Westen das Unbehagen an einer primär effizienzorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wächst. Noch sind es Minderheiten, aber es sind rasch wachsende Minderheiten, die ihr Leben nach anderen als Effizienzmaßstäben zu bewerten suchen.

### **Eine anhaltende Transferbereitschaft des Westens kann nicht als gegeben unterstellt werden**

Der zweite Faktor, der nicht als gegeben unterstellt werden sollte, ist die anhaltende Transferbereitschaft des Westens. Zwar ist der Westen zu diesen Transfers objektiv durchaus in der Lage. Mit etwa 1,2 Billionen DM überträgt er in den neunziger Jahren knapp 5 Prozent seines in diesem Zeitraum erwirtschafteten Brutto-

sozialprodukts.<sup>7</sup> Oder anders: Die westdeutsche Bevölkerung überträgt der ostdeutschen in diesem Jahrzehnt den Gegenwert dessen, was sie selbst in den neunziger Jahren von der Aufbaugeneration erben wird. Schon vom nächsten Jahr an dürfte es möglich sein, schrittweise wieder die Einkommens- und Vermögens-einbußen auszugleichen, die der westdeutschen Bevölkerung im Zuge der Vereinigung entstanden sind, und ab etwa der Mitte dieses Jahrzehnts kann auch im Westen – entsprechendes Wirtschaftswachstum unterstellt – erneut ein Anstieg der Realeinkommen über das Niveau von 1990 erwartet werden. Sollte einmal eine Schlußrechnung über die Kosten des Aufbaus der neuen Bundesländer gelegt werden, dürften die Westdeutschen mit rund zwei Billionen DM dabei gewesen sein, zufällig der gleichen Summe mit der der Vermögensrückstand Ostdeutschlands gegenüber dem Westen zu beziffern war.

Trotzdem hieße es die Augen vor der Wirklichkeit verschließen, nicht den zunehmenden Unwillen der westdeutschen Bevölkerung gegen diese Finanztransfers zu sehen. Denn diese Transfers, verbunden mit der Übernahme der Schulden der DDR, haben die Geldentwertung beschleunigt, den Schuldenberg der öffentlichen Hand hedrohlich ansteigen lassen, die westdeutsche Bevölkerung mit der höchsten Steuer- und Abgabenlast aller Zeiten befrachtet und die wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Welt spürbar geschwächt. Deutschland wird geraume Zeit nicht mehr die weltwirtschaftliche Rolle spielen, die die Westdeutschen jahrzehntelang genossen.

### **Den Westdeutschen muß der Sinn ihrer Lasten erklärt werden**

Schwerer noch als alles dies wiegt jedoch die Tatsache, daß den Westdeutschen bisher keiner erklärt hat, wofür sie diese Lasten tragen. Ganz ohne Zweifel: Die Menschen in den neuen Bundesländern haben bei der Vereinigung Deutschlands die weitaus größeren Probleme zu meistern. Aber sie sind auch motivierter. Noch ist es für sie eine neue Erfahrung, in einem freien Land leben, ihr Leben gestalten und ihren Wohlstand mehren zu können. Der konkrete Alltag hat sich – so bekundet die große Bevölkerungsmehrheit – durch die Einigung positiv verändert.

Nicht so im Westen. Hier erhält der Durchschnittsbürger auf seine Frage, was er eigentlich von der veränderten Lage in Deutschland und Europa hat, keine befriedigende Antwort. Der Verweis auf eine Friedensdividende, die er kaum zu erkennen vermag, der Appell an patriotische Gefühle, die ihm in Jahrzehnten gründlich ausgetrieben worden sind, Freude über die Einheit der Deutschen oder Stolz auf Deutschlands neue Größe – das alles ist viel zu abstrakt und diffus als daß es die Menschen im Breisgau oder am Tegernsee, im Westerwald oder an der Mosel wirklich bewegen könnte. Für sie sind die Mecklenburgische Seenplatte oder die

Niederlausitz, das Elbsandsteingebirge oder der Thüringer Wald und auch die Menschen, die dort leben, sehr weit weg. Hinzu kommt ihre wachsende Sorge, daß nach den neuen Bundesländern die Länder Mittel- und Osteuropas nicht minder dringlich um Hilfe nachsuchen werden, die ihnen eines Tages, im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, auch nicht abgeschlagen werden kann.

Der eine oder andere mag vor der Größe der Umwälzungen in Deutschland und Europa solche Sorgen als kleinlich und buchhalterisch empfinden. Doch sie sind Teil der deutschen Wirklichkeit. Die neuen Bundesländer sollten deshalb davon ausgehen, daß jene vier Fünftel der Deutschen, die in den alten Bundesländern wohnen, schon bald Mittel und Wege finden könnten, die Kosten der deutschen und europäischen Einheit auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Und in einer Demokratie gibt es gegen einen solchen Entscheid keine Berufung. Der Vorwurf des Egoismus verpufft.

Was also sind die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven Deutschlands im Jahre 2 seiner Vereinigung?

### **Die Probleme der neuen Bundesländer dürften auf die längerfristigen Perspektiven Deutschlands verhältnismäßig geringfügig einwirken**

Die in den neuen Bundesländern derzeit alles beherrschenden Themen, wie der Zusammenbruch ganzer Wirtschaftsbereiche, hohe Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, schwere Umweltlasten und anderes mehr, sind – noch wenn sie die unmittelbar Betroffenen ganz erfüllen – sowohl räumlich, als auch zeitlich zu begrenzt, als daß sie auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven Deutschlands in den neunziger Jahren nachhaltig einwirken dürften. Für vier Fünftel der Deutschen sind diese Probleme nicht existenziell, sind sie monetarisierbar. Vier Fünftel der Deutschen können sich von ihnen gewissermaßen freikaufen. Ihre Denk- und Anschauungsweisen und mithin ihr Handeln wird von ihnen eher beiläufig berührt und mithin dürften sie auch nur geringe Rückwirkungen auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven des *ganzen* Deutschlands haben.

Aber auch in den neuen Bundesländern dürften diese Themen verhältnismäßig rasch an prägender Kraft verlieren. Wohl befindet sich der ostdeutsche Raum noch auf einer Talsohle, die zu durchschreiten noch einige Zeit beanspruchen wird. Aber schon gegen Ende dieses Jahres dürfte der Wiederaufstieg verbreitet spürbar werden, dürfte die Zahl positiver Nachrichten die Zahl negativer deutlich übersteigen. 1995, fünf Jahre nach der Vereinigung, dürfte das selbsterwirtschaftete Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt in den neuen Bundesländern bei etwa 45 Prozent des

westlichen Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts liegen, womit es anderthalbmal so hoch wäre wie bei Fortsetzung des Wachstumspfad der DDR in den achtziger Jahren.<sup>8</sup> Darüber hinaus wird dieses Bruttosozialprodukt – das ist schon heute verlässlich absehbar – qualitativ hochwertiger, international wettbewerbsfähiger und ökologisch verträglicher sein, als es die Güter der DDR waren. Zugleich dürfte sich die Erwerbstätigenquote in den neuen Bundesländern von derzeit 65 Prozent der westlichen auf 70 Prozent erhöhen. Nur ein Phantast kann von solchen Erwartungen enttäuscht sein. Nüchtern betrachtet wäre dies ein höchst eindrucksvolles Ergebnis.

Und auch die Erwartung, daß sich in den neuen Bundesländern bis Ende der neunziger Jahre das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt auf zwei Drittel und die Erwerbstätigenquote auf drei Viertel der westlichen erhöhen dürfte, ist alles andere als Ausdruck von Pessimismus oder gar Anlaß zur Resignation. Mit regionalen Wirtschaftsgefällen dieser Größenordnung hat Deutschland während der längsten Phase seiner Geschichte recht gut existiert. Um 1900 war dies etwa das Gefälle von Sachsen nach Bayern. Im Jahre 2000 könnte es das Gefälle von Bayern nach Sachsen sein. Erschrecken braucht eine solche Vorstellung wohl niemanden.

### **West-Ost-Transfers in Höhe von 1,2 Billionen DM bis Ende dieses Jahrzehnts sind möglich, müssen aber ordnungsgemäß organisiert werden**

Umgekehrt brauchen sich auch die Westdeutschen nicht von der Vorstellung schrecken zu lassen, in diesem Jahrzehnt öffentliche und private Mittel in Höhe von 1,2 Billionen DM gen Osten transferieren zu sollen. Gewiß sind dies annähernd 5 Prozent ihres in den neunziger Jahren erwirtschafteten Bruttosozialprodukts, bzw. zehnmal so viel, wie selbst großzügige Länder – im Rahmen der Entwicklungshilfe – üblicherweise Dritten zur Verfügung stellen. Doch diese zweifellos beachtliche Leistung können die Westdeutschen erbringen, ohne ihre Denk- und Handlungsweisen radikal umstellen zu müssen. Allerdings muß der öffentliche Transferbedarf endlich in seinem ganzen Umfang aufgedeckt und seine Aufbringung ordnungsgemäß organisiert werden. Ferner muß dem Mann auf der Straße verständlich gemacht werden, wozu er Verzicht üben soll – denn Verzicht muß er üben. Hier haben nicht zuletzt die Menschen in den neuen Bundesländern eine gewisse Bringschuld, was mit Bittgängen nicht das geringste zu tun hat.

## **Deutschland kann nur als Teil eines größeren Ganzen die Zukunftsaufgaben meistern**

Doch für das Denken und Handeln der Deutschen ungleich prägender als diese zeitlich und räumlich vergleichsweise begrenzte Ost-West-Problematik dürften in den neunziger Jahren jene Einflüsse sein, auf die eingangs hingewiesen wurde: Entwicklungen in Europa vom Atlantik bis zum Ural, die Einbindung Deutschlands in den Westteil dieses Kontinents, die Fähigkeit der Deutschen – und seiner Nachbarn – Herausforderungen gemeinschaftlich zu meistern, kurz: das Bewußtsein, nur ein recht kleiner Teil eines größeren Ganzen zu sein. Das Denken und Handeln der Deutschen dürfte ferner geprägt werden, von der um sich greifenden Erkenntnis, wie rasch dieses Volk altert und zahlentiräufig scharumpft, und wie noch in diesem Jahrzehnt möglicherweise Millionen von Zuwanderern aufgenommen werden müssen. Schließlich könnte ihr Denken und Handeln schlagartig durch Veränderungen im Umweltbereich eine völlige Neuorientierung erfahren.

## **Niemand weiß, welcher Geist das Denken und Handeln der Deutschen künftig bestimmen wird**

Noch bedeutender für das Denken und Handeln der Deutschen und damit für die Perspektiven Deutschlands in den neunziger Jahren ist jedoch etwas anderes: der Geist, in dem sich dieses Volk diesem Jahrzehnt stellt. Ist es weiter der Geist, der die Westdeutschen jahrzehntelang in der Gruppe der Weltmeister mitlaufen ließ? Oder ist es ein Geist, der sich auch mit einem Platz im Mittelfeld begnügt? Niemand vermag das zu sagen. Nur soviel ist sicher: Sollten die Menschen in den neuen Bundesländern – aus was für Gründen auch immer – nicht mit vollem Einsatz mitlaufen, wird der Platz in der Spitzengruppe nicht zu halten sein, gleichgültig wie sich die Westdeutschen austengen. Dabei ist keinesfalls sicher, daß sich die Westdeutschen so anstengen würden wie hisher. Es bedarf nicht viel, sie zu einer langsameren Gangart zu bringen. Denn die Zahl derer, die in vierzig Jahren wirtschaftlicher Höchstleistungen müde geworden sind, ist erheblich.

## **Das Wiederaufleben regionaler Unterschiede ist möglich**

Sollte diese Müdigkeit im Westen weiter um sich greifen und die Menschen in den neuen Bundesländern den Geist, in allem ganz vorn sein zu wollen, nicht bald uneingeschränkt verinnerlichen, könnten noch in diesem Jahrzehnt sowohl im Westen als auch im Osten alte regionale Unterschiede wieder aufbrechen. Denn nichts hat den Westdeutschen in den zurückliegenden vierzig Jahren mehr Profil gegeben, sie mehr geeint als dieser Geist. Ohne ihn werden die Regionen ihre alten

## Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven Deutschlands

Stärken und Schwächen wieder entdecken und ihre eigenen Maßstäbe für Erfolg und Mißerfolg bestimmen. Die Alemannen werden sich an ihren Erfindungsreichtum, Rheinländer, Westfalen und Sachsen an ihre Wirtschaftsgesinnung oder Niedersachsen, Mecklenburger und Pommern an ihre Bodenständigkeit erinnern. Eine Gefahr für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven Deutschlands in den neunziger Jahren? Vielleicht. Aber sicher auch eine Chance für ein perspektivenreiches Deutschland und Europa.

- \* Vortrag aus Anlaß der Eröffnung der Leipziger Niederlassung des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG) Bonn am 9. April 1992.
- 1 Infolge von Krieg und Demontagen wurden die Industriekapazitäten Ostdeutschlands auf weit weniger als die Hälfte des Stands von 1939 dezimiert. Hinzu kamen der Verlust von Infrastruktureinrichtungen sowie erhebliche Entnahmen der Sowjetunion aus der laufenden ostdeutschen Produktion. Insgesamt wurden der wirtschaftlichen Basis der DDR in den Nachkriegsjahren von der Sowjetunion Werte in Höhe von rund 100 Milliarden DM entzogen. Darüber hinaus wurde der wirtschaftliche Aufbau durch die negativen Folgen der Bodenreform und die außenwirtschaftliche Isolierung noch zusätzlich behindert. Im einzelnen vgl. Merkel/Wahl, Das geplünderte Deutschland – Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands von 1949 bis 1989, Bonn 1991, S. 14-19.
- 2 Insgesamt verließen in den fünfziger Jahren rund 1,9 Millionen Menschen, d.h. mehr als ein Zehntel der Bevölkerung, die DDR. Vgl. ebenda, S. 20 und 68-75.
- 3 Die hier vorgenommene Schätzung des Volksvermögens basiert auf einer Nettovermögensbeurteilung, bei der der Vorjahresendbestand jeweils um den Bruttovermögenszugang des laufenden Jahres abzüglich der laufenden Abschreibungen fortgeschrieben wird. Sämtliche Bestände, Zugänge und Abschreibungen wurden jeweils in Preisen von 1990 bewertet. Der hier verwendete Begriff des Volksvermögens umfaßt das reproduzierbare Sachvermögen, also das Nettoanlagevermögen, die Vorratsbestände sowie das Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte, und das Finanzvermögen, d.h. die Nettoauslandsposition der Volkswirtschaft. In dieser Abgrenzung dürfte das Nettovolksvermögen in den alten Bundesländern Ende 1990 etwa 10 Billionen DM (pro Kopf knapp 160.000 DM) betragen haben. Dem dürfte unter Berücksichtigung des beträchtlichen Abschreibungsbedarfs auf den vorhandenen Kapitalstock sowie der zur Angleichung der Umweltbedingungen erforderlichen Sanierungsmaßnahmen ein Nettovolksvermögen von 400 bis 450 Milliarden DM (pro Kopf ca. 27.000 DM) in den neuen Bundesländern gegenübergestanden haben. Nicht berücksichtigt sind in diesen Werten die immateriellen Güter, wie insbesondere Lizenzen und Patente sowie das Humankapital, deren Quantifizierung auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würde. Auch in diesem Bereich dürften jedoch die alten Bundesländer einen zumindest ähnlich hohen Vermögensvorsprung aufweisen.
- 4 Folgte die DDR unter diesen Voraussetzungen dem Wachstumspfad, den die alten Bundesländer zwischen 1954 und 2040 beschreiten, würde sich ihr reales Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt zwischen 1990 und 2040 vervierfachen. Da sich jedoch das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in den alten Bundesländern bei einem jährlichen realen Wachstum von 1,5 Prozent zwischen 1990 und 2040 weiter mehr als verdoppeln würde, würde das ostdeutsche Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt bezogen auf das westdeutsche Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in fünfzig Jahren von rund 30 Prozent im Jahr 1990 auf lediglich 58 Prozent im Jahre 2040 steigen.
- 5 Unter der Annahme, daß die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland bis zum Jahr 2000 konstant bleibt und das reale westdeutsche Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt von 1992 bis zum Jahr 2000 im Durchschnitt um 1,5 Prozent jährlich wächst, müßte im Osten das reale Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt um durchschnittlich reichlich 10 Prozent pro Jahr zunehmen, damit im Jahr 2000 im Osten pro Kopf

---

## Meinhard Miegel

rund zwei Drittel des westdeutschen Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts erwirtschaftet werden. Um den dafür erforderlichen ostdeutschen Investitionsbedarf zu bestimmen, wird ein durchschnittlicher Nettokapitalkoeffizient von 2,5 vorausgesetzt. Aufgrund des niedrigen Wertes des vorhandenen ostdeutschen Kapitalstocks kann davon ausgegangen werden, daß die Kapitalproduktivität im Osten im Durchschnitt in etwa den westdeutschen Verhältnissen in den fünfziger Jahren entspricht und damit wesentlich höher ist als im Vergleichszeitraum in den alten Bundesländern, für die ein durchschnittlicher Nettokapitalkoeffizient von 3,2 zugrundegelegt wird. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Abschreibungen und der Vorratsveränderungen ergibt sich bezogen auf das Bruttosozialprodukt eine Bruttoinvestitionsquote von jahresdurchschnittlich reichlich einem Drittel. Unterstellt, daß Gesamtdeutschland gegenüber der übrigen Welt eine im Durchschnitt ausgeglichene Leistungsbilanz anweist (außenwirtschaftliches Gleichgewicht), könnte der öffentliche und private Verbrauch somit knapp 67 Prozent des ostdeutschen Bruttosozialprodukts betragen.

- 6 Bei einem jährlichen realen Pro-Kopf-Wachstum von reichlich 10 Prozent würden in den neunziger Jahren in den neuen Bundesländern Güter und Dienstleistungen im Werte von insgesamt 3,1 Billionen DM erwirtschaftet. Demgegenüber betrug das Bruttoinlandsprodukt in der DDR während der achtziger Jahre insgesamt nur 2,1 Billionen DM (alles in Preisen von 1991). Vgl. auch Merkel/Wahl, a.a.O., S. 53.
- 7 Bei einem realen Pro-Kopf-Wachstum des Bruttosozialprodukts von 1,5 Prozent in den neunziger Jahren würden in den alten Bundesländern insgesamt Güter und Dienstleistungen im Werte von knapp 28 Billionen DM erwirtschaftet.
- 8 Das reale Wirtschaftswachstum in der DDR betrug während der achtziger Jahre jahresdurchschnittlich 0,6 Prozent. Bei Fortsetzung dieses Wachstumspfad und einem jahresdurchschnittlichen realen Wachstum von 1,5 Prozent in den alten Bundesländern wäre das ostdeutsche Bruttosozialprodukt pro Kopf bezogen auf das westdeutsche Bruttosozialprodukt von rund 33 Prozent im Jahre 1989 im Jahr 1995 auf knapp 29 Prozent abgesunken.

## **Ein Wandel Rußlands durch Systemübernahme: potemkinsche Dörfer<sup>1</sup>**

Aus „westlicher“ Sicht stellt sich der Systemwandel in den Folgestaaten der Sowjetunion als Annäherung an das „westliche“ Wertesystem dar, und diese Annäherung wird auch von maßgeblichen Kräften in der ehemaligen Sowjetunion selbst angestrebt. Ziel der folgenden Betrachtungen ist es, das kritisch zu hinterfragen. Ausgangspunkt der Betrachtungen ist die These, daß die Entwicklung Rußlands im letzten Jahrtausend eine Gesellschaft hervorgebracht hat, deren Originalität gegenüber der „westlichen“ Zivilisation die Option auf einen eigenen Weg offenläßt. Um diese These zu untermauern, soll der Versuch unternommen werden, sich der historischen Dimension der gesellschaftlichen Transformationen in den Folgestaaten der Sowjetunion, speziell in Rußland, zu nähern.

Die gegenwärtigen Transformationsprozesse in Rußland stehen in der Tradition „administrativer Modernisierung“ durch eine Moskauer Zentralmacht. Der Kern solcher Modernisierungen bestand in Rußland darin, bestehende politische und wirtschaftliche Strukturen als Elemente einer Reorganisation (Umgestaltung; russisch: Perestroika) der Zentralmacht und als günstige Voraussetzungen für radikale Wirtschaftsreformen zu nutzen. Schon unter Peter I. (Ende 17./Anfang 18. Jh.), Alexander II. (Mitte des 19. Jh.), Lenin (zwanziger Jahre) und unter Chruschtschow (Ende der fünfziger Jahre) wurde eine solche „Modernisierung“ in Angriff genommen. Den Versuchen Lenins, Chruschtschows und zuletzt Gorbatschows war gemeinsam, daß der kommunistischen Partei die Rolle eines Motors der Umgestaltung politischer Macht zugeordnet wurde, diese sich dazu jedoch regelmäßig als unfähig erwies.

Rußland befindet sich seit ca. 500 Jahren in einem permanenten „Übergang“. Die ständigen staatlichen Versuche, Übergänge zu realisieren, haben eine Situation zur Regel gemacht, in der die Zersetzung alter Strukturen schneller verläuft als die Herausbildung neuer sozialer Kräfte, die in der Lage wären, die Macht zu übernehmen oder aber zumindest zu partizipieren. Das hat in der Vergangenheit immer wieder eine radikale Konsolidierung eben der alten Strukturen provoziert. Freilich konnte der „Übergang“ dadurch auch nicht realisiert werden. Im Gegenteil, die Probleme brachen nach gewisser Zeit mit noch größerer Schärfe auf.

Auf diese Weise etablierte sich in Rußland ein Entwicklungsweg, der von dem Westeuropas wesentlich verschieden ist. Die sich in den 500 Jahren „Übergangs“ bestätigende Unlösbarkeit der eigentlichen sozialen und wirtschaftlichen Probleme

me und ihr ständig erneutes Aufbrechen legt die Vermutung nahe, daß das Ziel der derzeitigen Reformen auch nicht einfach der Übergang zu einem neuen Stadium des russischen Staates sein kann, sondern es sich um den Übergang zu einem neuen Staatswesen handeln muß. Das Scheitern der Gorbatschowschen Perestroika macht deutlich, daß die Dimension des zu bewältigenden „Übergangs“ kein Übergang der Sowjetgesellschaft von dem einen in ein anderes Stadium, sondern nur in eine völlig neue Gesellschaft sein konnte. Hier läßt sich auch die historische Dimension der gegenwärtigen Transformationsprozesse festmachen, denn das gegenwärtige russische Staatswesen entstand in einem Jahrhunderte währenden Übergang von der Rus zum Rußland. Die politische Entwicklung seit Sommer 1991 beschleunigte diesen Erkenntnisprozeß, schuf jedoch auch neue Illusionen über Charakter und Inhalt eines solchen „Übergangs“. Fragwürdig ist insbesondere, ob die Kombination von polnischer Schocktherapie für den Übergang zur Marktwirtschaft mit russischer Hegemonie in der GUS und dem Weihrauch der russisch-orthodoxen Kirche eine zivilisierte Gesellschaft (was immer das auch sein mag) in den Farben Rußlands hervorbringen kann.<sup>2</sup>

Wenn politische Beobachter und Analytiker in Bezug auf die frühere Sowjetunion und die politischen Gebilde, die ihre Nachfolge angetreten haben, von „Staat“, „Demokratisierung“ usw. sprechen, so lassen sie sich von denselben potemkinschen Dörfern täuschen wie jene, die den politischen Ranm der ehemaligen Sowjetunion nach „westlichem“ Vorbild umgestalten wollen. Diese Begriffe haben in der ehemaligen Sowjetunion eine andere Sinnggebung erfahren, denn die Sowjetunion, wie auch vorher schon Rußland, haben sich durchaus nicht auf „westliche“ Weise entwickelt.

Der „Staat“ ist kein Organ, das einen bestimmten gesellschaftlichen Auftrag (z.B. durch ein Wählervotum) zu erfüllen hat. Obwohl er die Gewaltmittel weitestgehend monopolisiert hat, ist er dennoch kein Verfassungsstaat, da er weder unveräußerliche Grundrechte zwingend gewährleisten muß, noch eine Gewaltenteilung realisiert. Vielmehr ist er „Mutter der Gesellschaft“ (otschisna), die ihrerseits der Gesellschaft einen Auftrag gibt. Der neue russische Staat war seit seiner Gründung durch die Moskauer Fürsten nie ein weltlicher Staat im europäischen Sinne gewesen, sondern religiöses Instrument zur Erfüllung einer Heilsmission. Die Sowjetgesellschaft war das Instrument, mit dem das russische Staatswesen – mutatis mutandis – zur Weltmacht aufsteigen konnte. Mit dem Sturz in die Apokalypse der Sowjetgesellschaft hat der russische Staat diese Rolle offensichtlich verspielt.

Die „demokratischen“ Kräfte in der ehemaligen Sowjetunion vertreten mehrheitlich ein überwiegend elitäres Demokratieverständnis, d.h. ihnen geht es darum, im Konkurrenzkampf untereinander die Entscheidungsbefugnis zu erlangen und auf Zeit die politische Stellvertreterfunktion gegenüber der selbst nicht

## Wandel Rußlands durch Systemübernahme?

handlungsfähigen Bevölkerung wahrzunehmen. In der russischen Publizistik ist dafür das Wort „Demokratura“ geprägt worden, das die Verquickung von Demokratie und Diktatur zum Ausdruck bringen soll. Ein eigenständiger Demokratie-Begriff hat sich in Rußland nie ganz von anarchistischen Tendenzen lösen können, bei denen Demokratie Mittel für die Abschaffung der Differenz zwischen Herrschenden und Beherrschten ist.<sup>3</sup> Für dieses Demokratieverständnis war die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit, notfalls mit diktatorischen Mitteln, immer wesentlicher als der Schutz der Persönlichkeitsrechte. Deshalb haben neben den genannten auch solche Begriffe wie „Revolution“ und „Diktatur“ eine andere Sinnbedeutung als in Westeuropa. „Freiheit“ bedeutet in Rußland nicht Freiheit für ..., sondern ... von. Die Herausbildung eines bürgerlichen bzw. sozialdemokratischen Demokratieverständnisses wurde nach 1917 abrupt abgebrochen.

Eine rationale Analyse der Tatsachen überzeugt davon, daß Rußland keine Zukunft hat, wenn es sich nicht dem „Westen“ anschließt; doch der Wert russischer „nichtwestlicher“ Eigenheiten hatte sich immer nur an den Erfordernissen russischer Geschichte zu messen und muß auch daran gemessen werden. Rußlands Gleichnis ist die Sagengestalt Ilja Murometz, der jahrelang in der elterlichen Hütte sitzt, ohne sich zu rühren. Er ist so stark, daß er sich nicht bewegen kann: Doch dann steht er plötzlich auf, sattelt sein riesiges Pferd und reitet großen Taten entgegen. „Der jähe Wechsel vom stumpfen Dahinvegetieren zu übernatürlicher Aktivität gleicht dem Sprung in eine andere Zeit.“<sup>4</sup> Rußlands Symbol ist die Weite, die Bewohner und Besucher gleichermaßen aufsaugt. Die flache Weite fast ohne natürliche Hindernisse bis zum Ural, hinter dem eine neue Weite beginnt, befreit von der Zeit. Hunnen und Awaren haben in dieser Weite ganze Zivilisationen zerstört – ihre Reiche zerfielen; mongolische Reiterhorden zerstörten den russischen Staat, seine Städte und Kultur – im winzigen Moskauer Fürstentum erstand Rußland neu; erst Polen und dann Franzosen entvölkerten und verwüsteten ganze Landstriche – sie blieben im Schlamm stecken und verirrten sich in den Wäldern; 150 Jahre später trat die stärkste Armee der Welt an, um das Land auszulöschen – sie endete im Schnee. Jedesmal fanden sich genügend Argumente, die überzeugend bewiesen, daß dieses Land nicht mehr weiterexistieren konnte, doch Rußland erstand jedesmal neu. Es ist nicht einleuchtend, warum das jetzt anders sein soll, und deshalb darf bezweifelt werden, daß der derzeitige Anlauf zur schnellen Kapitalisierung und zum Liberalismus Erfolg haben wird. Vielmehr zeichnet sich eine Entwicklung ab, bei der auch eine Kapitalisierung das Leiden Rußlands nicht heilt, sondern die Krise eher vertieft. Diese Vermutung ergibt sich aus einer ganzen Reihe von Problemen, die von den Folgerepubliken der Sowjetunion, selbst bei noch so aktiver „westlicher“ Hilfe, nur schwer zu bewältigen sind.

Erstes Problem ist die tiefe Krise in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Neue politische Konzepte müssen in einer Zeit gravierender Umbrüche entwickelt

werden und sind, sobald mehrheitsfähig, schon wieder Makulatur. Zwischen 1986 und 1991 wurden alle scheinbar möglichen Varianten einer Wirtschaftsreform erprobt und jedesmal durch politische Ereignisse zum Scheitern gebracht. Übrig geblieben ist der wirtschaftliche Kollaps und eine Wirtschaftspolitik, die ihre Intentionen, ob in Estland, Rußland oder Kyrgystan, aus dem „Stegreif“ beziehen muß.

Zweites Problem ist die zugespitzte nationale Problematik, die teilweise Ursache für das Scheitern der verschiedenen Reformvarianten war und ist. Diese Zuspitzung ist eine Antwort auf die Frustrationen einer systematisch zerstörten nationalen Identität, „die dazu zwingt, erst die Heimat zu finden, um dann eine lebbare Welt zu schaffen“ und in ihrer Konsequenz dazu führt, daß der „Kampf um nationale Identitäten ... für lange Zeit die notwendige Neukonstituierung der Gesellschaft und die politische Willensbildung lähmen“<sup>45</sup> wird.

Drittes Problem ist der Mangel an demokratischer Tradition, der nun binnen kürzester Zeit aufzuholen ist. Die „Demokratisierungsphase“ unter Gorbatschow diente lediglich dem Formenwechsel etablierter Machtstrukturen, d.h. dem Wechsel der Partei- und Staatsnomenklatura in die „Schattenwirtschaft“, sowie der Kapitalisierung des Staatsvermögens durch diese Nomenklatura. Diese Phase wurde nunmehr durch ein diktatorisches Krisenmanagement abgelöst. Beide Phasen verstärkten das ohnehin starke Mißtrauen gegenüber den Machtformen eines demokratischen Rechtsstaates zusätzlich.

Viertes Problem ist das von der Sowjetgesellschaft hinterlassene Verhältnis breiter Bevölkerungsschichten zur Arbeit, dessen zusätzliche Verwurzelung in der russisch-orthodoxen Tradition keineswegs unterschätzt werden darf. Die mit dem Übergang zur Marktwirtschaft einsetzende Kopplung von erhöhter Arbeitsintensität und Massenverelendung verstellt auch für die nähere Zukunft den Weg in eine Leistungsgesellschaft. Es ist nicht abzusehen, auf welchem Wege marktwirtschaftliche Regulierungsmechanismen installiert werden könnten, wenn von der für die wirtschaftliche und soziale Zukunft des Landes entscheidenden Bevölkerungsschicht, den Jugendlichen, allein in Rußland 70 Prozent unter der Armutsgrenze leben<sup>6</sup>.

## **1. Der Staat als Instrument wirtschaftlicher Innovation**

Entscheidend für die Entwicklung des russischen Staates war und ist, daß der Impuls gesellschaftlicher Modernisierung nicht von der Entwicklung neuer Verhältnisse und sozialer Schichten aus dem Innern der Gesellschaft heraus ausging. Ein solcher Impuls ging von dem Willen der jeweiligen Staatsführung aus, bestehendem äußeren Druck militärisch, wirtschaftlich und ideologisch gleichwertigen Widerstand zu bieten. Wirtschaftliche Entwicklung wurde dadurch

## Wandel Rußlands durch Systemübernahme?

zur Funktion militärischer und ideologischer Bedürfnisse des Staates, lange bevor die Bolschewiki die Macht erobern konnten. Je nach diesen Bedürfnissen vollzog sich die Entwicklung entsprechend schneller oder langsamer. Diese diskontinuierlich-sprunghafte Entwicklung bedeutete nicht nur eine extreme Last auf den Schültern jener Generationen, deren Leben zufällig mit Perioden intensiverer Entwicklung zusammenfiel, sondern überstieg nicht selten auch das physische Durchhaltevermögen der Bevölkerung<sup>7</sup>. Lange Stagnationsperioden und staatliche „Prophylaxe“ durch Repressivmaßnahmen gegen mögliche soziale Spannungen waren die Folge<sup>8</sup>.

Die zyklisch wiederholten Interventionen des Staates in die Wirtschaftsentwicklung brachten es mit sich, daß ein unabhängiges Bürgertum im Unterschied zur Beamtenschaft nicht entstehen konnte. Auch industrielle Lohnarbeit entwickelte sich spät und behielt noch lange enge Familienbande und steuerliche Bindungen zur dörflichen Herkunftsgemeinde. Diese Arbeiterschaft ertrug die Industriedisziplin nur solange, wie es zum Unterhalt der Dorfgemeinschaft unbedingt notwendig war. Unter Peter I. wurden ganze Dörfer an Fabrikanten verkauft, ohne ihre innere Struktur zu verändern. War und ist die staatliche Intervention in die Wirtschaft in Westeuropa nur in Zeiten schwerster gesellschaftlicher Krisen zur Regulierung derselben charakteristisch, so ist sie in Rußland geradezu typisch für die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt. Nach dem Rückzug des Staates aus der aktiven Förderung der Wirtschaft und des zwangsläufigen industriellen Niedergangs konnten die industriell Beschäftigten in ihre traditionellen Sozialbindungen zurückkehren, ohne einer wirklichen Pauperisierung zum Opfer zu fallen. „Das Dorf war die Rückversicherung, praktisch sogar die Sozialversicherung gegen den Moloch Industrie.“<sup>9</sup> Damit gab es eine soziale Basis für die jeweilige Konsolidierung traditioneller Strukturen und die nachfolgende Wiedergeburt des Landes.

Bei diesen Interventionen handelt es sich jedoch keineswegs um die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für gewollte wirtschaftliche Entwicklungen, sondern um die Konstituierung dieser Entwicklungen selbst. Der russische und später sowjetische Staat hat sich nie über das Recht definiert; er kannte keine Gewaltenteilung. Die umfassendste und zugleich folgenschwerste Intervention des russischen Staates in die Wirtschaftsentwicklung war die Industrialisierungspolitik der dreißiger Jahre: große Städte wurden gebaut, Wälder abgeholzt, Flüsse umgeleitet; Dörfer und ganze Landkreise zogen in die Städte und verwandelten sie in überfüllte Dörfer; auf den Bahnhöfen stauten sich die Menschen. Der „Umzug“ des Dorfes unterband den Rückzug der industriell Beschäftigten in ihre traditionellen Sozialbindungen. Zusammen mit den politischen Veränderungen jener Zeit machte das die sozial entwurzelte Mobilität breiter Schichten, insbesondere der Landbevölkerung, zum dominierenden sozialen Merkmal und führte, im Zusammenhang mit der Kollektivierung, zum Verlust der traditionellen gesellschaftli-

chen Strukturen auf der gewaltigen eurasischen Landmasse. Erstmals in der russischen Geschichte wurden mit der Vernichtung der Sozialbeziehungen in der Dorfgemeinde (der „disziplinierte Enthusiasmus“<sup>10</sup> sowie die Möglichkeit der Dorfgemeinde, aus dem Gemeindeland einer Bauernfamilie Grund und Boden zur privaten Nutzung zuzuteilen) und der privat für den Markt produzierenden Bauernschaft die Quellen für künftige staatliche Interventionen in die Wirtschaftsentwicklung beseitigt. Deshalb wurde das System der Zwangsarbeit im GULAG zum Hauptfaktor des weiteren wirtschaftlichen Aufschwungs: Wohnungen, Industriebetriebe, Straßen und Kanäle, die Erschließung riesiger Neulandgebiete und ihrer Bodenschätze, all das wurde nur zu oft von gefangenen Wissenschaftlern entworfen, von gefangenen Ingenieuren geplant und von Millionen gefangener „Bauarbeiter“ errichtet.

Die Perestroika stand von Beginn an vor dem Problem, daß sich ihre staatliche Modernisierungspolitik auf keine vorhandenen wirtschaftlichen Strukturen stützen konnte. Entsprechende soziale Schichten mußten mit Kooperativ- und Pachtgesetzen erst geschaffen werden. Aber eine solche staatliche Intervention in die gesellschaftlichen Verhältnisse ist ja Kern des „besonderen russischen Weges“: um äußerem Druck gewachsen zu sein, interveniert der Staat in die Wirtschaft, konstituiert die dafür notwendigen sozialen Schichten und beseitigt sie wieder, wenn er sein Außenverhältnis korrigiert hat.<sup>11</sup> Mit der Abschaffung der Quellen für diesen Entwicklungsweg in den dreißiger Jahren erschöpfte die Sowjetgesellschaft den Freiraum für weitere staatliche Interventionen. Deshalb mußte eine neuerliche „Perestroika“ im Kollaps enden.

Doch das potemkinsche Dorf Europäisierung Rußlands setzt voraus, daß die Gesellschaft die Voraussetzungen für eine zivilisatorische Neugeburt aus ihrem Innern heraus entwickelt, um den Konflikt zwischen dem „unvollendeten Industrialismus“, „halbasiatischer Produktionsweise“ (Lenin) und der Orientierung auf ein „gesamteuropäisches Haus“ postindustrieller Gesellschaften lösen zu können<sup>12</sup>. Diese Voraussetzungen können kein „westlicher Import“ sein und müssen auch nicht zwangsläufig zur Anlehnung der eigenen Entwicklung an die Westeuropas führen. Sie müssen aber eine Integration des Landes sowohl in die europäische als auch in die japanisch-chinesische Richtung ermöglichen. Die Einengung einer europäischen Öffnung Rußlands auf das deutsche Fenster, die mitunter auch in Rußland anzutreffen ist, wäre um so mehr simpel und fatal. Simpel, weil damit auf einen eindimensionalen Ausweg aus einer komplexen Krisensituation gesetzt wird; fatal, weil sich gerade Deutschland in den letzten Jahrhunderten Rußland auf dem Weg nach Europa immer wieder in den Weg stellte.

### 2. Kollektive Buße und messianischer Auftrag als politische Ideologie

Die aufgezeigten Züge der russischen politischen und Sozialgeschichte haben im Erbe des orthodoxen Christentums eine bedeutsame Stütze gefunden. Die russische Orthodoxie hat, entgegen den Erklärungen ihrer Verfechter, die Tradition des römischen Rechts nicht bewahren können und sein Erbe nicht fortentwickelt, seit sie sich 1439 von der griechisch-orthodoxen Kirche lossagte<sup>13</sup>. Nicht, daß der Glaube an den Wert des Individuums, die Unsterblichkeit seiner Seele und die Gleichheit aller Menschen vor Gott überhaupt abwesend wäre, aber in Rußland konnte er weitestgehend auf die rein religiöse Sphäre und die zwischenmenschlichen Beziehungen zurückgedrängt werden. Somit verlor er aber seine innere Bindung an die Gestaltung einer Gesellschaft. In der jahrhundertlangen Geschichte Rußlands hat sich daraus ein spezifischer Wert der russischen Gesellschaft herausgebildet: der Vorrang des Prinzips „gegenseitiger Hilfe“ gegenüber der Selektion durch Auswahl des Stärkeren.

Im Zentrum der russisch-orthodoxen Religiosität steht die kollektive Buße, vom rechtgläubigen (prawoslawnij) Volk stellvertretend für die Sündhaftigkeit der ganzen Menschheit dargebracht. Diese Besonderheit des christlichen Glaubens in Rußland hatte drei wesentliche Folgen. Einmal wurde die Rolle des christlichen Messias einem Volk und seinem Staat zugesprochen, der die Menschheit vom Anti-Christen befreien muß. Zum zweiten wurde dem Individuum die Möglichkeit genommen, sich als Individuum mit seinen Taten von Sünden zu befreien. Anders als in der protestantischen Ethik sind die religiösen Wertvorstellungen der russisch-orthodoxen Kirche nicht auf die Ebene des individuellen Handelns transformierbar. Drittens schließlich konnten die enormen Belastungen der Bevölkerung durch die diskontinuierlich-sprunghafte Entwicklung als erstrebenswerter Zustand des Bußetuns gedeutet und damit gerechtfertigt werden.

Im Unterschied zum westeuropäischen Christentum hat die russisch-orthodoxe Kirche keinen individualisierten Moralkodex entwickelt und damit auch einen anderen Missionsauftrag propagiert, in dessen Zentrum nicht das Individuum, sondern der Staat und seine Nation stehen. In der russisch-orthodoxen Tradition ist das Denken und Handeln des Individuums nur insoweit moralisch, als es die vom Glauben gesetzten Ziele und Werte des Staates bzw. der Nation fördert. Sittliche Werte sind in diesem Sinne einem jeden Individuum „äußerlich“ und Instrumente zum Erreichen eines übergeordneten Ziels. Der Begriff „höchster Sittlichkeit“, des Heroismus, ähnelt daher in vielem dem der japanischen Samurai<sup>14</sup>. Eine „Individualität“ ist nur möglich, wenn man auf die Souveränität der eigenen Person verzichtet und in das Element, das Rußland heißt, eintaucht<sup>15</sup>.

Der besondere Missionsauftrag der orthodoxen Kirche, der ja auch gegenüber der einheimischen, zumeist „heidnischen“ Bevölkerung galt, führte in seiner

Ausführung zur Verordnung einer Weltanschauung und zur Mythologisierung des Nationalbewußtseins. Dieser Mythos beginnt mit der Überlieferung der Staatsgründung der Kiewer Rus, die erfolgt sein soll, indem die Ostslawen sich einigten, einen Staat zu gründen, aber keinen Staatsgründer in ihrer Mitte ausmachen konnten und die Waräger (Wikinger) einladen, ein slawisches Herrscherhaus zu begründen (die Rjurikiden)<sup>16</sup>. Außerhalb von Hypothesen sind dagegen historisch belegbar die Gründung des Fürstentums Nowgorod, als die Slawen in das finno-ugrische Siedlungsgebiet vordrangen, die Eroberung Kiews im Jahre 882 und die Schaffung eines gemeinsamen Staates aus den Fürstentümern Nowgorod und Kiew, der die Handelsrouten von der Ostsee zum Schwarzen Meer und nach Persien kontrollierte.

In den wesentlichen Eigenschaften schloß die sowjetische Ideologie an das orthodoxe Christentum an. Bereits im millionenfach nachgebeteten Satz Lenins „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist“<sup>17</sup> ist der religiöse Anspruch der sowjetischen Ideologie dokumentiert. Die Diskussionen um das Gottbildnertum (Gorki, Lumatscharski) waren keineswegs zufällig und durch die Rezeption des Marxismus in der russischen Sozialdemokratie bedingt. 1922 konstituierten sich einzelne Gruppen der russisch-orthodoxen Kirche als „Lebendige Kirche“ unter eigenem Metropoliten und suchten nach einer Synthese von sowjetischer Ideologie und christlicher Lehre. Mit der in den dreißiger Jahren erfolgten Übernahme russisch-orthodoxer Elemente in die sowjetische Staatsideologie verlor diese Kirche ihre staatlich unterstützte Funktion und löste sich 1946 auf.

In der sowjetischen Ideologie erhielt Rußland die Aufgabe, die Menschheit vom kapitalistischen Joch, der Macht des Geldes und des Marktes zu befreien. Der Befreiungsakt wurde als internationalistische Pflicht und patriotische (nicht national-patriotische, sondern sowjetisch-patriotische) Tat hochstilisiert. Das Individuum bekam den Auftrag, seine persönlichen Bedürfnisse und Ambitionen zurückzustecken und der Allgemeinheit zu dienen, um die große gemeinsame Mission (den Aufbau des Kommunismus in der Welt) zu vollenden. Die persönlichen „Unannehmlichkeiten“ wie Hunger, Elend, Terror usw. wurden zu notwendigen Elementen der Buße für jene, die für den Kommunismus noch nicht reif waren; die „Reifen“ fanden Zugang zur Nomenklatura. In den Jahren des Zweiten Weltkrieges wurde die marxistische Phraseologie schlichtweg abgeschafft, weil sie dem russischen Patriotismus entgegenstand; nach ihrer Wiedereinführung wurde sie Quelle unzähliger Witze.

Die Verheißung auf eine Gesellschaft, in der nach den individuellen Bedürfnissen verteilt werden soll, wurde zum Instrument gemacht, die Menschen für eine intensivere und „produktivere“ Arbeitsweise zu gewinnen bzw. ökonomische und physische Gewalt als Garanten für die Wirksamkeit solcher Ethik zu rechtfertigen. Die vom sowjetischen Staat instrumentalisierte Arbeitsethik ähnelt damit der

## Wandel Rußlands durch Systemübernahme?

kalvinistischen Arbeitsmoral. Und das ist kein Zufall: „beide Ethiken begegnen sich auf dem ... Boden geschichtlicher „Gleichzeitigkeit“ – sie reflektieren die Notwendigkeit, große Massen „rückständiger“ Menschen einem neuen Gesellschaftssystem einzupassen, die Notwendigkeit, eine gut ausgebildete, disziplinierte Arbeitskraft zu schaffen, die es vermag, der ewigen Routine des Arbeitstages ethische Gesetzeskraft zu verleihen und auf immer rationellere Weise stets ansteigende Gütermengen zu erzeugen, wobei die vernünftige Anwendung dieser Güter für individuelle Bedürfnisse durch die „Umstände“ stets mehr hinausgezögert wird... Es handelt sich in jeder Hinsicht um eine an der Konkurrenz orientierte Arbeitsmoral, die mit einer Strenge proklamiert wird, die über die der bürgerlichen Moral hinausgeht“<sup>18</sup>. Diese Strenge schürte zugleich den alten Haß auf die Arbeit. Die Kunst, potemkinsche Dörfer zu errichten und so zu tun, als arbeite man, erlangte in der ehemaligen Sowjetunion höchste Vollkommenheit. Wo Arbeit Strafe ist, kann Arbeitslosigkeit nur Belohnung sein. Wo strafrechtliche Verfolgung droht, wenn öffentliche Arbeit verweigert wird, hält man sich nur pro forma am Arbeitsplatz auf.

Die Rechtfertigung staatlicher Willkür mit geschichtlichen Zwängen führte zur fast perfekten Symbiose von Geschichtsfatalismus und reinem Subjektivismus, bei dem der höhere Zweck die angewandten Mittel heiligt. Soziale Schichten, die einer Erfüllung der „historischen Mission“ hinderlich sein könnten, sind um der übergeordneten geschichtlichen Idee willen zu vernichten. Nichts scheint für eine solche Ideologie konsequenter, „als daß man ‘absterbende’ Klassen, parasitäre Rassen oder dekadente Völker eben auch wirklich zum Absterben bringt“<sup>19</sup>. Die Moral einer solchen Politik ist, daß es eben nicht um die Moral, sondern um das Ziel von Geschichte geht.

### 3. Der Staat als Funktion politischer Ideologien

In Rußland fehlt der grundlegende Konflikt des europäischen Mittelalters – der Konflikt von Kirche und Staat, Papst und Kaiser. Das orthodoxe Christentum kennt keinen Papst als Vertreter Gottes auf Erden und auch kein Supremat.<sup>20</sup> In der Kiewer Rus war der Staat weltlicher Vertreter der orthodoxen Kirchenordnung; erst der neue russische Staat emanzipierte sich von der Kirche und schaffte unter Peter I. sogar das Patriarchat ab. So wie der Staat vorher Instrument zur Erfüllung eines religiösen Auftrages war, so wurde die orthodoxe Kirche nun Diener der Staatsmacht und konnte kein Verteidiger einer gegenüber der Staatsmacht selbständigen Ordnung werden. Der für Westeuropa so charakteristische Kampf zwischen Papstkirche und Feudalstaaten fand in der russisch-orthodoxen Kirche als Kampf zwischen orthodoxer Amtskirche und verschiedenen Sekten, die sich auf die

Rechtsordnung der Kiewer Rus beriefen, statt. Verfechter religiös orientierter gesellschaftlicher Alternativen wurden von Staat und Kirche grausam verfolgt.<sup>21</sup>

Die Kirchenspaltung (raskol) 1656<sup>22</sup> wurde von den Zaren genutzt, um die orthodoxe Kirche endgültig in den Herrschaftsmechanismus ihrer Selbstherrschaft einzupassen. Die enge Verflechtung von Staat und ideologisch fixierten Organisationen (vor 1917 die russisch-orthodoxe Kirche, nach 1917 die Institutionen der Kommunistischen Partei) war und ist ein wesentliches Moment der russischen Entwicklung und nicht etwa ein abnormes Produkt mißglückter „sozialistischer Experimente“. Die Aufhebung des Patriarchats durch Peter I. und die Säkularisation der Kirchengüter durch Katharina II. bedeuteten den Beginn für die Entstehung von Ansätzen einer bürgerlichen Gesellschaft, weil der Staat gewaltsam seine Gesetze überall dort durchsetzte, wo sie den Kirchengesetzen widersprachen. Damit wurde eine Sphäre geschaffen, die unmittelbar vom Staat und nicht von der Kirche reguliert wurde.

Besondere Auswirkungen hatte diese Entwicklung mit der Errichtung der Sowjetgesellschaft, als die Staatsideologie vollständig verstaatlicht wurde, denn nunmehr galten die dem Individuum „äußerlichen“ sittlichen Werte als Instrumente staatlicher Politik und nicht, wie früher, als Instrumente einer vom Staat trotz allem relativ unabhängigen Institution. Mit der „Verstaatlichung“ individuellen Denkens und Handelns verlagerte sich die Freiheit vom Individuum als Mitglied einer Glaubensgemeinschaft auf das Individuum als Mitglied der Gesellschaft. Der Staat bestimmte fortan nicht nur den Inhalt der Freiheit, sondern auch ihre Reichweite.

#### 4. Staatliche Monopolisierung der bürgerlichen Gesellschaft

Die nunmehr unmittelbar vom Staat regulierte Sphäre wurde jedoch nicht zur Privatsphäre, weil durch den bereits früher erfolgten Bruch mit der Tradition des römischen Rechts ein subjektives Recht fehlte, auf das sich das Individuum auch gegen die Staatsmacht hätte berufen können. Die Widersprüchlichkeit der unmittelbar vom Staat regulierten Sphäre kommt u.a. in den Eigenarten der russischen Intelligenzija zum Ausdruck, einer gesellschaftlichen Gruppe, die in Opposition zur Gesellschaft stand, einer Partei ohne Führer, Satzung und politische Vollmachten, eine Bruderschaft ohne Disziplin und Organisation.<sup>23</sup>

Die Niederlage der Raskolniki im Kampf gegen die Amtskirche und den Staat bedeutete zugleich den endgültigen Bruch Rußlands mit den eigenen Traditionen demokratischer Selbstverwaltung. Die Kiewer Rus war ein „Reich der Städte“ mit über 400 juristisch autonomen Handlungspunkten, die durch eine stadteigene Bürgerwehr und den Warägerkriegern der Fürsten, der Drushina, vor den umherziehenden Steppenvölkern geschützt wurden. Eine Bindung politischer Loyalität an die

Verfügung über Grund und Boden gab es nicht. Die fürstliche Macht wurde durch die Rechte der freien militärischen Gefolgschaft und der lokalen Selbstverwaltungen, den Wjetsche, stark eingeschränkt. Im Herrschaftsbereich Nowgorods, zu dem auch Pskow und andere russischer Hansestädte gehörten, bildeten sich Republiken heraus, in denen die öffentliche Bürgerversammlung der Wjetsche oberste Staatsmacht war. Der Fürst war lediglich Angestellter der Wjetsche, mit dem der Oberste Rat aus Bürgern, dem Klerus und der Verwaltung (die Bojarenversammlung) einen Vertrag abschloß. Auch von Kiew war die Republik in militärischen, finanziellen und kirchlich-rituellen Dingen schon früh unabhängig.

Diese Erfahrungen mittelalterlichen Stadtfreiheit mit ihren Kämpfen um äußere Unabhängigkeit und innere Demokratie wurden mit dem Aufstieg Moskaus verschüttet. Der Bruch mit den eigenen, europäisch-orientierten Traditionen der Kiewer Rus vollzog sich jedoch über Jahrhunderte hinweg und wurde entscheidend von der geopolitischen Lage der Moskauer Fürstentümer beeinflusst: im Nordwesten die Polen und Litauer, im Osten die Mongolen, im Süden das von Katholiken bzw. Osmanen eroberte Byzanz. In dieser Situation erfolgte die Sammlung der russischen Länder durch die Moskauer Fürsten im Bündnis mit den Mongolen (der Goldenen Horde). Ausschlaggebend für das Bündnis mit den Mongolen war offensichtlich die Tatsache, daß die mongolischen Khane eine, sowohl Konstantinopel als auch Westeuropa damals fremde, Toleranz gegenüber anderen Religionen zeigten<sup>24</sup>; mithin also keine Gefahr für die ideologische Identität der russischen Fürstentümer und damit ihres Staates darstellten.

Die Abhängigkeit des neuen und noch jungen russischen Staates vom Reich der Goldenen Horde und seinen Folgestaaten hat das russische Nationalbewußtsein tief traumatisiert. Dieses Trauma belastet nach wie vor das Verhältnis Rußlands zu den Turkvölkern, insbesondere zu den Tataren und zum Islam, der sich bei den Wolgabulgaren im Herzen des späteren Rußlands bereits 100 Jahre vor der Christianisierung der Ostslawen durch den Großfürsten Wladimir in der Rus etablierte. Erst viel später brach der mongolische Sturm über das riesige Festlandsmassiv der russischen Steppe her. Die tatarischen Khane Tamerlans zentralisierten später die Tributeintreibung und übertrugen sie den Moskauer Fürsten. Sie versuchten erst gar nicht, eine eigene Verwaltung über die Ostslawen aufzubauen oder die Russen zum Islam zu bekehren, sondern unterstützten sogar den orthodoxen Klerus und verlangten nur Huldigung und Tribut. Damit ermöglichten sie die Schaffung eines Russischen Reiches unter Moskauer Hegemonie. Ende des 17. Jh. schränkte Moskau die Tributzahlungen ein, seine Fürsten erklärten den neuen russischen Staat zum Nachfolger des erloschenen Byzanz und sich selbst in Anlehnung an den römischen Imperator Caesar zu Zaren, übernahmen byzantinische Wappen, imperialen Glanz und autokratische Traditionen.

Doch die Moskauer Fürsten schufen im 15. und 16. Jh. nicht schlechthin einen neuen Staat, sondern eine für Rußland neue Art und Weise, Gesellschaft zu konstituieren. Die aus den Durchzugsgebieten im Süden geflüchtete Bevölkerung suchte Schutz in den Wäldern, die Städte waren zerstört, Flüsse unterstanden mongolischer Kontrolle, Landbesitz verpflichtete nunmehr zu Gehorsam, Bauern wurden zu Leibeigenen gemacht, um ihre weitere Flucht in die nördlichen Wälder zu verhindern. Nachdem die Goldene Horde Moskaus Aufstieg ermöglichte, vernichteten Moskauer Heere zusammen mit mongolischen Truppen erst Nowgorod und dann Pskow<sup>25</sup>. Der Aufstieg Moskaus als Zentrum eines neuen Staates war dadurch begünstigt, daß die Moskauer Fürsten einerseits mit der militärischen Kraft der Mongolen drohen konnten (und sie auch einsetzten), um den Tribut einzureiben und sich an ihm partiell bereicherter; andererseits nur als bloße Vermittler der Tributforderungen erschienen. Die Methoden, mit denen die Moskauer Fürsten die Tribute eintrieben, veränderten die Oberschichten fast völlig: die Bojaren wurden verbannt oder umgebracht und von Höflingen (dworjanje) ersetzt, grundbesitzlose Verwaltungsbeamte übernahmen Aufgaben der aufgelösten Wjetsche, eine Sonderpolizei, die Opritschnina, überwachte Tun und Lassen der Hörigen. Die von den Moskauer Fürsten gegenüber der Goldenen Horde verfochtene Politik mit ihren diplomatischen Intrigen, dem ständigen Taktieren gegen zahlreiche, übermächtig scheinende Gegner und der permanenten Mobilisierung aller produktiven Reserven des Landes unter einer zentralen Gewalt prägten das Politikverständnis des russischen Staates auf Jahrhunderte im voraus.

Die wiedererrichteten Städte waren nicht mehr Zentren des Handels, sondern der Kirche, die allein von den Mongolen weitgehend verschont wurde. Die ersten Universitäten im Sinne weltlicher Bildung entstanden erst Ende des 18. Jh. Erst recht gab es kein Stadtrecht mehr. Die Stadtbewohner wurden, genauso wie die Dorfbewohner und die dworjanje, zu Leibeigenen gemacht, die ihr Territorium nicht ohne weiteres verlassen durften. Grund und Boden samt den darauf lebenden Menschen gehörten dem Zaren, der seine Verwalter aus den Höflingen rekrutierte. Erst von Katharina II. wurden die Höflinge von ihrer Hörigkeit gegenüber dem Zaren „befreit“ und die Dorfbewohner zu Leibeigenen dieser Adligen.

Die Tatsache, daß die russisch-orthodoxe Kirche und ihr Klerus durch die Mongolen weitgehend verschont wurden, machte sie zum Fixpunkt der russischen Identität und zum Hort ihrer staatlichen Wiedergeburt. Deshalb mußte auch der Versuch der Raskolniki, die bestehende russische Orthodoxie zu erschüttern, scheitern. Doch dadurch konnte sich in Rußland keine, der protestantischen ähnliche Arbeitsethik etablieren. „Gottesliebe, eine große Seele, Güte, Freundschaft, Familiensinn, die Fähigkeit, Teil eines Kollektivs zu sein, stehen in der Werteskala des russischen (keineswegs erst des sowjetischen) Lebens vor der Verwirklichung des Individuums in der Arbeit, sogar vor Reichtum“<sup>26</sup>. Die oft zitierte unpraktische

## Wandel Rußlands durch Systemübernahme?

Natur der Russen und ihr Neid auf alle, die sich durch Arbeit bereichern, haben ihre historische Wurzel in diesen Besonderheiten der russisch-orthodoxen Tradition<sup>27</sup>.

Die gewaltsame Einführung der Sowjetgesellschaft verstärkte die Wirkung dieser Traditionen, indem keine wirklichen Anreize zur Akkumulation gesellschaftlichen oder persönlichen Reichtums geschaffen werden konnten. „Die Kluft zwischen Arbeit und Reichtum, die im Volk eingewurzelte Überzeugung vom ungerechten, ungöttlichen Ursprung jeglichen Wohlstands wurde umgedeutet in die Opposition von Arbeit und Kultur.“<sup>28</sup> „Sinnvolle“ Arbeit beschränkte sich auf die Selbstversorgung der Familie und seines Clans. Die Geschichte der Versuche seit Alexander II, dies zu ändern, ist eine einzige Geschichte von Mißerfolgen. Die Reformen Stolypins mit ihren Möglichkeiten zur individuellen Bereicherung erzeugten einen sozialen Revanchismus, der schließlich in den „Kriegskommunismus“ der Bolschewiki mündete. Die NÖP Lenins beschwor jenen lumpenproletarischen Fundamentalismus herauf, der das Regime Stalins trug und zur fast völligen Ausrottung früherer wohlhabender Schichten führte. Auch die Einführung einer „sozialökologischen Marktwirtschaft“ mittels forcierter Kapitalisierung wird ein potemkinsches Dorf bleiben, da die soziale Differenzierung der Bevölkerung nur verstärkt wird, statt Wohlstandsunterschiede zu nivellieren.

Durch das Fehlen des Geschichtserlebnisses einer Reformation sucht man in Rußland vergeblich Erschütterungen des Massenglaubens an die gegebene Autorität und Herausforderungen zur individuellen Gewissensentscheidung. Daher konnte es unter der Bevölkerung nie zu ernsthaften Zweifeln an der Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen oder der von Kirche bzw. Partei verkündeten Wahrheiten kommen. Eine Macht wird nur anerkannt, wenn sie der Auserwähltheit des rechtgläubigen Volkes entspricht und den kollektiven Führungsanspruch repräsentiert, oder die Gesellschaft verfällt in Nihilismus und Anarchie. Gerade in der Annahme historisch übergreifender Ideen, die alle Lebenssphären der Gesellschaft durchdringen, äußert sich das Zusammengehörigkeitsgefühl der Russen.<sup>29</sup> Ist aber die Macht, die diese Idee verkörpert, einmal akzeptiert, wird sie auch geheiligt. Gewissensentscheidungen werden vom Staat vorgenommen: er definiert, was gut und böse, richtig und falsch für das Individuum ist. „Die Unfähigkeit zu selbständigem politischen Handeln läßt das dringende Bedürfnis entstehen, nicht das Verhaltensstereotyp zu verändern, sondern nur die politische Instanz, die die Persönlichkeit bevormundet, zu wechseln. Die Sehnsucht nach einem 'Erlöser' ist das Bedürfnis, sich der Verantwortung zu entledigen und das eigene Recht zu politischen Entscheidungen an andere Personen zu delegieren.“<sup>30</sup>

## 5. Voraufklärerische Politik und marginale Schichten

„Moralische Lehrmeister“ der offiziellen Macht, die sich öffentlich von ihrem Clan lossagen, können so einen fast grenzenlosen Vertrauensbonus erlangen und verlieren ihn um so schneller, desto aktiver sie versuchen, „neue Verhältnisse“ zu konstituieren. Dem vor diesen Hintergrund sich stets neu verfestigendem Bedürfnis, Verantwortung weiterzudelegieren, folgend, betreibt der Politiker eine prinzipiell verantwortungslose Politik: er kennt keinen kategorischen Imperativ. Politik bleibt in voraufklärerischen Werten gefangen und korrespondiert mit dem Realismus des Weltbildes in der sowjetischen Ideologie. Die Übernahme der individuellen Gewissensentscheidung durch den Staat bewirkte auch, daß die Politik Domäne einer eng begrenzten Elite blieb. Die verschiedenen Vertreter dieser Elite gründeten heute um sich herum Parteien und Bewegungen, die sich wie in einer Kettenreaktion wiederum aufspalten, sofern neue Führungspersonlichkeiten heranwachsen. Das politische Leben wird dadurch bis zum einzelnen Individuum atomisiert, kollektive Interessen können nicht herausgearbeitet werden. Mehr noch, die Geschichte der Sowjetunion hat kollektive Interessen zu einem „Modell krimineller Gesamtbürgerschaft“<sup>31</sup> verfallen lassen. Das „Volk“, ungeliebter Adressat früherer Eliten, gibt es nicht mehr. Es bleibt zu hoffen, daß die konsequente Entstalinisierung der Gesellschaft eine reformatorische Wirkung hat und die Interessenbildung auf individueller und auf kollektiver Ebene einleitet. Doch die Versuche der neuen Parteien, im Spiegel der Geschichte ihre Identität zu finden, zeugen bereits von der Wiederanknüpfung zerrissen geglaubter Fäden.

Die Vernichtung der städtischen Kultur bedeutete schließlich auch das Fehlen der Erfahrung eines frei gewählten Parlaments mit voll verantwortlicher Regierung: Auf die bloß beratende Duma folgte der Sprung in die Sowjetgesellschaft. Stadtparlamente gab es seit dem Untergang Nowgorods sowieso nicht mehr. Damit fehlt auch die Erfahrung westlich-moderner, demokratisch aufgebauter Massenbewegungen (z.B. von Gewerkschaften und sonstigen Assoziationen), die sich in Rußland weder vor 1917 noch danach frei organisieren konnten. Eine bürgerliche Gesellschaft, von zwei Revolutionen 1917 gesellschaftsfähig gemacht, wurde in den zwanziger Jahren größtenteils verstaatlicht oder, wo dies nicht gelang, beseitigt. Die „Bürgergesellschaft“ mit ihren ausgeformten institutionellen Strukturen, ausdifferenzierten Wertvorstellungen und sozialen Interessen muß jetzt von den Parteien erst noch geschaffen werden. Genau an diesem Problem ist aber schon die parlamentarische Demokratie der Februarrevolution 1917 gescheitert. Die Bolschewiki lehnten ein solches Gesellschaftsmodell, auch wegen dieses Mißerfolges, gleich ganz ab und zerschlugen entsprechende Ansätze.

Die heutigen Parteien haben daher keine festen sozialen Bezugspunkte als Basis für eine dauerhafte Massenverankerung. In ihrer Politik sind bisher nur ideologische

## Wandel Rußlands durch Systemübernahme?

und nationale Interessen präsentiert. Soziale Interessen dagegen, die in Westeuropa im Umkreis verschiedener Eigentumsformen entstanden und deren Vertretung auf der Spezifik dieser Formen beruht, gibt es im Grunde genommen gar nicht, denn es fehlt das Institut des Eigentums<sup>32</sup>. Bäuerliche Parteien haben zwar eine starke politische Elite, aber es fehlt der grundbesitzende Bauer als Subjekt – die Kolchosbauern sind industrielle Lohnarbeiter mit vorindustriellen Denk- und Verhaltensnormen. Ähnliches gilt für sozialdemokratische und Arbeiterparteien, denn die sowjetische Arbeiterklasse gehört größtenteils dem Lumpenproletariat an: Arbeiter ziehen wie Nomaden von einer Großbaustelle zur anderen, leben in Wohnwagen, Werksheimen und Gemeinschaftswohnungen. Arbeiter in den traditionellen Industrieregionen wie im Kusbass oder Donbass haben Streikkomitees gegründet, die weniger Parteien denn lokale Gegenregierungen mit parteiunabhängiger Interessenvertretung sind. Eine Unternehmerschicht als soziale Basis für bürgerliche Parteien konnte die Perestroika nicht hervorbringen. Dazu waren die Wirtschaftsreformen viel zu inkonsequent. Ständige Verbote und erneute Genehmigungen, räuberische Steuern und die Geldreform von 1991 machten die Unternehmer zu Händlern und Kaufleuten, die ihr Geschäft, ähnlich wie im westeuropäischen Spätmittelalter, ggf. als Raub und Plünderung betreiben. Von der Mobilität der Sowjetgesellschaft sind aber auch die politischen und intellektuellen Eliten selbst betroffen. Ingenieure unterscheiden sich in ihrer Lage kaum von den Industriearbeitern; der bedeutendste Teil der Hochschuldozenten wird von ehemaligen Militärs und Politarbeitern der KPdSU gebildet.

Politische Argumente für den Übergang zur Marktwirtschaft sind daher rein logisch und artikulieren keine sozialen Interessen<sup>33</sup>; sie sind ein „potemkinsches Dorf“. Die Übernahme „westlicher“ Gesellschaftsmodelle, die auf der Existenz des Instituts Eigentum und darum gruppierter sozialer Schichtungen basieren, muß scheitern, weil eben diese Voraussetzungen fehlen. Die Verödung des Landes, die Verwandlung des Dorfes in den Hinterhof der Industrie und der Bauern in entwurzelte städtische „Pauper“ (die „limitschiki“) bedroht mehr und mehr die Städte selbst und mit ihnen jegliche „westlich“ orientierten Reformansätze.

## 6. Politischer Realismus

Durch das Fehlen von kritischer Distanz zur gegebenen Autoritäten erfolgte der Kampf der politischen Strömungen als Konflikt von Literatur- und Kunststrichtungen. Literaten haben daher in Rußland eine ganz andere gesellschaftliche Stellung (und Verantwortung) als in Westeuropa. Eine weitere Ursache für die besondere Beziehung von Literatur und Kunst zur Politik ist der Umstand, daß es in der russischen Orthodoxie keine Trennung von Philosophie und Ästhetik, Philosophie und Politik gegeben hat. Worte sind nicht einfach geschrieben oder dahergesagt, sondern „gesprochener Geist“. Wahre Macht ist die „Macht über den Buchstaben“.

Es handelt sich dabei um den spezifischen Realismus, der aus der Zarenzeit in die Sowjetgesellschaft (z. B. als sozialistischer Realismus in der Kunst) überkommen ist und seine Wurzel in der fehlenden Scholastik der russischen Orthodoxie hat. Der russisch-sowjetische Realismus ist am ehesten mit dem Realismus der westeuropäischen Scholastik zu vergleichen (nur, daß in Rußland eine Scholastik und damit die nominalistische Gegentendenz gefehlt hat): dem Allgemeinen wird ein höherer bzw. der einzige Realitätsgrad zugesprochen; es existiert vor den einzelnen Dingen. Charakteristisch für geistige Strömungen und prägend für politische Parteien und Bewegungen ist ein vielfach normativ verstandenes Bild der Gesellschaft. Z. B. kann dadurch das Ziel der Politik als „Seiendes“ vorausgesetzt werden. Politische Tätigkeit reduziert sich damit auf die Vervollkommnung des „Seienden“, ohne es entscheidend verändern zu müssen. So war es in der früheren Sowjetunion durchaus „realistisch“, wenn von Sozialismus, reifem oder demokratischem Sozialismus gesprochen wurde, auch wenn die individuelle Erfahrung der Menschen Gegensätzliches fixierte. Der Widerspruch zwischen Erfahrung und Realität (der allgemeinen Bestimmung), soweit er überhaupt reflektiert wurde, konnte nur mit einer Angleichung der Erfahrung an die Realität gelöst werden. Das vollzog sich dann durch Anpassung des Individuums, standardisierende Massenkultur, ideologische Manipulation oder Repression.

Der Utopismus, d. h. das Streben nach Zuständen, für die notwendige Voraussetzungen fehlen, von dem sich sowjetische Politik seit 1925/28 leiten ließ, beruhte auf der Annahme, daß Visionen von der Realität bereits Wirklichkeit seien, das Ziel von Politik also bereits seiend, wenn es nur Ziel von Politik ist. Politische Programmatiken haben die Funktion, eine Praxis anzukündigen, die jene Tendenzen schafft, die von den Leitsätzen verlangt werden. Ihr Wahrheitswert besteht in dem Effekt, diese Praxis auch tatsächlich zu erzeugen und damit Direktive für ein bestimmtes Verhalten zu werden. Die Verwischung der Unterschiede zwischen Vision und Realität, die einsetzt, wenn voraussetzungslose Visionen ein Verhalten lenken, das Realität gestaltet und verändert bedeutet, daß magische Elemente die Oberhand über analytisches Denken und Handeln gewinnen<sup>34</sup>.

## Wandel Rußlands durch Systemübernahme?

Der politische Realismus der sowjetischen bzw. postsowjetischen Epoche hat jedoch auch noch andere Wurzeln, die in der massenweisen Desillusionierung nach dem Scheitern wiederholter Versuche zur Reform des politischen Lebens und zur Schaffung einer „besseren Welt“ begründet sind<sup>35</sup>. Ein solcher Realismus tendiert dann, gestützt auf die „betrogenen“ Bevölkerungsschichten, zwangsläufig zu antidemokratischen Konsequenzen, da er auf die Desillusionierung folgt, statt ihr voranzugehen<sup>36</sup>. Die Institutionalisierung individueller Interessen durch den Staat führt dann zu einer politischen Rationalität, die als Irrationalität, „als terroristische Konformität“ erscheint<sup>37</sup>.

Die sowjetische Innenpolitik restaurierte jenen Mechanismus russischer Entwicklung, der durch die fortschreitende Kapitalisierung Rußlands zu Beginn des 20. Jh. auszusetzen drohte. Neue Verhältnisse und soziale Schichten, die Impuls für eine wirtschaftliche Belebung des Landes sein konnten, wurden physisch vernichtet oder in die Emigration getrieben. Das betraf in erster Linie nationale Befreiungsbewegungen, städtisches Handwerk und privaten Handel (die Nepmany), private Bauernwirtschaften (die „Kulaken“) und die Teile der Intelligenzija, die der neuen Heilslehre von der kommunistischen Befreiung nicht folgen wollten. Durch diese „Säuberung“ errang der Staat wieder seine Rolle als Initiator wirtschaftlicher Innovation und konnte den nichteuropäischen Entwicklungsweg Rußlands (nunmehr als nichtkapitalistischen Weg verstanden) aufrechterhalten.

Um diese Rolle wieder erfüllen zu können, wurde der alte Mechanismus staatlichen Funktionierens neu geschaffen. Die 1. Sekretäre der KPdSU in den Teilrepubliken nahmen die Stellung von tributpflichtigen Territorialfürsten ein, die 1. Sekretäre der Gebietskomitees bildeten die Schicht der neuen Höflinge, der Generalsekretär der KPdSU konzentrierte eine Machtfülle, wie sie nicht einmal die Zaren hatten. Der geistlichen Parteimacht zur Seite stand ein Staatsapparat, der in der Personalunion von KPdSU und Staat kulminierte. Aus diesem Machtdreieck von zentralem Partelapparat, örtlichem Partei- und Staatsapparat, Ministerien und behördlicher Verwaltung entstand der Kern jenes autoritären Systems, das die totalitäre Diktatur Stalins ablöste. Die Macht der Ministerien äußerte sich als „Macht über Dinge“, d.h. als Macht über den gesamten Produktionsapparat, Grund und Boden, die Ressourcen usw. Die Macht der Gebietskomitees war die „Macht über Menschen“, denn hier wurden alle Kaderfragen entschieden. Die Macht des Zentrums schließlich war einmal die „Macht über Buchstaben“, zum anderen die Macht des Schiedsrichters, der Konflikte zwischen den ersten beiden Mächten und innerhalb derselben (z.B. zwischen einzelnen Gebietskomitees) regelte. Durch das unvermeidliche Fehlen einer totalen Kontrollierbarkeit des gesamten Beziehungsgeflechtes entstanden jedoch immer mehr „autonome Zonen“, die in der Wirtschaft durch die Schattenwirtschaft und im geistigen Bereich von einer neuen Intelligenzija mit ihrer Samisdat-Kultur belegt werden konnten.<sup>38</sup>

Mit Hilfe eines speziellen Paßsystems und zwangsweiser Registratur wurden die Verhältnisse der Leibeigenschaft weitgehend wiederhergestellt. Daneben hatte das Paßsystem zusammen mit dem spezifischen „Föderalismus“ der Sowjetunion die Funktion, Ethnizitäten zu institutionalisieren. „Damit hatte die sowjetische Bürokratie ein einzigartiges Instrument zur Einführung und Durchsetzung einer ganz bestimmten Nationalitätenpolitik in der Hand.“<sup>39</sup> Rolle und Bedeutung einer Person hängen davon ab, was für einen Paß er hat, d.h. welche chiffrierten Informationen die Paßnummer enthält, deren Deutung das Vorrecht „zuständiger Organe“ ist.

## 7. Politischer Isolationismus und imperiales Denken

Die Wiederherstellung der alten Ordnung im Innern war aber nur der Spiegel für die Tatsache, daß die UdSSR die Erbschaft des Russischen Reiches in den Außenbeziehungen angetreten hatte. Das äußerte sich im Fortleben der imperialen Idee des „Dritten Roms“<sup>40</sup>. Diese Idee begründete den Anspruch Rußlands auf die Führerschaft in der christlich-orthodoxen, insbesondere der slawischen Welt. Die Sowjetunion hat diesen Anspruch übernommen. Der Sowjetstaat entstand als Urbild eines neuen Friedens aller Völker und berief sich auf einen Ismus, der die Zukunft mythologisierte. Der sowjetische Patriotismus wurde zur entscheidenden ideologischen Klammer bei der Wiederherstellung des Russischen Reiches. Die Revolution erwies sich als Mittel zur Wiederbelebung des altersschwachen Staates und seines Imperiums. Schon im Verlaufe des Bürgerkrieges konnten der Kaukasus und Mittelasien wieder einverleibt werden, im Zuge des Zweiten Weltkrieges folgten dann das Baltikum, Bessarabien, Teile Polens und Finnlands. Wenn die Einverleibung riesiger Gebiete früher unter der Losung ihrer Christianisierung erfolgte, so nunmehr unter dem Banner der Bekehrung zum neuen materialistischen Glauben. Die zivilisatorische Mission früherer kolonialer Eroberungen wurde mit der Formel vom „Hineinwachsen in den Sozialismus unter Umgehung des Kapitalismus“ aktualisiert.<sup>41</sup> Seit der Gründung des neuen russischen Staates war die „Sammlung russischer Erde“ sein Wachstumsprinzip. Wirtschaftliche und politische Krisen wurden durch Eroberungen gelöst. Das Wirtschaften orientierte sich auf die Schatzbildung im Zentrum, das Staat und Kirche zusammenschweißte. Im weiten Land lohnte es auch nicht sonderlich, Reichtum zu sammeln, denn die offenen Grenzen in den asiatischen Raum hinein wurden von Nomadenvölkern immer wieder überschritten. Körperlichen und geistigen Schutz vor dieser Weite gab es nur um den Preis absoluter Unterwerfung unter das Zentrum.

Die Kolonialpolitik der Sowjetunion führte zu einer zweiten „Sammlung russischer Länder“. Unter dem Einfluß europäisch-amerikanischer Ideen (Marx, Taylor, Fonl u.a.) wurde das ehemalige Kolonialreich Rußlands fast vollständig

## Wandel Rußlands durch Systemübernahme?

restauriert. A. Solschenizin und P. Sorokin z.B. sehen Weißrussen, Ukrainer und Großrussen als drei Linien der russischen Nation, und auch Gorbatschow glaubte bei seinem letzten Besuch als Präsident der UdSSR in Kiew immer noch, er sei „in Rußland“<sup>42</sup>. Nach dem Umsturzversuch vom August 1991 unterstellte Jelzin wie selbstverständlich alle Unionsbehörden der russischen Regierung. Seit der Preisfreigabe kann die russische Finanzpolitik mit ihrer schrankenlosen Rubel-Emission alle anderen GUS-Staaten in den endgültigen Bankrott treiben und somit politisch erpressen. Nun vollzieht auch Rußland den Übergang von nur territorialen zu ökonomischen und politischen Formen des Imperiums.

Mit der Etablierung einer völlig neuen Metropole in Gestalt der übergreifenden Unionsorgane schlug die Entwicklung des russischen Imperiums in eine neue Qualität um: Rußland wurde selbst zur Kolonie, die russische Sprache und ihre Schrift wurde anderen Republiken zwangsweise auferlegt, in der russischen Hauptstadt Moskau wurden Entscheidungen über die alltäglichsten Probleme gefällt. Die Kolonien außerhalb Rußlands bedurften aber, wie in den europäischen Kolonialreichen, auch hier der Subvention durch die Metropole. Das Ergebnis: Rußland als vermeintliche Metropole erhielt kaum Subventionen; es verarmte und verlor seine nationale Identität. Obgleich keine Köchin, wie einst von Lenin metaphorisch angemahnt, oberste Frau im Staate wurde, näherte sich das kulturelle Niveau der regierenden Schicht doch dem der Köchin an. Die alte Intelligenzija ging in den Wirren der Revolution unter, viele Jahrzehnte hindurch konnte kein Staatsführer Rußlands fehlerfrei russisch sprechen, die Mehrheit der Wörter stand unter Verdacht, der russische Slang (Mat) wurde besonders in den waffentragenden Staatsorganen zur Umgangssprache. Der in Rußland geraubte Reichtum diente den Unionsorganen zu einer ungeheuren Kapitalakkumulation, die sie in die Lage versetzte, außerhalb Rußlands zu investieren, um den eigenen Machtbereich zu festigen bzw. zu erweitern. Der Unterschied zwischen den 15 Unionsrepubliken, den Ländern des Warschauer Vertrages und des RGW war dabei nur graduell. Rußland hat neben der Ukraine den wohl umfangreichsten Schaden seit 1917 hinnehmen müssen und ist daher um so mehr am Erhalt seiner Einflußsphäre interessiert. Die meisten Republiken können trotz aller Zentrifugalkräfte kein wirkliches Interesse am Zerfall der alten unionsgeleiteten Verteilungsmechanismen haben, da er den Verlust ihrer Subventionen bedeuten würde.

Andererseits stützte sich das Nomenklatura-System der KPdSU und ihres Staatsapparates auf eben diese Wirtschaftsverflechtungen, deren Zerschlagung zwar jeder „westlichen“ Wirtschaftsrationale widerspricht, aber unbedingte Voraussetzung für den Übergang in ein neues Gesellschaftssystem ist, weil nur so ein Wechsel der an der Macht partizipierenden Interessengruppen wirklich möglich ist. Ein solcher „Separatismus“ herrscht in allen europäischen GUS-Staaten vor und stärkt einen neuen Isolationismus, besonders gegenüber den asiatischen

Republiken, deren Gewicht nach dem Ausscheiden des Baltikums größer geworden ist. Der Konflikt zwischen traditionellen und modernen Elementen könne nur mit der Eliminierung „rückschrittlicher, nichteuropäischer, nichtchristlicher Aspekte der Sowjetunion“ gelöst werden, wenn marktwirtschaftliche Reformprogramme Erfolg haben sollen.<sup>43</sup> Mit den Mißerfolgen der marktwirtschaftlichen Reformen bekommen isolationistische Vorstellungen aber auch einen anderen Inhalt, nämlich nicht als Trennung von nichtslawischen bzw. nichtrussischen Elementen, sondern als Trennung von „westlichen“ Einflüssen und als Suche einer spezifisch russischen Lebensweise mit ihren spirituellen Werten.

Dieser „separatistische“ Isolationismus ist jedoch historisch eng an der imperialen Idee und geopolitischen Spezifik des russischen Kolonialreiches (ein zusammenhängendes Territorium) gebunden, d.h. an den Glauben, auch ohne den Rest der Welt auszukommen. Danach ist das Imperium ein einheitlicher ökonomischer Organismus, der über alle notwendigen Ressourcen, den entsprechenden Industriekomplex und Absatzmarkt selbst verfügt, wie eine geschlossene Welt<sup>44</sup>. Hier liegt der tiefere Grund für das Festhalten der russischen bzw. sowjedschen Führung unter Lenin am Aufbau und unter Gorbatschow bzw. Jolzin am Erhalt der UdSSR bzw. GUS, sowie an der Gründung des RGW, der sich ja letztendlich nur als verlängertes Arm der zentralen Unionsministerien erwieis.

Die Sowjetgesellschaft mit ihrer Staatsideologie konnte erfolgreich das Zarenreich und dessen Staatsideologie, die russische Orthodoxie, ablösen, da das keinen wirklichen gesellschaftlichen und ideologischen Bruch für breite Bevölkerungsschichten bedeutete. „Auf dem Weg vom ‘Dritten Rom’ zur Dritten Internationale hat das russische Selbstbewußtsein faktisch nicht einmal die Idee der historischen Auserwähltheit Rußlands verraten. Die Außergewöhnlichkeit des eigenen Schicksals wurde bei uns immer in den Termini der außergewöhnlichen Vorbestimmtheit interpretiert, irgendeiner Weltmission – sei es den Triumph der Orthodoxie, die Rettung Europas vor den Mongolen (Puschkin), von der zerstörerischen Sklaverei des Geldes (Dostojewski), den Leiden der Ausbeutung und Ungleichheit (Herzen, Tschernischewski, Bakunin, Lenin) oder, zuletzt, von faschistischer Knechtschaft.“<sup>45</sup> Das rechtgläubige Volk, ihr neuer Moses und seine Apostel sollten die Welt, die der Sünde verfallen war und das goldene Kalb anbetete, ins Gelobte Land führen. Das paradoxe an der Rückführung Rußlands auf den nichteuropäischen Entwicklungsweg ist die Tatsache, daß eine in Europa geborene soziale Bewegung in ihrem russischen Gewand zum Vehikel dieser Politik gemacht wurde.

Der Mythos des „Dritten Roms“, der belagerten Festung und des ewigen Verteidigers war und ist wohl auch heute noch eines der stärksten Motive von Politik in Rußland. Die Perestroika reihte sich hier würdig ein, denn die Reformen sollten dem russischen Sendungsbewußtsein neue Nahrung geben (so hieß

Gorbatschows erstes im Ausland veröffentlichtes Buch „Umgestaltung und neues Denken für unser Land und die ganze Welt“). Die anfänglichen Ziele der Perestroika, „mehr von all dem, was den Sozialismus eigentlich ausmacht und was seine theoretischen Prämissen als sozialökonomische Gesellschaftsformation beinhalten“<sup>46</sup>, bedeuteten den erneuten Versuch, „realistische“ Politik zu entwickeln. Der Begriff „allgemeinmenschliche Werte“, mit dem Gorbatschow operierte, hatte politischen Charakter, war nicht in das Wertesystem individuellen Verhaltens transformierbar und stand damit in der Tradition russisch-orthodoxer Ethik. Der tief verwurzelte Glaube an die Realität von Visionen wurde durch das Versprechen geschürt, nach wenigen Jahren, in denen man den Gürtel enger schnallen müsse, würden allgemeiner Volkswohlfstand herrschen, Konflikte bereinigt und Kataklismen verhindert sein.

Die Fixierung der Originalität russischer Entwicklung beschäftigt die russisch-sowjetischen Sozialwissenschaften, und nicht nur sie, seit fast 200 Jahren, spätestens seit Raditschschew und Puschkin. Diese geistige Arbeit hat die prinzipiellen politischen Denkrichtungen in Rußland (Westler, Slawophile, Potschwenniki) hervorgebracht. Derzeit überwiegt die Interpretation des „besonderen russischen Weges“ als „östlicher“ oder gar „asiatischer“<sup>47</sup>, die in der Tradition der Geschichtsphilosophie Solowjews steht und demzufolge einen Wandel in Rußland nur als „Europäisierung“ begreifen kann.

Doch die europäische Orientierung der gesellschaftlichen Entwicklung in Rußland ist nicht unumstritten, seit sich im 19. Jh. der Panslawismus und das Slawophilentum etablierten. Beide Strömungen appellieren an den Geist und die Spiritualität des russischen Volkes, die, ihrer Meinung nach, vor allem in den unteren Bevölkerungsschichten erhalten sind und Garnt für den Aufstieg Rußlands waren; im Gegensatz zu den „europäisierten“ oberen Schichten, deren beherrschende Stellung, ihrer Ansicht nach, zu einer Derussifizierung Rußlands führt. Für sie war Rußland niemals Asien, sondern Europa, allerdings nicht das „germano-romanische“ Europa, sondern der Keim einer zivilisatorischen Erneuerung Europas, die den rationalen Methoden und Werkzeugen Westeuropas eine Seele geben soll<sup>48</sup>. Als Gegengewicht zur Kapitalisierung sehen sie die „urchristlichen“ bzw. „kommunistischen“ Fähigkeiten des russischen Volkes zu Solidarität und Brüderlichkeit.

Die Metamorphosen des Marxismus in Rußland, zunächst in den Traditionen der „Westler“ rezipiert, später mit monarchistischen und russisch-orthodoxen Elementen der „Bodenständigkeit“ „weiterentwickelt“, bezeugen, daß die Verehrer Europas und die Apologeten russischer Urwüchsigkeit mehr miteinander gemein haben, als es ihnen selbst scheint. Der Voltaire-Anhänger A. Herzen verglich im letzten Jahrhundert beide Parteien mit dem byzantinischen Adler, dessen Köpfe in zwei Richtungen blicken, in dessen Brust jedoch nur ein Herz schlägt. Vielleicht ist das kein potemkinsches Dorf.

## Olaf Kirchner

- 1 Überarbeitete Fassung des Kapitels eines Buches über die sozialen Bewegungen und politischen Parteien in der ehemaligen Sowjetunion, das demnächst im Leipziger Universitätsverlag erscheinen wird. - „Potemkinsche Dörfer“ wurden die Häuserimitationen genannt, die Graf Potemkin anlässlich einer Reise Katharinas II. aufstellen ließ und vor denen die Bewohner der Gegend in ihrem Sonntagstaat lustwandeln mußten, um der Zarin den allgemeinen Fortschritt optisch zu verdeutlichen.
- 2 Siehe M. Brie, Utopischer Kapitalismus, in: Die Welthühne, Berlin 1991, Heft 45, S. 1377-1378.
- 3 In Westeuropa sind solche Ansätze von Rousseau und Marx entwickelt worden.
- 4 B. Chasanow, Mythos Rußland, Betrachtungen aus deutscher Zuflucht, Mainz 1986, S. 21.
- 5 D. Melcic, Autisten des Nationalgefühls, in: Krieg in Europa, Jugoslawien-Journal, Frankfurt/M., 1991, S. 41.
- 6 Siehe S. N. Bykowa/W. I. Cuprow, Molodez Rossii na paroge rynka: meshdu bednost' u i nisetoj, in: Sociologischeskie issledowania, Moskwa 1991, N° 9, S. 65.
- 7 N. Danilewski, einer der führenden Theoretiker des Panslawismus, nannte diesen Zustand „disziplinierter Enthusiasmus“ (vgl. N. A. Danilewski, Rossia i Ewropa, Moskwa 1991, S. 459). Seine 1871 erschienene Abhandlung hätte eine Vorlage für Oswald Spengler sein können.
- 8 Siehe A. Gerschenkron, Wirtschaftliche Rückständigkeit in historischer Perspektive, in: H.-U. Wehler (Hrsg.), Geschichte und Ökonomie, Königstein/Ts. 1985, S. 129f.
- 9 K. Ehlers, Sowjetunion. Mit Gewalt zur Demokratie, Hamburg 1991, S. 166.
- 10 Vgl. Anm. 7.
- 11 So erging es z.B. den Kooprateuren und Privatunternehmern, deren Existenz durch die Reformen der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) legitimiert war. Sie wurden mit dem Ende der NÖP Ausgang der zwanziger Jahre als soziale Schicht für illegal und außerhalb der „Regeln des sowjetischen Handels“ bzw. des „sozialistischen Entwicklungsweges“ stehend erklärt, kriminalisiert und nach dem endgültigen Machtantritt Stalins beseitigt.
- 12 Siehe L. Eisjutkina, Neues Denken - altes Erbe. Probleme der posttotalitären Entwicklung der UdSSR, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Köln 1991, Nr. 23, S. 8.
- 13 Unmittelbarer Anlaß für die Loslösung des russischen Patriarchats, dessen Sitz bereits 1328 von Wladimir nach Moskau verlegt worden war, waren die Verhandlungen des byzantinischen Kaisers Johannes VIII. mit der Papstkirche über eine Unterstützung gegen die Osmanen, die 1439 zur Union von Florenz führten. Nachdem auch der Metropolit von Kiew die Union von Florenz anerkannte, wurde der Bruch mit Konstantinopel endgültig, endgültig wurde aber auch die Auflösung der alten ostslawischen Einheit in Weißrußen (unter litauischer Hoheit), Ukrainer (unter polnischer Hoheit) und Großrußland (unter mongolischer Hoheit). Als 1453 die Osmanen Konstantinopel eroberten, wurde das in Moskau als gerechte Gottesstrafe für den Verrat am orthodoxen Glauben gedeutet.
- 14 Als Beispiele für das Vorhandensein einer solchen Ideologie seien das Anzünden der eigenen Hauptstadt, um einer fremden Armee die Eroberung unmöglich zu machen, die Taktik der verbrannten Erde im Bürgerkrieg und der „Kamikaze“ sowjetischer Soldaten im Zweiten Weltkrieg genannt.
- 15 Siehe B. Chasanow, Mythos Rußland, a.a.O., S. 58, 113.
- 16 Siehe N. A. Danilewski, Rossia i Ewropa, a.a.O., S. 191. So legendär wie die Staatsgründung der Rus ist auch die Herkunft seiner Bezeichnung. War es das kriegerische Warärgervolk der „Rhos“, die für ihre Geschäfte den Wasserweg von der Ostsee nach Asien und dem Orient suchten, oder waren es Slawen, die nach dem Fluß „ros“, ihren blonden Haaren (russ.: „ryshye“) oder nach urslawisch-sarmatischen Stämmen der „rus“ oder „ros“ den Namen „Russen“ erhielten?
- 17 W. I. Lenin, Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 19, Berlin 1977, S. 3.
- 18 H. Marcuse, Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied/Berlin 1964, S. 223, 218.
- 19 H. Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München/ Zürich 1986, S. 699.
- 20 Das Krönungsrecht der Papstkirche war seit 823 unumstritten und machte diese damit zum

## Wandel Rußlands durch Systemübernahme?

- politischen Ziel der europäischen Königshäuser. Das zwang die Papstkirche, eine von den Königshäusern unabhängige Politik zu betreiben. Die andere Rolle der russisch-orthodoxen Kirche, die sich eher auf die moralisch-politische Beratung der Zaren beschränkte, hatte zur Folge, daß die Kirche keine unabhängige Politik betreiben mußte.
- 21 Eine mit der europäischen Inquisition und Hexenverfolgung vergleichbare Institution zur Liquidierung Andersdenkender gab es in Rußland aber erst nach 1917.
  - 22 Die Raskolniki waren Verfechter einer der häuerlichen Gemeinde angepaßten Kirchenordnung, die auf dem Gewohnheitsrecht der russischen Dorfgemeinde fußte und dem für Westeuropa so wichtigen Magdeburger Recht sehr nahe kam (Siehe W. Kriworotow, 'Russkij put', in: Znamia, Moskwa 1990, № 8, S. 142). Die Raskolniki mußten aus den zentralen Regionen Rußlands nach Sibirien, in den Ural, die nördlichen Wälder oder die südlichen Steppen flüchten und wurden damit zu den Begründern des russischen Kolonialreiches. Ihre Klöster und Dörfer, z.B. in Preobraschenski, wurden unter Peter I. Ausgangspunkt der damaligen „Perestroika“.
  - 23 Siehe B. Chasanow, Mythos Rußland, a.a.O., S. 121.
  - 24 Die Mongolen verschonten nicht nur weitgehend die Kirchen, sondern befreiten sie von Tributzahlungen. Die Rolle orthodoxer Religiosität bei der späteren Herausbildung russischen Nationalbewußtseins wurde vor allem durch jene Formen bestimmt, mit denen die Ostslawen in der orthodoxen Kirche ihre Identität unter den Bedingungen der mongolischen Fremdherrschaft bewahren konnten. Ähnliches gilt auch für die Serben im Osmanischen Reich.
  - 25 Die Städte waren die eigentlichen Opfer der Tributzahlungen an die Goldene Horde und erhoben sich immer wieder zu Aufständen gegen die Mongolen, aber auch gegen deren Vasallen, wie es die Moskauer Fürsten waren.
  - 26 Kai Ehlers, Know-how and Nitschewo, in: Die Weltbühne, Berlin 1992, Heft 4, S. 75.
  - 27 So hatte Rußland im 19. Jh. z.B. neben den Sonntagen 88 religiöse und staatliche Feiertage (in den USA gab es zur selben Zeit nur 20 Feiertage), was bei der damaligen Produktivität einen jährlichen Verlust von ca. 2 Mrd. Rubel bedeutete (vgl. B. N. Mironow, Istorik i sociologia, Leningrad 1984, S. 103f.).
  - 28 B. Chasanow, Mythos Rußland, a.a.O., S. 143f.
  - 29 Siehe N. Schulgin, Das neue russische Selbstbewußtsein, in: 20 vek i mir, Moskwa 1990, No 3, S. 25.
  - 30 L. Lisjutkina, Neues Denken – altes Erbe, a.a.O., S. 7.
  - 31 Ebenda, S. 6.
  - 32 Siehe ebenda, S. 3.
  - 33 Siehe ebenda, S. 3-4.
  - 34 Siehe H. Marcuse, Die Gesellschaftslehre..., a.a.O., S. 94f.
  - 35 Siehe J. Herz, Politischer Realismus und politischer Idealismus: eine Untersuchung von Theorie und Wirklichkeit, Meisenheim a. Glan 1959, S. 42.
  - 36 Siehe G. Sartori, Demokratietheorie, Darmstadt 1991, S. 57. In Rußland haben gegenwärtig nur knapp 10 Prozent der Bevölkerung ein Einkommen, das über dem realen Existenzminimum liegt (vgl.: „Das Volk wird sich wehren“, in: Der Spiegel, Hamburg 1992, Nr. 2, S. 116).
  - 37 Siehe H. Marcuse, Die Gesellschaftslehre..., a.a.O., S. 93.
  - 38 Siehe Perspektivy demokratizacii („Kryglyj stol“ k problemam političeskogo reformy w SSSR), in: Rabotschij klass i sowremenajj mir, Moskwa 1990, No 2, S. 91-92.
  - 39 V. Zaslavski, Das russische Imperium unter Gorbatschow. Seine ethnische Struktur und ihre Zukunft, Berlin 1991, S. 14.
  - 40 Der nach Palästina emigrierte jüdische Dichter Bialik antwortete kurz nach der Revolution auf die Frage, was in Rußland eigentlich vorgehe: „Nichts besonderes; der Chasir (Eber) hat sich auf die andere Seite gedreht.“ (zit. nach: B. Chasanow, Mythos Rußland, a.a.O., S. 119-120).
  - 41 Siehe Perspektivy demokratizacii („Kryglyj stol“...), a.a.O., S. 99.
  - 42 Siehe „Rußland ist wiedergeboren“, in: Der Spiegel, Hamburg 1991, Nr. 1, S. 113.

## **Olaf Kirchner**

- 43 Siehe V. Zaslavski, *Das russische Imperium...*, a.a.O., S. 66.
- 44 Siehe *Perspektivy demokratizacii („Kryglyj stol“...)*, a.a.O., S. 4.
- 45 A. Fadin, *Demistifikacija vlasti*, in: *20 vek i mir*, Moskwa 1990
- 46 M. S. Gorbatschow, *Umgestaltung und neues Denken für unser*  
1988, S. 41.
- 47 Vgl. O. Kirchner, *Neuere Ansätze zur Erklärung gesellschaftlicher*  
*Literatur*, in: *COMPARATIV*, Heft 3 (1991), S. 122-129.
- 48 Siehe S. A. Vajgacev, *Posleslovie*, in: N. A. Danilewski, *Rossia*

## Slawischer Urkommunismus contra westliche Demokratie? 1848 und die Trennung der russischen Sozialisten von Europa

Die Wissenschaftler bereiten sich auf eine Bilanz des 20. Jh. vor. Sie sollten sich Zeit lassen, denn seit der Mitte der achtziger Jahre hat die Geschichte neue Formen der Offenheit an den Tag gelegt, die heute getroffene Wertungen schon morgen in Frage stellen. Das historisch zu nennende Tempo erfaßt vor allem Europa. Es kulminiert im Abfall Osteuropas vom Sozialismus und in der Auflösung jenes Machtblocks, den das Russische Reich und die Sowjetunion inkarnierte. Europa steht vor einer völlig neuen geschichtlichen Situation. Vor wenigen Jahren war das Postulat noch legitim: „Der heutige Gegensatz von Ost und West war bereits im 19. Jahrhundert in dem von Rußland und Europa angedeutet.“<sup>41</sup> Diese Aussage findet angesichts potentieller Möglichkeiten einer Liberalisierung und Einigung Gesamteuropas gegenwärtig nur wenige skeptische Befürworter, die auch eine Variante künftiger neuer west-östlicher Konfrontationen nicht ausschließen mögen.

Es bleibt die Tatsache, daß im 19. Jh. der Gegensatz Europa-Rußland mit gegenläufigen geschichtsphilosophischen und politischen Tendenzen existent gewesen ist. Der Konflikt wirkt bis an das Ende unseres Jahrhunderts als geschichtsreales Phänomen: „Gab es um die Mitte des letzten Jahrhunderts zwei Prognosen, die als Gespenster durch die Zeitungen und Schriften geisterten, nämlich das kommunistische und das russische Gespenst, so kann man heute sagen, daß das kommunistische nur durch das russische und das russische nur durch das kommunistische Wirklichkeit geworden ist; und zwar deshalb, weil die Russen die letzte Konsequenz der westlichen Sozialphilosophie zu realisieren versuchten. Lieferte Tocqueville sozusagen die politische, so Donoso Cortes, Julius Fröbel, Joseph Edmund Jörg und andere die ideokratische Prognose, indem sie die Verbindung von Slaventum und Sozialismus vorhersagten.“<sup>42</sup> Der Historiker Dietrich Geyer hat 1985 noch den Satz Werner Markerts von 1951 zitiert: „Die russische Revolution hat noch nicht ihren Tocqueville gefunden, der die Kontinuität der geschichtlichen Entwicklung Rußlands durch den gewaltsamen Bruch der Revolution hindurch in gültiger Form erfaßt hätte.“<sup>43</sup> Vielleicht ist es erst nach dem Beginn der Revision des Oktober 1917 möglich, nach dem russischen Tocqueville,

nach Kontinuitäten und Brüchen in der russischen Geschichte zu suchen. Dann ist auch erneut nach jenem Mann zu fragen, dessen Name im 19. Jh. bei allen bedeutenden westeuropäischen Geschichtsphilosophen genannt wurde: Alexander Herzen.

Niemand von den russischen Europäern aus dem 19. Jh. verkörperte wie Herzen in einer Person ein so kompliziert verschlungenes Netz von Ideen zwischen dem Willen zur individuellen Freiheit, der Ablehnung autokratischer Despotie und den moralischen Visionen einer antiquierten mittelalterlichen Dorfgemeinde – der „Obschtschina“.

Über Herzen gibt es eine Lehrmeinung: der große Aufklärer und Moralist wandte sich entsetzt vom bürgerlichen Europa ab und propagierte eine Sozialutopie, deren Epigonen im Terrorismus endeten. Seine Lehre galt zugleich als ideologische Wurzel für den Leninismus. Sie markierte den Beginn des russischen Radikalsozialismus. Gerecht zu werden ist Herzen indes nur, wenn seine Ansichten als Bestandteil der europäischen Debatten über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des europäisch-russischen Konflikts verstanden werden, der Sozial- und Geschichtsphilosophen bewegte. Alexander Herzen gründete seine Ideen über die russische Dorfgemeinde auf den Bericht des deutschen Barons von Haxthausen, der ihn 1843 auf seiner Rußlandreise besucht hatte. Haxthausens Reisebericht, die „Studien über die inneren Zustände, das Volksleben und insbesondere die ländlichen Einrichtungen Rußlands“, erschienen zwischen 1847 und 1852. Seit diesem Zeitpunkt beschäftigten sich Slawophile, Westler, Narodniki und Marxisten mit der russischen Dorfgemeinde. Für Herzen war sie die entscheidende soziale Basis auf dem Weg zum Sozialismus. Darüber schrieb er 1850 in dem Buch „Vom anderen Ufer“ – seiner Auseinandersetzung mit der Revolution von 1848. Das Buch rief sofort bei den Freunden in der russischen Intelligenz und auch in Westeuropa Widerspruch hervor. Der Moskauer Historiker T. N. Granowski schrieb, daß „der Sieg der Massen den Untergang der besten Früchte der Zivilisation zur Folge haben werde“, und „daß der Sieg des Proletariats die moderne Zivilisation genau so zugrunde richten werden wie die Barbareninvasion die alte.“<sup>4</sup> Der liberale Rechtstheoretiker B. N. Tschitscherin verdeutlichte, daß die russische Dorfgemeinde keine urkommunistischen Ideale besitze, sondern daß sie ihre Entstehung allein fiskalischen Gründen verdanke, weil die Gesamthaftung der Gemeinde den Grundlagen der Autokratie weit eher entspricht als der bäuerliche private Bodenbesitz.<sup>5</sup> Herzen beeindruckte die Kritik relativ wenig, und er ließ sich auf keinen Streit um Definitionen ein. Sonst hätte er nicht nach der Revolution von 1848 seine Ansicht über den Begriff der Demokratie so formuliert: „Demokratie ... das ist der Kampf, die Negierung der Hierarchie und der gesellschaftlichen Unwahrheit, die sich in der Vergangenheit herausgebildet hat; das ist das reinigende Feuer, das die überlebten Formen verbrennt und das offenbar erlischt, wenn das zu

Verbrennende beseitigt ist. Die Demokratie schafft nichts, das ist nicht ihre Sache, sie wird nach dem Tod des letzten Feindes zum Unsinn.“<sup>6</sup>

Damit begründete er eine allgemeine Tendenz der russischen Revolutionäre, bis hin zu Lenin: die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme sollte im gewaltsamen Sturz des autokratischen Systems und in seiner Ersetzung durch ein bäuerliches – später proletarisches – Gemeinwesen liegen. In diesem Bild blieb kein Platz für eine parlamentarisch-demokratische Ordnung nach westeuropäischem Vorbild. Und obwohl Herzen viel von den Marxisten trennte, fußten die späteren Metamorphosen des Marxismus in Rußland auf den von ihm vorgeprägten Ansichten: Dieser wie jene wollten nicht warten, bis die gesellschaftliche Entwicklung so weit vorangekommen wäre, daß sich radikale Wandlungen fast automatisch ergäben, die Revolution mußte schnell kommen, „um durch sie in das gelobte Land der sozialen Gerechtigkeit zu gelangen“. Auf Grund des vollständigen Mangels an Demokratie im zaristischen Rußland entstand der Gedanke, daß nur „eine Elite, eine Minderheit von Berufsrevolutionären“ Vordenker und führende Aktivisten sein könnten. Gerade dagegen setzten sich 1909 die Autoren der „Wechi“ in ihrer Generalkritik an der russischen Intelligenz energisch zur Wehr. Und schließlich: Nicht erst Lenin kam auf den Gedanken, „daß Gewaltanwendung, auch Terror zur Erringung der Macht durchaus bejaht werden müsse“.<sup>7</sup>

Herzen wollte weder eine wissenschaftlich exakte Gesellschaftsanalyse noch die Macht von „Bourgeoisie“ oder „Proletariat“, er entwarf den Mythos vom „russischen Menschen“.<sup>8</sup> Herzen forderte damit den Propheten des Proletariats, Marx, heraus, aber auch alle jene, die das Problem des Verhältnisses zwischen Europa und Rußland aus westeuropäischer Sicht betrachteten. Herzen sah dieses Problem aus der russischen Perspektive und geriet in den Verdacht, ähnlich wie die Slawophilen, Europa durch den Mythos vom „russischen Menschen“ verjüngen oder erneuern zu wollen. Tatsächlich provozierte Herzen: „Die Schriften des Russen, der mit dem scharfen Blick des Außenstehenden die Lage Europas genau erkannte, forderte Europas Antwort auf die ‘russische Frage’ heraus.“<sup>9</sup> Diese Antwort war nach Herzens Auffassung bislang nur feindselig oder einseitig gegeben worden. „Vom anderen Ufer“ aus schrieb er: „... solange das okzidentale Europa den vollen Glauben an sich hatte, und solange die Zukunft sich ihm nicht anders darstellte, als wie Fortsetzung seiner Entwicklung, konnte es sich mit dem orientalischen nicht beschäftigen; jetzt (nach der Revolution von 1848 – D. J.) befindet es sich in einer ganz anderen Lage.“<sup>10</sup>

Zweifellos war das eine allgemeingültige Erkenntnis, die auch bei einem heutigen Blick auf Europa nicht ohne Interesse sein könnte. Auch gegenwärtig befindet sich Europa „in einer ganz anderen Lage“. Der Gedanke einer europäischen Integration wird jedoch wiederum durch die Erfahrungen und Bedürfnisse des wirtschaftlich und politisch leistungsstarken Westens nach Osten transportiert. Die

Schlagworte lauten demokratischer Pluralismus und Marktwirtschaft, für die es in Rußland nach wie vor keine Traditionen gibt, und sicherlich besteht gegenwärtig auch im Interesse Europas keine andere Alternative. Wo, so ist auch zu fragen, bleibt heute zumindest ein Alexander Herzen, der etwas tat, was alle Menschen tun, die einer alten Kultur begegnen und sich von deren Totalität nicht vereinnahmen lassen wollen: Er erdachte eine Alternative, die voller Moral gewesen ist, die jedoch das Unglück besaß, Rußland nur noch weiter von der bürgerlichen Modernisierung zu entfernen, den Graben zwischen Rußland und Europa zu vertiefen – jedenfalls im Sinne der liberalen bürgerlichen Demokratie, die Herzen gründlich ablehnte und verachtete.

Dabei traf er sich nur in gewisser Weise mit Haxthausen. Dieser hatte 1847 im ersten Band seiner Studien betont, daß das russische Volk durch die Dorfgemeinde zum „sozialsten“ unter den ohnehin sehr „sozialen“ Slawen werden könne. Er erkannte auch, daß die Dorfgemeinde den Fortschritt in der Landwirtschaft erschwerte, wußte nur nicht, wie man die Dorfgemeinde verändern könne, ohne eine soziale Revolution heraufzubeschwören.<sup>11</sup>

Nach der Revolution von 1848 betrachtete Haxthausen die Dinge anders. Nun plädierte er dafür, die patriarchalische Gemeinde zu bewahren.<sup>12</sup> Rußland erfülle eine weltgeschichtliche Mission, weil es die Brücke zwischen Europa und Asien bilde; weil es Europa zugehöre und weil in ihm der Glaube an die Einheit von Kirche und Staat unverfälscht mit der Dorfgemeinde verbunden sei. Herzen aber bescheinigte er, „wirklich das lebende Prinzip des russischen Volkes begriffen zu haben“. Er kritisierte Herzen, den fundamentalen Gegensatz zwischen der russischen patriarchalen Demokratie „und den leblosen Schemen einer modern-construierten atomistisch-demokratischen Gesellschaft“ nicht verstanden zu haben.<sup>13</sup> Während also auch Haxthausen den Mythos vom „russischen Menschen“ als künftigem europäischen Kulturbringer pflegte, weil er diesen für berufen hielt, revolutionäre Erschütterungen zu vermeiden, sah Herzen im russischen Bauern den sozialen Träger einer universalen Revolution, „geboren aus der Verzweiflung über das Mißlingen der europäischen Revolution, der des Proletariats, und aus der Isolierung der intellektuellen Existenz infolge des Verlusts der Bindungen zur Heimat.“<sup>14</sup> Im Unterschied zu Haxthausen hielt Herzen die Revolution für gescheitert und zog sich aus diesem Grunde auf Rußland zurück. Aber er blieb Revolutionär und lebte als solcher von der Antizipation der Zukunft. Er haßte das „so penetrant fleißige und ehrliche Europa“<sup>15</sup> und wollte sich von diesem Europa absetzen: dabei die „große Parallele“ zur Völkerwanderung, die Morgendämmerung Europas durch das Slawentum strapazierend.

Sein Glaube fiel in Rußland auf fruchtbaren Boden, wurde in den folgenden Jahrzehnten zum Grundstock revolutionärer Gesinnung. Petr Lawrow hielt im Dezember 1972 in Zürich einen Vortrag über die Rolle der Slawen in der

Geschichte der europäischen Zivilisation.<sup>16</sup> Er entwickelte die These, die Slawen hätten durch die Bewegung der Bogomilen und der Hussiten sowie durch die arianische Ketzerei bereits dreimal der europäischen Geschichte entscheidende Impulse verliehen. Nunmehr sei die russische Dorfgemeinde berufen, Europa zu neuem Aufbruch zu verhelfen. Und im Jahre 1902 unterstützte Karl Kautsky mit seinem Aufsatz „Die Slawen und die Revolution“ in der „Iskra“ den Gedanken von der Verlagerung des Zentrums der internationalen Revolution nach Rußland, dem Engels nicht fern stand und der für Lenins Begründung der bolschewistischen Revolution sehr willkommen gewesen ist.

Dabei hatte Herzen unmittelbar nach Erscheinen des Buches „Vom anderen Ufer“ in Moses Hess einen Kritiker gefunden, der in einem umfangreichen Briefwechsel den Traum von der „großen Parallele“ unbarmherzig angriff. Hess schalt Herzen schon deshalb, weil dieser als Fremder außerhalb der europäischen Geschichte stehe und als Russe zu „jenen nordöstlichen Völkern gehört“, die „vermöge ihres kontemplativen Naturells sich mehr zur philosophischen Richtung eignen“. Die Gedanken Herzens über die patriarchalische Demokratie der Dorf-gemeinde bezeugten, so Moses Hess, in besonderer Weise den „ungeschichtlichen Charakter dieser Völker“. Völlig richtig schrieb Hess, daß die Slawen Europa niemals befreien würden, ebenso wie es „kein freies Europa ohne ein freies Rußland“ geben könne. Eine slawische Invasion würde den „Tod der europäischen Zivilisation“ bedeuten: „Aber ich hoffe, daß die Geschichte, die ‘sich nicht wiederholt’, uns mit einer zweiten Auflage der Völkerwanderung verschonen wird.“<sup>17</sup>

Herzen war gekränkt, von Hess „außerhalb der Geschichte“ gestellt zu werden, und dieser Vorwurf war nicht nur unsachlich, sondern er traf auch auf den Adressaten im speziellen Fall nicht zu. In der Sache selbst nahm Herzen den Angriff nicht sonderlich ernst. Das wiederum provozierte Hess. Er attackierte Herzen weiter und unterstrich seine These, nach der die slawische Invasion im Unterschied zur sozialen Revolution nur „Barbarei und Brutalität“ mit sich bringen würde und das Ende der Demokratie bedeute. Hess mahnte Herzen: „Täuschen Sie sich nicht, lieber Freund! Der Lichtpunkt, den Sie hinter den ‘Wellen der rächenden Sündflut’ wahrnehmen, ist nicht das ‘Morgenrot’ eines neuen Tages – es ist das Nordlicht, welches die ewige Nacht beleuchtet.“<sup>18</sup> Moses Hess erkannte klar, daß sich Herzen aus Verzweiflung über den Ausgang der europäischen Revolution in eine slawische Illusion geflüchtet hatte. Natürlich rezipierte Hess hier die Marxsche Ideologie, Dialektik und politische Ökonomie als Prinzipien in dessen Theorie der geschichtlichen Bewegung. Und gegen die Wucht der daraus erwachsenden Argumente hatte Herzens Mythos vom „russischen Menschen“ nur wenig entgegensetzen. Dennoch gewann dieser Mythos trotz des an Marx orientierten Verdikts eine solche Realität, daß schließlich auch Karl Marx selbst 1881 gezwungen war,

dessen geschichtliche Existenz anzuerkennen und der bäuerlichen russischen Patriarchaldemokratie, die objektiv einen Bruch auch mit den russischen revolutionären Traditionen der Dekabristen bedeutete, unter bestimmten Bedingungen eine Zukunftsperspektive einzuräumen. Letztlich war der slawische Bauernmythos Herzens doch nur ein weiterer Beleg für die Tatsache, daß Europa im geschichtlichen Sinne zwar eine Einheit darstellt, eine gemeinsame Vergangenheit in dieser Welt besitzt, daß diese europäische Gemeinschaft jedoch seit dem Mittelalter in ihrem westlichen und in ihrem östlichen Teil unterschiedliche Wege gegangen ist. Das ist ein Gedanke, der wohl auch in unseren Tagen beachtet werden sollte. Und darum bestand auch kein Grund, Herzen so aus einer vorgefertigten Theorie heraus zu verachten, wie es Friedrich Engels tat. Engels stellte sich selbst ein Zeugnis als orthodoxer Dogmatiker aus, wenn er Herzen einen zum Revolutionär aufgebauchten panslawischen Belletristen nannte, der seine Thesen nur bei Haxthausen gestohlen hätte. Herzen folgte dem ökonomischen Determinismus nicht, warum auch? Und: Wie hätte Engels wohl mit seinem Urteil, die Russen betrieben alles stets nur als Dilettanten, sie wollten Europa nur irponieren, über Lenin gerichtet, statt über Herzen?

Es bleibt auch die Frage, warum sich Herzen, der die Freiheit über alles liebte, der Aufklärer und Demokrat, sich selbst in ein enges ideologisches Korsett zwängte, obwohl er von Michail Bakunin wußte – und Marx widersprach dem ja auch besonders heftig –, daß überhaupt kein Sinn darin bestehe, den Menschen bereits vorher erklären zu wollen, wie sie sich in einer künftigen Gesellschaft zu verhalten hätten und ihnen mit einer Theorie vorzuschreiben, wie sie die neue Gesellschaft zu bauen hätten. Herzens These wurde aus der Verzweiflung über das persönliche Erleben in der Pariser 48er Revolution geboren. Er hielt die Revolution für beendet, das Bürgertum für gescheitert – Europa für reif, seinen historischen Platz an Amerika oder an die slawische Welt abzutreten. Das Konzept vom „russischen Menschen“ knüpfte konkret an die russische und slawische Geschichte an und verallgemeinerte sie in einer Zeit zur Theorie, als auch in Rußland der Drang zur industriellen Modernisierung evident wurde. Dennoch waren die tradierenden (und auch mentalen) Kräfte in der Gesellschaft so stark, daß Herzens Thesen zwar zum Träger einer revolutionären Aufbruchstimmung werden konnten, dieser Aufbruch aber bereits den Keim seines Untergangs in sich trug. Auf keinen Fall dogmatisierte Herzen seinen Mythos. Ebenfalls in dem Buch „Vom anderen Ufer“ verkündete er sein Credo: „Wir glauben, daß es der Zweck des Kindes ist, erwachsen zu werden, weil es heranwächst. Aber sein Zweck ist spielen, Vergnügen zu haben, ein Kind zu sein. Wenn wir bloß auf das Ende des Prozesses hlicken, ist der Zweck allen Lebens der Tod.“<sup>19</sup> In die politische Sprache übersetzt bedeutet der Satz, daß Herzen bei all seinem Haß gegen den russischen Despotismus *und* gegen das europäische Bürgertum, in all seinem Glauben an die Zukunft einer slawischen

bäuerlichen Urdemokratie davon überzeugt blieb, „daß von seinen eigenen sozialistischen und revolutionären Bundesgenossen genauso verhängnisvolle Gefahren drohten“. Sein ausgeprägter Sinn nach absoluter Freiheit verführte ihn zu der Verallgemeinerung: „Es genügt nicht, die Krone zu verachten, man darf auch vor der phrygischen Mütze nicht in Ehrfurcht erstarren.“ Und noch drastischer schrieb er: „Wer wird uns erledigen? Die altersschwache Barbarei des Zepters oder die wilde Barbarei des Kommunismus; der blutige Säbel oder die rote Fahne?“<sup>20</sup>

Herzen ließ sich selbst in kein Schema pressen. Er vertrat die Ansicht, daß die Probleme der menschlichen Gesellschaft ohnehin für einfache mechanische Lösungen (Demokratie *oder* Diktatur) viel zu kompliziert seien. Selbst die russische Dorfgemeinde hielt er letztlich nicht für geeignet, die Menschen aus ihren sozialen Fesseln zu lösen. Er glaubte nicht, daß es überhaupt einen praktikablen Weg von allgemeiner Gültigkeit zum sozialen Wohl des Menschen geben könne. Jeder Mensch müsse im Interesse des Allgemeinwohls ehrlich versuchen, sein Bestes zu geben und müsse dennoch auch immer das eigene Scheitern und Versagen einkalkulieren. Vielleicht, so schlußfolgerte Herzen, lassen sich die menschlichen und gesellschaftlichen Grundprobleme überhaupt nicht lösen. Man könne nur versuchen, an ihrer Lösung teilzuhaben. Weder sozialistische Allheilmittel noch andere irgendwie vorgeprägte oder determinierende Ideologien und Verhaltensmaßregeln böten eine Gewähr dafür, daß sich persönliches Glück und öffentliche Wohlfahrt einstellen.

Das ist zweifelsohne eine faszinierende Theorie – auch und gerade für die Jahre ab 1989 im Osten Europas –, deren Gefahren aber nicht von der Hand zu weisen sind. Herzen blieb ein Individualist, dessen Lebensbild als Reaktion auf die Bitternis von 1848 den Mythos vom „russischen Menschen“ und die „große Parallele“ für Europa einschloß. Seine Ideen wurden in Rußland aufgegriffen: durch Nikolaj Tschernischewski, durch die idealistischen Agitatoren der Organisation „Land und Freiheit“, durch den Terror im „Volkswillen“, durch den „Beherrscher des Geistes“ Nikolaj Michajlowski und durch die Partei der Sozialrevolutionäre. Vermischt mit den Grundthesen von Marx fanden sie im politischen Voluntarismus Lenins, in der Sowjetordnung, ihren Niederschlag. Die Epigonen haben Herzens Idealismus, seinen Demokratismus und seine moralische Gesinnung zum Dogma verkommen lassen. Sie besaßen keine Einwände dagegen, umfangreiche demokratische Freiheiten zu fordern und gleichzeitig den diktatorischen Zentralstaat zu favorisieren. Bereits Tschernischewski stand vor dem Dilemma: Um seine Appelle an den „guten“ Zaren und den Sturz der Autokratie, die Forderung nach einer demokratischen und föderativen Selbstverwaltung der russischen Gesellschaft in ein praktikables Ordnungsprinzip bringen zu können, mußte er sich philosophischer und politischer Rabulistik bedienen. Während der liberale Tschitscherin die Erkenntnis formulierte, daß die dringend erforderlichen

gesellschaftlichen Reformen unter russischen Bedingungen unabwendbar eine Zentralisierung in der Verwaltung und eine entfaltete Bürokratie nach sich ziehen, entgegnete Tschernischewski, daß nicht erwiesen sei, ob eine Gesellschaft auf dem Wege zur Demokratie und sozialen Reform ihren Zentralismus verstärken müsse.<sup>21</sup> Was Tschitscherin als Tendenz zu größerer Machtfülle betrachtete, sei in Wirklichkeit eine Tendenz zum Sozialismus. Nur der Sozialismus entspreche den Volksinteressen. Er könne aus sich selbst heraus nicht die Freiheit des Individuums beschneiden – weil er in sich selbst eine gerechte Ordnung verkörpere.

Eines ähnlich ungehemmten Umgangs mit dem Begriff der Demokratie bediente sich später auch Lenin. Im Jahre 1912 schrieb er die antiliberale Kampfschrift „Dem Gedächtnis Herzen“. Darin betonte er, Herzen habe die „Ehre der russischen Demokratie“ gerettet, als er sich am Beginn der sechziger Jahre gegen die Niederschlagung des polnischen Aufstands gewandt habe. Gleichzeitig gab Lenin Tschernischewski Recht, der Herzen Vorwürfe wegen dessen angeblichen Schwankens zwischen „Demokratie und Liberalismus“ gemacht hatte. Schließlich konstatierte Lenin, Herzen sei „furchtlos auf die Seite der revolutionären Demokratie gegen den Liberalismus“ übergegangen: „Er erhob das Banner der Revolution“, weil er für „den Sieg des Volkes über den Zarismus und nicht für einen Pakt der liberalen Bourgeoisie mit den Gutsbesitzern“ eingetreten sei.<sup>22</sup>

Wie wenig konnte oder wollte Lenin doch Herzen gerecht werden! Wenn Herzen tatsächlich in diesen politischen Zweckkonstruktionen gedacht hätte, wäre er kein europäischer Denker geworden. Seine Vorstellung von der Demokratie war nicht als Sympathie für die polnischen Aufständischen, als Abgrenzung vom Liberalismus oder als Synonym für revolutionäre Gesinnung zu katalogisieren. Das geistige Erbe, das Herzen hinterließ, widersprach den Zielen Lenins: „Die Welt wird solange die Freiheit nicht kennen, ehe nicht alles Religiöse und Politische in etwas Einfaches und Menschliches verwandelt wurde und der Kritik und Verneinung zugänglich ist. Die mündig gewordene Logik verachtet kunonisierte Wahrheiten... sie hält nichts für heilig, und wenn sich die Republik dieselben Rechte anmaßt wie die Monarchie, wird sie sie genauso verachten, nein, noch mehr.“<sup>23</sup> Wie sollte dieser Freiheitsgedanke auch mit einer Diktatur in Einklang gebracht werden können?

\* Beitrag auf dem Kolloquium „L'idée de l'Europe, vecteur des aspirations démocratiques: les idéaux républicains depuis 1848“ in Besançon 14.-16. Mai 1992.

1 D. Groh, Rußland im Blick Europas. 300 Jahre historische Perspektiven. Frankfurt/M. 1988, S. 13.

2 Ebenda. S. 15f.

3 D. Geyer, Die russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven, Göttingen 1985, S. 9.

4 A. W. Stankewitsch, Granowski, Moskwa 1869, S. 235.

5 Zitiert nach D. Groh, Rußland im Blick Europas, S. 248.

6 A. Gercen, Sotschinenija v dwuch tomach, Bd. 2, Moskwa 1986, S. 61.

7 F. Fischer, Hitler war kein Betriebsunfall, München 1992, S. 227f.

## **Slawischer Urkommunismus contra westliche Demokratie**

- 8 A. Herzen. Vom anderen Ufer. Hamburg 1850, S. 136.
- 9 D. Groh. Rußland im Blick Europas, S. 250.
- 10 A. Herzen. Vom anderen Ufer, S. 145f.
- 11 A. Freiherr von Haxthausen. Studien über die inneren Zustände, das Volksleben und insbesondere die ländlichen Einrichtungen Rußlands, 1959, Bd. 1, S. 118.
- 12 Ebenda, Bd. 3, S. 150.
- 13 Ebenda, S. 150f.
- 14 D. Groh, Rußland im Blick Europas, S. 254.
- 15 Ebenda.
- 16 P. L. Lawrow. Rol' slawjan w istorii mysli, in: Istoriografitscheskie issledowanija po slawjanowedcniju i balkanistike, Moskwa 1984, S. 309ff.
- 17 Zitiert bei D. Groh, Rußland im Blick Europas, S. 305f.
- 18 Zitiert ebenda, S. 307.
- 19 Hier zitiert bei I. Berlin, Russische Denker, Frankfurt/M. 1981, S. 263.
- 20 Zitiert ebenda, S. 265.
- 21 Vgl. N. G. Tschernischewski, Sotschinenija, Bd. 5, Moskwa 1950, S. 70 und S. 653.
- 22 W. I. Lenin, Werke, Bd. 18, Berlin 1961, S. 13ff.
- 23 A. Herzen. Vom anderen Ufer, S. 46.

---

## Gerburg Treusch-Dieter

### Das Modell der Pest. Zum Disziplinarregime des schwarzen Todes Ein Katalog<sup>1</sup>

1.

In seinem 1933 geschriebenen Text „Das Theater und die Pest“ bringt Antonin Artaud den schwarzen Tod zur Sprache, der für ihn das „Hervorbrechen einer latenten Tiefenschicht der Grausamkeit bedeutet, durch die sich in einem Einzelnen oder in einem ganzen Volk alle perversen Möglichkeiten des Geistes lokalisieren“.<sup>1</sup> Den Kranken überziehen „rote Flecken...die (er) erst dann ... bemerkt, wenn sie ins Schwarze umschlagen... Er hat keine Zeit, darüber zu erschrecken, da fängt sein Kopf schon an zu brodeln, wächst durch sein Gewicht ins Riesenhafte, und er stürzt... Sein Puls... gehorcht dem Brodeln seines inneren Fiebers, der rieselnden Verwirrung seines Geistes ... dieses rote, entzündete, dann glasige Auge; diese riesige, dicke Zunge, die hechelt und anfangs weiß, dann rot, dann schwarz ist und gleichsam kohlehaltig rissig; alles kündigt ein organisches Gewitter ohnegleichen“, bis die latente Tiefenschicht der Grausamkeit sich an der Oberfläche manifestiert: „Inmitten der Flecken bilden sich glühendere Punkte, rings um diese Punkte schwillt die Haut zu Brandblasen an wie Luftblasen unter einer Lavaoberfläche“.<sup>2</sup> Die Sprache der Pest ist vulkanisch: Sie ist Anarchie, Raserei, Delirium.

2.

Im Todesjahr Artauds 1948 stellt Camus in seinem Stück „Belagerungszustand“ die Pest aus entgegengesetzter Perspektive vor. Sie ist für ihn die Personifikation totalitärer Disziplin, deren Despotie sich jedoch selbst anonymisiert: „Ich herrsche auf meine Art, und es wäre richtiger zu sagen, daß ich meines Amtes walte... Ich habe kein Zepter, sondern sehe aus wie ein Unteroffizier... eure Lehnzeit steht euch erst bevor... aber ihr werdet schließlich merken, daß gute Organisation mehr wert ist als schlechtes Pathos“.<sup>3</sup> Die Sprache der Anarchie, der Raserei, des Deliriums wird zugunsten von Bürokratie, Rationalität und Technik negiert. Kein kollektiver oder individueller Abszess löst die Gesellschaft auf. Stattdessen konstituiert die Pest eine Überwachungs- und Kontrollmaschinerie, deren Organisation eine „Lehrzeit“ nach dem leitenden Grundsatz verheißt, daß keiner ohne „Existenzbescheinigung“ auskommt.

## Das Modell der Pest

3.

Auch in Camus' Pest-Konzeption sind alle perversen Möglichkeiten des Geistes lokalisiert. Obwohl ihre latente Tiefenschicht der Grausamkeit nur noch in den schwarzen Fingernägeln des diensthabenden Unteroffiziers, der die Pest personifiziert, zum Ausdruck kommt. Dennoch scheint Camus' Pest-Konzeption derjenigen Artauds zu widersprechen. Orgie und Organisation, Krisis und Ordnung sind unvereinbar. Folgt man jedoch Foucault in „Überwachen und Strafen“ (1975) dann zeigt sich, daß beide Konzeptionen den zweifachen politischen Traum bezeichnen, den das „Modell der Pest“ impliziert: hier die Auflösung der Gesellschaft, dort die Gesellschafts-Maschinerie, die sich als „Gegengesellschaft“ zur Bekämpfung dieser Auflösung formiert. Doch über Artaud und Camus hinaus, die den mit der Pest verbundenen Ausnahme- und Belagerungszustand jeweils parabolisch auf 1933 und 1948 beziehen, vom „Stoff“ her jedoch auf das 17. und 18. Jh. zurückgreifen – über beide hinaus ist Foucaults Frage die: Wie hat sich der Belagerungszustand den Ausnahmezustand im Verlauf der Moderne so integriert, daß das „Modell der Pest“ konstitutiv für alle Individualisierungs- und Identifizierungsprozeduren wurde, die heute den gesellschaftlichen Normalzustand bestimmen?

4.

Soweit in diesem Normalzustand jedoch Immunschwäche und Immunisierung, Krankheitsabwehr und Gesundheitsangriff mehr und mehr identisch werden, ist die noch für das 17. und 18. Jh. kennzeichnende Grenze verschwunden, die einen klaren Gegensatz markiert: „Auf die Pest antwortet die Ordnung, die alle Verwirrungen zu entwirren hat... Gegen die Pest, die Vermischung ist, bringt die Disziplin ihre Macht, die Analyse ist, zur Geltung... das Eindringen des Reglements bis in die feinsten Details der Existenz vermittelt einer perfekten Hierarchie, welche das Funktionieren der Macht bis in ihre letzten Verzweigungen sicherstellt“.<sup>4</sup> Ausschlaggebend für diese Macht ist die Angst vor den „Ansteckungen“, die nicht nur die Pest als Krankheit, sondern ebenso ihre Synonyme betreffen: Landstreicherei, Aufstände, Verbrechen und die „Pest“ der ketzerischen bzw. der moralischen „Seuche“. Denn je weniger die Pest auf eine Ursache zurückzuführen, je „obscurer“ ihr Wirken ist, desto weniger ist der Ausbruch körperlicher Abszesse vom Ausdruck geistiger Abszesse zu unterscheiden.

5.

Dazu ein Beispiel. Es betrifft die Umbruchzeit 15./16. Jh. – die Zeit der „ursprünglichen Akkumulation“, der Bauernkriege, der Konfessionskämpfe, der Hexenprozesse, mit denen die Moderne beginnt: „Einer von uns Inquisitoren fand einen Ort, der infolge der Sterblichkeit unter den Menschen fast verödet war. Dort

## Gerburg Treusch-Dieter

ging das Gerücht, daß ein begrabenes Weib das Leichentuch, in welchem sie begraben war, nach und nach verschlänge, und die Pest nicht aufhören könne, wenn jene nicht das Leichentuch ganz verschlänge und in den Bauch aufnähme. Nachdem ein Rat darüber abgehalten war, gruben der Schulze und der Vorsteher der Gemeinde das Grab auf und fanden fast die Hälfte des Leichentuches durch Mund und Hals hinab bis in den Bauch gezogen und verzehrt. Als der Schulze das sah, zog er in der Erregung das Schwert, schlug der Leiche das Haupt ab und warf es aus der Grube, worauf die Pest plötzlich aufhörte... bei der angestellten Inquisition fand man, daß jenes Weib lange Zeit ihres Lebens eine Wahrsagerin und Zauberin gewesen sei“.<sup>5</sup>

6.

Jene noch lebende Tote repräsentiert die „Pest“, mit der die Einführung der Inquisition an einem beliebigen Ort begründet wird, indem „sich die Macht... zur Abwehr eines außerordentlichen Übels formiert“.<sup>6</sup> Dabei sind vier Momente zu unterscheiden. Erstens ist die Einführung der Inquisition mit einem Ausnahmezustand des entsprechenden Ortes verbunden, der durch die Pest schon fast verödet war. Zweitens wird ein Gerücht inszeniert, aufgrund dessen die Inquisition ermittelt, was Haft, Verhör und Folterung durch „individualisierende Aufteilungen“ einschließt. Drittens ist mit dieser Ermittlung „eine in die Tiefe gehende Organisation von Überwachungen und Kontrollen“ verbunden, die den Rat des Ortes einbezieht, was eine „Intensivierung und Verzweigung der Macht“ bedeutet. Sie schließt, viertens, die Verbindung von Inquisition und weltlicher Macht ein. Dabei bleibt das Urteil des geistlichen Richters unerwähnt, während die Hinrichtung der „Pest“ durch den weltlichen Richter überbetont wird als Beispiel dafür, daß allen so geschieht, die die „Seuche des ketzerischen Unwesens in der Seele tragen“ und folglich todgeweiht sind.

7.

Folgt man Foucault, dann sind die beiden Maßnahmen – das Abschlagen des Kopfes und die Etablierung der Inquisition – darauf zurückzuführen, daß das „Modell der Pest“ an dem ihm historisch vorausgesetzten „Modell des Aussatzes“ partizipiert: an seiner „massiven und zweiteilenden Grenzziehung“, nach der die Aussätzigen auf die Seite des Todes, die Nichtaussätzigen auf die Seite des Lebens zu rechnen sind. Dem entspricht, daß die noch lebende Tote durch das Richtschwert zur toten Toten wird. Hinsichtlich der schon oder noch nicht Verpesteten aber, die sie mit ihrem Leichentuch verschlingt, ist keine Zweiteilung möglich. Denn erstens ist im „Modell der Pest“ jeder potentiell infiziert, was zweitens jedoch nicht einschließt, daß der aktuell Erkrankte auch ein Toter sein wird. Kann sein, daß in der Krise zwischen Tod und Leben die Gesundheit siegt, was nicht zuletzt vom Verhalten des „Angesteckten“ gegenüber seiner Verseuchung abhängt.

8.

Als Aussätziger ist dieser „Angesteckte“ ein aus der Gesellschaft Ausgeschlossener, als Verpesteter ist er jedoch ein in die Gesellschaft Eingeschlossener. Das heißt, sein Verhalten ist doppelt bezogen: Es schließt hier entsprechend dem „Modell der Pest“ die Bannung und Analyse seiner Krankheit ein; dort aber, entsprechend dem „Modell des Aussatzes“, die Verbannung und Stigmatisierung dieses Kranken, dessen Einsperrung die grundsätzliche Bedingung seiner Abkehrung zur körperlichen und geistigen Gesundheit ist. Denn, wenn sie nicht eintritt, garantiert diese Einsperrung in jedem Fall seinen sicheren Ausschluß. Obwohl die Grenzziehung zwischen Tod und Leben weiterhin ungesichert ist. Sein Tod bleibt auf der Ebene der „Ansteckungen“ lebendig, auch wenn sein Leben tödlich verläuft.

9.

Basierend auf der Zweiteilung Tod – Leben und unter dem Aspekt, daß der Tod das Lebendige, das Leben das Tödliche ist, intendiert die Pest-Ordnung das ideale Funktionsmodell einer „Gegengesellschaft“. Das heißt, sie konstituiert sich gegen einen lebendigen Tod, indem sie das Tödliche am Leben diszipliniert: die „Ansteckungen“ der Berührung, des Sich-Rührens und des Aufrührerischen. Ihr ideales Funktionsmodell abstrahiert von jeder materiellen Dysfunktionalität. Das heißt, die Körper sind als Unterworfenen auf ein anatomisch-metaphysisches Register bezogen; während sie als diejenigen, deren „Lehrzeit“ erst beginnt, in ein politisch-technologisches Register eingetragen werden, das sie zu nützlichen Körpern machen wird: zu einem Leichnam, der lebt, zu einem Ding, das sich aus sich selbst bewegt. Die Pest-Ordnung zwischen dem 16. und 18. Jh. ist Regierung und Regiment. Sich Regendes stellt sie still, um es dann von einem entgegengesetzten Punkt aus kommandierend zu bewegen mit dem Ziel, alles Unkontrollierte zu kontrollieren.

10.

Wo immer zwischen 16. und 18. Jh. die Pest auftritt, wird per Dekret eine arbeitsteilige Hierarchie des Überwachens und Strafens etabliert, die analog zur Hierarchie des absolutistischen Staates unter der Voraussetzung seiner unbedingten Gewalt zur Freiheitsberaubung funktioniert. Erstes Ziel ist die militärische und zivile Sicherung der Landes- und Stadt-, Haus- und Körpergrenzen. Denn die Pest ist feindliche Invasion. Gegen ihre auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Verkehrs eingeschleppten „Ansteckungen“, die immer Gesundheitsangriff von außen und nur eventuell Krankheitsabwehr von innen sind, wird der Belagerungszustand über den Ausnahmezustand der „Ansteckungsgefahr“ verhängt. Dabei wird die Durchsetzung des Kriegsrechts als Verteidigungsoffensive Kraft „einer guten und

zulänglichen Garnison“ definiert, die zum Schutz vor der Pest auf die eigene Bevölkerung schießt, damit „die Seuche weder durch Transportir- und Ausbreitung des Giffts/ noch durch erschreckende Impressionen der Furchtsahmen... vergrößert werden“.<sup>7</sup>

11.

Der Schutz gegen „erschreckende Impressionen“ schließt Geheimhaltungspolitik ein; der für Transport und Verkehr fordert dagegen Veröffentlichungspolitik von Information. Die Obrigkeit leistet beides: Information als Desinformation, sobald „die Menschen“, wie Daniel Defoe in seinem Londoner „Pestjournal“ schreibt, „die Kontrolle und Herrschaft über ihre Phantasie verloren ... Da sahen sie... ein flammendes Schwert, das eine aus den Wolken ragende Hand hielt ... Dort Leichenwagen mit Särgen... dort Haufen von... unbeerdigten, herumliegenden Toten... wie es die Einbildungskraft den... schreckerfüllten Menschen gerade eingab“. Obwohl auch Daniel Defoe keinen Zweifel läßt, daß diese Impressionen mit der Wirklichkeit auch da noch deckungsgleich sind, wo das Schwert die göttlich legitimierte Obrigkeit bezeichnet, schlägt er dennoch vor, solche Impressionen auf den Reim zu bringen:

„So bildet sich der Hypochonder ein  
am Himmel Flotten, Schlachten, Heeresreihn;  
bis stetes Aug' den trüben Dunst durchdringt  
und alles so zurück zur Wolke bringt“.<sup>8</sup>

12.

Das „stete Aug““, das jede Impression negiert, um sie stattdessen auf den Dunst eines hypochondrischen Kopfes und diesen auf die physikalische Erscheinung einer Wolke zu bringen, in der die metaphysische Überwachungs- und Strafgewalt schon gestrichen ist, dieses „stete Aug“ ist das des Geistes, der auf einen gesellschaftlichen Panoptismus zielt, jedoch noch an die Form einer Obrigkeit gebunden ist, die sich auf einen von Gott eingesetzten Souverän bezieht:

London 1665. Lord Mayor und Stadtrat dekretieren – „Alldieweil in der Regierungskunst... König Jakobs... ein Gesetz betreffend... Anordnungen und Verfügungen über von der Pest befallene Personen erlassen worden ist, wodurch an Friedensrichter, Bürgermeister, Amtmänner und andere Oberbeamte Vollmacht erteilt wurde, in ihren jeweiligen Verwaltungsbezirken Inspektoren, Beschauer, Wachmänner, Wärter und Totengräber für die betroffenen Personen oder Orte zu ernennen und ihnen für die Ausführung ihres Amtes den Eid abzunchmen. Und dieses selbe Gesetz ermächtigt sie auch, weitere Verordnungen zu erlassen ... Wir erachten es nun... um eine Ansteckung durch die Seuche zu verhindern... (so es der

Wille Gottes des Allmächtigen ist), für zweckdienlich, daß solche Amtspersonen, wie folgt, bestellt... und die nachstehenden Verordnungen getreulich befolgt werden“.<sup>9</sup>

13.

In dieser Verordnung wird einerseits das anatomisch-metaphysische Register der Unterwerfung deduziert, in das die Überwachung der Körper eingetragen ist; andererseits werden sie, deren „Lehrzeit“ hinsichtlich der Moderne erst beginnt, durch ein politisch-technologisches Register kontrolliert, das sie bis hin zu den Totengräbern erfaßt, die schließlich die Leichen „mit dem Gerät, das sie zu benutzen pflegten, heran(zogen) und... auf den Karren (mit der Glocke warfen)“, um dann die „traurige Fracht herunterzukippen“.<sup>10</sup> Beide Register sind auch aus dem „Königlich Preußischen Pestreglement von Friedrich dem Ersten“ abzulesen. „Signatum Cölln an der Spree/den 14. November 1709“. Zwecks „Praeservierung“ von Stadt und Territorium müssen nachfolgende Dinge unter „Aufsicht des Magistrats“ veranstaltet werden:

Bestellung der Gesundheits Directores, der Pastores Pestilentialia, der Pestilenz Medici, Chirurgi und Apotheker, der Gassen-Inspectores, Gassen-Meister und Läufer, der Wartungs-Pfleger und Hebammen, der Todten-Träger, der Todten-Gräber, der Quaranthän-Häuser, der Lazareth-Häuser, der Reiniger der inficierten Häuser und Sachen, der Pest-Cassen.

14.

Jede dieser Instanzen ist der Instruction Pestilentialiorum unterworfen, die vom Stadtrat oder Magistrat zusammen mit dem Consilio Medico Pestilentiali festgelegt wird und auf der Regel basiert, daß keine dieser Instanzen mit Gesunden Umgang haben und darum ein Zeichen tragen soll. Da sich jedoch alle diese Instanzen durch den Transfer zwischen Gesunden und Kranken definieren, ist die ratio dieser Grundregel nicht ihre Befolgung, sondern ihre notwendige Unterlassung, die immer und überall eine überwachende Kontrolle produziert. In der Verbindung von Pest-Instruktion und Ärzte-Konzil ist der medizinisch-juridische Komplex angelegt, der im Verlauf der Moderne den Ausnahme- in den Belagerungszustand integriert bis hin zum Normalzustand einer Gesundheitspolitik als Krankheitsverwaltung, die heute bestimmend ist.

15.

Entscheidend für diese Entwicklung ist, daß sich die Hierarchie der Pest-Ordnung als „Gegengesellschaft“ konstituiert, die sich zwar einerseits noch strukturgleich zur Hierarchie des absolutistischen Staates verhält: zum „Körper des Königs“, der sich methaphysisch durch Gott legitimiert. Andererseits aber bildet sie mit den

Disziplinarmechanismen der Pest-Ordnungen schon die Physis eines „Volkskörpers“ heraus, und in diesem die für seine Organe und seine Organisation zuständigen Medizin- und Polizeicorps, die für die Individualisierungs- und Identifizierungsprozeduren der Moderne entscheidend sind. Über sie vermittelt, strukturiert sich der „Volkskörper“ zu einer Bevölkerung um, in der für jeden gilt, daß er seine körperliche und geistige Existenz zu bescheinigen hat.

16.

Ausschlaggebend für diese Existenzbescheinigung, die heute die Form des DNS-Fingerabdrucks angenommen hat, ist ein medizinisch-juristisches Dokument, das gleichzeitig Paß und Gesundheitsbrief ist. Wer immer die Miliz- und Bürgergesicherten Grenzen passieren will, hat dieses Dokument parat zu haben und bei Strafe des Leibes und Lebens, samt Verbrennung der bei sich habenden Güter, nur mehr die vorgeschriebenen Hauptwege zu gehen. Ab, Um- oder Nebenwege sind ausgeschlossen und werden verbarrikiert. Die Körpergrenzen werden durch eine Kleidung gesichert, die jeder sechs Wochen ununterbrochen zu tragen hat, insofern jeder Wechsel stets eine weitere Grenzüberschreitung einschließt. Wird er nachgewiesen, werden die Kleider durch den Paßbediensteten oder die Ortsobrigkeit verbrannt, wobei der so Entkleidete sich auf eigene Kosten neu einzukleiden hat.

17.

Der Paß oder Gesundheitsbrief bescheinigt die subjektive Existenz in dem Maß, wie er sie objektiv ersetzt durch ein Dokument, qua dessen sie fest- und doch nicht stillgestellt wird. Sie kam nicht „passen“ und bleibt doch Passant, gesetzt ihr Paß oder Gesundheitsbrief ist von Landesregierungen, Obrigkeitlichen Personen in den betreffenden Städten, von Beamten oder Gerichtsherren oder deren Bevollmächtigten auf dem Lande unterschrieben, wobei die Unterschrift die „Bedruckung des Regierungs/Magistrats/Amts- oder Gerichtssiegels“ aufweisen muß. Zwei Hauptpunkte hat der Paß oder Gesundheitsbrief zu erfüllen: Angaben über den Gesundheitszustand des Orts, woher der Passagier kommt; Angaben über den Passagier und seine Sachen. Der Verordnung Georgs des Zweiten, „von Gottes Gnaden König von Großbritannien/Frankreich und Irland/ Beschützer des Glaubens/ Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc.“, dieser Verordnung von 1738 ist das Musterformular eines Passes oder Gesundheitsbriefes beigegeben, „so gemeinlich (in allen diesen und anderen Ländern) üblich befunden worden“. Festgestellt werden „Condition, Statur, Alter, Farbe von Haaren, Gesichte und Augen, imgleichen die etwa im Gesichte habenden Merkmale, auch Kleidung“ des Passagiers. Außerdem, ob er sich „Zeithero an diesem Ort (von dem er kommt) aufgehalten“ und dort „von... ansteckenden Krankheiten... nichts zu spüren, als auch (zu bekräftigen mit einem körperlichen Eid) an einen inficierten, noch

## Das Modell der Pest

verdächtigen Ort gar nicht gekommen, noch mit infizierten Leuten zu tun oder Gemeinschaft und Umgang gehabt“. Besonders „namhaft zu machen und zu beschreiben“ sind auch die Bedienten und Koffer etc., ebenso Frau und Kinder.

18.

Aus diesen Angaben über Mann, Frau, Kinder, Bedienstete, die Inspektion von Kleidern, den Inhalt der Koffer, über sämtliche Waren, bei denen „gift-fangende“ von „nicht gift-fangenden“ unterschieden und für die ein spezieller Fragenkatalog durchzugehen ist („Was es für Güter sind? Wo sie gewachsen, gefallen, fabriziert? Wo sie gepackt und zuerst aufgeladen? etc.“) – aus diesen Angaben erhellt eine umfassende Wissensproduktion, die sich mit der Ausstellung und Überprüfung eines Passes oder Gesundheitsbriefs verbindet. Zu einer gleichen Wissensproduktion ist auch die durch Obrigkeit und Ärzte-Konzil dekretierte Hierarchie von Instanzen verpflichtet; sei es, daß diese Wissensproduktion über Infizierte, Kranke und Krankheit mündlich oder schriftlich weitergegeben, in Listen und Register eingetragen, in Karteien und Katalogen gespeichert, in Diarien reflektiert, oder in „Zeitungen“ veröffentlicht wird bzw. in Briefen kursiert. Um die Pest zünden Diskurse, die je mehr sie „Ansteckungen“ verhindern sollen, ihrerseits ansteckend sind.

19.

Soweit das zu Wissende stets als verpestet vorausgesetzt ist und darum potentiellen oder aktuellen Sanktionen unterliegt, ist der Inbegriff dieser Diskurse die Predigt, in der die Pest beides ist: Seuche und Strafe. Nicolaus Selnecker, Dresdener Hofprediger, setzt darum in seinem 1565 abgefaßten „Christlichen Bericht wie sich ein jeder Christ inn Sterbsleufften ... halten soll“ für sie den hebräischen Begriff „Deber“ ein: „Deber – welches so viel ist/ als ein Wort/ Rede/ oder Predigt... dadurch Gott selbst redet“. Gott spricht durch die Pest, die mit seinem „Gerecht strafenden“ Wort identisch ist, das mittels der Pest überprüft und prüft. Das heißt, entsprechend dem „Modell des Aussatzes“ ist die Pest Schicksals-Prüfung, die passiv erlitten wird, insofern Gott zum einen durch die Pest seinen Zorn zu erkennen gibt. Entsprechend dem „Modell der Pest“ aber ist sie Gewissens-Prüfung, da Gott zum zweiten die Gefahr, in der wir sind, offenbart, die durch Prüfungs-Wissen („was habe ich getan? was nicht?“ etc.) aktiv gewendet werden kann, weil Gott zum dritten durch die Pest auf die Notwendigkeit der Kehrung hinweist, die ihrerseits Gesundung oder Besserung einschließt.

20.

Als „Rede und ordentliche Predigt“ wird die Pest durch das Disziplinarinstrument schlechthin repräsentiert: durch die Rute. Sie ist es, die im Sinne der passiv zu

erleidenden Prüfung „heimsuchet“, im Sinne der Gewissens-Prüfung „züchtigt“, dann aber „zur Besserung fordert“, für die sie ein ganzes Maßnahmen-Bündel inseriert, das nur mittels Prüfungs-Wissen zu verstehen ist: „Gott...bindet sie/ weicht sie ein/ weiset sie uns/ und steupet endlich/ das uns wehe tut/ wohl nun dem/ der sich noch besinnet/ und zu Gott bekehret. Wer aber auch unter der Ruten halsstarrig ist... der muß dem Feuer... unterworfen sein und bleiben“, das sich seinerseits synonym zur Pest verhält, soweit sie nicht „Rede und ordentliche Predigt“, sondern „Ansteckung“ ist: körperlicher und geistiger Abszess, der Gottes Wort desto mehr in Frage stellt, je mehr es sich mit der Pest identifiziert bzw. je offensichtlicher wird, daß die Bekehrung nicht zur Gesundung führt.

21.

Es leuchtet ein, daß der Paß oder Gesundheitsbrief, der unabhängig vom Glauben die Existenz beglaubigt, im Zuge der Moderne gegenüber der Rute sich als das effektivere Disziplinarinstrument erweist. Doch obwohl er als objektiver Ersatz der subjektiven Existenz fungiert, muß auch seine durch königlichen Stempel, Name des Paßbediensteten, Paß-Ort und Datum ausgewiesene Gültigkeit noch bestätigt werden. Denn die Verordnung Georgs des Zweiten impliziert, daß alle Passagiere an jedweder Grenze gehalten sind, „dasselbst sich zu stellen und examinieren zu lassen“ – unabhängig von Würde, Stand und Profession. In diesem Examen ist die subjektive Existenz nicht mehr auf Gott, sie ist auf sich selbst bezogen, soweit sie objektiv qua Dokument festgestellt ist.

22.

Das heißt, die Gewissens-Prüfung wird in dem Maß zur Wissens-Prüfung, wie der Passagier sein Wissen von sich selbst als Prüfungs-Wissen an die Paßbediensteten liefert, während sie mit ihm eine Gerichtsuntersuchung oder Inquisition anstellen, bei der er im Status des Inquiriten mündlich das auszusagen hat, was der Paß oder Gesundheitsbrief schriftlich vorgibt:

„wie er heiße?

von was Condition?

wo er wohnhaftig sey?

von wannen er komme?

von welchem Ort er zuerst angereiset?

auf was für Orte er zugekommen?

wie lange er sich an diesem oder jenem Orte aufgehalten?

in was für Geschäften?

ob er in 6 Wochen auch an einem ungesunden Ort gewesen?

ob er binnen 6 Wochen mit inficierten, oder... solchen Personen die sich an inficierten Orten aufgehalten, Umgang, oder auch Sachen, so an dergleichen Orten

gewesen, bey sich habe?  
ob er einen Paß habe?“

23.

Diese Wissens-Prüfung folgt, obwohl sie sich noch durch die Inquisition vollzieht, schon der Anordnung des Experiments, in dem der Paß oder Gesundheitsbrief die Hypothese vorgibt, die empirisch zu verifizieren ist. In dieser Hypothese ist die Norm der Person (Condition, Alter, Statur etc.) vorausgesetzt. Ihr hat sie, wenn sie „passabel“ sein will, in dem Maß zu entsprechen, wie der Paß oder Gesundheitsbrief erst nach der Inquisition vorzuzeigen, und sie mit seinem Dokument zu vergleichen ist – unabhängig von Würde, Stand und Profession. Wenn sich dabei durch eine Abweichung von der Norm „hinlänglicher Verdacht (für die Paßbediensteten) eussert“, dann „sind diese Personen anzuhalten“ und entsprechend der Verordnung Georgs des Zweiten „des Orts Obrigkeit zu melden, von dieser aber, wenn haupt-consideranda dabey vorkommen, unserem heimgelassenen Geheimen-Rahten ab sofort durch expresse Botten zu berichten“.

24.

Der Paß oder Gesundheitsbrief markiert „die Umkehrung der politischen Achse der Individualisierung. In den Gesellschaften, für die das Feudalsystem nur ein Beispiel ist, erreicht die Individualisierung ihren höchsten Grad... am Ort der Souveränität“<sup>11</sup>, die sich zu den ihr Unterworfenen auf dem anatomisch-metaphysischen Register als „aufsteigende“ Individualität verhält. Gleichzeitig dekretieren ihre Disziplinarmaßnahmen eine „absteigende“ Individualität. Das heißt, je anonymer und funktioneller die Macht wird, die sich, im „Körper des Königs“ einen Volks- oder Gesellschaftskörper konstituierend, politisch-technologisch verzweigt, „umso mehr werden die dieser Macht Unterworfenen individualisiert... durch vergleichende Messungen, die sich auf die Norm „der physischen, nicht mehr auf das Gesetz einer metaphysischen Verfassung beziehen; nicht mehr auf den Glauben der einzelnen, sondern auf ihre körperliche und geistige Gesundheit. Sie ist an allen Grenzen zu „praeservieren“; an den Miliz- oder Bürgergesicherten äußeren Grenzen und an den inneren Grenzen, deren Überschreitung in Pest-Abszessen explodiert: „einer... rannte gar nackt herum... und schrie Tag und Nacht... 'O du großer, schrecklicher Gott!' und nichts sonst, sondern wiederholte diese Worte immer und immer wieder, Schrecken in der Stimme und im Ausdruck; und er ging mit schnellen Schritten, und niemand konnte je feststellen, daß er angehalten oder gerastet oder Nahrung zu sich genommen hätte.“<sup>12</sup>

25.

Durch die mit Gottes Wort identisch gewordene Pest wird nicht nur die Sünde des Körpers zum Krankheitssymptom, es wird auch der Glauben des Geistes zum Gesundheits-Praeservativ. Die Pest überführt das metaphysische Gesetz des Glaubens und der Sünde in die physische Ordnung von Normalität und Pathologie. Nach Foucault verbindet sich diese Transformation damit, daß man „von den traditionell-rituellen Mechanismen der Individualisierung zu den wissenschaftlich-disziplinären Mechanismen übergang“; daß „das Normale den Platz des Altherwürdigen einnahm und das Maß den Platz des Standes“; daß die „Individualität des berechenbaren Menschen die Individualität des denkwürdigen Menschen verdrängte und die Wissenschaften vom Menschen möglich wurden“; daß „sich eine neue Technologie der Macht und eine andere polifische Anatomie des Körpers durch(setzten)“.<sup>13</sup>

26.

Diese andere politische Anatomie, die den Körper als Objekt eines Subjekts fixiert, dessen „cogito“ ihn als Leichnam spezifiziert; diese andere politische Anatomie basiert sowohl auf dem Ausschluß des Körpers, auf seiner Einsperrung und Stigmatisierung entsprechend dem „Modell des Aussatzes“, wie auf seinem Einschluß, der dem „Modell der Pest“ entsprechend mit seiner Abrichtung und Analyse verbunden ist. Dort Unterwerfung, hier Besserung oder Normalisierung, der die Verpestung des Körpers vorausgesetzt ist: seine Pathologisierung im Sinne zunehmender Verschlechterung, die Descartes bewiegt, eine von der „res Cogitans“ unabhängige „res extensa“ anzunehmen, die gleichermaßen von der Pest oder der Einbildungskraft „angesteckt“ sein kann. Selbst Descartes müßte sich „ich weiß nicht welchen Wahnsinnigen vergleichen, deren ohnehin kleines Gehirn durch widerliche Dünste aus ihrer schwarzen Galle so geschwächt ist, daß sie hartnäckig behaupten sie seien Könige, während sie bettelarm sind, oder in Purpur gekleider, während sie nackt sind“,<sup>14</sup> könnte er nicht das Gesundheits-Praeservativ des Geistes gegen diese Krankheitssymptome beweisen. Er kann es, weil diese andere politische Anatomie auf der Verkehrung von subjektiver Existenz und objektivem Dokument basiert. Denn das „Subjekt“ nimmt den Platz der Bescheinigung durch das „stete Aug“ des Geistes ein, der die Existenz zum „Objekt“ degradiert, die im Schnittpunkt von Aussatz- und Pestmodell beides ist: Leichnam und Ding. Immer aber ist sie ein „Fall“ für die mit beiden Formen verbundenen Machtmechanismen, die noch heute das Anomale unstellen. Nach Foucault sind sie stets „aus diesen beiden Formen zusammengesetzt... von denen sie sich herleiten“<sup>15</sup>.

27.

Die Internierung und Funktionalisierung des Körpers, der Leichnam und Ding,

## Das Modell der Pest

kurz: „Madensack“ ist, läßt sich am besten an einer mitten auf dem Hof liegenden „Lederbörse... mit Geld darin“ zeigen, von der Daniel Defoe in seinem „Pestjournal“ berichtet: „niemand wollte sie haben... als der in der Tür stehende Mann... von drinnen einen Eimer Wasser (holte) und... ihn dicht neben die Geldbörse (stellte), dann lief er noch einmal, um Schießpulver zu holen, schüttete eine ziemliche Menge davon auf die Geldbörse und dann weiteres in einer etwa zwei Meter langen Linie von dem lose auf die Börse gestreuten. Dann geht er zum drittenmal hinein und kommt mit einer rotglühenden Zange wieder... und zündete (mit ihr) das Pulver an, wodurch die Geldbörse versengt und die Luft durch den Raueh genügend gereinigt wurde... (dann) nimmt er die Geldbörse mit der Zange auf und hält sie so lange fest, bis die Zangenbacken Löcher in das Leder gebrannt haben, dann schüttelte er das Geld heraus in den Eimer und trug es in das Haus. Es waren 13 Schilling, dazu einige... Groschen und rote Twelvepence.“<sup>16</sup>

28.

Was immer der Mann mit der Lederbörse anstellt, seine Operationen entsprechen in allem dem Aussatz- und Pestmodell: verbannt und gebannt im Pulverkreis erfolgt ihre Reinigung a) durch Wasser (vom Aussatz); b) durch Explosion (von der Pest); c) wird die unmittelbare Berührung durch ein Mittel (die Zange) ersetzt, das den Zugriff auf das Innere der Lederbörse ermöglicht: auf das Geld. Dieses Geld bewegt sich einerseits auf gleicher Ebene mit den „Ansteckungen“, die andererseits in Geld umzumünzen sind: in ein Zirkulationsmittel, das in dem Maß immun gegen Ansteckung ist, wie es seinerseits ansteckend wirkt. Die Durchsetzung der politischen Ökonomie der Moderne, die mit einem „Madensack“ kalkuliert, der auf Heller und Pfennig zu berechnen ist, ist von der Bekämpfung der Pest nicht abzutrennen.

29.

Strukturgleich zum Pulverkreis, der die Lederbörse aus- und einschließt, verhält sich die Quarantäne, die prinzipiell jedes Haus sein kann, ob es schon besteht oder erst errichtet wird. Immer aber wird der verwahrt, der sich zu bewähren hat; der, auf dessen Existenz kein Wechsel als Bescheinigung auszustellen ist: „Sollte (nämlich) jemand betreten werden, wider den, daß er von inficierten Orten käme... starke und gründliche Muthmassung vorhanden, welche der Inquisit abzulehnen nicht vermögte, oder dessen durch eigen Geständnis oder sonst überführet würde. derselbe soll ab sofort durch hinlängliche Mannschaft von Unterthanen, so 20 Schritte von ihm entfernt bleiben muß, im freyen Felde so lange bewachtet werden, bis im Felde eine Stroh-Hütte vor ihm zurecht gemacht werden kann, so dann soll ihm zugerufen werden, daß er sich von allen seinen Kleidern auch vom Hemde abthun solle, wogegen ihm neue Hemde und Kleidung und Leinwand, auch Stroh und eine

Decke zuzuwerffen, seine Kleider aber, Hemde und alle seine übrigen Sachen, in Gegenwart des Ortes Obrigkeit, oder deren Bevollmächtigten, mit langen Haken ins Feuer ziehen, und zu verbrennen sind. In dieser Hütte soll der Inquisit 6 Wochen lang verbleiben, inzwischnen ständig bewachtet... und da er sich unterstehen sollte, sich mit der Flucht zu salviren, soll die Wache Feuer auf ihn geben und erschiessen, oder... so lange verfolgen, bis er wieder zur Haft gebracht ist: nach vollendeten 6 Wochen ist der Inquisit an einen Abort zu bringen, welcher mit Wache zu besetzen und die Inquisition gegen ihn vorzunehmen ist.“<sup>17</sup>

30.

Aus dieser Verordnung folgt, daß es ihr keinesweg um die Gesundheit des einzelnen als solche geht. Denn sonst könnte der Inquisit, der „reinlich gehalten, und (dem) das nötige Essen und Trinken, soviel zur Erhaltung des Lebens nötig, hingesetzt werden (soll)“, nach 6 Wochen Quarantäne entlassen werden. Stattdessen wird er an einen Abort gebracht, als ob er – trotz erwiesener Gesundheit – noch immer verpestet sei. Dieser Abort wiederholt seine Internierung. Gleichzeitig ist er die Bedingung seiner Isolierung und Individualisierung in der Gerichtsuntersuchung oder Inquisition, die dort gegen ihn vorgenommen wird. Zeigt sich, daß der Inquisit die Pest-Ordnung kannte, wird er mit dem Schwert hingerichtet. Bei Unkenntnis der Pest-Ordnung wird bei den heimgelassenen Geheimen-Räten wegen Art und Weise der Strafe angefragt.<sup>18</sup> Wie es scheint, schützt Unwissen vor Strafe, Wissen dagegen nicht. Der Schluß, daß die Wissenproduktion der Pest-Ordnung ansteckend ist – und ansteckend sein soll – bestätigt sich.

31.

Für das Unwissen, das immunisiert, sei ein Beispiel von einem Pfeifer angeführt, der blind war und schon darum Wortlaut und Schriftsatz der Pest-Ordnung entging. Dieser Pfeifer wurde besoffen „auf den Karren (geworfen) und während all dem schlief (er) tief und fest“. Beim Herunterkippen der Leichen „erwachte der Mann... und rief... ‘Wo bin ich?’ ... ‘Auf dem Pestkarren seid ihr und wir sind dabei, euch zu begraben’ ... ‘Aber ich bin doch wohl nicht tot, oder?’ antwortete der Pfeifer... Sie halfen (ihm) herunter, und erging seines Weges“.<sup>19</sup> Aufgrund seines Unwissens hatte er sich, mitten unter den Leichen, nicht angesteckt.

32.

Wie der besoffene Pfeifer stellt auch Descartes sich die Frage: tot oder nicht tot? Doch er, der für die moderne Subjekt-Konstitution von ausschlaggebender Bedeutung ist, geht davon aus, daß „diese ganze Gliedermaschine... die man auch an einem Leichnam wahrnimmt und die (er) als Körper bezeichnet... nicht... durch die Sinne oder durch die Einbildungskraft“ zu erkennen ist. Das heißt, im Gegensatz

## Das Modell der Pest

zu der Antwort, die sich der blinde Pfeifer gibt, indem er mittels der Beine unkontrolliert „seines Weges“ geht, konstatiert Descartes: „Ich bin, ich existiere... solange ich denke“. Und er folgert: „da ich jetzt weiß, daß... die Körper... einzig und allein durch den Verstand erkannt werden... so erkenne ich ganz offenbar, daß ich nichts leichter und augenscheinlicher erkennen kann – als meinen Geist.“<sup>20</sup> Dieser augenscheinliche, den Körper denkende und überwachende Geist ist es, auf den die Pest-Ordnung zielt. Eben darum erfolgt die Hinrichtung eben dann, wenn das Prüfungs-Wissen des Inquisiten der Wissens-Prüfung entspricht. Er muß vom Disziplinarwissen der Pest-Ordnung angesteckt sein, erstens, damit er sich als potentiell oder aktuell Infizierter identifiziert. Zweitens, damit er danach handeln kann unter der Prämisse, daß er existiert, solange er denkt, daß heißt, sich überwacht und kontrolliert. Denken schließt ein, sich subjektiv durch objektives Wissen zu erkennen, wie es auch der Paß oder Gesundheitsbrief dokumentiert. Folge ich diesem Denken nicht, dann existiere ich nicht, wie die Hinrichtung beweist.

33.

Mit dieser Hinrichtung wird nicht nur die dem „Modell des Ansatzes“ entsprechende Zweiteilung Tod – Leben exekutiert, sondern es wird auch auf der Ebene des Lebens, die mit derjenigen der „Ansteckungen“ identisch ist, die Internierung des Körpers entsprechend dem „Modell der Pest“ durchgesetzt. Unterworfen der Selbstüberwachung und diszipliniert durch Selbstkontrolle, existiert der Körper nur für jenen „augenscheinlichen“ Geist, der in letzter Konsequenz auf einen Panoptismus zielt, auf die Überwachung und Kontrolle aller Körper, deren trüber Dunst sein „stetes Aug“ durchdringt und zurück zu einer „Wolke“ bringt, die zwar in Defoes Reim eine physikalische Erscheinung meint, die jedoch auch als physische Erscheinung verstanden werden kann: als Pesthauch, der aus diesen Körpern per se entweicht, soweit sie durch ein „Leichentuch“ verbunden sind, dessen res extensa mit der res cogitans unvereinbar ist.

34.

Der durch Selbstüberwachung und -kontrolle internierte Körper verhält sich zum Cogito rein negativ: er existiert nicht, solange er nicht gedacht wird. Ungedacht aber wird er auf der Ebene der „Ansteckungen“ bedenkenlos, oder aber unbedacht bis zum Äußersten, wie ein Beispiel des Dresdener Hofpredigers Nicolaus Selnecker zeigt: „daß (nämlich) einer den/ der ihn besucht hat/ angeblasen und angehaucht hat/ und hernach selbst bekeunet/ er habs getan/ seine Krankheit los zu werden“. In diesem Selbstbekenntnis spricht sich das Gegenteil des Cogito aus – der Wahnsinn. So „(wurde) eine bedauernswerte... Frau eines wohlhabenden Bürgers... von einer dieser Kreaturen ermordet. Er ging... wie ein Verrückter die Straße entlang und sang; die Leute sagten, er sei nur betrunken, er selbst aber, er habe die

## Gerburg Treusch-Dieter

Pest... und als er der betreffenden (Frau) begegnete, versuchte er sie zu küssen... nachdem er sie geküßt hatte, sagte er ihr, er habe die Pest, und er sähe nicht, warum sie diese nicht auch wie er haben sollte... sie schrie auf und stürzte mit einer Ohnmacht... zu Boden, woran sie... kurz darauf starb, und mir ist nicht bekannt geworden“, fügt Defoe hinzu, „ob an der Pest oder nicht“.<sup>21</sup> Sie starb von Sinnen in dem Maß, wie derjenige, der sie küßte, von Sinnen war. Weil sein Körper auf der Ebene der „Ansteckungen“ nur durch die Sinne existierte.

35.

Die Internierung des Körpers durch Selbstüberwachung ist seiner Kontrolle ebenso vorausgesetzt, wie die Quarantäne der Hinrichtung, falls die Wissensprüfung der Inquisition ergibt, daß das Prüfungswissen des Inquisiten vorhanden, nicht aber zu Selbstprüfungs-Wissen im Sinne dessen wurde, daß das Bedenkenlose dem „ich denke“, der Wahnsinn der Vernunft untergeordnet worden wäre. Ob innere Inhaftierung durch das Cogito, oder äußere Inhaftierung durch die Obrigkeit, immer ist diese Einsperrung der Sinne dazu da, daß sie, die potentiell oder aktuell von Sinnen sind, zur Besinnung kommen. Nicht die Hinrichtung des Körpers, sondern seine Abrichtung ist das Ziel. Hier durch subjektivierende Unterwerfung, die dem Cogito Richterfunktion über den Körper zuspricht, die ihn negiert, während er gleichzeitig dort durch objektivierende Vergegenständlichung zu positivieren ist. Hier infizierter Leichnam, wird er dort zum desinfizierten Ding, das mehr und mehr als Gliedermaschine unterm Kommando des Cogito funktioniert. Objekt seiner selbst, macht sich das Subjekt selbst zum „Fall“, den man unter der Bedingung seiner Aussätzigkeit auf der Ebene der Verpestung „beschreiben, messen, mit anderen vergleichen kann – und zwar in seiner Individualität selbst“<sup>22</sup>, die Subjekt-Objekt ist. Bei vorausgesetzter Verurteilung richtet sich das Cogito auf seinen Körper, der empirisch beurteilt wird durch eine Selbstprüfung, die der Wissensproduktion der Inquisition entspricht.

36.

Folgt man Foucault, dann war bereits die auf den Glauben bezogene Inquisition „der erste aber grundlegende Ansatz zur Konstituierung der empirischen Wissenschaften; sie war die juristisch-politische Matrix des experimentellen Wissens, das am Ende des Mittelalters... in die Ordnung eines unbegrenzten, die ‘Tatsachen’ feststellenden... Diskurses transkribiert (worden ist)“.<sup>23</sup> Entscheidend für diese Transkription ist die Pest, die noch als das den Glauben prüfende Wort Gottes fungiert, und schon das Wörterbuch einer für die Wissenschaften vom Menschen konstitutiven Disziplinaranalyse ist. Ihr empirisches Erkennen, ihre „kleinlichen und boshaften... Nachforschungen“, die in erster Linie auf die körperliche und geistige Gesundheit zielen, hat in der Inquisition sein Operationsmodell, das mehr

## Das Modell der Pest

und mehr unabhängig von seiner „historischen Verwurzelung“ als Prüfungs-Technik funktioniert, ob sie Überprüfung durch die Obrigkeit oder Selbstprüfung ist. In dieser Prüfungs-Technik verknüpfen sich das Zeremoniell der Macht (die Gerichtsuntersuchung bzw. ihre Internalisierung) und die Formalität des Experiments (der Inquisit wird an einen Abort gebracht bzw. individualisiert), die Entfaltung der Stärke (seine Verurteilung bzw. seine Selbst-Verurteilung) und die Ermittlung der Wahrheit (der Inquisit als Erkenntnisgegenstand bzw. Gegenstand seiner Selbst-Erkenntnis): „Im Herzen der Disziplinarstrukturen manifestiert die Prüfung die subjektivierende Unterwerfung jener, die als (pathologische) Objekte wahrgenommen werden, und die objektivierende Vergegenständlichung jener, die zu (normalen) Subjekten unterworfen werden.“<sup>24</sup>

37.

Je mehr das Bedenkenlose des Körpers aber dem „ich denke“ untergeordnet und die Hinrichtung zugunsten der Abrichtung aufgegeben wird, desto mehr erübrigt sich auch die Quarantäne, die prinzipiell Einsperrung auf der Basis der Aussperrung ist und darum mehr am „Modell des Aussatzes“ partizipiert, an seiner massiven und zweiteilenden Grenzziehung, als am „Modell der Pest“, das letztlich keine Grenzziehung zwischen Gesunden und Kranken kennt. Denn im „Modell der Pest“ ist jeder potentiell infiziert. Seine Disziplinarstrukturen müssen darum in ihrer Konsequenz auf den Panoptismus zielen, der in ihrem „augenscheinlichen“ Geist angelegt ist. Je mehr der Körper als Leichnam und Ding zu einer von seinen Sinnen angetriebenen Gliedermaschine wird, desto mehr transformiert sich die Ausnahmedisziplin der Pest, die mittels Belagerungszustand durchgesetzt wird, in eine Normaldisziplin. Sie ist desto weniger an einen Ort von Aus- und Einschluß gebunden, je mehr die Einzelnen als Teil einer „Bevölkerung“, die sich zur „Disziplinargesellschaft“ umstrukturiert, das beliebig zu verallgemeinernde Schema des Panoptismus internalisieren, kraft dessen jeder zu seinem eigenen Aufseher und Gefangenen wird, indem er sich frei bewegt. „Die Macht wird tendenziell unkörperlich, und je mehr sie sich diesem Grenzwert annähert, um so beständiger, tiefer, endgültiger und anpassungsfähiger werden ihre Wirkungen: der immerwährende Sieg vermeidet jede physische Konfrontation und ist immer schon im Vorhinein gewiß.“<sup>25</sup>

38.

Wenn also Artaud 1933 die Pest als latente Tiefenschicht der Grausamkeit bezeichnet, in der sich alle perversen Möglichkeiten des Geistes lokalisieren, dann ist es diese Internierung der „Ansteckungen“, die Camus 1948 in „Belagerungszustand“ durch die Personifikation der Pest als „Lehrzeit“ annonciert, wie sie für die Moderne bis hin zu NS und Zweitem Weltkrieg bestimmend ist. Ihre totalitären und

militärischen Disziplinarstrukturen können sich schließlich auf die Abrichtung der Körper verlassen, in denen Artaud umsonst durch die Sprache des schwarzen Todes ein „organisches Gewitter ohnegleichen“ provoziert, denn je mehr er die Pestsymptome konkretisiert, desto mehr stößt er auf das Gegenteil dessen, was er mit ihnen verbindet: Anarchie, Raserei, Delirium. Der „geöffnete Leichnam des Pestkranken weist (jedoch) keine Schädigungen auf“. Zwar „deutet (alles) auf eine fundamentale Störung der gesamten Sekretion. Aber es gibt keine stoffliche Einbuße... keine organischen Veränderungen“. Trotz „Paroxysmus“ ist „nichts geschehen“. Als ob es um die Tatsache „eines beinahe abstrakten Leidens an sich“ geht, bei dem sich nur feststellen läßt: „der Körper ist steinhart“<sup>26</sup>.

39.

Artaud, der 1948 in Ivry als „Nervenkranker“ stirbt, liest die Sprache des schwarzen Todes offensichtlich unter der Bedingung, daß die Moderne den Körper als Leichnam und Ding konstituiert: eine Bedingung, die er aufheben will. Camus nimmt diese Bedingung auf unter dem Aspekt, daß das Unkörperliche dieses „beinahe abstrakten Leidens an sich“ durch Disziplinarstrukturen begründet ist, die über NS und Zweiten Weltkrieg hinaus auf heute verweisen. „Heute ist die Technik (der Pest) perfekt... um mit Hilfe einer Minderheit gut ausgewählter Toter eine Mehrheit von Sklaven zu beschaffen... Darum werden wir jetzt, nachdem wir die nötige Anzahl von Menschen getötet oder erniedrigt haben, ganze Völker in die Knie zwingen. Keine Schönheit, keine Größe wird uns widerstehen. Wir werden über alles siegen.“<sup>27</sup> Schönheit und Größe sind für Artaud das Leben im Tod. Der Aufruhr, der jeden „zu einem grandiosen und überspannten Wesen“ werden läßt, Camus führt dagegen den Tod im Leben vor. Die Knechtung, die jeden zum Sklaven eines Überlebens macht, wie es bereits Defoe in seinem „Pestjournal“ für die Moderne perspektiviert. Denn er beendet seinen „Bericht“ mit dem Reim: „in London war die böse Pest/ Im fünfundsechziger Jahr./ Die fegte hunderttausend Seel'n hinweg; doch ich noch da!“<sup>28</sup> Von diesem Dasein aber stellt er gleich zu Anfang klar, „daß zu erfahren, was aus mir selber wurde... keinen roten Heller wert ist“<sup>29</sup>.

40.

Unter dem Aspekt, daß er „für Menschen“ schreibt, die „einmal in dieselbe Bedrängnis kommen“, münzt Defoe das Leben in eine Strategie des Überlebens um, die antizipiert, was Camus' Personifikation der Pest in einem Satz zusammenfaßt: ein Lebender als „Toter hat (zwar) etwas Erfrischendes, aber er bringt nichts ein. Alles in allem ist er nicht so viel wert, wie ein Sklave“<sup>30</sup>, der den Unwert seines Lebens im Überleben akzeptiert. Soweit dieses Überleben von einer „Macht zum Leben“ abhängig ist, die heute – nach der Bekämpfung der Pest als Infektionskrankheit – zu ihrer gentechnologischen Produktion als B-Waffe übergeht, ist die

## Das Modell der Pest

Beschaffung einer Mehrheit von Sklaven mit Hilfe einer Minderheit gut ausgewählter Toter keine Schwierigkeit mehr. Stattdessen wird sich mehr und mehr ein Panoptismus gentechnologischer Überwachung und Kontrolle manifestieren, in dem die latente Tiefenschicht der Grausamkeit nicht mehr, wie Artaud projiziert, an der Oberfläche alle perversen Möglichkeiten des Geistes ausspricht. Denn diese perversen Möglichkeiten sind mit der DNS-Rekombination von Krankheitserregern normalisiert. Mit der gentechnisch aufgerüsteten Pest ist der schwarze Tod zum weißen Tod geworden. In diesem Tod, der „fast, clean and easy“ ist, kulminiert das Disziplinarregime der Pest, das heute Todes- mittels Lebensproduktion ist.

- \* Der Text war Gegenstand eines Vortrages der Autorin am 23. Mai 1992 an der Universität Leipzig.
- 1 A. Artaud, *Das Theater und die Pest*, in: *Das Theater und sein Double*, Frankfurt/M. 1969, S. 33.
  - 2 Ebenda, S. 22.
  - 3 A. Camus, *Belagerungszustand*, in: *Dramen*, Hamburg 1959, S. 145.
  - 4 M. Foucault, *Überwachen und Strafen*, Frankfurt/M. 1976 (Paris 1975), S. 253-254.
  - 5 G. Treusch-Dieter, *Hexe - Seele - Dämon*. Zur Transformationsproblematik der Seele zwischen 15. und 17. Jahrhundert, in: *Die Seele. Ihre Geschichte im Abendland*, hrsg. von G. Jüttemann/Ch. Wulf/M. Sonntag, Weinheim 1991, S. 157 (zitiert aus dem „Hexenhammer“).
  - 6 Alle in Abschnitt 6 folgenden Zitierungen vgl. ebenda, S. 157f.
  - 7 Königlich Preußisches Pestreglement von Friedrich 1709. Staatsbibliothek, Berlin; vgl. auch die sonst zitierten Dokumente ebenda.
  - 8 D. Defoe, *Ein Bericht vom Pestjahr*, Bremen 1965. Alle Zitierungen in Abschnitt 11 ebenda, S. 33f. Defoes Bericht ist 1722 in London erschienen, er bezieht sich jedoch in der Form des Tagebuchs auf das Londoner Pestjahr 1665, das Defoe nicht selbst erlebt hat, sondern aus Dokumenten rekonstruiert. Durch die von ihm gewählte Form des Tagebuchs wird er richtungweisend für die moderne Berichterstattung.
  - 9 Ebenda, S. 54.
  - 10 Ebenda, S. 124f.
  - 11 M. Foucault, a.a.O., S. 248.
  - 12 D. Defoe, a.a.O., S. 33.
  - 13 M. Foucault, a.a.O., S. 249.
  - 14 R. Descartes, *Meditationen über die Grundlagen der Philosophie*, Hamburg 1960, S. 16.
  - 15 M. Foucault, a.a.O., S. 256.
  - 16 D. Defoe, a.a.O., S. 144.
  - 17 *Pestreglement*, Georges II., 1738, vgl. Anmerkung 7.
  - 18 Ebenda.
  - 19 D. Defoe, a.a.O., S. 124f.
  - 20 R. Descartes, a.a.O., S. 22, 29, 23, 29 in der Abfolge der Zitierungen in Abschnitt 32.
  - 21 D. Defoe, a.a.O., S. 219.
  - 22 M. Foucault, a.a.O., S. 246.
  - 23 Ebenda, S. 290.
  - 24 Ebenda, S. 238.
  - 25 Ebenda, S. 261.
  - 26 A. Artaud, a.a.O., S. 22f. und S. 27.
  - 27 A. Camus, a.a.O., S. 183.
  - 28 D. Defoe, a.a.O., S. 227.
  - 29 Ebenda, S. 15.
  - 30 A. Camus, a.a.O., S. 183.

---

## Mitteilungen und Berichte

### Johann Gottfried Herder: Geschichte und Kultur

Der vierte Kongreß der *International Herder Society* (IHS) mit dem Generalthema „Johann Gottfried Herder: Geschichte und Kultur“ war zugleich die erste Tagung dieser Vereinigung auf deutschem Boden. Der Einladung der gastgebenden Bochumer Ruhr-Universität zu vier vom 10. bis 13. Juni 1992 veranstalteten Tagung folgten fast fünfzig Wissenschaftler aus mehreren Ländern. Eingerahmt vom Plenarreferat *Ulrich Gaiers* (Konstanz) und dem Schlußvortrag *Günter Arnolds* (Weimar) über die Voraussetzungen und Probleme einer Biographie Herders tagten acht Sektionen, wobei die im folgenden skizzierte Arbeitsgruppe „Literatur und Geschichte, Geschichtsschreibung, Geschichtsphilosophie, Zeitgeschichte“ (daneben: Sozial- und Mentalitätsgeschichte/ Sprache, Literatur, Ästhetik/ Herders Kulturbegriff, Interkulturelles/ Translatio studii und moderne Wissenschaft/ Herder und die jüdisch-christliche Welt/ Wissenskonzeptionen und Einzelwissenschaften bei Herder/ Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte) den breitesten Raum einnahm.

Der einführende Plenarvortrag „Literatur und Geschichte“ stimmte bereits auf das immer wieder in der Diskus-

sion mitschwingende Problem ein, ob – und wenn, wie – im Oeuvre Herders überhaupt Trennlinien zwischen Geschichtsschreibung, Geschichtsphilosophie und Poesie gezogen werden können. *Gaiers* verwies auf die schon von früheren Denkern bemerkte Tatsache, daß zwar nachträglich eine Verquickung all dieser Elemente im Denken Herders auszumachen sei, es sich freilich ursprünglich immer um ein ganzheitliches Denken gehandelt habe. Dabei war Herder sehr wohl bestrebt, etwa durch eine exakte Begriffsbildung auf wissenschaftliche Weise die Welt zu beschreiben. Von hier aus umriß der Vortragende Unterschiede z.B. zwischen Kant und Herder, um so das Spezifische in dessen Vorgehensweise zu bestimmen. In der späteren Diskussion wurde *Gaiers* Ansicht, man könne die drei geschichtsphilosophischen Modellvorstellungen Dekadenz, Zyklus und Fortschritt zwar bei Herder sämtlich antreffen, doch sei keine davon favorisiert worden; statt dessen habe er die überquellende Vielfalt der Welt letztendlich im Gottgedanken zu vereinen gesucht, auch in Frage gestellt. Einigkeit bestand dagegen in der Auffassung, Literatur sei in Herders Verständnis ein geschichtsmächtiger Faktor, ja, Geschichte selbst gewesen.

Als erster Redner im genannten Arbeitskreis widmete sich *Otto Dann* (Köln) dem Zugang Herders zur Geschichte in der Zeit von 1764 bis 1770. Anhand der Überlieferungen sei beispielsweise erkennbar, daß Herder über das Studium der sich verändernden Sprache ein feines Gespür für die Geschichtlichkeit aller Verhältnisse gewonnen habe, das seinen Sinn für die Notwendigkeit ihrer Erforschung außerordentlich geschärft hätte. Zugleich erkannte er die immense Rolle der Sprache für die Konstituierung der Völker. Eine auch später noch einmal debattierte Frage klang an, als *Dann* anregte, die z.B. von *Meinecke* herrührende Charakteristik Herders als eines Vorläufers des deutschen Historismus kritisch zu bedenken. Hierauf entspann sich eine Diskussion, die auch danach fragte, inwieweit der lebensgeschichtliche Aspekt Herders Verständnis der Historie befördert habe. Der naturtypologischen Fundierung Herderscher Geschichtsphilosophie ging *Wilfried Malsch* (Amherst) nach. Er betonte das Einheitliche in dessen Denken. So, wie Natur und Gesellschaft in eins aufgefaßt worden seien, habe Herder die Entwicklung des Menschen als vornehmste Form der Naturentwicklung begriffen. Urbilder und Grundbausteine seien ein Schlüssel für das Verständnis aller späterer Entwicklung, etwa die Schneeflocke in ihrer regelnäßigen Gestalt oder das normsetzende Vorbild der antiken griechischen Gesellschaft.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Geschichtsauffassungen Her-

ders und des jungen Hegel standen im Zentrum des Beitrages von *Otto Pöggeler* (Bochum). Die Interdependenzen seien heute, so der Referent, unbestritten, unterschiedlich würden jedoch Intensität und Wandlungen beschrieben. Man könne an der Hegelschen Konstruktion des wandernden Weltgeistes die Inspirationen Herders sehr eindringlich wahrnehmen. Etwa habe *Dilthey* diesen Einfluß überzeugend herausgearbeitet, doch hätten spätere Interpreten – so *Bloch* oder *Lukacs* – diese Beziehung eher verunklart. *Pöggeler* verwies schließlich darauf, daß das Nachspüren sich hier weniger auf die Vorlesungen zur Philosophie der Weltgeschichte konzentrieren sollte, vielmehr böte sich Hegels Phänomenologie des Geistes als Studienobjekt an. Eine angeregte Debatte löste die Frage aus, in welchem Maße bei beiden das Böse als eine geschichtliche Triebkraft aufgefaßt wurde.

Auf der Suche nach begrifflicher Fassung der erkenntnistheoretischen und metaphysischen Grundlagen der Geschichtsphilosophie Herders warb *Marion Heinz* (Wuppertal) für die Charakteristik der Bückeburger Zeit mit der Formel eines sensualistisch überformten Idealismus. Sie ging hierzu u.a. detailliert den Modifizierungen des Herderschen Begriffs von der Seele nach. Er habe beispielsweise von *Mendelssohn* übernommene Gedanken über dieselbe dahingehend verweltlicht, daß die Vervollkommnung der Seele als eine zentrale Dimension menschl-

## Mitteilungen und Berichte

chen Daseins anvisiert werden konnte. Daneben galten ihre Überlegungen der Frage, welche Konsequenzen für Herder entstanden, als er die Möglichkeit der Übertragung von Lebensaltertheorien auf die gesamte Gattung überprüfte. Damit inspirierte Heinzelne Diskussion zur Frage, ob Herder hier nicht einer Synthese von Weltgeschichte und Heilsgeschichte nachging.

Dem Problem Herder und der Historismus sind zwei Beiträge zuzuordnen. Jürgen C. Jacobs (Wuppertal) visierte sogleich eine zentrale Fragestellung an, als er auf die Dynamik von Selbstverständnis jeder Kultur aus sich selbst heraus einerseits und dem einigenden Band aller Unterschiede aufhebender, einheitlicher menschlicher Natur andererseits hinwies. Herder habe das hier entspringende Problem in seiner ganzen Tragweite erkannt, als möglichen Ausweg begriff er die Untersuchung der Kulturen in ihrer geschichtlichen Aufeinanderfolge. Freilich bleibe das letzte ordnende Prinzip – weil göttlich – nicht erkenn- und erfahrbar. Der Versuch, alles Bisherige zu verstehen, lohne trotzdem, denn vornehmliches Ziel sei nicht das Eindringen in diese verschlossenen Bereiche, sondern Nutzen für die Gegenwart. Daher repräsentiere Herder ein pragmatisches Verständnis vom Lernen aus der Geschichte. Er sei durch die Erkenntnis ihrer begrenzender Schranken nicht entmutigt worden, sondern vielmehr vorangeschritten.

Tino Markworth (Stanford) markierte die Herdersche Wandlung zum

Historismus zwischen 1771 und 1773, dabei interpretierte er das Jahr 1772 als Paradigmawechsel. Hier würde die zuvor am stärksten gewichtete Fortschrittskonzeption zugunsten einer dem Historismus zuzurechnenden Geschichtssicht (etwa die Sinnlosigkeit, das Ganze erfahren zu wollen, Erfahrung der Begrenztheit individueller Sicht und Anerkennung der Sinnstiftung des historischen Prozesses durch göttliche Vorherbestimmung) aufgegeben. Die materialintensiv entwickelte Grundaussage provozierte für die Diskussion die Frage, ob denn tatsächlich mit dem Begriff des Historismus diese Sichtweise zutreffend benannt sei.

Der Relation von Individual- und Universalgeschichte am Beispiel des Herderschen Reisejournals ging Yoichio Shimada (Fukuoka) nach. Dieses Journal gewinne auch deshalb besondere Bedeutung, weil es hekanntlich nicht als Tagebuch auf einer Reise entstanden sei. Vielmehr wurde es von Herder nachträglich in einer Bibliothek abgefaßt. Dieser Kunstgriff rege eine Reihe von Fragen an. Etwa wäre über die Stellung von Reiseliteratur und ihre zeitgenössische gesellschaftliche Funktion nachzudenken. Shimada charakterisierte das Erleben des Unterwegsseins, der Ortsveränderung bei Herder als den „archimedischen Punkt“, der gestatte, Sichten auf andere, unbekannte Orte, Umstände und damit auch Zeiten zu werfen. Deshalb reiche die Tragweite dieser Aufzeichnungen weit über die Rolle

bloßer Unterrichtung über individuelles Erleben in der Fremde hinaus, sei eine spezielle Form des Versuches, über Veränderlichkeit der Menschheit zu berichten und so selbst ihre Entwicklung anzuregen. Gedanken zu Herders Quellen für dieses Manuskript und seine literarische Form rundeten den Beitrag. *Werner Rieck* (Potsdam) folgte im Herderschen Schaffen den sich wandelnden Urteilen über Friedrich II., er konnte mit sorgfältig interpretierten Textauszügen ein sich veränderndes, erstaunlich differenziertes Bild ohne jede Eingleisigkeit rekonstruieren. Bei aller erkennbaren Ambivalenz, die eindimensionales Auf-den-Begriff-bringen ausschließe, konstatierte *Rieck*, daß Herder am Ende seines Lebens zu milderem Urteil und positiverer Gesamtsicht als in früherer Zeit neigte. Nicht nur angehäuften Lebenserfahrung spiele hier eine Rolle, auch müsse als stets wirkende Folie die jeweilige zeitgenössische Entwicklung mitbedacht werden. Daß Herder zu solch abgewogenem Urteil gelangt sei, bestehe noch heute und sei zugleich einprägsames Exempel für seine Auffassung, daß Vernunft, Erfahrung und ältere Zeiten uns sagen könnten, was wir hoffen dürfen und was uns verschlossen bleibe.

Der Kongreß gewann seine besondere Attraktivität von der breitgestreuten Sicht auf die Herder betreffenden Forschungsfragen. Neben eher esoterischen Disputen zwischen gründlichen Kennern seines Lebens über Einzelaspekte in Biographie und Werk

wurde erfreulich häufig in disziplinübergreifender und vielfältige Fragestellungen einbeziehender Sicht zu den Referaten Stellung genommen. Aus dieser Perspektive gewinnt auch die weitere Bemühung um die genaue Ortsbestimmung Johann Gottfried Herders in einer Geschichte der Geschichtswissenschaft neue Antriebe. Von diesem Manne, der im Vorfeld der Verwissenschaftlichung der Geschichtsschreibung tätig war, gingen so vielfältige Impulse aus, daß nur eine alle Momente einbeziehende Würdigung befriedigen kann. Manch wichtige Anregung ging hierzu von dieser Zusammenkunft aus.

Der Ertrag der Bochumer Tagung soll vor allem im internationalen Herder-Jahrbuch zum Abdruck kommen. Nächster Gastgeber des 1994 stattfindenden Herder-Kongresses wird Weimar sein.

Gerald Diesener

### **L'idée de l'Europe, vecteur des aspirations démocratiques: les idéaux républicains depuis 1848** **Internationales Kolloquium in Besançon, 14. bis 16. Mai 1992**

Das seit 1968 an der Université de Franche Comté in Besançon bestehende Forschungszentrum „Histoire et littérature dans les pays de langues européennes“, das über zwanzig stän-

## Mitteilungen und Berichte

dige Mitarbeiter zusammenfaßt und nicht nur in der Forschung, sondern auch in der Studenten- und Doktorandenausbildung aktiv tätig ist, veranstaltete unter Leitung von *Marita Gilli* ein internationales Kolloquium zur Thematik „Die Europaidee, Träger demokratischer Erwartungen: Die republikanischen Ideale seit 1848“. Innerhalb des Dreiklangs Europa – Demokratie – Republik lag der Akzent auf letzterer, sicher nicht ganz zufällig im Jahr des 200. Geburtstages der ersten französischen Republik. Die Zusammenkunft belegte – ebenso wie eine stattliche Anzahl von Publikationen – die Dynamik des Zentrums, steht sie doch bereits in der Folge mehrerer Kolloquien im Zweijahresrhythmus und wird im Rahmen des Programms „Entwicklung und Verbreitung der europäischen Idee, Kontinuitäten und Brüche“ weitere Veranstaltungen nach sich ziehen.

Rund dreißig Literaturwissenschaftler und Historiker aus Frankreich, Belgien, Spanien, Großbritannien, Österreich, der Schweiz und Deutschland diskutierten zweieinhalb Tage lang über Fort- und Rückschritte der Europaidee, über das Verhältnis von Nationalismus, Regionalismus und Demokratie, von Monarchie und Republik in den verschiedenen europäischen Ländern seit der Revolution von 1848 bis ins 20. Jh. hinein. Die Beiträge brachten eine Vorherrschaft – in der Zustimmung wie in der Ablehnung – des französischen Modells der Republik von 1792, modifiziert durch jene

von 1848, beeinflusst wiederum durch die Pariser Kommune 1871, im europäischen Denken während des gesamten 19. Jh. zu Tage (*Ph. Raxhon*, Liège), zugleich jedoch die Bewußtwerdung der Tatsache, daß blinde Nachahmung des französischen Vorbildes mitnichten zum Erfolg führen könne, wie es sich u.a. in Leipziger Zeitungen der Jahre 1848/49 nachvollziehen läßt (*M. Middell*, Leipzig). Die Wahrnehmung des Auseinanderfallens von Idealbild, das Frankreich seit 1789 verkörperte, und der französischen politischen Wirklichkeit im 19. Jh. führte wiederum – etwa in Teilen der deutschen Arbeiterbewegung zwischen 1870 und 1914 – zur Abnutzung des republikanischen Ideals. Einige Beiträge widmeten sich der deutschen Sozialdemokratie seit 1870, ihren Divergenzen zu den französischen Sozialisten (mit implizierter Frage, ob diese denn bis heute vollständig überwunden seien), ihrer Abkehr von der Forderung einer Republik und ihrer allmählichen politischen Integration in den Bismarckstaat (*A. Schumacher*, Besançon; *L. Calvie*, Grenoble). Das Verhältnis von Föderalismus und Zentralismus bei deutschen Sozialdemokraten und französischen Sozialisten wie innerhalb der deutschen Sozialdemokratie wurde ausführlich diskutiert, die unterschiedliche Gewichtung republikanischer wie monarchischer Traditionen hervorgehoben (etwa anhand der „königlich-bayerischen Sozialdemokratie“). Ausgeprägtes regionales Bewußtsein konnte die Europaidee seit dem 19. Jh.

unter geistiger Umgehung des Nationalstaates konsequent entwickeln, wie am Beispiel des rheinischen Regionalismus dargestellt wurde (*V. Wittmütz*, Wuppertal). Die Gegenüberstellung von Monarchie und Republik in den Ländern der k.u.k. Monarchie führte zur Thematisierung unterschiedlicher Erscheinungsformen von Demokratie in verschiedenen Staatstypen sowie der Differenzierung zwischen juristischem bzw. sozialem Verständnis von Republik. Ob seiner aktuellen Bezüge rief ein Beitrag über den russischen Liberalismus im 19. Jh. sowie über die „traditionell“, spätestens seit Peter I., immer wieder problematisierten Beziehungen Rußlands und der Slawen in und zu Europa angeregte Diskussion hervor (*D. Jena*, Jena). Der Problematik von Nation, Republik und Demokratie bei der Herausbildung und Entwicklung des spanischen Liberalismus im Spannungsfeld zwischen Spanien und Katalonien (1830-1936) widmeten sich *F. Bonamusa*, *I. Castells*, *A. Duarte* und *A. Salles* (alle Barcelona).

Bis in Literatur und Lyrik hinein wurde den Ideen über Europa und Republik nachgespürt: Emile Zola (*H. J. Müller*, Innsbruck), G. Carducci (*W. Krömer*, Innsbruck), Carlo Dossi (*M. Dias-Rozzotto*, Besançon), Stefan Zweig (*M. Natter*, Besançon), österreichische Literaten wie Musil oder Werfel (*Z. Konstantinovic*, Innsbruck) standen als Beispiele für individuelle Verknüpfungen von Gesellschaftsanschauung, Nationalgeschichte und Ästhetik zur Diskussion.

Mit dem Kolloquium wurde zugleich eine neue Arbeitsphase im internationalen Forschungsverbund Besançon-Innsbruck-Barcelona eingeleitet, der gemeinsame Forschungsvorhaben, Publikationen und wissenschaftliche Veranstaltungen, Studenten- und Dozentenaustausch umfaßt.

Katharina Middell

### **Von der Diktatur zur Demokratie – Vergleich Lateinamerika/Osteuropa**

Am 7. Mai 1992 hielt *Hans-Jürgen Puhle* (Frankfurt/M.) im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Überlieferte und neue Kategorien zur Beschreibung und Erklärung gesellschaftlicher Transformation“ am Interdisziplinären Zentrum für vergleichende Transformationsforschung der Universität Leipzig einen Vortrag zum Thema „Von der Diktatur zur Demokratie – Vergleich Lateinamerika/ Osteuropa“.

Eingangs umriß er die Problematik des Vergleichs der Transition von Diktatur zu Demokratie in Lateinamerika und Südeuropa mit Osteuropa, da die klassischen Transitionstheorien unter den westlichen Bedingungen liberal-kapitalistischer Wirtschaftsformen entstanden sind, während in Osteuropa parallel eine fundamentale sozio-ökonomische Umwälzung abläuft. *Puhle* erläuterte die Begriffsbestimmungen „autoritäre Regime“ in Lateinamerika

## Mitteilungen und Berichte

und „posttotalitäre“ bzw. „sultanistische“ Regime in Osteuropa von Juan Lins und stellte Kriterien auf, nach denen die Transition in einzelnen Ländern miteinander verglichen werden könne. Darunter fielen unter anderem Fragen wie: Handelte es sich um paktierte oder nichtpaktierte Übergänge? Welchen Einfluß nahm das Ausland? Auf welche demokratischen Traditionen konnte zurückgegriffen werden? Wie wurden die Militärs kontrolliert?

Hinsichtlich Osteuropas müsse seiner Meinung nach auf die besondere Rolle der Ideologie, die überragende Funktion des Partei- und Staatsapparates und die Bedeutung des Rückzuges der Hegemonialmacht Sowjetunion hingewiesen werden. Dann ging er auf Unterschiede der Transition zwischen verschiedenen Ländern Osteuropas ein, die vor allem aus dem unterschiedlichen sozio-ökonomischen Entwicklungsstand resultieren. Eine Schlüsselrolle für die weitere Entwicklung spielen auch die ersten Wahlen. Schließlich betonte er, daß in jeder Etappe der Transition zur Demokratie mit Rückschritten gerechnet werden muß, besonders in Lateinamerika, wo die Konsolidierung der Demokratien am Cono Sur noch nicht beendet ist.

In der Diskussion ging es verständlicherweise in erster Linie um die Demokratisierung Osteuropas, besonders um die Frage, welche Risiken die entstehenden Nationalismen in Osteuropa und die sozialen Konflikte, die parallel im Transitionsprozeß aufbre-

chen, in sich bergen, und um die Sonderrolle Ostdeutschlands. Mehrere Redner wiesen auf die Fruchtbarkeit des vergleichenden Theorieansatzes hin, aber auch auf die Gefahr, gänzlich verschiedene Dinge miteinander zu vergleichen. Auch sei zunächst genauestens zu definieren, was eigentlich unter Demokratie zu verstehen sei und ob bzw. wie dieser Begriff auf nicht-westliche Kulturen angewandt werden könnte.

Ulrike Schmieder

### **Deutsche Geschichte von innen und außen gesehen – Kritische Sichten ostdeutscher und amerikanischer Historiker**

Ein vom Fachbereich Geschichte der Universität Leipzig gemeinsam mit dem International Research & Exchanges Board (Princeton) veranstaltetes Kolloquium zu aktuellen Trends der Historiographieentwicklung und Forschung zur deutschen Geschichte vereinte US-amerikanische und deutsche Historiker vom 21. bis 23. Mai 1992. Die Tagung ordnet sich ein in eine Reihe von deutsch-amerikanischen Historikertreffen, die zunächst vor allem von Vertretern der Faschismusforschung getragen wurden (Berlin 1987, Princeton 1989) und sich später auf die kritische Diskussion der DDR-Geschichtswissenschaft ausweiteten

(Berlin 1990).<sup>1</sup> Neben einer kritischen Sicht auf die Entwicklung der DDR und deren Geschichtswissenschaft standen Methodendiskussion und Forschungsprojekte Leipziger Historiker zur neueren und neuesten Geschichte im Mittelpunkt der Leipziger Tagung, die nach *Georg Iggers* (Buffalo) davon Zeugnis ablegte, „wie die Historiker im Osten Deutschlands nach einer zweifellos notwendigen kritischen Standortbestimmung zur konkreten Feldforschung zurückfänden“.

Einleitende Bemerkungen aus der Sicht der Gastgeber erfolgten von *Siegfried Hoyer* (Leipzig), der auf kulturgeschichtliche wie wissenschaftspolitische Aspekte der Leipziger Universitätsgeschichte verwies. *Konrad Jarausch* (Chapel Hill) betonte in seiner Erwiderung die Notwendigkeit der methodischen Öffnung der (ost-)deutschen Geschichtswissenschaft, die sich über einen längeren Zeitraum in einem deutsch-deutschen „Grabenkrieg“ von wichtigen Trends der internationalen Historiographieentwicklung isoliert hätte. Er hob die Rolle der deutschen Emigration nach England und in die USA als eine noch zu oft vernachlässigte Strömung bei der Diskussion der Forschungen zur deutschen Geschichte hervor und betonte die Verantwortung des Historikers bei der Verteidigung einer „kritischen Geschichtswissenschaft“ als Gegengewicht zum Positivismus, der im Zuge der Nationalgeschichtsschreibung eine neue Konjunktur erlebe.

In einem ersten Schwerpunkt standen aktuelle Trends der internationalen Historiographie und neue methodologische Strömungen sowie deren Reflexion bzw. Nichtreflexion in der DDR-Geschichtswissenschaft im Mittelpunkt der Diskussion. Zur Entwicklung der DDR-Historiographie nahmen *Gerald Diesener* (Leipzig), der den Forschungsbedarf für eine „Sozial- und Kulturgeschichte der DDR-Geschichtswissenschaft“ hervorhob, und *Matthias Middell* (Leipzig) Stellung. Letzterer schlug eine differenzierte Sicht auf die DDR-Geschichtswissenschaft und -kultur aus dem Blickwinkel einer notwendigen Unterscheidung von deutscher und allgemeiner Geschichte vor und hob die Notwendigkeit einer weiteren Profilierung der Forschungen zur außerdeutschen Geschichte hervor. Die Diskussion wurde weiter angeregt durch eine Fallstudie über die Entwicklung der „marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft“ an der Universität Leipzig im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik wie auch innerzünftiger Kontroversen im ersten Jahrzehnt nach dem Ende des zweiten Weltkriegs von *Veit Didzuneit* (Leipzig).

Einen Schwerpunkt des Meinungsstreites bildete die Stellung des Marxismus – auf die Schwierigkeiten einer handhabbaren Definition wurde in der Diskussion mehrfach verwiesen – in der internationalen Methodendiskussion. Nach einem einführenden Beitrag von *Iggers*, der dafür plädierte, den originären Beitrag von Marx mit

## Mitteilungen und Berichte

seinen Stärken und Schwächen stärker in den Blick zu nehmen, und auf die Vielfalt/Diversivität der Theorieangebote des westeuropäischen Marxismus verwies, ergänzt durch Bemerkungen von *Eckhardt Fuchs* (Berlin) zum Selbstverständnis marxistischer Historiker in England, wurden anthropologische Fragestellungen (*David Sabean*, Cornell), postmoderne Diskussionsangebote (*Jane Caplan*, Bryn Mawr College/ Pennsylvania, *Wolfgang Ernst*, Leipzig) und kultursoziologische Fragestellungen (*Michael Geyer*, Chicago) vorgestellt. *Geyer* hob die Herausbildung neuer sozio-kultureller Strukturen als Herausforderung an die Geschichtswissenschaft hervor. Die Referenten betonten übereinstimmend die Bedeutung des „Subjekts“ in den neuen Theorieangeboten, welche lange Zeit von der sozialwissenschaftlich determinierten Geschichtswissenschaft vernachlässigt worden war. *Caplan* plädierte in Anknüpfung an *Jarausch* für die Notwendigkeit einer „kritischen Geschichtswissenschaft“ und stellte sich dem Problem der „Erfahrungsgeschichte“ zwischen Marxismus und Postmoderne.

*Andreas Graf* (Berlin) und *Susanne Schötz* (Leipzig) stellten mit der Anarchismus- und Frauengeschichtsschreibung Themenfelder vor, die sich im Osten Deutschlands in der Um- und Neuorientierung befinden. *Graf* kritisierte die langjährige Frontstellung von Anarchismus und „organisierter Arbeiterbewegung“ sowie die Stilisierung des „Revoluzzers“ in der Geschichts-

wissenschaft der DDR, die den Blick für eine dringend gebotene Erforschung des Anarchismus als kultur- und ideologiegeschichtliches Phänomen verstellten. *Schötz* setzte sich mit einer einseitigen Ausrichtung der Frauenforschung auf politisch motivierte wie politikgeschichtlich determinierte Fragestellungen auseinander und verwies auf methodischen wie forschungspraktischen Nachholebedarf, über den auch eine Reihe von interessanten Ansätzen in den letzten Jahren nicht hinwegtäuschen könne. *Jürgen Mothes* (Leipzig) beschäftigte sich mit der Situation des Komintern-Archivs in Moskau und plädierte engagiert für internationale Kooperation bei dessen Sicherung vor außerwissenschaftlichen Verwertungsinteressen und bei der Auswertung unter der Fragestellung des Kolloquiums nach der nationalen und internationalen Dimension von Entscheidungen im 20. Jh.

In einem zweiten Schwerpunkt standen konkrete Forschungsvorhaben von amerikanischen (*Robert Beachy*, Chicago, *Margret Anderson*, Berkeley) und Leipziger HistorikerInnen zur deutschen Geschichte der neueren und neuesten Zeit und deren internationaler Einbettung zur Diskussion, die den Versuch unternahmen, oben genannte Theorie- und Methodenangebote in der konkreten Forschung umzusetzen. *Michael Zeuske* stellte, ergänzt durch Beiträge von *Jörg Ludwig* und *Ulrike Schmieder* (alle Leipzig), ein Projekt zur Untersuchung der Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zwischen Sachsen,

Spanien und Lateinamerika zwischen 1750 und 1850 vor. Er betonte die Fruchtbarkeit der weltwirtschaftlichen Sicht auf die Entwicklung einer Gewerberegion und deren kulturelle Entwicklung/Transformation, etwa mit Blick auf den Wandel der Konsumgewohnheiten (Tabak, Kaffee). In der Diskussion wurde hervorgehoben, die politische Geschichte einzubeziehen, die – etwa am Beispiel der Auseinandersetzung zwischen Sachsen und Preußen, auf die auch *Katrin Keller* (Leipzig) in ihrem Vortrag zum Bild des sächsischen Herrschers in der deutschen Historiographie einging – den Zusammenhang von ökonomischer Prosperität und politischer Führungsschwäche/-stärke und die relative Eigenständigkeit der Teilbereiche aufzuhellen hilft. Anknüpfend an den Beitrag von *Geyer* standen das Wechselverhältnis von Welt-, National- und Regionalgeschichte – wobei vor allem die Bedeutung der Nation am Ende des 20. Jh. kontrovers diskutiert wurde – und die Bedeutung der „Eliten“ zur Diskussion. Letztere wurde angeregt durch eine Fallstudie von *Beachy* zur Verschmelzung von wirtschaftlichen und politischen Eliten in Leipzig im 18. und 19. Jh. *Anderson* plädierte mit Bezug auf die methodischen Anregungen von *C. Geertz*<sup>2</sup> für eine neue Geschichte der politischen Kultur in Deutschland im 19. Jh.

*Ulrich Heß* stellte, unterstützt durch Diskussionsangebote von *Solveig Höppner* und *Hubertus Schraps* (alle Leipzig), ein Projekt zur sächsischen

Geschichte im 20. Jh. vor, daß seine Spannung vor allem aus dem Untertitel „Politische und soziale Konflikte in vier politischen Systemen“ erhält. Der Schwerpunkt liegt auf der Geschichte einer mitteleuropäischen Industrieregion, aber aus kulturgeschichtlicher Sicht wird – wie auch im erwähnten Projekt über Lateinamerika – „das Bild des Fremden“ (*L. Niethammer*), etwa durch den Blick auf die ostjüdische Einwanderung nach Sachsen, das Bild der Sachsen von Lateinamerika oder der jüdischen Kultur bzw. vice versa, thematisiert.

In einem dritten Schwerpunkt wurde die jüngste Geschichte Deutschlands behandelt und der DDR-Historiker noch einmal in das konkrete wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Umfeld eingeordnet. *Michael Lemke* (Berlin) formulierte Thesen zu außen- und wirtschaftspolitischen Determinismen und Handlungsspielräumen in der Geschichte der DDR. Die Betonung jener Determinismen, die sich aus der Bindung der DDR an das östliche Wirtschafts- und Militärbündnis, dem Gegensatz der Machtblöcke im Kalten Krieg und dem deutsch-deutschen Spannungsfeld durch das ausbleibende „Wirtschaftswunder“ im Osten ergaben, forderte in der Diskussion Kritik heraus, vor allem mit Bezug auf eine zu „finale Sicht“ der Thesen. *Lemke* ignorierte bestehende Handlungsspielräume auf deutscher Seite jedoch nicht, die sich z.B. im Zusammenhang mit der „Stalinnote“ vom März 1952 ergaben. Auf eben jene Handlungsspiel-

## Mitteilungen und Berichte

räume ging auch *Michael Rudloff* (Leipzig) ein, der die Diskussion um ein größeres Maß an weltanschaulicher Toleranz in der SED zwischen 1946 und 1949 vorstellte. *Peter Hübner* (Berlin) beschäftigte sich mit politischen und sozialen Strukturen und den sich daraus ergebenden Interessenlagen in den achtziger Jahren (im unmittelbaren Vorfeld des Herbstes 1989). In der Diskussion wurde darauf verwiesen, daß Handlungserwartungen bei Bevölkerungsgruppen nicht allein aus der sozialstrukturellen Zuordnung abgeleitet werden können. Der Kulturwissenschaftler *Michael Hofmann* (Leipzig) stellte die Ergebnisse eines in Anlehnung an Niethammer entstandenen oral-history-Projektes zur Geschichte der Espenhainer Kohlechemiearbeiter vor.<sup>3</sup> Das Projekt untersucht die „Entraditionalisierung“ eines unter dem Nationalsozialismus und in den fünfziger und sechziger Jahren in der DDR privilegierten Arbeitermilieus. *Hoyer* lenkte in der Diskussion den Blick auf eine notwendige Untersuchung der mentalen wie kulturellen Folgen einer täglichen Erfahrung der Umweltzerstörung, und *Graf* verwies auf die Gefahren eines radikalen politischen Rechtsrucks im Zusammenhang mit dem sozialen Abstieg breiter Bevölkerungskreise in den großen Chemiestandorten der DDR. Anlaß zu einer kontroversen Diskussion bot der Beitrag von *Rainer Eckert* (Berlin), der sich mit den Wirkungsmechanismen des Ministeriums für Staatssicherheit an den DDR-Universitäten und den

moralischen wie juristischen Konsequenzen einer Stasi-Mitarbeit von Hochschulangehörigen beschäftigte.

*Charles Maier* problematisierte den Begriff der Revolution für die Entwicklung in der DDR im Herbst 1989 und stellte sie in den Kontext der vergleichenden Revolutionsgeschichte. *Jarousch* analysierte die Unschärfe von Begriffen wie „Wende“ oder „Impllosion“, die für den gesellschaftlichen Umbau in der DDR stehen, und betonte die Rechts-Links-Polarisierung des Diskurses über den Herbst 89 und seine Folgen. Dazwischen stehen vermittelnde Angebote, aber auch „das Schweigen“ jener, die ihre Stimme im Diskurs nicht wiederfinden. *Werner Bramke* (Leipzig) schlug vor, die Revolutionen von 1918 und 1989 zu vergleichen.

Den Schlußpunkt der Tagung bildeten Beiträge zu Stipendien, Projekt- und Publikationsmöglichkeiten aus der Sicht der US-amerikanischen Wissenschaftsorganisatoren (*Beate Dafeldecker*, Princeton) und Historiker (*Ken Barkin*, California/River Side). Letzterer stellte mit „Central European History“ ein zentrales Publikationsorgan für Forschungen zur deutschen Geschichte in den Vereinigten Staaten vor. Die Diskussion wurde angeregt durch Bemerkungen von *Iggers* zur „Storia della Storiografia“, dem zentralen Publikationsorgan der vergleichenden Historiographiegeschichte, und kritischen Betrachtungen zu den Perspektiven der Zeitschriften der DDR-Geschichtswissenschaft.

Das Kolloquium bot den auswärtigen Teilnehmern einen detaillierten und vielfältigen Einblick in den Stand der inhaltlichen Erneuerung der Geschichtswissenschaft im Osten Deutschlands. Die Perspektive auf Sacharbeit und produktive Methodendebatte wurde sichtbar. Für die Teilnehmer aus Ostdeutschland bildete die Veranstaltung einen Moment der Selbstverständigung und zugleich die Gelegenheit zum Gespräch in einer Phase institutioneller Destabilisierung und methodischer Unsicherheit. Insofern fand die positive Bilanz, die *Charles Maier* am Schluß zog, allgemeinen Beifall.

Es ist vorgesehen, Ergebnisse des Kolloquiums in einer Publikation zugänglich zu machen.

Steffen Sammler

- 1 Berliner Debatte INITIAL. 1990. H. 2 (1991). Siehe auch den Tagungsband: Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, hrsg. von K. Jarausch, Berlin 1991.
- 2 Vgl. C. Geertz, Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt/M. 1983.
- 3 Vgl. L. Niehammer/A. v. Plato/D. Wierling, Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin 1991.

### „Gedächtnis und Dokument“. Vortrag am Leipziger Seminar für Geschichte und Theorie der Geschichtswissenschaft

Im Rahmen der von *Wolfgang Ernst* geleiteten Lehrveranstaltung „Aktuelle Geschichtstheorien“, die sich an Studierende wie interessierte Hörerinnen und Hörer mehrerer Leipziger Ausbildungseinrichtungen wendet, hielt am 18. Mai 1992 *Irina Scherbakova* (Moskau) einen Vortrag zum Thema „Gedächtnis und Dokument“. Die Referentin zielte mit dieser Themenstellung vor allem auf ein prinzipielles theoretisches Problem ihrer Arbeit innerhalb der Gruppe „Memorial“, die sich die Erforschung des Lebens in sowjetischen Straflagern zur Aufgabe gemacht hat. Folgerichtig konzentrierte sich ihr außerordentlich engagierter und anschließend mit einer lebhaften Diskussion bedachter Vortrag auf ausgewählte Fragestellungen des Arbeitsprozesses und verzichtete auf abschließende Bilanzen der bislang erreichten Ergebnisse.

Ihr mit vielen Beispielen versehener Bericht zeichnete zunächst die Stufen der 1979 unter konspirativen Bedingungen aufgenommenen Arbeit nach. Zunächst ausschließlich auf das Instrumentarium der Oral history angewiesen, entstand eine Sammlung von Tonkassetten mit Erlebnisberichten Betroffener. Die hier gesammelten Informationen widerspiegeln die erste, fast naiv zu nennende Arbeitsphase: Fragen nach den konkreten Lebens-

## Mitteilungen und Berichte

und Arbeitsbedingungen standen am Anfang. Im Zuge des Vergleichs der dabei erfahrenen Einzelschicksale erwachsen rasch neue Problemstellungen, die diesen Horizont sprengten und immer neue Zugangspunkte für gezielte Interviews gewinnen ließen. Hatten sich etwa aufgrund der Augenzeugenmitteilungen schon bald Unterschiede im Lagerregime zu verschiedenen Zeiten angedeutet, löste das anwachsende Material bald die Frage nach einer Klassifizierung aus.

Mit dem Jahre 1985 veränderten sich die Prämissen der Arbeit. Einerseits rückte die Problemstellung – neben anderen – in das Zentrum des eine breite Öffentlichkeit bewegenden Diskurses, andererseits öffneten sich die Archivtore auch für diese Forschungen in einem noch kurz zuvor für unmöglich gehaltenen Maße. Damit wuchs auch die Bereitschaft ehemals Betroffener, offen über ihre Erfahrungen zu sprechen.

Die Schilderungen von *Irina Scherbakova* machten aber ebenso deutlich, daß mit nicht selten sturzbachgleich anschwellender Materialfülle die Probleme der gezielten Verarbeitung nunmehr ausgebreiteten Wissens ebenso spürbar zunahm. Nicht nur die Quantität stellte eine völlig neue Herausforderung dar, sondern auch die andere Sprache der schriftlichen Quellen gegenüber dem mündlich Erfahrenen forderte eine neue Sicherheit der Quellenkritik. Exemplarisch ist dieser Tatbestand sichtbar, wenn Vernehmungsprotokolle mit

späteren Erinnerungen der Beteiligten (man denke hier zum Beispiel an das auch in anderen Ländern praktizierte Verfahren sog. Schauprozesse) verglichen werden.

Bereits im Vortrag, jedoch stärker noch in der Diskussion spielte eine Rolle, daß der Alltag in diesen Straflagern keineswegs in strenger Scheidung Häftlinge einerseits, Bewachungspersonal andererseits hinreichend beschrieben ist, wie auch oft die Klischees aus deutschen Konzentrationslagern ein unzulässig vereinfachtes Bild entwerfen. Vielmehr bildete sich eine Binnenstruktur heraus, die zeitlich und örtlich verschiedene Ausprägungen erfuhr und ständigen Entwicklungsprozessen unterworfen blieb. Gerade dies zu rekonstruieren fällt außerordentlich schwer, weil es nur sehr mühevoll gelingt, spätere subjektive Mitteilungen zu einem einheitlichen Bild zu verdichten.

*Scherbakova* wies schließlich auf die veränderte Situation aufgrund jüngster Entwicklungen in ihrer Heimat hin: Zuletzt habe das öffentliche Interesse an diesem Thema deutlich nachgelassen, die gänzlich anderen Lebensumstände stellen die Mehrzahl der Menschen vor neue Probleme und Fragen und befestigen nicht zuletzt die vielfach anzutreffende Meinung, man solle nun die Vergangenheit ruhen lassen und im wesentlichen wohl auch verzeihen. Insofern steht die Gruppe „Memorial“, die dessen ungeachtet ihre Arbeit fortzusetzen gedenkt, vor dem Problem, die nächsten Schritte zunächst

theoretisch zu durchdenken. Denn die Erfassung der Geschichte der Sowjetunion als einer Geschichte der „Lagergesellschaft“ kommt einem sehr hohen Anspruch gleich und muß sorgfältig betrieben werden. Hier gehtes um mehr als „weiße Flecken“, glaubwürdig und seriös ist nur ein gelungener Versuch einer umfassenden Synthese. Zuvor bedarf es aber offenkundig einer intensiven Debatte, wie dieser Anspruch einzulösen ist. Kontakte zu Forschern anderer Länder, die ähnliche Problemstellungen bearbeiten, scheinen nützlich, eine intensive Unterstützung wünschenswert. Der Gruppe „Memorial“ ist zu wünschen, daß sie im wissenschaftlichen Leben Rußlands einen festen Platz findet, der eine gewiß noch lang andauernde Forschungs- und Publikationstätigkeit gestattet.

Gerald Diesener

### **„Exit and Voice“. Gastvortrag des amerikanischen Politologen Albert O. Hirschman. Erstes soziologisches Kolloquium im Sommersemester 1992**

Fast sechzig Jahre nach seiner Emigration aus Deutschland hielt der amerikanische Politologe aus Princeton am 20. Mai 1992 in Leipzig einen Vortrag, der sich mit der Interpretation der 1989er Ereignisse in der DDR beschäftigte.

Nach einer Vorstellung durch den stellvertretenden Vorsitzenden der ostdeutschen Gesellschaft für Soziologie *Steffen Wilsdorf* (Leipzig), der *Hirschman* als „einen der profiliertesten Sozialwissenschaftler unserer Zeit“ bezeichnete, versuchte *Wolfgang Fach* (Konstanz/Leipzig) nicht erst eine Würdigung der unüberschaubaren Breite der Arbeitsfelder seines ehemaligen Lehrers, sondern schätzte zuvörderst dessen Arbeitsstil als die „Virtuosität der Einfachheit“. *Fachs* Laudatio schloß mit der Feststellung, man könne nach einer Rezeption des Hirschmanschen Werkes nicht mehr sagen, die Welt sei komplex, man müsse nun schon sagen, in welcher Hinsicht sie dies sei.

*Hirschman* ging in seinen Ausführungen von einer unterentwickelten Fähigkeit des Verstehens aus, die sich trotz der inzwischen beträchtlichen Artikelflut zur Erklärung des ostdeutschen Umbruchs von 1989 nicht geändert habe. Mit Süffisanz bemerkte er, daß sein 1970 erschienenes Buch „Exit, Voice and Loyalty“ 1989 eine so nichterwartete Reaktualisierung erfuhr. Schließlich waren es die darin vorgestellten Kategorien *Exit* (Abwanderung) und *Voice* (Widerspruch), die im Gefolge des Endes der DDR bis in die FAZ durchdrangen und nicht nur in der deutschen Soziologie diskutiert wurden. *Hirschman* skizzierte zunächst das scheinbar simple Modell, das einem hydraulischen Mechanismus gleiche. Auf die Verschlechterung innersystemarer Bedingungen gebe es zwei

Reaktionsmöglichkeiten: *Exit* und *Voice*, wobei unter *Exit* ein Weggehen verstanden wird, da die gewünschte Dienstleistung woanders angeboten wird. Diese Suche nach einem besseren Lieferanten sei eine private und stumme Entscheidung, quasi eine minimalistische Form von Opposition, die allein der privaten Entscheidung unterliege. Andererseits sei *Voice* ein Protest, der auf Wiederherstellung oder Schaffung der gewünschten Qualität von Dienstleistungen ziele und kollektives Handeln, Organisation und Abstimmung notwendig mache. Zwischen beiden Reaktionen gebe es keine Harmonie, *Exit* tendiere dazu, *Voice* zu unterminieren (vulgo: Ausreiseläßt den angestauten Druck entweichen und schwächt die Opposition). Erstaunlicherweise, so *Hirschman*, habe ein so einfaches Modell universale Gültigkeit, insbesondere sei dies am Beispiel der DDR nachzuvollziehen. Bezugnehmend auf die Arbeiten des Leipziger Religionssoziologen Detlef Pollack, widmete sich *Hirschman* – nach einer deskriptiven Phasendarstellung der 1989er Ereignisse – der Frage, wie so in der DDR 39 Jahre lang *Exit* seine tradierte Rolle einer Unterminierung des *Voice*-Potentials gespielt habe und erst im vierzigsten Jahr der DDR umgeschlagen sei. Wie also kam es zum Umschlagen der *Exit*-Artikulation „Wir wollen raus“ zur *Voice*-Artikulation „Wir bleiben hier“? Die Reaktion der SED auf den Massenexodus, dieses Keine - Träne - Nachweinen - Wollen, trieb die verbleibenden „gewissenhaf-

teren Staatsbürger“, so *Hirschman*, zum Widerspruch und erzeugte zugleich eine stärkere Verunsicherung und Aufweichung der SED-Führungselite (Krenz, Schabowski). Somit konnte die Massenabwanderung (*Exit*) nicht mehr den Widerspruch (*Voice*) unterminieren, die Wirkung der Abwanderung drehte sich um und produzierte stärkeren Widerspruch. Ausschlaggebend dafür sei gewesen, daß das Management des Unternehmens (SED-Führung) durch die Kundenabwanderung (Ausreise) nicht alarmiert wurde, auf eine Verbesserung der Dienstleistungen hinzuwirken, sondern lediglich dysfunktional agierte und den Feedback-Mechanismus verhinderte. „Gewissenhaftere DDR-Bürger“ wie Christa Wolf agierten stellvertretend für die versagenden Führungseliten (Manager). Hier verwies *Hirschman* auf die dritte Kategorie seiner Trias: Loyalität, die er durch die Wirklichkeit als bereichert ansah, da offensichtlich nur loyalitätsgeladene Mitglieder der Gesellschaft zu Widerspruch bereit waren, während völlig loyalitätsfreie Mitglieder von vornherein nur die Option *Exit* hatten. Eine weitere Erklärung der 1989er Verschmelzung von Abwanderung und Widerspruch sah er in der Wirkung der Medien, die bei den Dableibern die Motivatorik für Widerspruch anders strukturierten. Als problematischer wies sich nach *Hirschman* jedoch, daß die Dableiber nur allgemeine verbindende Losungen hatten, während die Ausreiser sehr genau wußten, was sie wollten. *Hirschman* verwies darauf, daß er sein

Buch 1970 unter dem Aspekt geschrieben hatte, wie ein Management nach einem reparablen Fehler wieder die Leistungsfähigkeit der Organisation herstellt. Diese funktioniere offensichtlich nur, wenn das Management auch die Zeit für die Reparaturen erlangt. Dieser Zeitfaktor für die Schaffung eines Erholungsmechanismus sei im Fall der DDR nicht gegeben gewesen.

Die nach *Hirschmans* Ansicht erfolgreiche Revolution in Ostdeutschland sei eine Trendwende in der deutschen Geschichte von introvertierter Privatheit hin zu Widerspruch und Öffentlichkeit als Grundzug mentaler Strukturen.

Abschließend mahnte er zu theoretischer Bescheidenheit bei der Anwendung von Modellen und Kategorien.

In der anschließenden Diskussion verwies *Monika Runge* (Leipzig) auf die außersystemaren Bedingungen des Zusammenbruchs der DDR (Wegfall der Schutzgarantie durch die Sowjetunion) und die Gespaltenheit der Staatspartei SED in Reformen und Hardliner, was *Hirschman* jedoch als Symptom der Erweichung und Ohnmacht unter dem Einfluß von Abwanderung in den Jahren der Existenz der DDR ansah. Zugleich machte er auf die beträchtliche Eigenverantwortung der SED-Führung aufmerksam, die das Schutzmachtargument entkräftete. *Uta Starke* (Leipzig) thematisierte die geringe Erklärungskraft des Umschlagens von *Exit* zu *Voice*. *Frank Geißler* (Leipzig)

bezweifelte, ob man von einer „erfolgreichen Revolution“ angesichts des Zusammenbruchs der DDR sprechen könne, schließlich seien nicht die Intentionen der Widersprechenden, sondern die der Trittbrettfahrer realisiert worden. *Hirschman* widersprach mit der Bemerkung, daß Revolutionen selten den Intentionen der Revolutionäre gerecht würden, wie auch unbeabsichtigte Folgen diesbezüglich „nicht notwendigerweise pervers“ seien. *Ulrich Schneckener* (Mainz/Leipzig) machte auf die Organisationsformen des Widerstandes in der ehemaligen DDR aufmerksam und fragte nach, inwieweit Widerspruch nicht abhängig von den jeweiligen Repressionsgraden zu sehen sei, was *Hirschman* als eine Variable seines Modells gelten ließ. *Johannes Weiß* (Kassel/Leipzig) schließlich formulierte die wirkungsmächtigsten Einwände der deutschen Soziologie, indem er in kritischer Absicht äußerte, daß ein ökonomistisches Erklärungsmodell eines Unternehmens nicht auf einen Staat zu übertragen sei, wo im Unterschied zum Unternehmen beispielsweise Repressionsmechanismen existierten. Ein Staat sei wesentlich komplexer als ein Unternehmen: *Weiß* verwies auf die für ihn vor dem Hintergrund der gesamten Transformationsforschung eigentlich interessante Frage, wieso die DDR überhaupt so lange existiert habe. *Hirschman* machte auf das Modellhafte seines Ansatzes aufmerksam, dessen Aufgabe er im Stellen von Fragen und im Thematisieren von Unterschieden

sehe, auf die aufmerksam zu machen sei.

Resümierend läßt sich feststellen, daß den Leipziger Soziologen mit dem Gastvortrag von *Albert O. Hirschman* ein bemerkenswerter Einstieg in eine Veranstaltungsreihe gelungen ist, der auf Kommendes gespannt macht.

Frank Geißler

### **Konfliktfelder der neunziger Jahre. Ringvorlesung an der Universität Leipzig im Sommersemester 1992**

Die Ringvorlesung des Interdisziplinären Zentrums für vergleichende Erforschung gesellschaftlicher Transformationen an der Universität Leipzig (IZT) stand im vergangenen Sommersemester unter dem Thema „Konfliktanalyse und Konfliktbewältigung – Überlebenschance der Menschheit an der Schwelle zum 21. Jahrhundert?“. Die Intention der Veranstalter der Vorlesungsreihe war es, angesichts der dramatischen Transformationsprozesse, die die Menschheit an der Schwelle zum neuen Jahrtausend durchlebt, Konflikte und Konflikttherde in ihrer globalen Dimension, die das Einzelne als Teil des Ganzen begreift, aufzuspüren, sie interdisziplinär und pluralistisch zu analysieren, Konfliktbewußtsein anzuregen und somit auf Verständnis für und Bewältigung von Konflikten vorzubereiten.

Es gelang, für dieses Anliegen eine Reihe ausgewiesener Gelehrter zu gewinnen, die aus der Sicht ihres jeweiligen Fachgebietes mit interessanten Diskussionsangebote aufwarteten. Die behandelten Themen umfaßten eine breite Skala von Problemen:

Die Einstiegsvorlesung am 28. April 1992 hielt *Lothar Brock* (Frankfurt/M.) über Fortschritt und Regression in den internationalen Beziehungen an der Schwelle zum 21. Jh. Es folgte *Holger Preißler* (Leipzig) am 7. Mai 1992 zu Religionen in Konflikten, *J. Bischof* (Leipzig) am 21. Mai zum Drogenproblem aus kriminologischer und strafrechtlicher Sicht, *Bernd Okun* (Leipzig) am 4. Juni 1992 zu Medien als Mittel zur Konfliktbewältigung in der Risikogesellschaft, *Bernhard Glaeser* (Berlin) am 11. Juni 1992 zur Problematik des ganzheitlichen Umweltschutzes in Industrie- und Entwicklungsländern, *Georg Nolte* (Heidelberg) am 18. Juni 1992 zu „Festung Kleineuropa. Rückkehr zur Nationalstaaterie oder gesamteuropäische Politik in der Welt?“. Ein Vortrag „1492. Der lange Marsch zur EINEN Welt“ bildete den Abschluß der Ringvorlesung, gehalten von *Manfred Kossok* (Leipzig) am 2. Juli 1992.

Monika Gibas/Editha Kroß

*Eva Sibylle Rösch/ Gerhard Rösch, Venedig im Spätmittelalter, 1200-1500, Verlag Ploetz, Freiburg/Würzburg 1991, 255 S.*

Das Buch des Ehepaares Rösch<sup>1</sup> ist der zweite Band einer vom Ploetz-Verlag ins Leben gerufenen bildgeschichtlichen Reihe.<sup>2</sup> Der Gedanke, historische Bilder, genauer: Mosaiken, Gemälde, Skulpturen und Bauten nicht nur zur Illustrierung historischen Geschehens heranzuziehen, sondern selbst als historische Quelle zu nutzen und aus ihnen Erkenntnisse zu gewinnen, die nur sie und keine anderen Quellen vermitteln können, dieser Gedanke ist nicht neu. Einer konsequenten Umsetzung stellen sich aber viele Schwierigkeiten entgegen. Eine gleichmäßige und gleichwertige Materialbereitstellung ist kaum möglich, für eine erschöpfende Materialauswertung fehlen viele Vorarbeiten, die Umsetzung und Übersetzung von Materialaussagen in erzählende Sprache ist methodisch nicht immer ganz leicht.

Auch in dem vorliegenden Buch machen sich diese Schwierigkeiten bemerkbar: Die Bildzeugnisse stehen nur streckenweise ganz im Mittelpunkt der Darstellung, die separaten Bildklärungen dublieren gelegentlich den fortlaufenden Text, im Einzelfall kommen sie ihm auch etwas in die Quere.<sup>3</sup>

Aber diese Beobachtungen unterstreichen eigentlich nur, wie gut das Unternehmen insgesamt geglückt ist, wie locker das Buch geschrieben ist, was auf diese Weise für eine fesselnde Vermittlung historischen Geschehens gewonnen werden kann.

Eingeleitet wird das Buch mit einem Kapitel über Mythos und Realität der Stadt. Gegenstand der Bildanalysen und Sacherörterungen sind ganz besonders die Markuslegende, die den Evangelisten zum eigentlichen Herrn Venedigs macht, dessen aus Ägypten beschaffte Gebeine der Stadt Schutz und Heil geben, und die Alexanderlegende, die durch die willkürliche Interpretation der Zusammenkunft des Papstes Alexander III. mit dem Kaiser Friedrich Barbarossa 1177 auf der Insel Rialto den venezianischen Herrschaftsansprüchen eine päpstliche Grundlage gab und der Stadt eine geschlossene Theorie über die Herkunft ihrer unzählige Male dargestellten Herrschaftszeichen lieferte. Ihre Kehrseite haben diese Legenden in einer Art von byzantinischem Tabu, d.h. in dem Bemühen, die ungeliebten venezianischen Anfänge als oströmische Provinz zu bagatellisieren oder sogar gänzlich aus der städtischen Tradition zu eliminieren, ein Bemühen, das schließlich darin gipfelt, daß der Kreuzzug von 1203/04 gegen Kon-

stantinopel über Jahrhunderte als der Höhepunkt vaterländischer Geschichte gesehen und gepriesen wurde, auch wenn eine bildliche Darstellung dieses fatalen Ereignisses erst aus dem 16. Jh. stammt. Deutlich macht das Buch von R./R., daß am Mythos von Venedig nicht nur die venezianische Historiographie, sondern auch die bildende Kunst mitgebastelt hat und mitbasteln mußte, und deshalb könnte man in Abwandlung einer Aussage des Humanisten Guarino Veronese<sup>4</sup> vielleicht nicht ganz ohne Grund sagen: Wer in Venedig Bilder malt und die Wahrheit darstellt, riskiert seinen Kopf.

An diesen Ausgangspunkt schließen sich Abschnitte über die venezianische Seemacht, über Venedig und das Festland, die Verfassung, den Handel und das Leben im alten Venedig an. wird der Versuch gemacht, ganz besonders Bilder zu originellen Aussagen über die wichtigsten Seiten venezianischer Existenz im Spätmittelalter zu veranlassen. Zu Höhepunkten dieses Bemühens werden die Analyse der Darstellung einer Prozession auf der Piazza San Marco von Gentile Bellini aus dem Jahre 1496 mit der wunderbaren Heilung eines Kaufmannssohnes durch die Kreuzreliquie als Spiegelbild der venezianischen Verfassung, das den Mythos eines adeligen Egalitarismus Gestalt werden läßt und zugleich die älteste realistische Ansicht des Platzes, der Kirche und des Dogenpalastes bietet (S. 108ff.), die Vorstellung des Mosaiks über der Porta di Sant' Alipio an der Markuskirche als ältestes venezia-

nisches Gesellschaftsbild, grandiose Selbstdarstellung der führenden Oligarchie des späten 13. Jh., die sich als allein handelndes Volk bei der Translatio des H. Markus versteht und damit für sich den Anspruch erhebt, die Stadt des Evangelisten zu repräsentieren (S. 194), das zugleich viele realistische Details der Mode und Repräsentation dieser Zeit enthält, und die Auswertung des Gemäldes über die Heilung eines Besessenen durch den Patriarchen von Grado, das Vittore Carpaccio 1494 gemalt hat und in dem er eine Ansicht vom Geschäftszentrum Rialto als Bühne zur Darstellung der adeligen Stadtgesellschaft und der Internationalität des venezianischen Marktes nutzt und mit vielen realitätsnahen Szenen die historische Authentizität des Ereignisses unterstreicht (S. 148ff.).

Die Autoren zeigen den Mythos Venedigs als Mythos. Sie breiten den ganzen Bombast aus, aus dem er zusammengesetzt ist. Es ist ihnen aber zugleich nicht vordergründig um eine Entmythologisierung der venezianischen Stadtgeschichte zu tun, sondern sie wollen sichtbar machen, daß Mythen in der Geschichte der spätmittelalterlichen Stadt eine eigene Realität bekommen, nicht nur für ihre Produzenten, sondern für die ganze Stadtgesellschaft und partiell sogar für ihre zeitgenössischen Kritiker außerhalb der Stadt. Zum Verdeutlichen des Wechselspiels von Mythos und Realität eignen sich Bilder, Kunstwerke vielleicht noch besser als Dokumente der Politik und Werke der Historiographie. Das ist

aber nur eine von vielen interessanten Beobachtungen, die man an diesem Buch machen kann.

Klaus-Peter Matschke

- 1 Beide sind ausgewiesene Kenner der venezianischen Stadtgeschichte. Eva Sibylle Rösch hat v.a. über venezianische Familiengeschichte der frühen Neuzeit gearbeitet, von Gerhard Rösch stammt u.a. ein Buch über die Genese der venezianischen Führungsschicht: Der venezianische Adel bis zur Schließung des Großen Rates, Sigmaringen 1989.
- 2 Eröffnet wurde die Reihe mit dem Buch von Volker Reinhardt, Florenz zur Zeit der Renaissance.
- 3 Vgl. die Bildunterschrift auf S. 94 mit den Textaussagen auf S. 93 und 95f.
- 4 Vgl. La Storiografia Veneziana fino al secolo XVI. Aspetti e problemi. A cura di A. Pertusi, Florenz 1970, und die Rez. dieses Buches von A. Buck in: Byzantinische Zeitschrift 65, 1972, S. 429-431.

**Das geheime politische Tagebuch des Kurprinzen Friedrich Christian 1751 bis 1757. Bearb. und eingel. von Horst Schlechte, Verlag Hermann Böhlau Nachfolger, Weimar 1992, 492 S., Abb. (= Schriftenreihe des Staatsarchivs Dresden, Bd. 13)**

Das vom dritten Sohn Kurfürst Friedrich August II., dem Kurprinzen, geführte Tagebuch gelangte nach dem frühen Tod seines Verfassers (1763) über den Nachlaß des in französischen Diensten tätigen jüngeren Bruders Xaver in den Besitz der Nationalbibliothek Paris. Der langjährige Direktor des Sächsischen Hauptstaatsarchivs, *Horst*

*Schlechte*, erschloß in einer mühevollen Editionsarbeit dieses wertvolle Zeugnis kritischen Denkens am Dresdner Hof der Öffentlichkeit. Friedrich Christian schrieb seine Aufzeichnungen zwischen dem 30. Juli 1751 und dem 27. Juli 1757 in französischer Sprache und mußte, angesichts der Späher des allmächtigen Premierministers Graf Brühl, dessen Politik er kritisch gegenüberstand, die Personen im Text verschlüsseln.

Der Hrsg. versah die Eintragungen des Kurprinzen mit knappen deutschen Regesten, erläuterte sie in zahlreichen Anmerkungen und entschlüsselte die Decknamen. Eine ausführliche historische Einleitung informiert über die innere und äußere Situation Kursachsens und das erste Jahr des Siebenjährigen Krieges. Nach der Besetzung des Landes durch preußische Truppen bildete der Kurprinz in Dresden das Zentrum des Widerstandes, bis er, von der Besetzung immer wieder bedrängt, 1759 die sächsische Landeshauptstadt verließ und über Prag nach München, der Heimat seiner Frau, ging.

Die Gedanken und Beobachtungen Friedrich Christians zwischen 1751 und 1757 besitzen vor allem auch im Hinblick auf seine spätere kurze Regentschaft im Jahre 1763, nach dem Tod seines Vaters, Gewicht, da diese Monate die Wende in der kursächsischen Politik zum Rétablissement sind. Friedrich Christian war, das weisen die Tagebucheintragungen eindeutig aus, im Unterschied zu seinem Vater ein Anhänger der Aufklärung und mit

## Buchbesprechungen

zahlreichen Gesinnungsfreunden innerhalb und außerhalb des Kurstaates in Kontakt. Eine kurze Fortsetzung des Tagebuches für die Zeit vom 30. Juli bis 23. Oktober 1757, dessen Text sich in Abschrift im Departementsarchiv in Troyes befindet, blieb aus nicht erläuterten Gründen unberücksichtigt.

Die Edition ist sorgfältig und läßt nur wenige Wünsche offen. Dazu gehören mehr Informationen über die geisige Entwicklung des jungen Prinzen, dessen Persönlichkeit in der Einleitung en passant angesprochen wird. Dabei blieben aber eine Anzahl Fragen offen. Nicht verständlich ist die Verwendung slawischer Namensformen aus den ehemals deutsch besiedelten Randgebieten Böhmens und des heutigen Ostpolens, die nur zum geringen Teil historische Tradition besitzen, im sonst zuverlässigen Ortsregister.

Siegfried Hoyer

**Simon Wiesenthal, Segel der Hoffnung. Christoph Columbus auf der Suche nach dem gelobten Land, Ullstein Verlag, Berlin/Frankfurt (M.) 1991, 251 S.**

Dieses Werk unter dem Gesichtspunkt seiner wissenschaftlichen Qualität zu bewerten, ist – entgegen der werbenden Verlagsankündigung – nicht ganz einfach. Wie zu erwarten, bringt das Jubeljahr 1992 eine neue Welle der

Kolumbusliteratur und damit zugleich neue Kettenglieder in der Kolumbuslegende, und für letztere stellt die Arbeit von *Wiesenthal* einen gewichtigen Beitrag dar. Allerdings greift der Text zeitlich und thematisch weit über Kolumbus hinaus. Ein Großteil des durchweg packend geschriebenen Buches ist grundsätzlichen Fragen des Verhältnisses von Juden und Christen und der Stellung der Juden in der mittelalterlichen Gesellschaft Spaniens gewidmet. Was über die Irrungen und Wirrungen des christlich-jüdischen Dialogs (S. 24ff.) gesagt wird, stellt ein beeindruckendes Kapitel von Gesellschafts-, Kultur- und Mentalitätsgeschichte dar. Allerdings fällt es dem Rezensenten schwer, die vom Verf. gesetzten Analogien zu akzeptieren: Denen zufolge sei die Inquisition eine Vorform der SS gewesen, und die „limpieza de sangre“, d.h. der Nachweis des „reinen Blutes“ (den man sich übrigens auch kaufen konnte!) wird als Ariernachweis eingeordnet. Ebenso ist von Nürnberger Gesetzen die Rede (S. 54). Aus der Sicht der Moderne ist die Inquisition gewiß kein sehr attraktives Phänomen; sie war zwar vorrangig (weil hier staatlich gelenkt), aber eben nicht nur eine spanische Einrichtung. Auch handelte es sich um die „neue“, im Jahre 1478 reorganisierte Inquisition. Gegenüber der Verfolgung der Juden kommt für die Kolumbuszeit das Schicksal der besiegten Mauren entschieden zu kurz weg (vor deren Vertreibung stand die massenhafte Koranverbrennung).

Die Verlagswerbung greift weiterhin zu hoch, wenn sie dem Verf. bescheinigt, daß er dem Märchen, wonach Isabella von Kastilien, die Gönnerin des Kolumbus, sogar ihre Kronjuwelen versetzt habe, um die Entdeckungsfahrten zu finanzieren, ein Ende bereite. Diese Legende ist seit vielen Jahrzehnten aus der wissenschaftlichen Historiographie verbannt, aber offensichtlich zu schön, um endlich zu sterben.

Daß jüdisches Kapital im Wirtschaftsleben der iberischen Länder an der Schwelle zur Neuzeit einen hohen Stellenwert gehabt hat, steht außer Frage. Allerdings reduziert sich bei *Wiesenthal* wirtschaftliche fast total auf jüdische Aktivität. Damit wird das gezeichnete Bildeindeutig dysfunktional. Der wichtige gemesische und florentinische (auch, aber eben nicht nur jüdische) Strang, die vielschichtig verwobene Getreide-, Zucker-, Gold- und Sklavendynamik beim Herauswachsen der Mittelmeerwirtschaft in Richtung Westen (d.h. Atlantik), die religiösen wie strategisch-machtpolitischen Zusammenhänge gehen als Ursachen- und Motivationsgeflecht völlig unter. Auch im knappen Literaturverzeichnis sind die entsprechenden wirtschafts- und sozialhistorischen Hintergrundwerke nicht aufgeführt; der Name des genuesischen Handelshauses Centurione, als dessen Agent Kolumbus tätig war, ehe er „das Weltmeer“ und „die Indien“ für sich reklamierte, fehlt. Warum ist es erforderlich, darüber zu reflektieren, ob die Goldgier eine spezifisch „jüdi-

sche“ Eigenschaft sei (S. 147), wenn die Portugiesen schon seit 1415 (Eroberung Ceutas) um den Zugang zu den „Goldländern“ südlich der Sahara kämpften?

Die erste These ist die Behauptung, Kolumbus sei Jude oder jüdischer Konvertit gewesen. Der Streit darüber ist nicht neu. Entgegen der eigenen Behauptung kann ihn auch der Verf. nicht in positivem Sinne klären; dafür bleibt die Quellenbasis zu knapp. Selbst der Versuch, aus den Porträts gewisse semitische Züge herauszulesen, ist erfolglos, da – wie *Wiesenthal* selbst eingesteht (S. 110) – die überlieferten Zeugnisse nicht authentisch sind und recht verschiedene Physiognomien wiedergeben.

Kernstück der zweiten These ist die Feststellung, daß es Kolumbus darum gegangen sei, die vom Austreibungsdekret betroffenen Juden in das gelobte Land zu führen, also von einem wirtschaftlichen, politischen oder ähnlichen Expansions- bzw. Entdeckermotiv keine Rede sein könne. Einer solchen Annahme widersprechen die fast anmaßenden (und deshalb anfangs abgewiesenen, später rasch juristisch neutralisierten) Ansprüche des Genuesen in den Verhandlungen mit den Katholischen Königen. Seine Motive hat Kolumbus im „Bordbuch“ deutlich niedergelegt, worauf der Verf. kaum Bezug nimmt. Als letztlich schlüssig ist für ihn die wiederaufgenommene Feststellung, die Indianer Amerikas seien Abkömmlinge der zehn verlorenen Stämme Alt-Israels (S. 221ff.).

Die herausgearbeiteten Ähnlichkeiten zwischen Indianern und Juden (manche offensichtlich unzutreffend, wie die Behauptung eines generellen indischen Monotheismus) sind für alle Kulturen auf der vergleichbaren Stufe nachweisbar. Auch hier ist die Quellenbasis nicht über die älteren Werke hinaus durch neue Fakten angereichert. Am Ende schlägt *Wiesenthal* einen visionären Bogen von Kolumbus bis in die Gegenwart: „Doch noch während unserer Tage erfüllt sich ein anderer Traum der Juden: die Entstehung des Staates Israel“ (S. 239).

Manfred Kossok

**Lateinamerika: Die permanente Invasion 1492-1992**, hrsg. von *Heinz Dieterich, Bruno Höfer und Hanno Zickgraf*, Luchterhand Literaturverlag, Hamburg/Zürich 1991, 159 S. (Luchterhand Flugschrift 3. Sammlung Luchterhand 1040).

Flugschriften haben das Privileg, zornig zu sein. Auf die hier vorliegende trifft dies besonders zu. Es handelt sich bei den insgesamt fünfzehn Texten um eine Anklage anlässlich der fünf-hundertjährigen Wiederkehr von 1492. Die Textsammlung kam unter dem Patronat des Forums Emanzipation und Identität Lateinamerikas 1492-1992 zustande, das es als Hauptaufgabe ansieht, die Öffentlichkeit für ein „Ge-

genprojekt“ zu sensibilisieren. Unter diesem Aspekt wird das „Fünfhundertjährige Reich“, d.h. die Folgewirkung des seit 1492 errichteten europäisch-atlantischen Kolonial- und Hegemonialsystems, der kritischen Analyse unterzogen. An die Stelle des in der Regel dominierenden Diskurses der Sieger soll die Vision der Besiegten und der Anspruch auf eine „antikolonialistische Utopie“ treten.

Thematisch gliedern sich die Texte in drei Teile: I. Die permanente Invasion, II. Lateinamerika – 500 Jahre nach Kolumbus, III. Perspektiven der Befreiung.

In Teil I ragen die Beiträge von *R. Menchú, N. Chomsky, H. Dieterich* und *D. Kloss* hervor. *Menchú* (S. 21 ff.) legt dar, daß es sich bei der erforderlichen Neubewertung der Geschichte der europäischen Kolonialexpansion nicht um eine Rassen-, sondern Klassenfrage handele. Der nordamerikanische Soziolinguist und Politologe *Chomsky* (S. 32 ff.) bietet einen brillant aufgebauten Abriß über das Instrumentarium westlicher Hegemonie; ergänzend tut dies *Dieterich* in Thesenform (S. 54 ff.). Wie Eurozentrismus das geographische Weltbild beeinflusst, belegt *Kloss* (S. 67 ff.) am positiven Gegenbeispiel der Peterskarte.

*L. Boff* (S. 75 ff.) präsentiert in Teil II aus der Sicht der Befreiungstheologie eine prinzipielle Abrechnung mit der Politik des Vatikans und ihrer Unfähigkeit, den Realitäten Lateinamerikas Rechnung zu tragen. Speziell dieser Text führte die jüngsten Disziplinie-

rungsmaßnahmen Roms gegen den rebellischen Franziskanerpater herbei. Wie anders sich europäisch-westliche Debatten aus der Sicht Lateinamerikas ausnehmen, belegt A. Cueva unter dem Titel „Lateinamerika und das 'Ende der Geschichte'“ (S. 86ff.) Seine Ausführungen sind ein Lehrstück für alle „Postmodernen“, für die sich westliche Werte allzuleicht als globale darstellen.

Auffällig widersprüchlich fallen die Antworten zum Thema „Perspektiven der Befreiung“ aus. „Lula“ da Silva, 1988 als Führer der Partei der Werktätigen (PT) fast Präsident Brasiliens geworden, vertritt hinsichtlich der Linken einen extrem optimistischen Standpunkt („Millionen in Lateinamerika wollen den Sozialismus“, S. 99ff.). Dagegen fallen die Urteile von C. Cárdenas (S. 102ff.), T. Borge (S. 113ff.) und M. Bonasso (S. 125ff.) gedämpfter und differenzierter aus. Allen Betrachtungen ist jedoch das Charakteristikum des politischen Selbstbewußtseins angesichts des Zusammenbruchs des osteuropäischen Staatssozialismus und der Krise der europäischen Linken gemeinsam. Die eigenen Wurzeln der politisch-geistigen Identität Lateinamerikas, von der europäische Intellektuelle wenig wissen, werden deutlich. Wie die Elemente einer lateinamerikanischen Identität – ohne Verzicht auf regionale und individuelle Besonderheit – aussehen, beschreibt der gedankenreiche Essay von E. Poniatowsky „Erinnerung und Identität“ (S. 133ff.). Ihr programma-

tisches Credo: „Wir wollen keine Völker ohne Erinnerung sein“ (S. 149). Es ist die Sprache des „anderen (unseren) Amerika“, die hier aufhorchen läßt und auffällig wenig mit der Angepaßtheit der „organischen Intellektuellen“, die den Diskurs in Europa bestimmen, zu tun hat.

Den Abschluß dieses lesenswerten Bändchens bilden Dokumente des o.g. Forums, die zur kritischen Reflexion über 1492 und die Folgen auffordern (S. 149ff.).

Manfred Kossok

**Roger Rarny, Le Comte d'Antraigues: un disciple aristocrate de J.-J. Rousseau. De la fascination au reniement 1782-1797. The Voltaire Foundation, Oxford 1991, 261 S.**

Die Figur des Grafen d'Antraigues hat die Historiker der Französischen Revolution in zweifacher Hinsicht beschäftigt. Zum einen haben seine Aktivitäten als Spion der Emigranten und des spanischen Hofes, deren verwirrende Spuren in den europäischen Archiven nur schrittweise als obskure Mischung aus Informationen eines Agentennetzes und Phantasieprodukte d'Antraigues' entschlüsselt werden konnten, eine umfangreiche Würdigung erfahren. Zum anderen irritierte Zeitgenossen und spätere Analytiker

immer wieder das Bekenntnis eines erklärten Revolutionsgegners zum Rousseauismus, der im landläufigen Urteil eine Filiation zum radikalrevolutionären Flügel der Jakobiner hat. Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Problemstellung von Aufklärung und Revolution ist d'Antraigues eine nicht nachlassende Aufmerksamkeit sicher.

*Barny* hat in seiner vielbändigen Thèse d'Etat die beinahe unüberschaubare Menge von Pamphleten aus vorrevolutionärer und revolutionärer Zeit unter dem Stichwort des Rousseauismus gesichtet und legt hier eine weitere aus dem umfangreichen Unternehmen hervorgegangene Analyse vor. Diese stützt sich im ersten Teil auf ein bisher kaum gründlich untersuchtes Manuskript des Grafen d'Antraigues aus dem Jahre 1782, eine romanhafte Autobiographie, die sich eindeutig an Rousseaus „Bekenntnissen“ orientiert. Der Verfasser belegt d'Antraigues' Polemik gegen den Despotismus und verkürzt sie nicht ausschließlich auf die Affinität zur aristokratischen Fronde, sondern beschreibt auch die individuellen Wurzeln in der Revolte gegen die erlebte Erziehungsdiktatur. Die Vorstellungen des jungen Grafen über ideale Sozialbeziehungen sind an einem paternalistisch-harmonischen Verhältnis von Grundherren und Bauern orientiert, die *Barny* anhand der Beschreibungen zahlreicher amonröser Abenteuer d'Antraigues' als zynische Verdrängung der existenten Abhängigkeitsverhältnisse aufdeckt.

Aus den vorrevolutionären Veröffentlichungen des Grafen ragt der „Mémoire sur les Etats Généraux“ von 1788 (zahlreiche Nachauflagen bis 1789) heraus, das dem Bestseller von Sieyès über den Dritten Stand Konkurrenz machte und das Bild des Autors in der Öffentlichkeit anhand einer einseitigen Rezeption als antidespotisch, mithin revolutionsbejahend prägte. Umso größer war die Enttäuschung, als sich d'Antraigues im Mai/Juni 1789 zum engagierten Fürsprecher eines harten Kurses der Privilegierten gegen die Forderungen des Dritten Standes machte. Die Polemik um seinen „Verrat“ zeigte zahlreiche Ähnlichkeiten mit der „Affaire Raynal“ von 1791, als der berühmte Autor der „Histoire des Deux Indes“ gegen die Nationalversammlung zu Felde zog. In beiden Fällen war die legitimitätsspendende Berufung der Revolutionäre auf die Aufklärung in Frage gestellt. D'Antraigues lehnt keines der vorher angenommenen Theoreme ab, überträgt nun aber die Despotenrolle auf die entstehende Nationalversammlung und weist damit dem gegenrevolutionären Diskurs den Weg, mit Rousseau gegen die Revolution zu argumentieren.

Die Rousseaulektüre d'Antraigues' wird in der Folgezeit immer selektiver; dem Fortschrittsglauben der Revolution stellt er den Pessimismus Rousseaus gegenüber; die Kirchenpolitik der Konstituante wird als atheistisch denunziert und den *philosophes* angelastet, von denen Rousseau ausdrücklich ausgenommen bleibt. Später

jedoch zollt d'Antraigues offenkundig der Wirkungsmacht des Topos von der Revolution als Erbin der Aufklärung insofern weiteren Tribut, als er nun auch den verehrten Rousseau in die Reihe der Feinde der Konterrevolution stellt.

In *Barnys* Studie sind die inneren Widersprüchlichkeiten des Rousseauismus ebenso wie jene des vielgestaltigen Rezeptionsprozesses exemplarisch vorgeführt und mechanistische Vorstellungen über das Verhältnis von Aufklärung und Revolution ad absurdum geführt: „Die Komplexität des Rousseauschen Denkens gestattet ihm, allen Versuchen der Sterilisierung zu widerstehen“ (S. 204). Der vorzüglich edierte Band (mit einem umfangreichen Dokumentenanhang) ist zweifelsohne eine weiterführende methodische Herausforderung für eine Aufklärungsforschung am Schnittpunkt zwischen sozial- und geisteswissenschaftlich ausgerichteter Literaturgeschichte und einer sich für derartige Themen öffnenden Historiographie.

Matthias Middell

**Peter N. Stearn, Interpreting the Industrial Revolution, American Historical Association, Washington 1991, VII/66 S. (Essays on Global and Comparativ History).**

Der globalen sowie der vergleichenden Geschichtsbetrachtung wurde und wird seit ca. zwei Jahrzehnten verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet, nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, daß die momentan vor uns stehenden Probleme ohne umfassende Herangehensweise wohl kaum einer Lösung zugeführt werden können. Aber das Problembewußtsein allein dürfte nicht ansreichen, um tatsächlich Abhilfe schaffen zu können. Dies könnte ein Grund für das von der American Historical Association initiierte Vorhaben gewesen sein, eine Essayreihe herauszugeben, die sich die Aufgabe gestellt hat, eine neue Einführung in die Weltgeschichte, vor allem gedacht für Collège- und Secondary-School-Ausbildung zur Vorbereitung auf Kurse über global history, zu erarbeiten. Ziel dieser Reihe, die von *Michael Adas*, Professor für Geschichte an der Rutgers University, betreut wird, ist es jedoch auch, dem Mythos des Außergewöhnlichen, der viele Arbeiten über USA-Geschichte dominiert hat, zu begegnen, ebenso, wie Erfahrungen von „Völkern ohne Geschichte“ eingebracht oder Beziehungen zwischen der Entwicklung in Europa und den anderen Weltteilen (vgl. S. VI) nachgezeichnet werden sollen. Für das Vorhaben sind ca. 30 Themen anvisiert, die sich von

der neolithischen Revolution bis zum atomaren Zeitalter erstrecken. Parallel dazu soll ab diesem Jahr von der Association eine Publikation in drei Bänden herausgegeben werden (1. Islamische und Europäische Expansion, 2. Frühe und klassische Geschichte, 3. 20. Jahrhundert).

Der von *Peter N. Stearn*, Autor zahlreicher Bücher über europäische und US-amerikanische Sozialgeschichte und Weltgeschichte, besorgte Essay faßt eine Thematik an, die bereits seit Arnold Toynbee (*Lectures on the Industrial Revolution*, New York 1894) explizit im Interesse der Untersuchungen steht. Ausgehend von drei Prämissen (erstens der industriellen Revolution als Prozeß über ca. 100 Jahre, der die Rahmenbedingungen für das Leben und das Denken der Menschen veränderte, zweitens als ökonomischen und technischen Wandel und drittens als Phänomen, das zu verschiedenen Zeiten an verschiedenen Orten begann und in Europa eben nicht haltgemacht hat), unterstreicht *Stearn* die Bedeutung der globalen Betrachtungsweise für die vergleichende Analyse.

Dem Versuch einer kurzen Definition des Begriffs und seiner Interpretation folgt ein Kapitel, das den Einfluß des Phänomens Industrielle Revolution auf die Weltgeschichte – zunächst in Großbritannien, dann auf dem Kontinent und in den USA – untersucht, um eine Einordnung in den fundamentalen historischen Prozeß in der modernen Zeit nachvollziehbar zu machen. Auch den sogenannten „Zuspätkommern“,

namentlich Rußland und Japan, ist ein Kapitel gewidmet (S. 39ff). Ein für solche Vorhaben ungewöhnlich ausführlicher Fußnotenapparat eröffnet dem Leser einen breiten Zugang für die weiterführende Beschäftigung mit der Thematik. Offen bliebe nur, ob dieser Essay zur Gruppe der particular historical eras oder zu den key topics zu zählen ist (vgl. S. VI), doch das dürfte all diejenigen, die ihn als Einführung in eine relevante historische Problematik zu Rate ziehen, weniger interessieren.

Editha Kroß

**Beate Kuckertz (Hrsg.), Das grüne Schwert: Weltmacht Islam – Bedrohung oder Erlösung? Wilhelm Heyne Verlag, München 1992, 376 S., 3 Karten, Zeittafel, Glossar, Bibl. (Heyne Sachbuch 19/186).**

Sultan Saladin fragte einst Nathan, welche der drei Religionen die wahre sei, worauf dieser ihm eine Ringparabel erzählte: Da der echte Ring wohl die Wunderkraft habe, beliebt zu machen, wähne sich am besten ein jeder in seinem Besitze und eifere seiner unbestochenen, vom Vorurteil freien Liebe nach. Möglich, so der Weise, daß man die Tyrannei eines Ringes unter einem Dach nicht wollte, weshalb es drei gleiche Ringe gab, über deren Kräfte man nach tausend Jahren befinden möge.

Angenommen, diese Zeit wäre vorüber, wie fiel das Urteil aus? Es wäre heute zu prüfen, ob die Wirklichkeit so ist, wie sie medial gezeigt wird. Denn nie waren die Mittel der Aufklärung oder Verblendung mannigfacher; nie waren die Gräben zwischen der Realität und ihrer Darstellung tiefer. Was heute einem Menschen schon an einem Fernsehabend zugemutet wird, hätte er zu Nathans Zeiten in seinem ganzen Leben nicht erfahren. Uns verfremdet nun der Zwist zwischen der Überlastung mit Informationen und der Unmöglichkeit ihres persönlichen Bewältigens. Verdrängen wird in der Ära der Medienbarbarei zum Schutzgebot, wo nur Überbietungen an Sensationshascherei etwas länger im Gedächtnis bleiben – eine alltägliche Verrohung.

Schaut man auf das vorliegende Buch, so scheint der Titel dem Medienpopanz „Gefahr Islam“ zu entsprechen: Eine Weltmacht droht mit dem Schwert. Wem, warum? Wie mag ein Muslim diese Aufmachung seiner Lebenskultur empfinden? Wird man etwa den zwei Millionen islamischen Mitbürgern damit gerecht?

Das Vorwort wirbt, eine Blütenlese für die verständnisvollere Bewertung des Islams zu bieten. Das ist auch gelungen, birgt der Band doch eine insgesamt repräsentative Auswahl aus der Feder von 17 in- und ausländischen Wissenschaftlern wie Journalisten.

*G. Konzelmann* widmete sich dem Beginn des islamischen Zeitalters, während *Ch. Le Gai Eaton* den Islam mit dem Christentum verglich. *A. Th.*

*Khoury* erhellte die Quellen des Islams, *B. Tibi* beschäftigte sich mit Entwicklungsideen. *B. Al-Awadi* und *N. Minai* loteten die Rolle der Frau im Islam aus. Fragen der Sozial- und Wirtschaftsordnung, der politischen Selbstsicht und der Hintergründe von politischen Bewegungen dieser Religion behandelten *H. Gstrein*, *B. Lewis* und *R. Schulze*.

Die Suche nach der idealen Gesellschaft, der Kampf gegen das „Gift des Materialismus“ und die Islamische Republik Iran waren das Thema der Überlegungen von *W. Ende*, *C. Höhling* und *Y. Richard*. *J. Laffin* sah die Rushdie-Affäre im Lichte der islamischen Herausforderung, der *Ch. J. Jäggi* anhand des Fundamentalismus nachging. Den politisierten Islam ergründete *P. Scholl-Latour* auf „dem langen Weg nach Jerusalem“. *A. Kaftaro* plädierte für eine brüderliche Welt, indes *H. Küng* die gemeinsame Verantwortung von Juden, Christen und Muslimen in seinem visionären Religionsfrieden heraus hob.

Ein *Islam-Lesebuch* liegt vor, das mit dem hilfreichen Beiwerk eine aktuelle Umschau bietet. Wer ihre Aussagen vergleicht, wird sich des Problems von wissenschaftlichen und medienorientierten Darlegungen bewußt. Ein Fazit: problematisch und nützlich. Man ahnt, was nötig wird, um Menschen für das tolerante Einvernehmen zwischen Nathan und Saladin auf eine zeitgemäße Art zu gewinnen.

Wolfgang Schwanitz

**Seymour M. Hersh, Atommacht Israel. Das geheime Vernichtungspotential im Nahen Osten, Droemer-Knaur, München 1991, 384 S.**

Als die Reagan-Administration Ende 1981 von einem israelischen Überläufer genaue Angaben und Fotografien von Nuklearwaffenpotential des jüdischen Staates bekam, hielt sich die Überraschung in Washington in Grenzen. Allenfalls der Umfang, die Modernität und Erstklassigkeit des atomaren Arsenalts erregte Aufsehen: weit über 100 Sprengköpfe, thermonukleare und Neutronenwaffen. Es war den US-Spezialisten klar, daß die Israelis „alles tun können, was wir oder die Sowjets tun können.“ (S. 202)

S. Hersh hat in einer ungetreuen gründlichen, detaillierten und auch bedrückenden Studie nachgewiesen, wie Israel mit tatkräftiger Hilfe Frankreichs (bis 1968), Südafrikas, Dutzender westlicher Firmen seit den frühen fünfziger Jahren beharrlich an einer Atomstreitmacht gearbeitet hat, und spätestens seit Mitte der sechziger Jahre über einsatzfähige Nuklearwaffen verfügte.

Der zentrale Punkt der Botschaft dieses Buches besteht jedoch in dem lückenlosen Nachweis, daß dies mit dem Wissen und der stillschweigenden Duldung jeder US-Administration seit Truman geschah. Die Regierungen Truman, Eisenhower, Kennedy, Johnson, Nixon, Ford, Carter, Reagan und Bush hegten zu den nuklearen Aspirationen Tel Avivs zwar durchaus un-

terschiedliche Meinungen (Kennedy war ausdrücklich dagegen, Nixon und Kissinger hielten diese aber für richtig und vernünftig), die politische Haltung war jedoch bemerkenswert ähnlich. Über mehr als drei Jahrzehnte schien die größte Sorge der jeweiligen Residenten des Weißen Hauses darin zu bestehen, das Bekanntwerden der israelischen Nuklearrüstung zu verhindern. Das nationale Interesse der USA, die persönliche Ansicht der meisten Präsidenten und ihrer wichtigsten Minister sowie die Rechtslage (seit dem Inkrafttreten des Atomwaffensperrvertrages 1968) hätten eigentlich zu einer negativen amerikanischen Haltung und zu entsprechenden Aktionen führen müssen. Und eben dies durfte nicht geschehen. Entweder ein US-Präsident war der jüdischen Lobby so verpflichtet, daß er es nicht wagen konnte, Israel in diesem sensiblen Bereich offen entgegenzutreten, oder man brauchte die Israelis gerade anderweitig (z.B. um die radikalen, antiwestlichen Regime in Schach zu halten), oder der französische Verbündete sollte nicht verprellt werden, oder das Weiße Haus war von ganz anderen außenpolitischen Sorgen geplagt (Vietnam, Iran) usw. usf. Die sich folgerichtig ergebende Position bestand in einer „Vogel-Strauß-Politik“. Typisch ein Telefongespräch zwischen dem damaligen US-Präsidenten und seinem Verteidigungsminister Clifford im Jahr 1968. „Clifford: ‘Mr. President, ich möchte nicht in einer Welt leben, in der die Israelis Atomwaffen haben.’ Johnson:

'Ich will davon nichts mehr hören.' Und Johnson legte auf." (S. 199)

*Hersh's* Buch weist eine Reihe von Stärken auf. Seine Aussagen sind klar, die Beweisführung ist zwingend, die Darstellung wirkt zusammenhängend und übersichtlich. Außerdem präsentiert der Autor – trotz der ziemlich reichlich vorhandenen Literatur zu diesem Thema – mehrere neue Aspekte und Fakten.

Hier sind u.a. zu nennen die hauptsächlichliche Ausrichtung des israelischen Nuklearpotentials gegen die Sowjetunion (nicht etwa gegen die arabischen Staaten, S. 146, 185), die „Personalisierung“, d.h. alle Entwicklungen werden am Handeln der entsprechenden Personen belegt, die Darstellung der widerstreitenden Interessen in den jeweiligen US-Administrationen gegenüber der israelischen Bombe (die an der Gesamtpolitik jedoch kaum etwas zu ändern vermochten) sowie eine Fülle interessanter Details.

Das meiste Aufsehen erregte H. zweifellos mit der Aussage, der israelische Premier Y. Shamir habe Mitte der achtziger Jahre hochgeheime US-Erkenntnisse über das strategische Potential der Sowjetunion (die von John Pollard, einem israelischen Spion in den USA stammten) nach Moskau weitergegeben. Shamir wollte auf diese Weise neue Verbindungen zur Sowjetunion aufbauen, die er als Balance zu den zwar äußerst wichtigen, aber auch als sehr einseitig empfundenen Beziehungen zu den USA nutzen wollte. Diese Darstellung wurde von allen

betreffenden Parteien, von Shamir selbst, von der US-Regierung und auch von Gorbatschow dementiert. H. hat in Interviews nach Erscheinen des Buches auf der Zuverlässigkeit seiner – ungenannt gebliebenen – israelischen Quelle bestanden. Es wird wohl noch einige Zeit vergehen, bis diese Frage beantwortet sein wird.

Eine gewisse Schwäche des vorliegenden Werkes besteht darin, daß der Autor, fasziniert von seinem Thema, diesem mitunter eine zu große Bedeutung beimißt. Nämlich seine Aussagen zum Nennwert, hätte man die gesamte Geschichte des Nahen Ostens nach dem Zweiten Weltkrieg unzuschreiben. Die israelische Bombe war zweifellos ein wichtiger Faktor, wahrscheinlich schwerwiegender als bisher angenommen wurde. Doch offensichtlich war sie nicht die Achse, um die sich alles drehte, die (als Drohmittel) Kriege entschied, (als Erpressungsmittel) die Politik der Großmächte bestimmte und das ganze komplizierte Gewebe nahöstlicher Politik dominierte.

H.'s Verdienst besteht aber darin, daß er eine ebenso bedeutsame wie verhängnisvolle Entwicklung von den Anfängen bis zur Gegenwart verfolgte und äußerst plastisch vermittelte.

Dabei stellt er die Geschichte in den Dienst der Zukunft. Israel ist eine starke Atommacht – und was nun? Bedeutet dies eine Art Lebensversicherung für den jüdischen Staat oder destabilisiert es u.U. eine ganze Region? Werden in absehbarer Zeit arabische Staaten über

## Buchbesprechungen

ähnliche Vernichtungswaffen verfügen? Funktioniert nukleare Abschreckung im Nahen Osten? Es sind diese und andere Fragen, die die Lektüre des Buches provoziert.

Rolf Müller-Syring

**Bob Woodward, Die Befehlshaber, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1991, 537 S.**

„Das Buch“, so der Autor im Vorwort, „bewegt sich irgendwo zwischen Zeitjournalismus und Geschichtsschreibung“ (S. 14) Bei dem sechsten Buch aus der Feder des auch außerhalb Amerikas bekannten Redakteurs der renommierten „Washington Post“ handelt es sich indes um solide recherchierten, spannend präsentierten und natürlich informativen Journalismus – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Woodward wollte ursprünglich eine Arbeit über die zivile und militärische Führung des Pentagon schreiben, „das Hauptquartier eines der größten Unternehmen der Welt, des modernen amerikanischen Verteidigungskonzerns.“ (S. 11) Dann aber intervenierten die USA im Dezember 1989 in Panama, und nur Monate später zog die Golfkrise am politischen Horizont herauf. W. schaltete rasch um und schrieb die vorliegende Studie über die militärischen Entscheidungsprozesse in den USA während akuter Krisen – nach Vietnam und nach dem Kalten Krieg.

Das Ergebnis dieser sorgfältigen und konzentrierten Arbeit lohnt in jedem Fall die Lektüre. Der Leser vermag einen Blick hinter die Kulissen nicht allein des Pentagon, sondern auch des Weißen Hauses zu werfen. Dies erhält einen zusätzlichen Reiz durch die Tatsache, daß die wichtigsten Akteure – George Bush, James Baker, Richard Cheney, Brent Scowcroft, Colin Powell u.a. – weiterhin in ihren Ämtern tätig sind. W. zeichnet von ihnen ein widersprüchliches Bild. Einmal erscheinen sie als „ein äußerst gefährlicher Zirkel, der in der Kunst des Politikmachens zu erstaunlichen Leistungen fähig war“ (S. 283), andererseits wird der Führungsstil des Weißen Hauses massiv kritisiert: Bei den Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrates der USA „wollte Bush jeden am Tisch bei Laune halten, man machte Witze, Kameradschaft wurde zelebriert, die unbeschwerter Heiterkeit alter Freunde. Man diskutierte Standpunkte und Alternativen grundsätzlich nicht aus. Zu klaren Entscheidungen kam es nur selten. Oft kehrten Cheney und Powell aus den Versammlungen zurück und fragten sich, was nun eigentlich gemeint gewesen war. Was sollten sie tun? Häufig mußten sie warten, bis sie irgendwann eine Antwort von Scowcroft oder aus dem Fernsehen erhielten.“ (S. 418)

Der Autor bestätigt auch die Annahme vieler Beobachter der Washingtoner Szenerie, daß nicht unbedingt die Zivilisten politische Tauben und die Militärs die Falken sind. So hatten sich

Präsident Bush, Verteidigungsminister Cheney und Sicherheitsbeauftragter Scowcroft unmittelbar nach dem irakischen Überfall auf Kuwait für einen Einsatz von US-Truppen im Golf entschieden. Sie verfügten auch einige Zeit später die Änderung des Kampfauftrages von der Verteidigung Saudi-Arabiens gegen einen befürchteten irakischen Angriff zur Rückeroberung Kuweits. Stabschef Powell und die anderen Militärs (einschließlich Norman Schwartzkopf) waren da weit zurückhaltender und auch skeptischer, fanden als Bündnispartner im zivilen Lager jedoch allein James Baker – zu wenig, um die bellikose Führungstroika stoppen zu können.

Auch auf saudi-arabischer Seite gab es erhebliche Widerstände gegen die Stationierung von US-Streitkräften in dem islamischen Land. Prominentester Wortführer dieser Richtung war Kronprinz Abdullah. (S. 370ff.)

Ansonsten entnimmt man dem Buch viel Washingtoner Insider-Wissen, manches „on dit“ über die Panama- und Golfkrise wird korrigiert und auf den sachlichen Kern zurückgeführt, doch viel *wirklich* Neues erfährt ein Leser, der die amerikanische und/oder internationale Presse verfolgt hat, nicht. Der Autor enthält sich zudem jeder Wertung und vermeidet auch – bedauerlicherweise – jede Frage nach den Ursachen und Motiven des Handelns der Akteure. Nicht zuletzt deshalb scheint sein Versuch, das Buch in die Nähe der Geschichtsschreibung zu rücken, zu hoch gegriffen. Ein noch so

authentischer Protokollband ist zwar ein Zeitdokument, aber keine Geschichtsschreibung. Gewiß, nicht immer kann ein solcher Wurf gelingen, wie ihn W. in den siebziger Jahren gemeinsam mit Carl Bernstein vollbrachte: Ihr „All the President's men“ wurde mehrfach preisgekrönt und trug nicht unwesentlich zum Ausgang der Watergate-Affäre und damit zum Sturz Richard Nixons bei. Auch in dem 1987 erschienenen „The secret wars of the CIA 1981-1987“ hatte Woodward der Frage, warum Reagan, Casey u.a. genau so und nicht anders handelten, große Aufmerksamkeit gewidmet.

Das Fehlen eines Apparates erschwert die wissenschaftliche Arbeit mit dem Buch. Doch bei aller Kritik sei festgehalten: Wer wissen möchte, wer wie im Pentagon und im Weißen Haus während der Panama- und Golfkrise agierte und reagierte, der sollte „Die Befehlshaber“ lesen.

Rolf Müller-Syring

**Chris Vos, Het verleden in bewegend beeld (Die Vergangenheit im bewegte Bild), De Haan, Houten 1991, 200 S.**

Perplex. So beschrieben Pierre Sorlin und Michéle Laguy, zwei bekannte Medienhistoriker, in Kurzform in einem Aufsatz ihr Gefühl nach der Analyse eines Films. Wer die Scheu vor der historischen Analyse von Fil-

## Buchbesprechungen

men und Fernsehsendungen abgelegt hat, wird mit der Komplexität und Vielseitigkeit des Bildmaterials konfrontiert.

Der Rotterdamer Medien- und Kommunikationswissenschaftler C. Vos gibt mit seinem Buch einen nützlichen Wegweiser für die Analyse von audiovisuellem Material, wobei er das Schwergewicht auf qualitative Aspekte legt. Vos betont in dem anregend geschriebenen Buch die Bedeutung einer präzisen Fragestellung für den Erfolg der Untersuchung.

Das Buch gliedert sich in drei Teile. Im Hauptteil werden wesentliche theoretische und methodische Zugangsweisen für eine Analyse des Bildmaterials diskutiert. Filmtechnische, narrative und symbolische Ebene werden zunächst weitestgehend getrennt behandelt. Auf die Montage-Theorien um Eisenstein und Kozłejow wird eingegangen, die Relevanz von Ch. S. Peirces Informationstheorie wird abgewogen, der semiotische Zugang von Christian Metz wird mit Umberto Ecos Theorie der kulturellen Codes kontrastiert und die Vor- und Nachteile bei der Operationalisierung von theoretischen Angeboten durch Lévi-Strauss, Roland Barthes, David Bordwell u.a. werden aufgezeigt. Im letzten Abschnitt plädiert der Autor für eine integrale Analyse, die sich stark an den „cultural-studies-approach“ der einflussreichen „Birminghamer Schule“ rund um die Medien- und Kommunikationswissenschaftler John Fiske, Stuart Hall und Raymond Williams anlehnt.

Im zweiten Teil werden verschiedene Ansichten zum Verhältnis von audiovisuellen Medien und („Real-“) Geschichte dargelegt. Auf Fragen um das Problem der Authentizität des Bildmaterials in sowohl materieller als auch mentaler Hinsicht geht Vos mit besonderen Bezügen auf Siegfried Kracauer, Anton Kaes, Karsten Fledelius, Pierre Sorlin und Marc Ferro ein. Im Abschnitt „Audiovisuelle Geschichtsschreibung“ werden themenbezogene Diskussionen um die Filme „Holocaust“ und „Panzerkreuzer Potemkin“ behandelt.

Ein abschließender Teil befaßt sich knapp mit Technik, Produktion und Archivierung von Filmen und geht auf Probleme des Zugangs zu Film- und Fotomaterial mit Schwerpunkt auf die Niederlande ein.

Jeder theoretische Abschnitt des Buches schließt mit praktischen Beispielen. Eine übersichtliche Auswahlbibliographie zu jedem Hauptthema bietet schnellen Zugang zum vertiefenden Literaturstudium. Ein Register erleichtert die schnelle Orientierung im Buch.

Mitunter hätte ich mir schärfere Pointierungen und eine grundsätzlichere Diskussion der Bedeutung des Mediums Film im Kontext des Quellenkanons der Historikerzunft gewünscht. Dieser Mangel mag aber auch daher rühren, daß zumindest an der Fakultät für Gesellschaftsgeschichte und Kulturwissenschaften der Erasmus-Universität Rotterdam historische Film- und Fotoanalyse mittlerweile zum

Standardstudienangebot gehört. Nicht zuletzt die jahrzehntelange Erfahrung der medialen Rezeption Westdeutschlands über das allabendliche Fernsehen sollte auch ostdeutsche Historiker zu solchen Forschungen in die Pflicht nehmen (vgl. auch *COMPARATIV 3/1991*).

Axel Doßmann

**Michael Brie/ Dieter Klein (Hrsg.), Umbruch zur Moderne? Kritische Beiträge, VSA-Verlag, Hamburg 1991, 237 S.**

Es ist schon bemerkenswert. Während die Diskussion um die Postmoderne im Westen kein Ende zu nehmen scheint, d.h. die Suprematie des Ästhetischen, schickt sich die *Leipziger Gesellschaft für Philosophie und Kultur e.V.* an, demnächst ein Kolloquium über die „Ethik der Ästhetik“ zu veranstalten. Ganz als ob hier die katholische auf die protestantisch durchwirkte Kultur trifft: Mag der Poststrukturalismus im Zuge des *linguistic turn* das Spiel der Zeichen von jeder verbindlichen Bedeutungszuweisung entkoppelt haben – östlich des einst eisernen Vorhangs ist der Begriff einer wirklichen Wirklichkeit jenseits des Sprachspiels nicht so sehr *immer noch*, sondern geradezu *jetzt erst recht* plausibel.<sup>1</sup> Im vorliegenden Band verraten die Anmerkungen im Beitrag *Rainer Lands*, der das Thema

Geld konsequent und auf der Theoriehöhe der Zeit vom Begriff des „Kommunikationsmediums“ her denkt, dann doch noch einen vertrauten Jargon: „Was aber richtige Zeichen sind, ist nicht nur diskursiv, sondern auch objektiv bestimmt, nämlich durch die Reproduktionsinvarianzen des Produktionssystems“ (S. 193, Anm. 11).<sup>2</sup> Denn die „Agonie des Realen“ und das Zeitalter der gesellschaftlichen Simulation hat man hier nach 40 Jahren gerade hinter sich.<sup>3</sup>

Auch wenn diese Ost/West-Gegeüberstellung in erster Linie ein Effekt der rhetorischen Antithese des Satzbaus und nicht an sich schon ein realer Befund ist, so spiegelt sie doch zumindest die aktuellen Befindlichkeiten auf der kognitiven Ebene.<sup>4</sup> Ein Angebot zur Versöhnung kommt immerhin (auch) aus Paris, von der Front avancierten Denkens der Geschwindigkeit: Alle Ästhetik steht in Bezug zur Gravitation, meint *Paul Virilio*. Womit wir dann doch wieder beim Begriff der Verantwortung wären.

Jedenfalls nimmt es nicht Wunder, daß die Absage an jene Postmoderne, die sich zum Bruch mit dem Paradigma der Moderne anschickt, ohne ihn begrifflich ganz vollziehen zu können<sup>5</sup>, nun unter dem Titel „Umbruch zur Moderne?“ erfolgt. Konkret sind es kritische Köpfe aus der akademischen Welt der einstigen DDR, die da – zu meist im Rahmen des Anfang 1990 gegründeten Instituts für interdisziplinäre Zivilisationsforschung an der

## Buchbesprechungen

Berliner Humboldt-Universität – im Namen einer Ost-Moderne antreten, die eigene Erfahrung des Umbruchs seit 1989 (nein, auf den Begriff der „Wende“ lassen sich die Autoren gar nicht einsteuern) in Bezug auf die weltweite wirtschaftliche, ökologische und nationalpolitische Krise zu universalisieren. Die Bürde der Verantwortung des globalen Denkens (S. 153) teilen sie mit dem Leipziger Interdisziplinären Zentrum für vergleichende Erforschung gesellschaftlicher Transformation, offenbar ein Erbe des sozialistischen Anspruchs auf internationale Gültigkeiten im Unterschied zum Partikularismus jenes *new historicism*, der die westlichen Geisteswissenschaften wie ein Fieber ergriffen hat.

Der *Umbruch* ist zugleich Subjekt und Objekt dieser Schrift, und das unterscheidet sie von jener gesättigten Historiker-Konzeption, die Geschichte von den Kontinuitäten her denkt. „Der Staat DDR ist zu einem abgeschlossenen Stück deutscher und europäischer Geschichte geworden“, heißt es im Vorwort, doch ist die DDR immer nur so abgeschlossen wie ihr Diskurs. Und der hörte um den Jahreswechsel 1989/90, als die Beiträge zumeist verfaßt wurden, noch nicht auf, sich differenziert fortzuschreiben. „Rechnen können wird man mit der politischen Hartnäckigkeit der wichtigsten Akteure des Herbstes“, prognostiziert Dieter Segert (S. 79); die kommenden zwei Herbste haben die

sen Satz inzwischen gründlich demontiert. So liest sich das Buch schon jetzt mehr als historisches Dokument denn als Beitrag zur aktuellen Lage. In dem Sinne versteht sich bereits das aktualisierte wiedergegebene Referat „Wessen Interesse vertritt die Soziologie?“ von 1988, das die sprachlichen Grenzen einer Systemkritik innerhalb des damaligen AdW-Diskurses angibt. Wenn hier von „einem ‚Ganzheitsverlust‘ in der konkreten soziologischen Forschung“ der End-DDR die Rede ist (S. 105), so vermisst der (westliche) Leser, daß an dieser Stelle nicht die aktuelle Systemtheorie implementiert wird. Die läßt vielmehr *Harald Bluhms* „Plädoyer für eine veränderte Sicht auf Marxens Werk“ anklingen; seine *remarks* wiederum verpassen den möglichen Anschluß an Louis Althusser und Michel Foucault, den Sätze wie „Der Beitrag stellt sich [...] die Aufgabe, durch zusammenführende Betrachtungen das Disparate, Sperrige, Vielfältige zuungunsten einfacher Kontinuitäten herauszuheben und Spannungen im Marxschen Werk [...] zu untersuchen“ (S. 126) nahelegen. Immerhin, hier wird transparent, was die aus der Ruptur von 1989 her gespeiste neue Ästhetik der Diskontinuität auch exegetisch zur Folge hat, nämlich das Ende jener „großen Erzählungen“. Genau diese verabschiedet auch die Postmoderne, indem sie das, was die Moderne (und Marx war Moderner) zwar charakterisiert, aber aus Interesse an übergreifenden, sprachlich durch rhetorische Metonymien und Synekdochen

hergestellten Zusammenhängen nicht bis zur letzten Konsequenz konzeptualisiert hat – die Tendenz zu gesellschaftlicher Differenzierung und zur Auflösung des Subjekts (S. 137, 140), zu Ende denkt. Eine entdogmatisierte Marx-Lektüre pluralisiert die Lesarten und spielt die Varianten seiner Theorie potentiell endlos gegeneinander aus; an dieser Stelle wird der vorliegende Band, *horribile dictu*, geradezu dekonstruktiv.

Der von Norbert Elias her gedachte Satz, „daß soziostrukturelle und habituelle Neustrukturierungen verschiedenen Zeitrechnungen angehören“ (S. 87), ist für das gegenwärtige deutsch-deutsche Zusammensein, jenen diskursiven, vorerst unvereinbar(ten) Widerstreit, umso wahrer. Heiner Müller sagte es einmal konkreter, als es die Autoren des Bandes je tun: „Wenn ich vom Übergang Friedrichstraße zum Bahnhof Zoo[...] fahre, fühle ich einen großen Unterschied, einen Unterschied von Zivilisationen, von Epochen, von Zeit [...] Man fährt da wirklich durch eine Zeitmauer ... Dann fiel mir eine Bemerkung von Ernst Jünger ein. Er sagte, man kann die Differenz von zwei Erfahrungen nicht diskutieren.“<sup>4</sup> Nein, keine „nachholende Revolution“ (nach Jürgen Habermas), unterstreichen mehrere Autoren; vielmehr erfährt der Lesereine Plädoyer für die „evolutionäre Transformation“ (S. 48). Daß der auf ökonomische Materialitäten fixierte Sozialismus auch daran gescheitert ist, digitale Informationsmedien nicht als immaterielle Produktivkraft begriffen

zu haben, und den Herausforderungen des mikroelektronischen Innovationschubs mit engen technologischen Konzepten begegnen zu können glaubte (S. 67), klingt auch in Leipzig vertraut, das sich nun anschickt, die Transformation von der Buch- zur Medienstadt zu wagen (die Thesen *Wolfgang Kleinwächters*).

Einen interdisziplinären, vorwiegend soziologischen und wissenschaftsgeschichtlichen Beitrag zur vergleichenden Erforschung gesellschaftlicher Transformation leisten die Autoren des Bandes allemal, indem sie etwa die „Doppelte Modernisierung im Osten“ (*Dieter Klein*) oder „Evolutionäre Transformation der Zentralverwaltungswirtschaft“ (*Wilfried Entl* / *Jürgen Jünger*) verhandeln. Wirkliche Offenheit gegenüber der aktuellen Diskussion um die „Postmoderne als das kleinere Übel“ aber zeigt allein *Hans-Peter Krüger*, der sie anhand von Kritik und Affirmation in Jean-François Lyotards philosophischem Hauptwerk, „Der Widerstreit“, diagnostiziert. Damit stellt er sich in der Tat jener ernstzunehmenden Variante eines postmodernen Denkens, das sich längst vom dem, was das Feuilleton dazu gemacht hat („anything goes“, „Eklektizismus“), distanziert. Der Beitrag ist von einer Qualität, daß er eigene Besprechung verdient; im Moment sei er schlicht zur Lektüre empfohlen. Wenn hier von *Krügers* Offenheit die Rede ist, dann jedoch in rein thematischer Hinsicht – sprachlich verhandelt er diese Herausforderung ganz und gar

## Buchbesprechungen

modernistisch, also in stilistisch funktionaler Reduktion, im Unterschied zu jenen (Sprach-)Spielräumen, auf die sich der Schreibgestus des von ihm analysierten Autors im Gefolge Wittgensteins einläßt. Eine Postmoderne aber, die ganz und gar im Diskurs der Moderne verhandelt wird, ist vielleicht immer schon ihre Verfehlung.

Die Orientierung auf Lyotards Postmoderne kündigt sich bereits in *Michael Bries* Beitrag über die Möglichkeit einer sozialistisch orientierten Wissenschaft an; im Unterschied zu Francis Fukuyamas 1989 deklariertem „Ende der Geschichte“ als weltweitem Sieg der liberalen Prinzipien sieht er darin vielmehr den letzten Zeitpunkt, „wo es noch möglich wäre, sie selbst im Sinne Lyotards zu ‚redigieren‘“ (S. 147), ohne indes die brisante Nähe von Sprachspiel und Liberalismus zu explizieren. Auch in seiner Diagnose der postindustriell vernetzten Informationsgesellschaft, in der sich keine eindeutige Zuordnung sozialer Akteure zu den jeweiligen ideologischen Strömungen mehr ausmachen läßt (S. 155) und es das Nebeneinander widersprüchlicher Paradigmen auszuhalten gilt, betritt er die Schwelle postmodernen Denkens. Er erreicht diese Grenze, ohne sie zu überschreiten: „Es ist eines der umstrittensten Probleme, inwieweit ideologische Differenzen zu innerwissenschaftlichen Differenzen werden können, ohne dabei den Wissenschaftsgehalt selbst aufzuheben. Dies kann hier nicht erörtert werden“ (S. 156), ganz als ob Wissenschaft im-

mer dann von ihrem eigenen Standpunkt absehen muß, wenn sie Gefahr läuft, daß dieser sich in das Thema der Betrachtung selbst verstrickt. Gegenüber der Kälte, mit der Lyotard seine einstige eigene sozialistische Illusion preisgibt – *Krüger* erkennt darin am Ende des 20. Jh. „den Realismus auch des eigenen Untergangs“ (S. 221) –, wird noch einmal die Utopie mobilisiert. Doch auch die ist nur noch als Zitat (S. 156) möglich: „‘Wo keine Vision ist, werden die Menschen wild und wüst.’“ (Salomos Sprüche 29, 18)“; eine solche Flucht ins Zitat aber ist, wie Umberto Eco in der *Nachschrift* zu seinem Roman „Der Name der Rose“ ausführt, gerade ein Signum der Postmoderne. Auch wenn die Utopie im vorliegenden Band immer einmal wieder aufscheint, so wird der Leser doch den Verdacht nicht los, daß dies wider bessere Einsicht geschieht. Diese Einsichten auch preiszugeben, ist die Qualität des *Umbruchs*.

Wolfgang Ernst

- 1 Diese Auseinandersetzung um eine Wirklichkeit jenseits von Texten führte seit langem Robert Weimann von Berlin (Ost) aus, etwa in: *Shakespeare und die Macht der Mimesis: Autorität und Repräsentation im elisabethanischen Theater*, Berlin/Weimar 1988. An dieser Stelle sei auf die von ihm und Hans Ulrich Gumbrecht herausgegebene Publikation *Postmoderne. Globale Differenz* (Frankfurt a.M. 1991) hingewiesen, deren buchtechnischer Umbruch im Unterschied zum *Umbruch*-Band pikanterweise tatsächlich mit der politischen Wende zusammenfiel, insofern sie einer 1988er Tagung des Zentralinstituts für Literaturgeschichte der DDR

## Buchbesprechungen

entsprang, sich jedoch jenseits der DDR fand, als sie 1991 endlich das Licht der Öffentlichkeit erblickte.

- 2 Schade, daß er Hayden Whites Auseinandersetzung mit dem Warenbegriff von Karl Marx in Kapitel 8 seiner *Metahistory: Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert in Europa* (Frankfurt a.M. 1991), deren amerikanisches Original bereits seit 1973 vorliegt, nicht zur Kenntnis anführt.
- 3 Siehe Jean Baudrillard, *Agonie des Realen*, Berlin (West) 1977, und ders., *Das Jahr 2000* findet nicht statt, Berlin 1990.
- 4 Den Lesern dieser Zeitschrift wird die angesprochene Differenz nicht unvertraut sein; siehe COMPARATIV, Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, H. 3/1991 (Themen-heft: „Medien/Revolution/Historie“), „Editorial“.
- 5 Ich denke etwa an die von Wolfgang Iser herausgegebenen *Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion*, Weinheim 1988.
- 6 *Gesammelte Irrtümer*, Frankfurt a.M. 1986, S. 69.

---

## **Autorenverzeichnis**

Gerald Diesener, Dr. phil. habil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Axel Doßmann, Stud. Hist., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig, z. Zt. Erasmus-Universität Rotterdam

Wolfgang Ernst, Dr. phil., Kulturwissenschaftliches Institut des Wissenschaftszentrums Nordrhein/Westfalen, Forschungsstelle Leipzig

Frank Geißler, Stud. Pol., Institut für Politikwissenschaft, Universität Leipzig

Monika Gibas, Dr. sc., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Michael Hofmann, Dr. sc. phil., Kulturwissenschaftliches Institut des Wissenschaftszentrums Nordrhein/Westfalen, Forschungsstelle Leipzig

Siegfried Hoyer, Prof. Dr. phil. habil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Detlef Jena, Prof. Dr. sc., Friedrich-Schiller-Universität Jena

Olaf Kirchner, Dr. phil., Leipzig

Manfred Kossok, Prof. Dr. phil. habil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Editha Kroß, Dr. phil. habil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Klaus-Peter Matschke, Prof. Dr. phil. habil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Katharina Middell, Dr. phil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Matthias Middell, Dr. phil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Meinhard Miegel, Prof. Dr. habil., Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e.V.

---

Rolf Müller-Syring, Dr. phil., Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e.V.,  
Büro Leipzig

Bernd Okun, Prof. Dr. phil. habil., Fachbereich Medien- und Kommunikations-  
wissenschaften, Universität Leipzig

Horst Poldrack, Doz. Dr. phil. habil., Umweltinstitut Leipzig e.V.

Detlef Pollack, Dr. theol., Theologische Fakultät, Universität Leipzig

Steffen Sammler, Dipl.-Hist., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig, z. Zt.  
Université de Haute Normandie, Rouen

Ulrike Schmieder, Dipl.-Hist., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Wolfgang Schwanitz, Dr. phil., Fördergesellschaft Wissenschaftliche Neuvor-  
haben mbH Berlin, Forschungsschwerpunkt Moderner Orient

Gerburg Treusch-Dieter, Prof. Dr. phil. habil., Institut für Soziologie, Freie  
Universität Berlin, z. Zt. Institut für Erziehungswissenschaften der Universität  
Innsbruck

---

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>Editorial</b>	4
<b>Aufsätze</b>	
<i>Horst Poldrack/Bernd Okun</i>	
Der ostdeutsche Transformationsprozeß, seine weltpolitischen Dimensionen und internen Widersprüche. Thesen	6
<i>Detlef Pollack</i>	
Systemtransformation als Rationalisierung am Beispiel Ostdeutschlands	18
<i>Bernd Okun</i>	
Zur mentalitätsgeschichtlichen Dimension des ostdeutschen Transformationsprozesses	27
<i>Michael Hofmann</i>	
Was bleibt den in der DDR Aufgewachsenen? Tendenzen des Wertewandels und der Werte- kontinuität in der jungen Generation Ostdeutschlands	42
<i>Horst Poldrack</i>	
Gefahrendynamik und materielle Verteilungs- konflikte in der Risiko Zivilisation. Weltprobleme nach dem Ende des Kalten Krieges	56
<i>Meinhard Miegel</i>	
Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven Deutschlands in den neunziger Jahren	73
<i>Olaf Kirchner</i>	
Ein Wandel Rußlands durch System- übernahme: potemkinsche Dörfer	95
<b>Forum</b>	
<i>Detlef Jena</i>	
Slawischer Urkommunismus contra westliche Demokratie? 1848 und die Trennung der russischen Sozialisten von Europa	119
<i>Gerburg Treusch-Dieter</i>	
Das Modell der Pest. Zum Disziplinarregime des schwarzen Todes	128

---

---

## Mitteilungen und Berichte

- Johann Gottfried Herder: Geschichte und Kultur  
(*Gerald Diesener*) 146
- L'idée de l'Europe, vecteur des aspirations démocratiques  
(*Katharina Middell*) 149
- Von der Diktatur zur Demokratie – Vergleich Lateinamerika/  
Osteuropa (*Ulrike Schmieder*) 151
- Deutsche Geschichte von innen und außen gesehen –  
Kritische Sichten ostdeutscher und amerikanischer  
Historiker (*Steffen Sammler*) 152
- „Gedächtnis und Dokument“. Aus der Arbeit der  
Moskauer Gruppe „Memorial“ (*Gerald Diesener*) 157
- „Exit and Voice“. Albert O. Hirschman in Leipzig  
(*Frank Geißler*) 159
- Konfliktfelder der neunziger Jahre.  
Ringvorlesung an der Universität Leipzig  
(*Monika Gibas/Editha Kroß*) 162

## Buchbesprechungen

- Eva Sibylle Rösch/Gerhard Rösch, Venedig im Spätmittelalter,  
1200-1500, Freiburg/Würzburg 1991 (*Klaus-Peter Matschke*) 163
- Das geheime politische Tagebuch des Kurprinzen Friedrich  
Christian 1751 bis 1757, Bearb. und eingel. von Horst Schlechte,  
Weimar 1992 (*Siegfried Hoyer*) 165
- Simon Wiesenthal, Segel der Hoffnung. Christoph Columbus  
auf der Suche nach dem gelobten Land,  
Berlin/Frankfurt (Main) 1991 (*Manfred Kossok*) 166
- Lateinamerika: Die permanente Invasion 1492-1992,  
hrsg. von Heinz Dieterich/ Bruno Höfer/ Hanno Zickgraf,  
Hamburg/Zürich 1991 (*Manfred Kossok*) 168

---

• Roger Barny, <i>Le Comte d'Antraigues: un disciple aristocrate de J.-J. Rousseau. De la fascination au reniement 1782-1797</i> , Oxford 1991 ( <i>Matthias Middell</i> )	169
• Peter N. Stearn, <i>Interpreting the Industrial Revolution</i> , Washington 1991 ( <i>Editha Kroß</i> )	171
• Beate Kuckertz (Hrsg.), <i>Das grüne Schwert: Weltmacht Islam – Bedrohung oder Erlösung?</i> München 1992 ( <i>Wolfgang Schwanitz</i> )	172
• Seymour M. Hersh, <i>Atommacht Israel. Das geheime Vernichtungspotential im Nahen Osten</i> , München 1991 ( <i>Rolf Müller-Syring</i> )	174
• Bob Woodward, <i>Die Befehlshaber</i> , Köln 1991 ( <i>Rolf Müller-Syring</i> )	176
• Chris Vos, <i>Het verleden in bewegend beeld</i> , Houten 1991 ( <i>Axel Doßmann</i> )	177
• Michael Brie/ Dieter Klein (Hrsg.), <i>Umbruch zur Moderne? Kritische Beiträge</i> , Hamburg 1991 ( <i>Wolfgang Ernst</i> )	179
<b>Autorenverzeichnis</b>	184
<b>Inhaltsverzeichnis</b>	186

**Les entretiens d'Auxerre**  
**ISSN 0989-554-X**

Die jährlichen Kolloquia zu Lokalgeschichte und allgemeinen Problemen der französischen Nationalgeschichte vereinigen hervorragende Vertreter der Geschichtswissenschaft Frankreichs.

**Herausgegeben von Léo Hamon**

**Editions de la Maison des Sciences de l'Homme**  
**Paris**

N<sup>o</sup> 1 Du jansénisme à la laïcité. Le jansénisme et les origines de la déchristianisation, Paris 1987, 246 Seiten  
ISBN 2-7351-0239-4 140 F

N<sup>o</sup> 2 Les Cent-Jours dans l'Yonne. Aux origines d'un bonapartisme libéral, Paris 1988, 230 Seiten  
ISBN 2-7351-0264-5 140 F

N<sup>o</sup> 3 Un siècle et demi d'histoire protestante, Théodore de Bèze et les protestants sujets du roi, Paris 1989, 129 Seiten  
ISBN 2-7351-0318-8 90 F

N<sup>o</sup> 4 La Révolution à travers un département (Yonne), Paris 1990, 394 Seiten  
ISBN 2-7351-0382-X 190 F

N<sup>o</sup> 5 Les opportunistes. Les débuts de la République aux républicains, Paris 1991. 323 Seiten  
ISBN 2-7351-0424-9 150 F

in Vorbereitung:

N<sup>o</sup> 6 De Gaulle et la création des régions. La région et ses problèmes aujourd'hui

Bezug über  
CID, 131, boulevard Saint-Michel  
F-75005 Paris

# HINTERGRUND

Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik  
EINSCHÄTZUNGEN • ANALYSEN • INFORMATIONEN

## HINTERGRUND I/92 - aus dem Inhalt:

**M. Behrend**

Lebenslügen der erweiterten Bundesrepublik

**W. Jantzen**

Zwischen 'Überlebenssyndrom' und Kolonisierung?

Überlegungen zur psychischen Situation in der DDR vor und nach der Wende und dem Anschluß (Teil I)

**H. Krauss**

Lenin als Wegbereiter Stalins?

Zur Rekonstruktion der Vorgeschichte des Stalinismus (Teil 3)

**Rezensionen zu:**

J. Kuczynski: Kurze Bilanz eines langen Lebens • J. Kuczynski: Probleme der Selbstkritik (W. Berthold) • H. Schafrank: Zwischen NKWD und Gestapo (M. Behrend)

## HINTERGRUND II/92 - aus dem Inhalt:

**A. Gurewitsch**

Sozialgeschichte und Geschichtswissenschaft

**W. Jantzen**

Zwischen 'Überlebenssyndrom' und Kolonisierung? (Teil II)

**H. Krauss**

(Neo-)Faschismus und 'triumphierender' Kapitalismus.

Wesensgehalt und subjektive Funktionalität (neo-)faschistischer Ideologie

**G. Pavlovskij**

Das Vermögen, unzeitgemäß zu denken

**N. Sandbüchs**

Die Seelenlosigkeit des Wohlstandschauvinismus.

Kritische Betrachtungen eines Jugendlichen

**Marxistische Plattform in der PDS/LiLi NRW**

Staub zu Staub, Asche zu Asche...

Anmerkungen zur programmatischen Orientierung der DKP

**Rezension zu:**

F. Meyer: Die Katastrophe des Kommunismus - von Marx bis Gorbatschow (M. Behrend)  
Bericht

6. Internationale Ferienuniversität Kritische Psychologie "Lernwidersprüche und pädagogisches Handeln" (M. Göthe-Jusepeitis, I. Hoffmann)

Erscheinungsweise: 4 x pro Jahr • Einzelheft 4,50DM,  
Jahresabo incl. Inlandporto 18,-DM • Redaktions- und Bestellschrift:

Augustenburger Straße 26 B, 4500 Osnabrück,

Tel.: 0541/43 25 94 • Fax: 0541/4 61 84